

Frühjahr 2022

*Von der Pandemie zur Energiekrise –
Wirtschaft und Politik im Dauerstress*

GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE #1-2022

Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:

 **DIW** BERLIN

 **ifo** INSTITUT

 **ifw** KIEL INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT

 **IWH**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

 **IWI**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung

Dienstleistungsauftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
www.diw.de

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
www.ifo.de
in Kooperation mit:
KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
www.kof.ethz.ch

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)
www.ifw-kiel.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
www.iwh-halle.de

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
www.rwi-essen.de
in Kooperation mit:
Institut für Höhere Studien Wien
www.ihs.ac.at

Impressum

Abgeschlossen in Kiel am 12. April 2022
Herausgeber: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose
Bezug: IWH, Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Bezugspreis: 10 Euro
Satz: IWH, Halle (Saale)
Druck: Quedlinburg DRUCK GmbH, Quedlinburg
Alle Rechte vorbehalten

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose legt hiermit ihre Analyse der Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft vor, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellt hat. Das 144. Gutachten mit dem Titel

Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress

enthält eine detaillierte Kurzfristprognose bis zum Jahr 2023 sowie eine mittelfristige Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 2026. Das Schwerpunktthema behandelt die Frage, wie sich die Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial auswirkt.

Die deutsche Wirtschaft steuert durch schwieriges Fahrwasser. Die Auftriebskräfte durch den Wegfall der Pandemiebeschränkungen, die Nachwehen der Corona-Krise und die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine sorgen für gegenläufige konjunkturelle Strömungen. Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung. Im zurückliegenden Winterhalbjahr haben vor allem die Maßnahmen zum Infektionsschutz die Wirtschaftsleistung gedämpft. Unter der Voraussetzung, dass das Kriegsgeschehen in der Ukraine mit Blick auf die ökonomische Aktivität nicht weiter eskaliert, werden die konjunkturellen Auftriebskräfte ab dem Frühjahr die Oberhand gewinnen. Nach einem schwachen Jahresauftakt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal zwar deutlich zulegen, ohne die Belastung durch den Krieg in der Ukraine würde das Plus aber kräftiger ausfallen. Insgesamt verzögert sich damit der Erholungsprozess abermals. Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird demnach erst im dritten Quartal des laufenden Jahres erreicht werden. Alles in allem erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,7% für dieses Jahr und 3,1% für nächstes Jahr. Im kommenden Jahr drifft die deutsche Wirtschaft in eine leichte Überauslastung. Maßgeblich dafür sind der hohe Auftragsüberhang in der Industrie sowie nachholende Konsumaktivität. Im Falle eines sofortigen Embargos für die Öl- und Gaslieferungen aus Russland in die Europäische Union würde hingegen die deutsche Wirtschaft in eine scharfe Rezession geraten. Der kumulierte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion dürfte sich in diesem Fall bereits in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro belaufen, was mehr als 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Gespräche mit verschiedenen Institutionen haben im Vorfeld erneut sehr zum Gelingen der Gemeinschaftsdiagnose beigetragen. Hierfür danken wir allen Beteiligten aus den Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Die Gemeinschaftsdiagnose wäre nicht möglich ohne ein großes Team aus den beteiligten Instituten. Unmittelbar an der Gemeinschaftsdiagnose mitgewirkt haben:

Jacqueline Adelowo (ifo), Dr. Martin Ademmer (IfW), Dr. Guido Baldi (DIW), Dr. György Barabas (RWI), Niklas Benner (RWI), Dr. Paul Berenberg-Gossler (DIW), Julius Berger (ifo), Prof. Dr. Kerstin Bernoth (DIW), Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe (IfW), Dr. Andreas Cors (IWH), Dr. Maurizio Daniele (KOF), Maximilian Dirks (RWI), Dr. Andrej Drygalla (IWH), Dr. Stefan Ederer (WIFO), Franziska Exß (IWH), Dr. Ines Fortin (IHS), Friederike Fourné (ifo), Prof. Dr. Britta Gehrke (DIW), Dr. Klaus-Jürgen Gern (IfW), Dr. Dominik Groll (IfW), Dr. Daniela Grozea-Helmenstein (IHS), Dr. Katja Heinisch (IWH), Niklas Isaak (RWI), Dr. Nils Jannsen (IfW), Dr. Robin Jessen (RWI), Dr. Simon Junker (DIW), Martina Kämpfe (IWH), Dr. habil. Konstantin Kholodilin (DIW), Dr. Florian Kirsch (RWI), Prof. Dr. Tobias Knedlik (IWH), Dr. Sebastian Koch (IHS), Boris Kozyrev (IWH), Frederik Kurcz (DIW), Max Lay (ifo), Dr. Robert Lehmann (ifo), Dr. Axel Lindner (IWH), Dr. Sebastian Link (ifo), Saskia Meuchelböck (IfW), Dr. Heiner Mikosch (KOF), Sascha Möhrle (ifo), Laura Pagenhardt (DIW), Jan Reents (IfW), Ph.D. Radek Šauer (ifo), Philip Schacht (RWI), Christoph Schult (IWH), Birgit Schultz (IWH), Nils Sonnenberg (IfW), Ruben Staffa (IWH), Dr. Ulrich Stolzenburg (IfW), Kristina van Deuverden (DIW), Priv.-Doz. Dr. Klaus Weyerstraß (IHS), Dr. Klaus Wohlrabe (ifo), Prof. Dr. Maik Wolters (IfW), Lara Zarges (ifo), Dr. Götz Zeddies (IWH).

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institute trugen zum Gelingen bei. Hierfür danken wir herzlich. Für die organisatorische Unterstützung danken wir Lisa Neumann stellvertretend für alle beteiligten Kräfte des IfW. Für die Erstellung der Druckfassung gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen des IWH.

Kiel, den 11. April 2022

Prof. Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Prof. Dr. Martin Gornig
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Prof. Dr. Torsten Schmidt
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Kurzfassung	9
1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	15
Überblick	15
Internationale Konjunktur bis Kriegsbeginn recht kräftig	15
Hohe und zunächst noch weiter steigende Inflation	16
Schwierige Gratwanderung für Geld- und Finanzpolitik	17
Ausblick: Schwächere Erholung bei hoher Inflation	17
Risiken	18
Die Regionen im Einzelnen	22
Fokus: Inflation im Euroraum und den USA	26
Konjunktur im Euroraum	28
Geldpolitik: Ende negativer Zinsen in Sicht	30
Expansionsgrad der Finanzpolitik wird schrittweise zurückgeführt	32
Ausblick	32
Fokus: Erholungsprozess nach Ländern und Wirtschaftszweigen im Euroraum	33
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	37
Überblick	37
Risiken	39
Talsohle bei Zinsen durchschritten	40
Finanzpolitische Rahmenbedingungen	43
Die Entwicklung im Einzelnen	45
Produktion: Krieg in der Ukraine dämpft Erholung	45
Neue Belastungen für den Außenhandel	46
Starker Anstieg der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen	49
Materialengpässe dämpfen Baukonjunktur	50
Erholung des privaten Konsums verschiebt sich ins Sommerhalbjahr	51
Staatskonsum nach Corona-Boom mit langsamerer Gangart	52
Sehr hohe Inflation geht zurück	53
Spürbare Beschleunigung der Nominallohne	54
Arbeitsmarkt bleibt stabil	57
Öffentliche Haushalte erholen sich von der Corona-Krise	59
Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland	61
Weltwirtschaftliche Auswirkungen	61
Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft	63
Ausblick	67
3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion	69
Schätzung des Produktionspotenzials	69
Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion	71
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2026	72
4. Zur Wirtschaftspolitik	75
Basisszenario	75
Höhere Energiepreise wirken lassen	75
Kurzfristige Folgen bei betroffenen Unternehmen abfedern ...	75
... und nur einkommensschwache Haushalte unterstützen	76

Alternativszenario	76
Gasinfrastrukturen schnell ertüchtigen	76
Effizientes Regulierungssystem vorbereiten	77
Unternehmenssektor vor temporären Verwerfungen schützen	77
Einkommensschwache Haushalte schnell unterstützen	77
Prioritäten im staatlichen Handeln setzen	77

5. Effekte der Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial 79

Dekarbonisierung: Bestandsaufnahme und Ziele	79
Erneuerung des Kapitalstocks	81
Energie als Produktionsfaktor	82
Schlussfolgerungen	85

Anhang 87

Tabellen: Hauptaggregate der Sektoren	87
Tabellen: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland	90
Tabellen: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland – Alternativszenario	93

Verzeichnis der Kästen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Kasten 1.1	Zur Wirkung von Krieg und Sanktionen auf die Weltwirtschaft	19
Kasten 1.2	Zur Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Russland	25

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Kasten 2.1	Überprüfung der Prognose für 2021 und Anpassung der Prognose für 2022	41
Kasten 2.2	Zu den Mindestloohnerhöhungen auf 12 Euro	55

Verzeichnis der Abbildungen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Abbildung 1.1	Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt	16
Abbildung 1.2	Prognoserevision	18
Abbildung 1.3	Anteil der Importe aus der Russischen Föderation und der Ukraine an den Gesamtimporten der EU (Extra-Handel) in ausgewählten Produktgruppen 2021	20
Abbildung 1.4	Preis für Weizen	21
Abbildung 1.5	DAX und S&P500: Kurs (2020 = 100) und implizite Volatilität	22
Abbildung 1.6	Preisdifferenz zwischen Brent und Urals Öl	25
Abbildung 1.7	Beiträge ausgewählter Waren und Dienstleistungen zur Inflation	26
Abbildung 1.8	Verteilung der Inflationsraten bei den Verbraucherpreisen	27
Abbildung 1.9	Entwicklung von Einkommen, Konsum und Sparquote in der Pandemie	28
Abbildung 1.10	Erholungsprozess nach Ländern, Verwendungen und Wirtschaftsbereichen im Euroraum	28
Abbildung 1.11	Energieinflation im Euroraum nach Ländern	29
Abbildung 1.12	Zur monetären Lage im Euroraum	31
Abbildung 1.13	Bruttowertschöpfung in Dienstleistungsbereichen im Euroraum	35
Abbildung 1.14	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau und Produktionsindizes im Euroraum	35
Abbildung 1.15	Zusammenhang von Materialmangel und Produktionsentwicklung nach Industriezweigen im Euroraum	36

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2.1	Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland	38
Abbildung 2.2	Kapazitätsauslastung	39
Abbildung 2.3	Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen	47
Abbildung 2.4	Reale Exporte	48
Abbildung 2.5	Reale Importe	48
Abbildung 2.6	Reale Investitionen in Ausrüstungen	50
Abbildung 2.7	Reale Bauinvestitionen	51
Abbildung 2.8	Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte	52
Abbildung 2.9	Verbraucherpreise in Deutschland	53
Abbildung 2.10	Verbraucherpreise ohne Energie in Deutschland	53
Abbildung 2.11	Erwerbstätige	57
Abbildung 2.12	Arbeitslose	57
Abbildung 2.13	Struktureller Primärsaldo 2014 bis 2023	60
Abbildung 2.14	Energiepreisannahmen	62
Abbildung 2.15	Umfang der Gasrationierung im Verarbeitenden Gewerbe im Falle eines Importstopps russischer Brennstoffe	64
Abbildung 2.16	Szenarienvergleich – Verarbeitendes Gewerbe	64
Abbildung 2.17	Szenarienvergleich – Reales Bruttoinlandsprodukt	66
Abbildung 2.18	Szenarienvergleich – Verbraucherpreise	66
Abbildung 2.19	Szenarienvergleich – Arbeitsvolumen	68

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Abbildung 3.1	Komponenten der Veränderung des Arbeitsvolumens nach modifizierter EU-Methode	70
Abbildung 3.2	Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode	71
Abbildung 3.3	Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode	72

5. Effekte der Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial

Abbildung 5.1	Jährliche Treibhausgasemissionen nach Sektoren im historischen Verlauf und mit zukünftigen Zielpfaden	79
Abbildung 5.2	Bruttoinlandsprodukt, Energieverbrauch und CO ₂ -Emissionen 1965 bis 2040 sowie Kaya-Zerlegung der CO ₂ -Emissionen nach Jahrzehnten in Deutschland	80
Abbildung 5.3	Bruttoanlagevermögen: Anteile der Vermögensarten und Abgänge	82
Abbildung 5.4	Energiepreise, Energieausgaben und energiesparender technologischer Fortschritt	83
Abbildung 5.5	Szenarien für den Primärenergieverbrauch bis 2030	84
Abbildung 5.6	Bruttoinlandsprodukt und Projektionen des Produktionspotenzials bis 2030	85

Verzeichnis der Tabellen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Tabelle 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt	19
Tabelle 1.2	Anteil russischer Lieferungen an der Summe von Importen und Eigenproduktion bei Erdöl und Steinkohle in den Ländern der Europäischen Union	21
Tabelle 1.3	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA	23
Tabelle 1.4	Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums	32
Tabelle 1.5	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum	33
Tabelle 1.6	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union	34

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2.1	Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts	37
Tabelle 2.2	Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts	38
Tabelle 2.3	Beiträge zur Verwendung des Bruttoinlandsprodukts	39
Tabelle 2.4	Eckdaten der Prognose für Deutschland	40
Tabelle 2.5	Prognose für das Jahr 2021 und tatsächliche Entwicklung	41
Tabelle 2.6	Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2021	42
Tabelle 2.7	Finanzpolitische Maßnahmen	44
Tabelle 2.8	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	45
Tabelle 2.9	Annahmen der Prognose	49
Tabelle 2.10	Indikatoren zur Außenwirtschaft	49
Tabelle 2.11	Reale Bauinvestitionen	50
Tabelle 2.12	Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)	54
Tabelle 2.13	Vergleich zwischen Mindestlohneinführung und -erhöhung auf 12 Euro	55
Tabelle 2.14	Arbeitsmarktbilanz	58
Tabelle 2.15	Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren	59
Tabelle 2.16	Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates	61
Tabelle 2.17	Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt – Alternativszenario	63
Tabelle 2.18	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen – Alternativszenario	65
Tabelle 2.19	Eckdaten der Prognose für Deutschland – Alternativszenario	67
Tabelle 2.20	Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts – Alternativszenario	68

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Tabelle 3.1	Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode	71
Tabelle 3.2	Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum	73
Tabelle 3.3	Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts	73

Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress

Die deutsche Wirtschaft steuert durch schwieriges Fahrwasser. Die Auftriebskräfte durch den Wegfall der Pandemiebeschränkungen, die Nachwehen der Corona-Krise und die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine sorgen für gegenläufige konjunkturelle Strömungen. Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung. Im zurückliegenden Winterhalbjahr haben vor allem die Maßnahmen zum Infektionsschutz die Wirtschaftsleistung gedämpft. Unter der Voraussetzung, dass das Kriegsgeschehen in der Ukraine mit Blick auf die ökonomische Aktivität nicht weiter eskaliert, werden die konjunkturellen Auftriebskräfte ab dem Frühjahr die Oberhand gewinnen. Nach einem schwachen Jahresauftakt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal zwar deutlich zulegen, ohne die Belastung durch den Krieg in der Ukraine würde das Plus aber kräftiger ausfallen. Insgesamt verzögert sich damit der Erholungsprozess abermals. Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird demnach erst im dritten Quartal des laufenden Jahres erreicht werden. Alles in allem erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,7% für dieses Jahr und 3,1% für nächstes Jahr. Im kommenden Jahr drifft die deutsche Wirtschaft in eine leichte Überauslastung. Maßgeblich dafür sind der hohe Auftragsüberhang in der Industrie sowie nachholende Konsumaktivität. Im Falle eines sofortigen Embargos für die Öl- und Gaslieferungen aus Russland in die Europäische Union würde hingegen die deutsche Wirtschaft in eine scharfe Rezession geraten. Der kumulierte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion dürfte sich in diesem Fall bereits in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro belaufen, was mehr als 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine fügt der **Weltwirtschaft** über mehrere Kanäle schweren Schaden zu. Die Preise für fossile Brennstoffe und einige Industriemetalle, für die Russland und zum Teil auch die Ukraine Hauptlieferanten auf den Weltmärkten sind, haben sprunghaft zugenommen. Denn im Zuge der westlichen Sanktionen wird ein erheblicher Teil dieses Angebots nicht wie gewohnt dem Weltmarkt zur Verfügung stehen. Auch die Nahrungsmittelpreise haben sich deutlich erhöht, da die Ausfuhr von Getreide oder Düngemittel aus der Ukraine und Russland zurückgeht. Zudem lassen der Krieg und die Sanktionen gegen Russland die derzeit ohnehin strapazierten globalen Lieferketten an einigen Stellen erneut reißen. Preissprünge und Lieferengpässe dürften in den nächsten Monaten die schon vielerorts hohe Inflation weiter befeuern. Auch werden Russland und die Ukraine als Absatzmärkte in nächster Zeit weitgehend ausfallen. Schließlich erschwert der Krieg, weil er die Welt unsicherer macht, viele wirtschaftliche Entscheidungen. An den Finanzmärkten sind die Reaktionen bislang allerdings eher moderat ausgefallen. Wegen der geografischen Nähe und der stärkeren Verflochtenheit mit Russland und der Ukraine sind die europäischen Volkswirtschaften, zumal die in Mittel- und Osteuropa, besonders betroffen. Kritisch ist für viele EU-Länder die hohe Abhängigkeit von russischem Erdgas. Zudem stehen sie vor der Aufgabe, Millionen ukrainischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Prognose basiert auf der **Annahme**, dass es über die Grenzen der Ukraine hinaus zu keiner Ausweitung der militärischen Auseinandersetzung kommt, der Konflikt aber, militärisch oder politisch, andauert und auch die Sanktionen bestehen bleiben. Unter diesen Voraussetzungen wird die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Russland und der gesamten Region im Prognosezeitraum eine Quelle erhöhter Unsicherheit bleiben und die internationale Konjunktur dämpfen. Der starke Anstieg der Rohstoffpreise trägt dazu bei, dass die Inflation weltweit hoch bleibt. Allerdings gehen die Institute zunächst davon aus, dass die Rohstoffexporte Russlands in die Europäische Union nicht gestoppt werden und insbesondere Rationierungen des Gasverbrauchs in Europa vermieden werden (Basisszenario). Unter dieser Annahme dürften die Rohstoffpreise ihren Hochpunkt bereits hinter sich gelassen haben und im Einklang mit den Kursen an den Terminmärkten in den kommenden Monaten allmählich

wieder sinken. Eine deutlich ungünstigere Entwicklung ist zu erwarten, wenn es zu einem Lieferstopp käme (Alternativszenario).

Es gibt aber auch einen Faktor, der die internationale Konjunktur stützt: Die Corona-Pandemie belastet die wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb Chinas immer weniger, nicht zuletzt, weil sich mit Omikron eine für Geimpfte und Genesene weniger gefährliche Variante durchgesetzt hat. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind in den meisten Ländern weitgehend aufgehoben worden. Allein die damit verbundene Normalisierung des Konsumverhaltens dürfte der Konjunktur einen kräftigen Schub verleihen. Die Erholung der Weltwirtschaft von den Folgen der Pandemie wird nun aber durch den Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen gebremst.

Im vierten Quartal 2021 setzte sich die weltwirtschaftliche Erholung insgesamt noch unvermindert fort. Freilich war der **Konjunkturverlauf** in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Insbesondere im Euroraum kühlte sich die Konjunktur infolge einer neuen Pandemiewelle deutlich ab. Die verordneten oder freiwilligen Beschränkungen von sozialen Kontakten und wirtschaftlicher Aktivität fielen allerdings deutlich geringer aus als in den vorangegangenen Pandemiewellen. Kräftig, mit einem Zuwachs von 1,7% gegenüber dem Vorquartal, expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA, nicht zuletzt infolge eines starken Lageraufbaus. Nach sehr niedrigen Lagerbeständen im Sommer versuchten offenbar viele Unternehmen aus Sorge vor andauernden Lieferengpässen ihre Läger so gut wie möglich aufzufüllen, was die bestehenden Probleme bei Lieferketten kurzfristig aber noch einmal verschärft haben dürfte. Auch in Japan expandierte das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2021 mit kräftigen 1,1%. Die japanische Wirtschaft profitierte dabei vor allem von wieder deutlich zulegenden privaten Konsumausgaben und einer dynamischen Exportentwicklung.

Der **Welthandel** mit Waren hat nach einer Phase der Stagnation im Sommer zu Jahresende 2021 wieder deutlich zugenommen, gegenüber dem Vorquartal um 2,5%. Die seit dem Einbruch vom Frühjahr 2020 insgesamt kräftige Dynamik ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Nachfrage wegen der Pandemie von personennahen Dienstleistungen auf handelbare Güter verlagert hat. Besonders stark ist die Nachfrage nach importierten Waren vonseiten der privaten Haushalte in den USA. Sie hat zusammen mit pandemiebedingten Ausfällen von Produktionskapazitäten wesentlich zu den Engpässen bei internationalen Lieferketten beigetragen. Das gilt besonders für den Seeverkehr – sei es für die Verfügbarkeit von Schiffen oder Containern, oder für die Abfertigung in den Häfen.

Vor dem Hintergrund der in weiten Teilen der Welt expansiven Geld- und Finanzpolitik haben die Nachfrage nach Konsum- und Vorleistungsgütern sowie nach Rohstoffen, aber auch Knappheiten auf den Arbeitsmärkten in einem Großteil der fortgeschrittenen Volkswirtschaften erheblich

zugenommen. In der Folge sind die **Inflationsraten** schon seit Frühjahr 2021 stark gestiegen. Die steigenden Energiepreise sind Teil eines grundlegenden Preisauftriebs. Ein rascher Rückgang der Inflation ist nicht zu erwarten; vielmehr ist im Laufe des Frühjahrs mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Denn die Invasion Russlands in der Ukraine hat viele Preise für Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte nochmals stark steigen lassen. Erdöl der Sorte Brent verteuerte sich von etwa 80 US-Dollar pro Barrel zu Jahresbeginn auf über 120 US-Dollar Anfang März; Anfang April kostete Erdöl etwa 110 US-Dollar. Die Erdgaspreise auf dem europäischen Spotmarkt legten im selben Zeitraum um ein Drittel zu, nachdem sie im Lauf des Vorjahrs bereits um den Faktor vier gestiegen waren. Deutlich gestiegen sind auch die Preise für Industrierohstoffe und Nahrungsmittel. Russland und die Ukraine sind bedeutende Anbauländer für Getreide. Daher hat sich die Unsicherheit über die mögliche Erntemenge massiv erhöht. Zudem dürften kriegsbedingte Ausfälle bei der ukrainischen Industrieproduktion das Lieferkettenproblem wieder verschärfen, nachdem es hier um die Jahreswende Anzeichen für eine allmähliche Entspannung gegeben hatte. Neuer Stress für die internationalen Lieferketten rührt zudem von neuen Corona-Ausbrüchen in China her.

Die hohe Inflationsdynamik bei zunächst noch recht günstigen Wirtschaftsaussichten hatte im Winter dazu geführt, dass viele Zentralbanken, in Europa etwa die Großbritanniens, Norwegens sowie der mittel- und osteuropäischen Länder, ihre Leitzinsen erhöhten. Mit Kriegsausbruch haben sich jedoch die wirtschaftlichen Aussichten eingetrübt und der inflationäre Druck spürbar erhöht. Damit steht die **Geldpolitik** vor einem Zielkonflikt zwischen Preis- und Produktionsstabilisierung, wie er in ähnlicher Weise im Zuge der beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979 aufgetreten war. In den USA überwiegen die Inflationsgefahren, und so hat die US-Notenbank im März 2022 zum ersten Mal seit dem Dezember 2018 ihren Leitzins erhöht und zudem angekündigt, dass sie ab dem Sommer mit dem Prozess der allmählichen Bilanzverkürzung beginnen wird. Die Europäische Zentralbank strafft ihre Geldpolitik zaghafter: Sie hat ihre Wertpapierkäufe im Rahmen des zu Pandemiebeginn gestarteten Notfallkaufprogramms im März beendet und in Aussicht gestellt, ihr allgemeines Wertpapierkaufprogramm nach vorübergehender Erhöhung im kommenden Sommer auslaufen zu lassen. Mit einer Anhebung der Leitzinsen im Euroraum ist für das vierte Quartal des laufenden Jahres zu rechnen. Dagegen ist in China und in Japan der Inflationsdruck trotz auch dort höherer Energiepreise weiterhin gering, und mit geldpolitischen Straffungen ist vorläufig kaum zu rechnen. In einigen Schwellenländern, wie etwa Brasilien, sind die Inflationsraten wiederum in die Höhe geschossen, und die Leitzinsen wurden bereits deutlich erhöht.

Umfangreiche expansive **finanzpolitische Maßnahmen** haben in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – und in geringerem Umfang auch in vielen Schwellenländern – in den Jahren 2020 und 2021 die wirtschaftlichen Folgen der

Pandemie gemildert. Diese Maßnahmen laufen nun im Großen und Ganzen aus. An ihre Stelle treten in der EU und in Japan Ausgabenprogramme in allerdings geringerer Größenordnung, während es unsicher ist, wieviel die US-Regierung von ihrem geplanten Programm im Kongress wird durchsetzen können. Darüber hinaus werden angesichts der höheren Energie- und Lebensmittelpreise in manchen Ländern Maßnahmen ergriffen, um die Folgen etwa für Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen zu mildern. Auch dürfte es in mehreren Ländern mittelfristig zu höheren Ausgaben für die Verteidigung und zu einem beschleunigten Umbau der Energieversorgung kommen. Die Neuverschuldung wird in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hoch bleiben. In den Schwellenländern werden die seit Ausbruch der Pandemie stark gestiegenen Budgetdefizite trotz der allmählichen wirtschaftlichen Erholung nur langsam reduziert, wobei häufig – wie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – längerfristige Ausgabenprogramme aufgesetzt worden sind, die vor allem auf eine Stärkung der Infrastruktur zielen.

Der Krieg in der Ukraine und die umfangreichen Sanktionen gegen Russland haben den **weltwirtschaftlichen Ausblick** spürbar eingetrübt. Während die Kaufkraft der Konsumenten durch die hohen Energiepreise verringert wird, belasten die geopolitischen Risiken die Investitionsneigung der Unternehmen. Zudem können die Probleme bei den Lieferketten immer wieder zu stockender Industrieproduktion führen. Die Institute gehen davon aus, dass die meisten noch bestehenden pandemiebedingten Einschränkungen bis zum Beginn des zweiten Quartals aufgehoben oder durch weniger weitreichende Auflagen ersetzt werden. Auch die individuellen Verhaltensanpassungen zur Vermeidung von Infektionen werden deutlich nachlassen. In vielen Schwellenländern, wo die Impfkampagnen bisher zum Teil mit weniger wirksamen Impfstoffen durchgeführt wurden, kommt die Pandemiebekämpfung langsamer voran. Aber auch dort dürften die verbleibenden Einschränkungen die wirtschaftliche Aktivität nur noch geringfügig belasten. China hingegen wird wohl weiter an seiner besonders strikten Eindämmungspolitik festhalten, welche immer wieder zur Abriegelung ganzer Städte und Schließungen von Fabriken oder Hafenanlagen führt. Dies trägt dazu bei, dass die Probleme bei internationalen Lieferketten mindestens im ersten Halbjahr 2022 bestehen bleiben.

Unter diesen Umständen werden die pandemiebedingten Produktionshemmnisse in China und vor allem der Krieg in der Ukraine die weltwirtschaftliche Erholung im Jahr 2022 verlangsamen, aber nicht zum Stehen bringen. Für die zweite Jahreshälfte rechnen die Institute mit einem Abflauen der Corona-Krise auch in China und mit einem allmählichen Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise. Aus diesem Grund und auch wegen der schwächeren Konjunktur verringert sich der Inflationsdruck dann allmählich. Alles in allem haben die Institute ihre Erwartung für den Zuwachs der **Weltproduktion** in diesem Jahr deutlich von 4,2% auf 3,5% reduziert. Die Prognose für das Jahr 2023 fällt um mit 3,0% um 0,1 Prozentpunkte geringer aus. In den fortgeschrittenen

Volkswirtschaften insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr trotz der mit dem Krieg verbundenen Belastungen mit einer Rate von 3,3% deutlich zulegen; im nächsten Jahr dürfte sie mit 2,4% kaum schneller expandieren als im mittelfristigen Trend. Der weltweite Warenhandel dürfte dieses Jahr trotz der nur schwachen Zunahme im Verlauf um rund 3,3 % zulegen. Für das kommende Jahr erwarten die Institute bei etwas höherer Dynamik im Verlauf einen Anstieg um 3,1%.

Die **deutsche Wirtschaft** steuert durch schwieriges Fahrwasser. Die Auftriebskräfte durch den Wegfall der Pandemiebeschränkungen, die Nachwehen der Corona-Krise und die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine sorgen für gegenläufige konjunkturelle Strömungen. Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung.

Mit der nun **abflauenden Pandemie** geht für sich genommen eine kräftige Erholung einher. Diese wird insbesondere durch die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche getragen. Dort können mit dem Wegfall der meisten Infektionsschutzmaßnahmen die Kapazitäten wieder stärker genutzt werden. Zugleich dürften sie auf rege Nachfrage stoßen, auch weil ihre Leistungen über längere Zeit entbehrt werden mussten. Zudem haben die privaten Haushalte während der Pandemie Überschussersparnisse von rund 200 Mrd. Euro gebildet, die maßgeblich dem Umstand geschuldet waren, dass die Konsumenten ihre gewohnten Verbrauchsmuster pandemiebedingt nicht beibehalten konnten. Das hohe Ausmaß an aufgetauter Kaufkraft wirkt belebend auf die Konjunktur und dürfte einen Gutteil des derzeitigen Inflationsdrucks erklären. Zu diesem Inflationsdruck hat die Finanzpolitik beigetragen, indem sie während der Pandemie die privaten Einkommen in erheblichem Umfang stabilisiert hat. Flankierend wirkte eine ultralockere Geldpolitik, die nun kaum gegensteuert – aktuell senkt die in die Höhe geschnellte Inflation die ohnehin negativen Realzinsen nochmals deutlich.

Im Zuge der Pandemie wurden die **Lieferketten** erheblich gestresst. In der Folge war auch die deutsche Industrie mit Materialengpässen historischen Ausmaßes konfrontiert, welche die Produktion massiv beeinträchtigten, während sich die Nachfrage ausweislich des regen Auftragseingangs bereits kräftig erholt hatte. Insgesamt dürfte sich der Auftragsüberhang im Verarbeitenden Gewerbe mittlerweile auf 100 Mrd. Euro belaufen. Die Industrieproduktion ist seit fünf Monaten wieder aufwärtsgerichtet, gleichwohl belasten Lieferengpässe immer noch die industrielle Aktivität. Hohe Nachfrage bei gehemmtem Angebot machen sich in stärkerem Preisdruck geltend. In dem Maße, wie Lieferengpässe nach und nach überwunden werden, lassen die Nachholeffekte auch in der Industrie für sich genommen einen selbsttragenden Aufschwung erwarten.

Die ab dem Frühjahr mit dem Überwinden der Pandemie und ihrer Folgen angelegte kräftige Erholung wird durch den **Kriegsausbruch in der Ukraine** zunächst gebremst. Der Krieg und die politischen Reaktionen wirken angebots- und

nachfrageseitig über verschiedene Kanäle als negativer Schock auf die wirtschaftliche Aktivität. Spürbar, aber gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung, ist der Wegfall der Exportmärkte, der insbesondere mit dem westlichen Sanktionsregime gegenüber Russland verbunden ist. Bedeutender ist die massiv gestiegene Unsicherheit über die Rohstoffversorgung, insbesondere – aber nicht nur – bei wichtigen Energierohstoffen, die den bereits vor dem russischen Überfall auf die Ukraine in Gang gekommenen Preisauftrieb weiter angefacht hat. Damit fließt über die höhere Energieimportrechnung entsprechend mehr Kaufkraft ins Ausland ab und schwächt hierzulande die Nachfrage. Zugleich kommt es durch die kriegsbedingten Störungen zu neuen Lieferengpässen, die kurzfristig nicht zuletzt die Automobilindustrie treffen.

Im zurückliegenden Winterhalbjahr haben vor allem die Maßnahmen zum Infektionsschutz die Wirtschaftsleistung gedämpft. Unter der Voraussetzung, dass das Kriegsgeschehen in der Ukraine mit Blick auf die ökonomische Aktivität nicht weiter eskaliert, werden die **konjunkturellen Auftriebskräfte** ab dem Frühjahr die Oberhand gewinnen. Nach einem schwachen Jahresauftakt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal zwar deutlich zulegen, ohne die Belastung durch den Krieg in der Ukraine würde das Plus aber kräftiger ausfallen. Insgesamt verzögert sich damit der Erholungsprozess abermals. Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird demnach erst im dritten Quartal des laufenden Jahres erreicht werden. Alles in allem erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,7% für dieses Jahr und 3,1% für nächstes Jahr. Im kommenden Jahr driftet die deutsche Wirtschaft in eine leichte Überauslastung. Maßgeblich dafür sind der hohe Auftragsüberhang in der Industrie sowie nachholende Konsumaktivität.

Weil die dämpfenden Pandemieeffekte, die vor allem die konsumnahen Wirtschaftsbereiche betreffen, früher überwunden werden als die Lieferengpässe in der Industrie, die für die Investitions- und Exporttätigkeit bedeutender ist, dominiert **verwendungsseitig** im laufenden Jahr die Belegung des privaten Verbrauchs, während die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte im kommenden Jahr verstärkt die Expansion tragen.

Die **Verbraucherpreise** ziehen im laufenden Jahr mit einer Rate von 6,1% so kräftig an wie seit 40 Jahren nicht mehr. Auch im kommenden Jahr bleibt die Rate mit 2,8% deutlich über dem Durchschnitt seit der Wiedervereinigung. Der Prozess beschleunigter Inflation hat bereits vor einem Jahr eingesetzt, und der Krieg in der Ukraine verschärft den Preisauftrieb zusätzlich. Dabei kommen die starken Rohstoffpreisanstiege erst nach und nach auf der Verbraucherstufe an. Allerdings treiben nicht nur höhere Energiepreise die Teuerung. So nimmt der heimische Preidruck – gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts – in beiden Prognosejahren mit über 3% deutlich zu, und auch die Kernrate der Inflation dürfte im kommenden Jahr noch bei 3,1% liegen. Insgesamt hat sich ein breit angelegter Preisdruck aufgebaut, der auch dann noch nachwirkt, wenn

annahmegemäß die Rohstoffpreise wieder etwas nachgeben und die Lieferengpässe in der zweiten Jahreshälfte sukzessive nachlassen.

Der **Arbeitsmarkt** zeigt sich gegenüber den aus dem Krieg in der Ukraine resultierenden Belastungen für die Konjunktur robust, weil die verzögerte Erholung der Produktion im Wesentlichen über die Arbeitszeit abgefangen werden dürfte. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt im Prognosezeitraum weiter, wenngleich mit schwächer werdender Dynamik. Hierzu trägt auch die sprunghafte Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro in diesem Jahr bei. Aufgrund der Alterung ist gegen Ende des Prognosezeitraums eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus angelegt. Dem wirkt allerdings die hier unterstellte Fluchtmigration aus der Ukraine entgegen, die das Arbeitskräfteangebot etwas erhöht. Die Arbeitslosenquote sinkt nach 5,7% im Vorjahr auf 5,0% in beiden Prognosejahren. Die Nominallöhne beschleunigen sich spürbar, werden einen Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer im Prognosezeitraum aber nicht gänzlich verhindern können.

Im laufenden Jahr dürften die **öffentlichen Haushalte** mit 52 Mrd. Euro ein deutlich geringeres Defizit aufweisen als im Vorjahr (132 Mrd. Euro). Maßgeblich trägt dazu ein nur geringer Anstieg der Staatsausgaben im Zuge des Auslaufens pandemiebezogener Unternehmenshilfen bei. Gleichzeitig steigen die Staatseinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung. Im Jahr 2023 dürften die Einnahmen mit dem kräftigen Lohnanstieg und dem robusten Arbeitsmarkt erheblich stärker als die Ausgaben steigen, sodass sich das Defizit auf knapp 28 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert. Hierbei ist unterstellt, dass die Mittel aus den kreditfinanzierten Sondervermögen, die hauptsächlich für den Klimaschutz und die Verteidigung vorgesehen sind, im Prognosezeitraum nur in geringem Umfang abfließen werden.

Das mit Abstand größte **Risiko** für die Prognose rührt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine her, dessen weiterer Verlauf und politische Folgen ungewiss sind. Von der Frage, ob – und falls ja, wann – die Situation weiter eskaliert oder es zu einer Befriedung kommt, hängen insbesondere die Rohstoffpreisentwicklung, das Ausmaß der Lieferengpässe, das Sanktionsregime sowie die Fluchtbewegung ab. Die Institute nehmen an, dass die bislang verhängten Sanktionen während des gesamten Prognosezeitraums in Kraft bleiben und die russischen Energielieferungen fortgesetzt werden. Weil aber eine Lieferunterbrechung drohen könnte, dürften entsprechende Risikozuschläge und höhere Kosten für das parallel vorangetriebene Ausweichen auf alternative Lieferquellen (z. B. vermehrter Einsatz von Flüssiggas) die Energiepreise deutlich über dem Niveau halten, das ohne den Konflikt gelten würde. Jede weitere Zuspitzung dürfte unmittelbar auf die Risikoeinschätzung und somit auf wichtige Rohstoffnotierungen durchschlagen. Umgekehrt würde eine Entspannung wirken. Rohstoffpreissprünge können bei Friktionen im Überwälzungsprozess kurzfristig realwirtschaftliche Aktivität zusätzlich behindern.

Naturgemäß hängen auch die **Fluchtbewegungen** stark von der weiteren militärischen und politischen Entwicklung in der Ukraine ab. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Menschen werden im Westen Schutz suchen. Sollte es hingegen zu einer Befriedung kommen, wird es vor allem von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen, wie viele Menschen in ihre Heimat zurückkehren werden. Dieser Prognose legen die Institute die Setzung zugrunde, dass in diesem Jahr 600 000 und im kommenden Jahr weitere 140 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, von denen rund ein Drittel das Arbeitskräftepotenzial erhöht, allerdings erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt Fuß fasst.

Im Basisszenario lässt die **Inflationsdynamik** zusammen mit den Preisen an den weltweiten Märkten für Energierohstoffe im Verlauf wieder nach. Es besteht allerdings angesichts von erheblichen Arbeitskräfteknappheiten in vielen Branchen und der während der Pandemie aufgestauten Kaufkraft ein erhöhtes Risiko, dass sich die Inflation stärker verfestigt und die Inflationserwartungen weiter nach oben treibt. So könnten Unternehmen ihre Preissetzungsspielräume in stärkerem Maße nutzen und darüber hinaus versucht sein, Mitarbeiter durch höhere Löhne an das Unternehmen zu binden und die Kosten an die Verbraucher weiterzureichen.

Schließlich bergen mögliche neue Virusvarianten und damit verbundene **Pandemiewellen** weiterhin Abwärtsrisiken. In einem solchen Fall wäre mit Aktivitätseinbußen in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen und – bei Arbeitsausfällen infolge von Krankheit und Quarantäne – auch darüber hinaus zu rechnen. Ferner besteht ein erhöhtes Risiko für die internationalen Lieferketten dadurch, dass in anderen Weltregionen (insbesondere in China) die Pandemiepolitik stärker auf die Produktion durchschlägt, weil es dort weiterhin zu größeren Lockdown-Maßnahmen kommt.

Die **konjunkturellen Folgen eines sofortigen Embargos von Erdöl und Erdgas** für die Lieferungen von Russland in die Europäische Union betrachten die Institute in einem

Alternativszenario. Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Fall kommendes Jahr in eine scharfe Rezession geraten. Nach einem Dämpfer im Auftaktquartal 2023 bricht das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um fast 5% ein. Eine Erholung im Schlussquartal fängt dies zwar teilweise auf, alles in allem sinkt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 aber um fast 2% – gegenüber einem gut dreiprozentigen Anstieg im Basisszenario. Der kumulierte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion dürfte sich bereits in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf rund 220 Mrd. Euro belaufen, was mehr als 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Die Verbraucherpreise werden mit 7,3% (2022) und 5% (2023) weitaus stärker steigen als im Basisszenario. Der durch einen Lieferstopp ausgelöste Wirtschaftseinbruch wird bis zum Ende des Prognosezeitraums noch nicht wieder aufgeholt. Im Schlussquartal verbleibt gegenüber dem Basisszenario eine Lücke von gut 4%. Auch ein abermaliger Rückschlag im Winter 2023/2024 ist möglich. In der mittleren Frist dürfte sich die Wirtschaftsleistung jedoch allmählich dem Pfad annähern, der auch für das Basiszenario gilt. Maßgeblich hierfür ist das Produktionspotenzial, das weniger durch die temporäre Gaskrise als vielmehr dadurch beeinträchtigt wird, dass Energie auf absehbare Zeit am Standort Deutschland merklich teurer sein wird, als es sich vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine darstellte. Denn die Entscheidung, unabhängig von russischen Rohstofflieferungen zu werden, dürfte auch dann noch Bestand haben, wenn sich die militärische und politische Lage wieder beruhigt. Damit muss sich ein Teil der Energieversorgung und der energieintensiven Industrie neu ausrichten.

Die anhaltend hohen Preise für Energie dürften den energiesparenden technischen Fortschritt in den kommenden Jahren deutlich beschleunigen. Dies war auch nach dem Ölpreisschock der 1970er Jahre zu beobachten. Die Ergebnisse im Schwerpunktthema dieses Gutachtens zeigen, dass ein ähnlich starker Technologieschub wie damals erforderlich ist, um die bis zum Jahr 2030 festgelegten Emissionsziele zu erreichen, wenn die ökonomische Aktivität nicht drastisch sinken soll.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Überblick

Der Überfall Russlands auf die Ukraine fügt der Weltwirtschaft über mehrere Kanäle schweren Schaden zu (vgl. Kasten 1.1). Die Preise für fossile Brennstoffe und einige Industriemetalle, für die Russland und zum Teil auch die Ukraine Hauptlieferanten auf den Weltmärkten sind, haben sprunghaft zugenommen. Denn im Zuge der westlichen Sanktionen wird womöglich ein erheblicher Teil dieses Angebots nicht wie gewohnt dem Weltmarkt zur Verfügung stehen. Auch die Nahrungsmittelpreise haben sich deutlich erhöht, da die Ausfuhr von Getreide oder Düngemittel aus der Ukraine und Russland zurückgeht. Zudem lassen der Krieg und die Sanktionen gegen Russland die derzeit ohnehin strapazierten globalen Lieferketten an einigen Stellen erneut reißen. Preissprünge und Lieferengpässe dürften in den nächsten Monaten die schon vielerorts hohe Inflation weiter in die Höhe treiben. Auch werden Russland und die Ukraine als Absatzmärkte in nächster Zeit weitgehend ausfallen. Schließlich erschwert der Krieg, weil er die Welt unsicherer macht, viele wirtschaftliche Entscheidungen. An den Finanzmärkten sind die Reaktionen bislang allerdings eher moderat ausgefallen. Wegen der geografischen Nähe und der stärkeren Verflochtenheit mit Russland und der Ukraine sind die europäischen Volkswirtschaften, zumal die in Mittel- und Osteuropa, besonders betroffen. Kritisch ist für viele EU-Länder die hohe Abhängigkeit von russischem Erdgas. Zudem stehen sie vor der Aufgabe, Millionen ukrainischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass es über die Grenzen der Ukraine hinaus zu keiner Ausweitung der militärischen Auseinandersetzung kommt, der Konflikt aber, militärisch oder politisch, andauert und auch die Sanktionen bestehen bleiben. Unter diesen Voraussetzungen wird die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Russland und der gesamten Region im Prognosezeitraum eine Quelle erhöhter Unsicherheit bleiben und die internationale Konjunktur dämpfen. Der starke Anstieg der Rohstoffpreise trägt dazu bei, dass die Inflation weltweit hoch bleibt. Allerdings gehen die Institute in ihrem Basisszenario davon aus, dass die Rohstoffexporte Russlands in die Europäische Union nicht gestoppt werden und insbesondere Rationierungen des Gasverbrauchs in Europa vermieden werden können. Unter dieser Annahme dürften die Rohstoffpreise ihren Hochpunkt bereits hinter sich gelassen haben und im Einklang mit den Kursen an den Terminmärkten in den kommenden Monaten allmählich wieder sinken. Eine deutlich ungünstigere Entwicklung ist zu erwarten, wenn es zu einem Lieferstopp käme (vgl. Alternativszenario in Kapitel 2).

Es gibt aber auch einen Faktor, der die internationale Konjunktur stützt: Die Corona-Pandemie belastet die wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb Chinas immer weniger,

nicht zuletzt, weil sich mit Omikron eine für Geimpfte und Genesene weniger gefährliche Variante durchgesetzt hat. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind in den meisten Ländern weitgehend aufgehoben worden. Allein die damit verbundene Normalisierung des Konsumverhaltens dürfte der Konjunktur einen kräftigen Schub verleihen. Die Erholung der Weltwirtschaft von den Folgen der Pandemie wird nun aber durch den Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen gebremst.

Internationale Konjunktur bis Kriegsbeginn recht kräftig

Im vierten Quartal 2021 setzte sich die weltwirtschaftliche Erholung insgesamt noch unvermindert fort. Freilich war der Konjunkturverlauf in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Insbesondere im Euroraum kühlte sich die Konjunktur infolge einer neuen Pandemiewelle deutlich ab, die Expansionsrate betrug im Vergleich zum Vorquartal lediglich 0,3% (vgl. Abbildung 1.1). Die verordneten oder freiwilligen Beschränkungen von sozialen Kontakten und wirtschaftlicher Aktivität fielen allerdings deutlich geringer aus als in den vorangegangenen Pandemiewellen. Kräftig, mit einem Zuwachs von 1,7% gegenüber dem Vorquartal, expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA, nicht zuletzt infolge eines starken Lageraufbaus. Nach sehr niedrigen Lagerbeständen im Sommer versuchten offenbar viele Unternehmen aus Sorge vor andauernden Lieferengpässen ihre Läger so gut wie möglich aufzufüllen, was die bestehenden Probleme in den Lieferketten kurzfristig aber noch einmal verschärft haben dürfte. Auch in Japan expandierte das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2021 mit 1,1% kräftig. Die japanische Wirtschaft profitierte dabei vor allem von wieder deutlich zulegenden privaten Konsumausgaben und einer dynamischen Exportentwicklung.

In China beschleunigte sich die Expansion trotz schwelender Schuldenprobleme im Immobiliensektor und verhaltener Investitionstätigkeit auf 1,6%. Offenbar haben die Produktionsengpässe insbesondere im Energiesektor weniger gedämpft als in den Quartalen zuvor. Dagegen bremsten in manchen Schwellenländern, etwa in Brasilien und der Türkei, hohe Inflationsraten und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu deren Verringerung den Produktionszuwachs.

Der Welthandel mit Waren hat nach einer Phase der Stagnation im Sommer zu Jahresende 2021 wieder deutlich zugenommen, gegenüber dem Vorquartal um 2,5%. Die seit dem Einbruch vom Frühjahr 2020 insgesamt hohe Dynamik ist auch darauf zurückzuführen, dass sich die Nachfrage wegen der Pandemie von personennahen Dienstleistungen auf handelbare Güter verlagert hat.

Abbildung 1.1

Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt

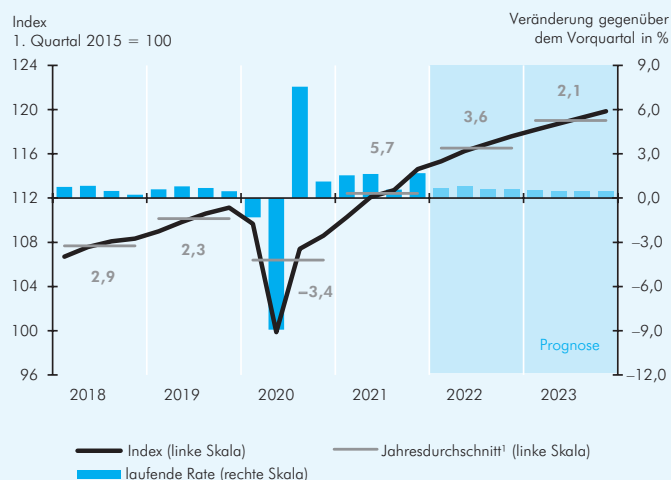
(a) Bruttoinlandsprodukt der Welt¹
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



¹Aggregat aus den in Tabelle 1.1 aufgeführten Ländern. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar bzw. dem Anteil an deutschen Exporten.

Quellen: IWF; OECD; nationale Statistikämter; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2022: Prognose der Institute.

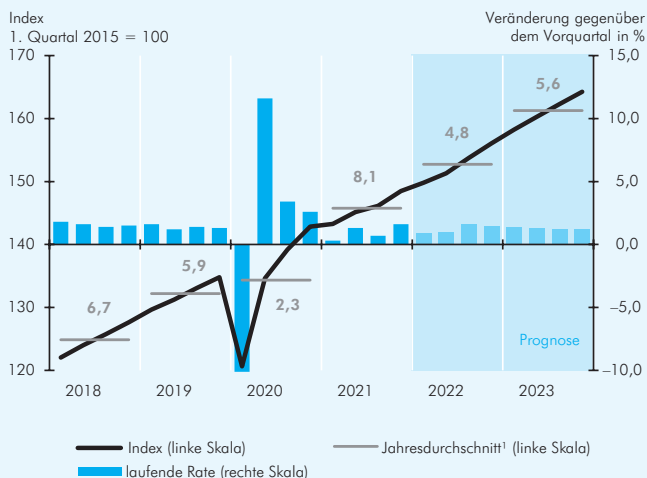
(b) Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



¹Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2022: Prognose der Institute.

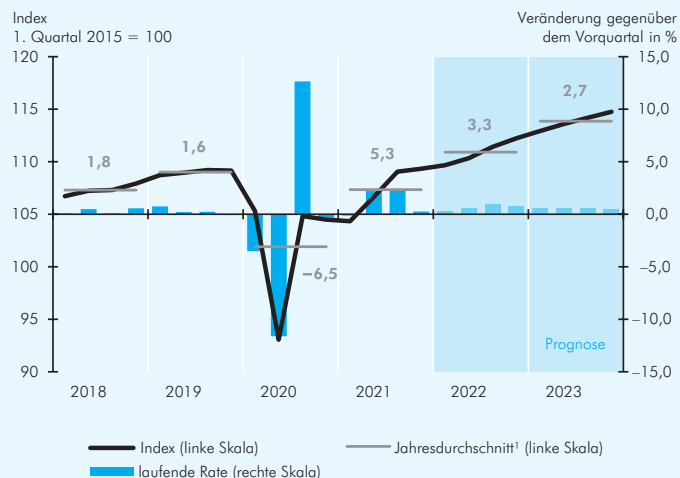
(c) Reales Bruttoinlandsprodukt in China
Saisonbereinigter Verlauf



¹Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: China National Bureau of Statistics; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2022: Prognose der Institute.

(d) Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab dem 1. Quartal 2022: Prognose der Institute.

Besonders stark war die Nachfrage nach importierten Waren vonseiten der privaten Haushalte in den USA. Sie hat zusammen mit pandemiebedingten Ausfällen von Produktionskapazitäten wesentlich zu den Engpässen bei internationalen Lieferketten beigetragen. Das gilt besonders für den Seeverkehr – sei es für die Verfügbarkeit von Schiffen oder Containern, oder für die Abfertigung in den Häfen.

Hohe und zunächst noch weiter steigende Inflation

Vor dem Hintergrund der in weiten Teilen der Welt expansiven Geld- und Finanzpolitik haben die Nachfrage nach Konsum- und Vorleistungsgütern sowie nach Rohstoffen, aber auch Knappheiten auf den Arbeitsmärkten in einem Großteil der fortgeschrittenen Volkswirtschaften erheblich zugenommen. In der Folge sind die Inflationsraten schon

seit Frühjahr 2021 stark gestiegen. In den USA und im Euro-Raum waren die Erzeugerpreise zuletzt um 10,0% (Februar) bzw. 11,7% (Januar) höher als ein Jahr zuvor. Auch bei den Verbraucherpreisen hat die Inflation noch einmal angezogen, in den USA im Februar auf 7,9%, im Euro-Raum im März auf 7,5% (vgl. Fokusthema: Inflation im Euro-Raum und den USA).

Die steigenden Energiepreise sind Teil eines grundlegenden Preisauftriebs. Auch bei der Kernrate (Inflation ohne Energie und Lebensmittel) hat der Preisauftrieb deutlich angezogen, vor allem in den USA. Ein rascher Rückgang der Inflation ist nicht zu erwarten; vielmehr ist im Laufe des Frühjahrs mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Denn die Invasion Russlands in der Ukraine hat viele Preise für Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte nochmals stark steigen lassen. Erdöl der Sorte Brent verteuerte sich von etwa 80 US-Dollar pro Barrel zu Jahresbeginn auf über 120 US-Dollar Anfang März; Anfang April kostete Erdöl etwa 105 US-Dollar. Die Erdgaspreise auf dem europäischen Spotmarkt legten im selben Zeitraum um ein Drittel zu, nachdem sie im Lauf des Vorjahrs bereits um den Faktor vier gestiegen waren. Deutlich gestiegen sind auch die Preise für Industrierohstoffe und Nahrungsmittel. Russland und die Ukraine sind bedeutende Anbauländer für Getreide. Der Krieg hat die Unsicherheit über die mögliche Erntemenge massiv erhöht. Zudem dürften kriegsbedingte Ausfälle bei der ukrainischen Industrieproduktion und die Auswirkungen der Sanktionen gegenüber Russland das Lieferkettenproblem wieder verschärfen, nachdem es hier um die Jahreswende Anzeichen für eine allmähliche Entspannung gegeben hatte. Noch größere Risiken für die internationalen Lieferketten zeichnen sich derzeit im Zusammenhang mit den Corona-Ausbrüchen in China ab.

Schwierige Gratwanderung für Geld- und Finanzpolitik

Die hohe Inflationsdynamik bei zunächst noch recht günstigen Wirtschaftsaussichten hatte im Winter dazu geführt, dass viele Zentralbanken, in Europa etwa die Großbritanniens, Norwegens und einiger mitteleuropäischen Länder, ihre Leitzinsen erhöhten. Mit Kriegsausbruch haben sich jedoch die wirtschaftlichen Aussichten eingetrübt und der inflationäre Druck spürbar erhöht. Damit steht die Geldpolitik vor einem Zielkonflikt zwischen Preis- und Produktionsstabilisierung, wie er in ähnlicher Weise im Zuge der beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979 aufgetreten war. In den USA überwiegen die Inflationsgefahren, und so hat die US-Notenbank im März 2022 zum ersten Mal seit Dezember 2018 ihren Leitzins um einen Viertelprozentpunkt auf 0,5% (Obergrenze) erhöht und zudem angekündigt, demnächst mit dem Prozess der allmählichen Bilanzverkürzung zu beginnen. Der US-Leitzins dürfte schrittweise bis auf 2,75% im vierten Quartal 2023 angehoben werden. Die Europäische Zentralbank strafft ihre Geldpolitik zaghafter: Sie hat ihre Wertpapierkäufe im Rahmen des zu Pandemiebeginn gestarteten

Notfallkaufprogramms im März beendet und in Aussicht gestellt, ihr allgemeines Wertpapierkaufprogramm nach vorübergehender Erhöhung im kommenden Sommer auslaufen zu lassen. Mit einer Anhebung der Leitzinsen im Euro-Raum ist für das vierte Quartal des laufenden Jahres zu rechnen. Im Jahr 2023 wird der Hauptrefinanzierungssatz weiter bis auf 1% erhöht werden. Dagegen ist in China und in Japan der Inflationsdruck trotz auch dort höherer Energiepreise weiterhin gering, und mit geldpolitischen Straffungen vorläufig kaum zu rechnen. In einigen Schwellenländern, wie etwa Brasilien, sind die Inflationsraten wiederum in die Höhe geschossen, und die Leitzinsen wurden bereits deutlich erhöht.

Umfangreiche expansive finanzpolitische Maßnahmen haben in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – und in geringerem Umfang auch in vielen Schwellenländern – in den Jahren 2020 und 2021 die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gemildert. Diese Maßnahmen laufen nun im Großen und Ganzen aus. An ihre Stelle treten in der Europäischen Union (mit dem Next-Generation-EU-Programm) und in Japan Ausgabenprogramme in allerdings geringerer Größenordnung, während es unsicher ist, wieviel die US-Regierung von ihrem geplanten Programm im Kongress wird durchsetzen können. Darüber hinaus werden angesichts der höheren Energie- und Lebensmittelpreise in manchen Ländern Maßnahmen ergriffen, um die Folgen etwa für Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen zu mildern. Auch dürfte es in mehreren Ländern mittelfristig zu höheren Ausgaben für die Verteidigung und zu einem beschleunigten Umbau der Energieversorgung kommen. Die Neuverschuldung wird jedenfalls in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hoch bleiben.

In den Schwellenländern werden die seit Ausbruch der Pandemie stark gestiegenen Budgetdefizite trotz der allmählichen wirtschaftlichen Erholung nur langsam reduziert, wobei häufig – wie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – längerfristige Ausgabenprogramme aufgesetzt worden sind, die vor allem auf eine Stärkung der Infrastruktur zielen.

Ausblick: Schwächere Erholung bei hoher Inflation

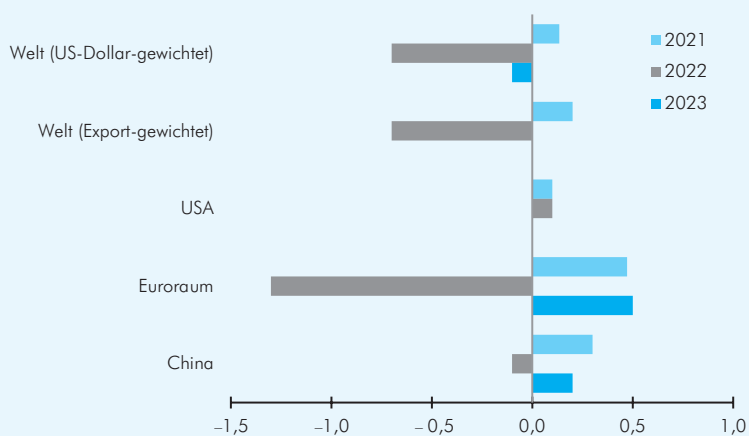
Der Krieg in der Ukraine und die umfangreichen Sanktionen gegen Russland haben den weltwirtschaftlichen Ausblick spürbar eingetrübt. Während die Kaufkraft der Konsumenten durch die hohen Energiepreise verringert wird, belasten die geopolitischen Risiken die Investitionsneigung der Unternehmen.¹ Zudem können die Probleme bei den Lieferketten immer wieder zu stockender Industrieproduktion führen. Die Institute gehen davon aus, dass die meisten noch bestehenden pandemiebedingten Einschränkungen zeitnah aufgehoben oder durch weniger weitreichende Auflagen ersetzt werden. Auch die individuellen Verhaltensanpassungen zur

¹ Zu den Wirkungen geopolitischer Risiken auf die Investitionstätigkeit vgl. *Caldara, D.; Iacoviello L.: Measuring Geopolitical Risk*, in: *American Economic Review*, Vol 112 (4), 1 194–1 225, April 2022.

Abbildung 1.2

Prognoserevision

Jahresdaten; Veränderung der Institutsprognosen gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021 in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Vermeidung von Infektionen werden deutlich nachlassen. In vielen Schwellenländern, wo die Impfkampagnen bisher zum Teil mit weniger wirksamen Impfstoffen durchgeführt wurden, kommt die Pandemiebekämpfung langsamer voran. Aber auch dort dürften die verbleibenden Einschränkungen die wirtschaftliche Aktivität nur noch geringfügig belasten. China hingegen wird wohl weiter an seiner besonders strikten Eindämmungspolitik festhalten, welche immer wieder zur Abriegelung ganzer Städte und Schließungen von Fabriken oder Hafenanlagen führt. Dies trägt dazu bei, dass die Probleme bei internationalen Lieferketten mindestens im ersten Halbjahr 2022 bestehen bleiben.

Unter diesen Umständen werden die pandemiebedingten Produktionshemmnisse in China und vor allem der Krieg in der Ukraine die weltwirtschaftliche Erholung im Jahr 2022 verlangsamen, aber nicht zum Stehen bringen. Für die zweite Jahreshälfte rechnen die Institute mit einem Abflauen der Corona-Krise auch in China und mit einem allmählichen Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise. Aus diesem Grund und auch wegen der schwächeren Konjunktur verringert sich der Inflationsdruck dann allmählich. Alles in allem haben die Institute ihre Erwartung für den Zuwachs der Weltproduktion in diesem Jahr deutlich von 4,2% auf 3,5% reduziert (vgl. Tabelle 1.1). Die Prognose für das Jahr 2023 wird um 0,1 Prozentpunkte auf 3,0% revidiert (vgl. Abbildung 1.2). Gewichtet mit Anteilen am deutschen Export ergeben sich Veränderungsraten der globalen Produktion von 3,4% in diesem Jahr und 2,7% im Jahr 2023. Der weltweite Warenhandel dürfte dieses Jahr trotz der nur schwachen Zunahme im Verlauf um 3,3% zulegen. Für das kommende Jahr erwarten die Institute bei etwas höherer Dynamik im Verlauf einen Anstieg um 3,1%. In den

fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr trotz der mit dem Krieg verbundenen Belastungen mit einer Rate von 3,3% deutlich zulegen; im nächsten Jahr dürfte sie mit 2,4% kaum schneller expandieren als im mittelfristigen Trend.

Risiken

Der größte Unsicherheitsfaktor für die Konjunktur liegt im weiteren Verlauf des Krieges in der Ukraine. So könnte es zu weiteren Sanktionen kommen, die insbesondere zu Einschränkungen der Öl- und Gaslieferungen aus Russland führen könnten. Die Konjunktur würde weltweit, vor allem aber in Europa hiervon in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Kapitel 2 wird ein solches, deutlich ungünstigeres Szenario genauer skizziert. Ein Waffenstillstand mit anschließender Entspannung des Konflikts würde auf der anderen Seite auch der internationalen Konjunktur zu Gute kommen.

Der Krieg hat die schon vorher bestandenen inflationären Risiken noch einmal verschärft. Bleibt die Inflation längere Zeit so hoch, werden Unternehmen und Haushalte ihr Vertrauen in die von den Zentralbanken versprochene Geldwertstabilität verlieren. In den USA könnte die Notenbank deshalb die Zinsen deutlicher erhöhen und damit das Risiko eines Konjunkturabschwungs eingehen, und zwar nicht nur für das Land selbst, sondern auch darüber hinaus. Denn eine Erhöhung der Zinsen in den USA kann zu erheblichen Kapitalabflüssen insbesondere aus Schwellen- und Entwicklungsländern führen. Im Euroraum besteht hingegen das Risiko, dass die Geldpolitik – ähnlich wie nach dem ersten Ölpreisschock in den 1970er Jahren – zu langsam gestrafft wird und damit die Inflation über längere Zeit hoch bleibt, unter anderem weil einige Mitgliedstaaten des Währungsraums von niedrigen Finanzierungskosten abhängig sind.

Mit den Impffortschritten und der nun dominierenden Virusvariante Omikron haben sich die abwärts gerichteten Risiken in Bezug auf neue Pandemiewellen reduziert. Neue Virusvarianten könnten aber zu weiteren Infektionswellen führen und insbesondere dann die Wiedereinführung von Infektionsschutzmaßnahmen erfordern, wenn bestehende Impfstoffe an Wirksamkeit verlieren. Ein weiteres Abwärtsrisiko für die Konjunktur besteht darin, dass China mit seiner Null-Covid-Strategie scheitert, sodass immer wieder größere Lockdowns verhängt werden. In diesem Fall käme es fortwährend zu Produktionseinbrüchen in China, mit erheblichen Folgen für die Versorgung der Weltwirtschaft. Zudem ist es möglich, dass sich die schwelende Immobilienkrise in China verschärft und auf die übrige chinesische Wirtschaft und andere Länder überschwappt.

Schließlich bestehen die geopolitischen Spannungen zwischen China und den USA fort. In diesem Umfeld bleibt das Risiko eines erneuten Aufflammens des Handels- und Wirtschaftskonflikts zwischen den beiden Großmächten hoch, gerade auch vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen gegen Russland, welche die chinesische Regierung bislang nicht mitträgt.

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Europa	28,3	5,5	2,7	2,2	3,3	8,0	4,1			
EU-27	20,3	5,3	3,3	2,7	2,8	5,8	2,6	7,0	6,0	5,8
Großbritannien	3,6	6,8	3,7	2,0	2,2	5,9	2,7	5,0	3,9	3,8
Schweiz	1,0	3,7	2,6	1,5	0,4	1,9	0,9	5,1	4,5	4,4
Norwegen	0,5	3,0	3,8	2,0	2,6	3,6	2,2	4,3	3,2	3,2
Russland	2,0	4,7	-6,5	-4,0	5,9	20,0	12,0			
Türkei	1,0	9,0	3,4	3,0	17,0	50,0	30,0			
Amerika	34,8	5,7	3,4	2,2						
USA	27,8	5,7	3,6	2,1	4,7	7,3	2,9	5,4	3,6	3,5
Kanada	2,2	5,7	3,8	2,7	3,2	5,1	2,5	7,7	5,3	5,0
Lateinamerika ³	4,8	5,9	2,2	2,5						
Asien	37,0	6,2	4,2	4,4						
Japan	6,7	2,4	1,7	2,0	-0,2	1,5	0,8	2,8	2,7	2,6
China ohne Hongkong	19,7	8,1	4,8	5,6						
Südkorea	2,2	4,3	3,1	2,8	2,2	3,2	1,9	3,8	3,2	3,0
Indien	3,5	9,5	9,0	6,6						
Ostasien ohne China ⁴	4,8	4,4	3,5	4,5						
Insgesamt⁵	100,0	5,8	3,5	3,0						
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	66,0	5,2	3,3	2,3	3,0	5,7	2,5	5,6	4,5	4,3
Schwellenländer ⁷	34,0	7,0	3,9	4,3						
Nachrichtlich:										
Exportgewicht ⁸		5,8	3,4	2,7						
Kaufkraftgewicht ⁹		6,1	3,6	3,4						
Welthandel ¹⁰		10,3	3,3	3,1						

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2020.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; Eurostat; OECD; CPB; Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Kasten 1.1

Zur Wirkung von Krieg und Sanktionen auf die Weltwirtschaft

Der Krieg in der Ukraine beeinflusst die Weltwirtschaft über mehrere Kanäle. Die Exporte nach Russland und Belarus sind vor allem infolge der Sanktionen der westlichen Länder betroffen. Aufgrund der Kriegshandlungen und der damit einhergehenden massiven Störungen der Produktion wird auch in die Ukraine deutlich weniger exportiert. Vor allem sind Russland und die Ukraine bedeutende Rohstoffexporteure. Bislang wurden die Rohstoffexporte Russlands von den westlichen Sanktionen abgesehen von den jüngst beschlossenen Stopp von Kohleimporten aus Russland ab August nicht erfasst, die Preise sind jedoch, offenbar vor allem aus Sorge um die Versorgungssicherheit, deutlich gestiegen. Schließlich hat die wirtschaftliche Unsicherheit zugenommen.

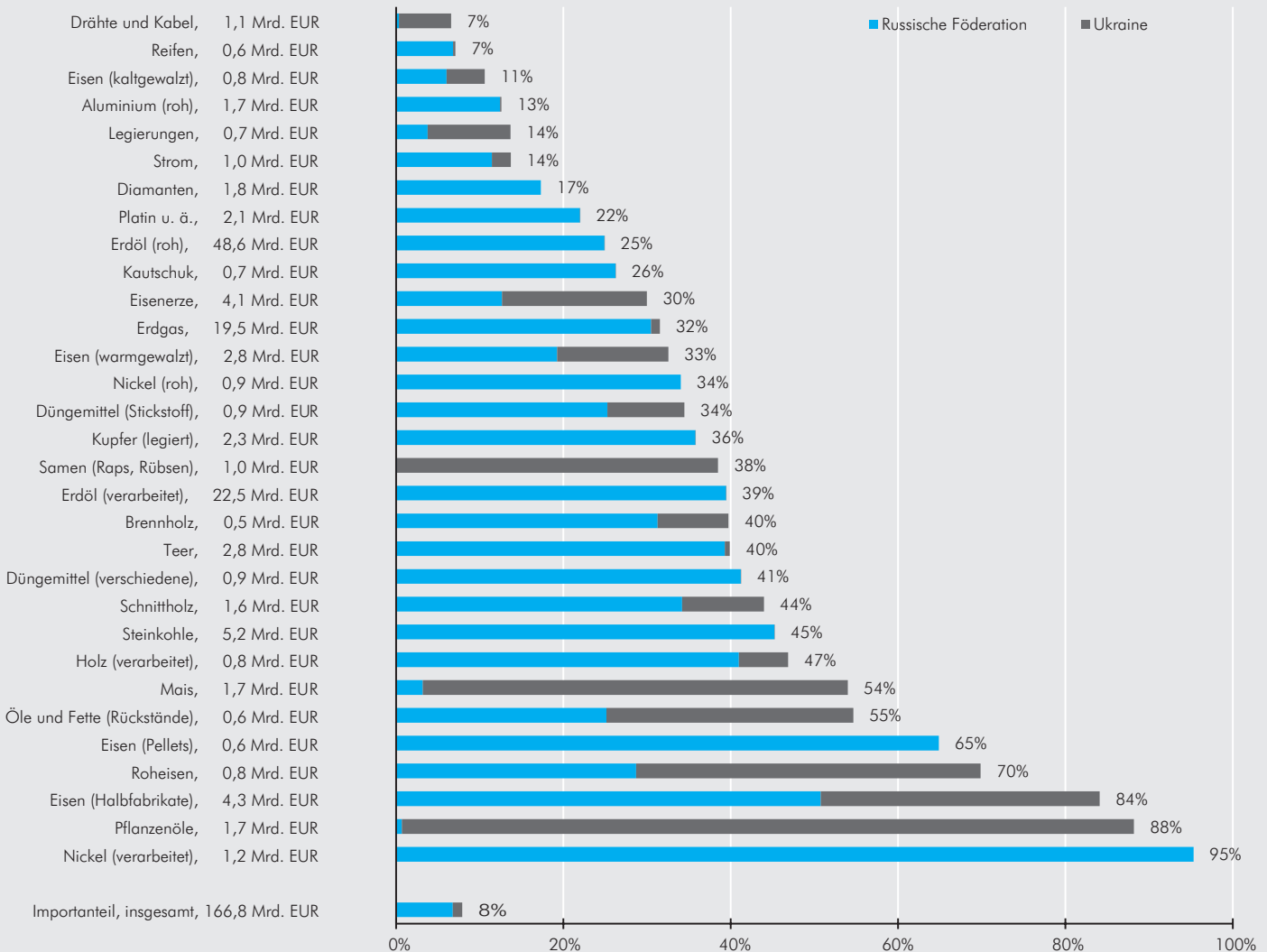
Handelskanal

Der Wegfall der Exporte nach Russland, Belarus und in die Ukraine dürfte nur geringe unmittelbare Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Für die meisten Länder sind diese drei Staaten eher unbedeutende Absatzmärkte. Allerdings nehmen die beiden Länder gut 5% der Warenexporte der EU-27 (ohne Intrahandel) auf. Auf Basis eines multiregionalen Input-Output-Modells schätzen Kimmich et al. (2022), dass der durch den Krieg und die Sanktionen verursachte Exportstopp in diese drei Länder für die EU-27 zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,9% führt, verglichen mit einem Szenario ohne den Krieg. Neben dem Exportkanal spielen auch die Vorleistungen aus Russland und der Ukraine eine Rolle. In einer Reihe von Produktgruppen kommt ein beträchtlicher Anteil der Einfuhren in die EU aus diesen beiden Ländern (vgl. Abbildung 1.3). So belastet

Kasten 1.1 Fortsetzung

Abbildung 1.3

Anteil der Importe aus der Russischen Föderation und der Ukraine an den Gesamtimporten der EU (Extra-Handel) in ausgewählten Produktgruppen¹ 2021



¹ Dargestellt sind nur Produktgruppen (KN4-Steller) mit mehr als 0,5 Mrd. Euro Importwert. Als 'vertraulich' gekennzeichnete Produktgruppen wurden nicht berücksichtigt. Bezeichnungen der Produktgruppen wurden angepasst/gekürzt.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

der Krieg bereits über fehlende Zulieferungen die Industrieproduktion in Westeuropa. In der Ukraine werden etwa Kabel produziert, die für die Automobilproduktion, aber auch im Energiebereich und am Bau benötigt werden. Aufgrund der Produktionsunterbrechungen in der Ukraine kam es deshalb zu Problemen in der europäischen Automobilproduktion.

Rohstoffmärkte

Bedeutende Auswirkungen haben der Krieg und die Sanktionen auf den weltweiten Rohstoffhandel. Russland ist einer der großen Exporteure fossiler Brennstoffe. Im Jahr 2019 entfielen 12,3% der Welterdölförderung auf Russland, 12,5% auf Saudi-Arabien und 18% auf die USA. 11,4% der weltweiten Erdölexporte stammen aus Russland. Von diesen gingen knapp ein Drittel nach China und etwas mehr als die Hälfte nach

Europa (einschließlich der Ukraine und der Türkei). Bei Steinkohle lag der russische Anteil am Welthandelsvolumen bei 17% und bei Erdgas sogar bei 26%. Die Importe fossiler Brennstoffe aus Russland waren bislang für die Energieversorgung in der Europäischen Union von großer Bedeutung: 10% der in der EU verwendeten Steinkohle, 22% des Verbrauchs an Erdöl und Mineralölerzeugnissen und 39% des Gasverbrauchs kamen im Jahr 2020 aus Russland (vgl. Tabelle 1.2). Innerhalb der EU variierte die Abhängigkeit von russischen Energieträgern stark. So betrug bei Erdgas der Anteil Russlands in Bulgarien und den baltischen Staaten zwischen 90% und 100%, in Irland, Spanien und Portugal dagegen weniger als 1%. Weil die Erdgaslieferungen über Pipelines aus Russland kurzfristig nur zu einem Teil durch Alternativen (insbesondere Flüssiggasimporte und Produktionsausweitungen in der Nordsee) ersetzt werden können, ist eine hohe Abhängigkeit besonders problematisch.

Kasten 1.1 Fortsetzung

Abbildung 1.4

Preis für Weizen¹

In Euro je Tonne



¹ Weizen Typ A 13% Baltic.

Quellen: Refinitiv Datastream; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Auch bei Metallen ist Russland als Produzent und Exporteur von großer Bedeutung. Russland erzeugt etwa 40% der Weltproduktion von Palladium, das für Autokatalysatoren und Halbleiter benötigt wird, und etwa 9% der globalen Produktion von Nickel, das für die Batteriefertigung essenziell ist. Bei hochreinem Nickel beträgt der Marktanteil sogar 17%. Bei Platin und Titan hat Russland ebenfalls hohe Marktanteile. Zudem ist es als Lieferant von Schrott und Stahl – hier ist das Land nach China der zweitgrößte Exporteur – für die Weltwirtschaft wichtig.

Die Ukraine und Russland sind darüber hinaus bedeutende Exporteure von landwirtschaftlichen Rohstoffen und von Düngemitteln bzw. Rohstoffen für die Düngerproduktion. Bei Weizen entfallen auf Russland knapp 20% und auf die Ukraine rund 10% der weltweiten Exporte, bei Gerste sind es 17% bzw. 15%. Bei Mais hat allein die Ukraine einen Weltmarktanteil von 15%, bei Sonnenblumenöl ist das Land sogar für die Hälfte aller weltweiten Exporte verantwortlich. Der Krieg gefährdet Produktion und Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte auf mehrfache Weise. Ein erheblicher Anteil der Äcker kann aufgrund der Kampfhandlungen kaum bestellt werden, zumal auch zahlreiche Landwirte auf der Flucht oder im Kriegseinsatz sind. Zudem ist der Zugang zu den Schwarzmeerhäfen blockiert oder beeinträchtigt, über die normalerweise 98% der Getreideexporte abgewickelt werden. Überdies hat die ukrainische Regierung die Ausfuhr von Roggen, Gerste, Buchweizen, Hirse, Zucker, Salz und Fleisch bis Ende dieses Jahres verboten. Auch Russland hat Exportverbote für einige Güter beschlossen, darunter Nahrungsmittel. Angesichts steigender Weltmarktpreise hat am 4. März auch die ungarische Regierung ein Exportverbot für Getreide verhängt.

Aufgrund der großen Bedeutung der beiden Länder für die Rohstoffmärkte wirkt der Wegfall ihrer Exporte preistreibend. Dabei waren die Rohstoffmärkte bereits vor Kriegsbeginn angespannt und die Preise auf historisch hohen Niveaus. Dies ist nicht nur Reflex einer kräftigen Nachfrage, sondern auch weitgehend ausgelasteter Produktionskapazitäten. Erweiterungsinvestitionen wurden in der Phase niedriger Preise in den

Tabelle 1.2

Anteil russischer Lieferungen an der Summe von Importen und Eigenproduktion bei Erdöl und Steinkohle in den Ländern der Europäischen Union

	Öl und Mineralöl- erzeugnisse ¹	Steinkohle	Erdgas
EU-27	22,2	10,2	38,7
Euroraum	20,4	13,9	34,9
Belgien	22,2	24,5	3,5
Bulgarien	8,0	2,4	99,5
Tschechien	28,9	0,9	53,5
Dänemark	11,4	95,7	34,8
Deutschland	28,9	9,5	53,7
Estland	32,0	19,2	100,0
Irland	4,7	20,7	0,1
Griechenland	26,3	1,8	k. A.
Spanien	5,6	41,2	0,5
Frankreich	13,1	24,2	7,6
Kroatien	7,7	70,4	27,8
Italien	11,5	45,0	33,4
Zypern	1,2	100,0	k. A.
Lettland	20,3	97,0	97,5
Litauen	68,6	90,6	68,9
Luxemburg	0,0	6,2	53,7
Ungarn	40,3	3,2	78,0
Malta	8,2	k. A.	k. A.
Niederlande	20,8	40,4	5,2
Österreich	5,6	6,9	80,2
Polen	65,7	7,8	81,3
Portugal	4,0	0,0	0,0
Rumänien	24,8	4,4	30,0
Slowenien	12,9	0,5	79,5
Slowakei	78,3	18,1	86,1
Finnland	66,8	39,0	100,0
Schweden	12,9	16,4	k. A.

¹ Der Anteil Russlands an Produktion und Importen von Rohöl liegt in der Regel noch einige Prozentpunkte höher.

Quellen: Öl und Steinkohle – Eurostat; Erdgas – EU27 und Euroraum Eurostat; Länder – Bruegel (2022), Preparing for the First Winter Without Russian Gas. Blogpost, veröffentlicht am 28.2.2022, <https://www.bruegel.org/2022/02/preparing-for-the-first-winter-withoutrussiangas/>; Berechnungen der Institute.

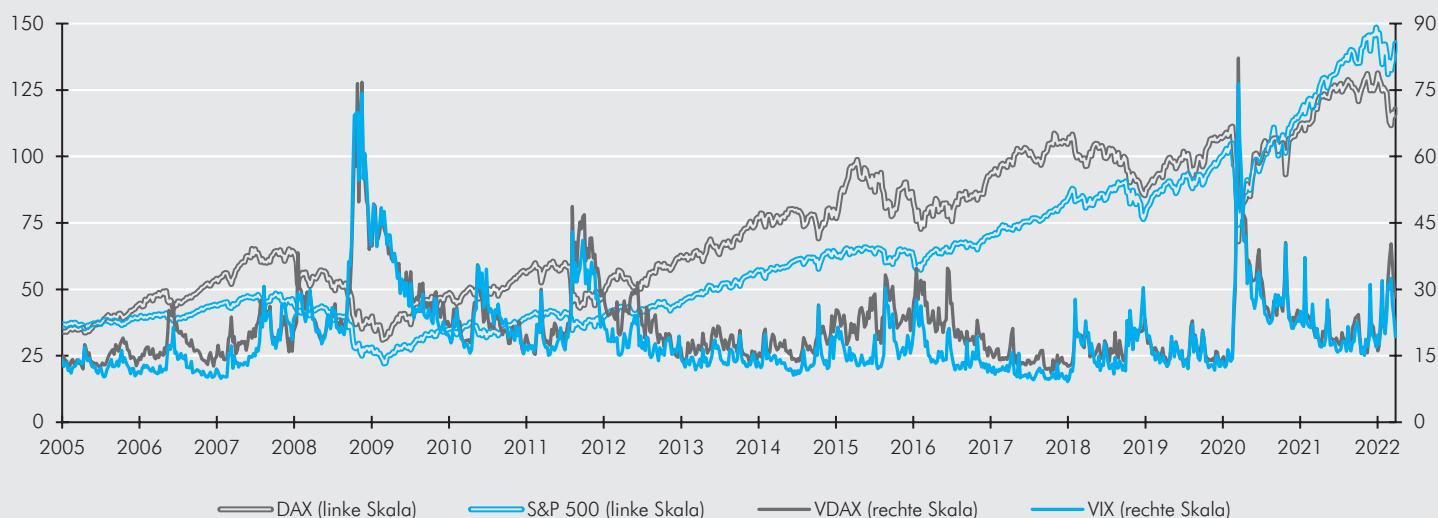
© GD Frühjahr 2022

Jahren vor der Corona-Krise heruntergefahren, und Bemühungen um einen Kapazitätsausbau werden erst mit beträchtlicher Verzögerung zu höherer Produktion führen. Vor diesem Hintergrund sind die Metallpreise nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine zunächst stark gestiegen. So reagierte der Preis für Nickel so stark, dass der Handel an der London Metal Exchange zeitweise ausgesetzt wurde. Der Nickelpreis war Ende März immer noch rund ein Drittel höher als vor Kriegsbeginn. Der Preis von Palladium stieg unmittelbar nach Kriegsbeginn auf ein Allzeithoch, ging anschließend aber schnell wieder auf das Niveau von vor dem Krieg zurück. Angesichts der großen Bedeutung Russlands als Exporteur von

Kasten 1.1 Fortsetzung

Abbildung 1.5

DAX und S&P500: Kurs (2020 = 100) und implizite Volatilität



Quellen: Deutsche Börse; CBOE; Standard & Poors; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Erdöl und Erdgas sind deren Preise stark gestiegen. So erhöhte sich der Preis für Erdgas in Europa am 24. Februar sprunghaft um 53% gegenüber dem Vortag. In der Spitze kostete Erdgas Anfang März um 90%, Anfang April noch um rund 20% mehr als vor Kriegsbeginn. Während die Verteuerung von leitungsgebundenem Erdgas aufgrund der hohen Abhängigkeit von Russland vor allem für Europa ein Problem darstellt, macht sich die dortige Mehrnachfrage nach Flüssiggas (LNG) weltweit preissteigernd bemerkbar. In ähnlicher Weise betrifft der Ölpreisanstieg weite Teile der Weltwirtschaft.

Auch bei Agrarrohstoffen kam es seit Kriegsbeginn zu starken Preisanstiegen und ausgeprägten Schwankungen. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise aufgrund eines möglichen weitgehenden Ausfalls russischer und ukrainischer Getreideexporte dürfte in manchen Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in Nordafrika und im Nahen Osten, schwerwiegende Konsequenzen haben. So bezieht Ägypten rund 70% seines Weizens aus diesen beiden Ländern. Dort droht akute Nahrungsmittelknappheit. Auch ein weitgehender Ausfall der Exporte von Düngemitteln würde die Nahrungsmittelpreise weiter anheizen. Anders als bei Energierohstoffen und Metallen blieb Weizen teuer; Ende März war sein Preis um knapp die Hälfte höher als vor Kriegsbeginn (vgl. Abbildung 1.4).

Finanzmärkte

Die Finanzmärkte haben auf den Krieg und die Sanktionen bisher eher gelassen reagiert. Die Aktienkurse verloren zwar in den Tagen nach Kriegsausbruch besonders in Europa deutlich an Wert, gemessen am Euro Stoxx 50 bis zum Tiefpunkt am 8. März um 12%. Danach haben sie sich aber wieder erholt, und Ende März war der Euro Stoxx 50 sogar höher als vor Kriegsbeginn. Dies trifft auch für den MSCI Weltindex zu. Die Unsicherheit über künftige Entwicklungen ist zwar gestiegen, aber gemessen an den impliziten Volatilitäten nicht dramatisch. So waren Kursverluste und Volatilitäten zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 oder in der Finanzkrise 2008 deutlich größer (vgl. Abbildung 1.5). Begrenzt ist bisher auch die Reaktion der Wechselkurse. Der Euro ist gegenüber dem US-Dollar etwa 3% niedriger bewertet als vor Kriegsausbruch. Allerdings wird die ukrainische Hrywnja an den Finanzmärkten nicht mehr gehandelt. Der Rubel hat, unter gewaltigen Schwankungen, zunächst drastisch an Wert verloren. Hintergrund sind vor allem die Sanktionen vonseiten des Westens im Bereich der Finanzmärkte, insbesondere das Einfrieren der russischen Währungsreserven, die sich im Bereich westlicher Finanzaufsichtsbehörden befinden. Bis Ende März hatte der Rubel allerdings den Großteil der Wertverluste wieder wettgemacht.

Die Regionen im Einzelnen

In den USA expandierte die Wirtschaft zum Ende des Jahres 2021 kräftig. Im Jahresdurchschnitt legte die Wirtschaftsleistung um 5,7% zu (vgl. Tabelle 1.3). Auch in das neue Jahr ist die US-Wirtschaft mit Schwung gestartet. Am Arbeitsmarkt zeigen sich zunehmend Engpässe und die Löhne

steigen kräftig. Die Inflation erhöhte sich weiter. Im Februar stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr um 7,9%. Angesichts der hohen Inflation und der robusten Situation am Arbeitsmarkt hat die US-Notenbank im März damit begonnen, die Leitzinsen anzuheben. Dieser Anhebung um 25 Basispunkte dürften weitere Erhöhungen folgen. So lagen die im März veröffentlichten Median-

Erwartungen der Mitglieder der US-Notenbank für Ende 2022 zwischen 1,75% und 2,0%. Bis Ende 2023 wird darüber hinaus ein weiterer Anstieg um einen Prozentpunkt erwartet. Die Finanzpolitik wird im Jahr 2022 nicht mehr expansiv ausgerichtet sein. Umfangreiche Fiskalpakete sind inzwischen ausgelaufen. Die restriktivere Geld- und Finanzpolitik, hohe Inflation und eine erhöhte Unsicherheit durch die geopolitische Entwicklung werden die Expansion der US-Wirtschaft im Prognosezeitraum dämpfen. Auch wenn sich die Sparquote noch etwas reduzieren dürfte, werden sich die Zuwächse beim privaten Konsum deutlich verringern. Das im Zuge der Pandemie veränderte Konsumverhalten dürfte sich gleichzeitig weiter normalisieren. So wird die gesamtwirtschaftliche Expansion durch eine zunehmende Dienstleistungsnachfrage maßgeblich gestützt. Die Investitionen werden zwar deutlich an Schwung verlieren, dürften aber angesichts vielfach herrschender Kapazitätsengpässe wohl aufwärts gerichtet bleiben, zumal die Öl- und Gasindustrie angesichts der stark gestiegenen Energiepreise bemüht ist, ihre Förderung auszuweiten. Für das laufende Jahr erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 3,6%. Im Jahr 2023 dürfte die US-Wirtschaft um 2,1% zulegen. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr auf 7,3% steigen, sich im kommenden Jahr vor allem dank des unterstellten allmählichen Rückgangs der Rohstoffpreise aber wieder deutlich auf 2,9% verringern.

In **China** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt des vergangenen Jahres zwar mit 8,1% sehr kräftig, im Jahresverlauf war die Entwicklung aber deutlich schwächer. Im Prognosezeitraum expandiert die Wirtschaft weiter nur verhalten. Bremsend wirken mehrere Faktoren. So ist im vergangenen Jahr der in China gesamtwirtschaftlich sehr wichtige Immobiliensektor in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Zudem werden Konsum und Produktion nach wie vor immer wieder durch Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gebremst. Hinzu treten nun die Belastungen der Weltwirtschaft durch den Krieg in der Ukraine. Nachdem die Regierung im vergangenen Jahr noch bemüht war, die Verschuldungsproblematik im Immobiliensektor in den Griff zu bekommen und die Kreditvergabe zu dämpfen, hat sie zuletzt die Geldpolitik wieder gelockert. Öffentliche Investitionen sollen auf nationaler und lokaler Ebene erhöht werden und den Bausektor stützen. Im Februar wurden zudem Abgabensenkungen angekündigt, deren Umfang das bereits beträchtliche Volumen der Steuer-senkungen des Vorjahres deutlich übersteigt. Dennoch dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 4,8% das Wachstumsziel der Regierung für dieses Jahr von 5,5% unterschreiten und auch im kommenden Jahr mit voraussichtlich 5,6% nur moderat ausfallen. Ein Risiko für die Konjunktur bildet insbesondere die Ausbreitung der Omikron-Variante, die gegenwärtig zu beobachten ist und deren Eindämmung die Produktion noch deutlich stärker beeinträchtigen könnte als hier unterstellt.

In **Japan** hat die Pandemie im vergangenen Jahr zu einem Auf und Ab der Wirtschaftsleistung geführt. Insgesamt erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 1,6%. Nach

Tabelle 1.3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Reales Bruttoinlandsprodukt	5,7	3,6	2,1
Privater Konsum	7,9	3,2	2,1
Staatskonsum und -investitionen	0,5	0,5	1,4
Private Anlageinvestitionen	7,8	4,3	3,6
Vorratsveränderungen ¹	0,4	1,1	0,1
Inländische Verwendung	6,9	4,8	2,4
Exporte	4,5	6,1	3,3
Importe	14,0	7,6	4,2
Außenbeitrag ¹	-1,4	-1,2	-0,3
Verbraucherpreise	4,7	7,3	2,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ²	-10,8	-8,3	-6,8
Leistungsbilanzsaldo	-3,6	-3,5	-3,6
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	5,4	3,6	3,5

¹ Wachstumsbeitrag.

² Gesamtstaat, Kalenderjahr (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; Internationaler Währungsfond; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

einem Rückgang im dritten Quartal erholte es sich im vierten Quartal wieder und stieg um 1,1%, vor allem aufgrund eines wieder stärkeren privaten Konsums und anziehender Exporte. Das Niveau von vor der Pandemie hat die Produktion damit noch nicht wieder erreicht. Für das erste Quartal ist wiederum mit einer deutlich schwächeren Entwicklung zu rechnen, da die Infektionszahlen im Winter erneut kräftig stiegen. In den kommenden Monaten dürften vor allem höhere Energiepreise, zusätzliche Anspannungen in den Lieferketten und eine geringere Auslandsnachfrage die Produktion auch in Japan bremsen. Gestützt wird die Konjunktur durch ein weiteres Stimulierungsprogramm der Finanzpolitik sowie durch die Geldpolitik, die im Prognosezeitraum voraussichtlich noch nicht substantiell gestrafft wird. Alles in allem ist ein moderater Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,7% in diesem und 2,0% im nächsten Jahr zu erwarten. Die Inflation dürfte sich in den kommenden Monaten deutlich vom gegenwärtigen, mit 0,5% noch sehr niedrigen Niveau aus erhöhen. Zum einen steigen die Energiepreise, vor allem aber fällt der letztjährige starke Rückgang der Mobilfunkgebühren aus dem Vorjahresvergleich heraus. Dennoch wird das Inflationsziel von 2% wohl auch in diesem Jahr nicht erreicht werden.

In **Großbritannien** dürfte der Energiepreisschock die Inflation auf noch höhere Werte als im Euroraum steigen lassen. Wenn es den Versorgern im April erlaubt wird, die Gas- und Elektrizitätspreise für ihre Kunden an die des Großhandels anzupassen und zugleich die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze für das Gastgewerbe ausläuft, dürfte

die Inflationsrate deutlich über 7% liegen. Auch die Löhne nehmen mit über 4% spürbar zu. Dazu trägt unter anderem die angespannte Lage am Arbeitsmarkt bei, die in einer Rekordzahl an offenen Stellen zum Ausdruck kommt. Um der Teuerung entgegenzuwirken, hat die Bank von England ihren Leitzins bereits dreimal, zuletzt im März auf 0,75%, angehoben, und mit weiteren Zinserhöhungen ist im Lauf des Jahres zu rechnen. Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr auf einen restriktiven Kurs umgeschwenkt, denn man glaubt, dass wirtschaftlich die Pandemie nun überstanden ist. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte hat im vierten Quartal 2021 ihren Stand von vor Ausbruch der Pandemie fast wieder erreicht, auch wenn die Omikron-Welle die Einzelhandelsumsätze und wegen des hohen Krankenstandes auch den Arbeitseinsatz im Dezember noch einmal deutlich gedämpft hat. Frühindikatoren deuten auf einen kräftigen Produktionszuwachs im ersten Quartal, und weil die Produktion sich schon im Verlauf des Jahres 2021 erholt hat, dürfte sie in diesem Jahr den Vorjahreswert deutlich übertreffen, nach vorliegender Prognose um 3,7%. Freilich wird sich die Dynamik auch kriegsbedingt stark verlangsamen. Die Verbraucherpreisinflation wird nicht nur mit 5,9% im Jahr 2022, sondern mit 2,7% wohl auch im kommenden Jahr deutlich über dem geldpolitischen Ziel von 2% liegen.

In Nachbarschaft der **mittel- und osteuropäischen Mitglieds-länder** der Europäischen Union wird Krieg geführt. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar haben Złoty, Krone und Forint ein Stück weit nachgegeben, ihre Außenwerte sind aber mittlerweile wieder ungefähr auf dem Stand von Jahresanfang. Die Ländergruppe hat über 3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, von denen über 2 Millionen nach Polen gekommen sind. Bis zum Kriegsausbruch standen die Chancen für eine fortgesetzte Erholung von der Corona-Krise gut, denn die Zahl schwerer Krankheitsverläufe ist stark zurückgegangen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wurden weitgehend aufgehoben. Die Inflation ist allerdings mit Kernraten zwischen 5% (Kroatien) und 9,6% (Litauen) überall ein ernstes Problem. Wo Leitzinsen auf nationaler Ebene gesetzt werden, wurden sie in den vergangenen Monaten erhöht, und mit weiteren Anhebungen im Jahresverlauf ist zu rechnen. Der Krieg in der Ukraine dämpft die Wirtschaftsdynamik in den Ländern der Region über den Außenhandel, die Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und höhere Energiepreise. Die Ländergruppe hat bislang den Großteil ihrer Energieimporte aus Russland bezogen. Auch wenn es – wie hier unterstellt – zu keiner Rationierung von Erdgas kommt, dürfte der Einkommensentzug aufgrund höherer Energiepreise beträchtlich sein und die Konjunktur dämpfen. In Polen war die Rechnung für importierte Energie zuletzt mit 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in etwa so hoch wie in Deutschland, in anderen Ländern noch deutlich höher, im Fall Tschechiens etwa 3,5%. Alles in allem erwarten die Institute für das Jahr 2022 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung in der Region insgesamt um 3,6%. Für die Inflation rechnen sie mit einer sehr hohen Rate von 8,3%.

In **Russland** hatte die Wirtschaft im Herbst 2021 kräftig zugelegt, auch weil die Produktion von Rohöl und Erdgas deutlich erhöht wurde. Insgesamt stieg das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um 4,7%. Gleichzeitig verstärkte sich allerdings die Inflation auch in Russland deutlich, auf 9,2% im Februar 2022. Die Zentralbank hatte daher bereits vor Beginn des Ukraine-Krieges den Leitzins mehrmals angehoben, zuletzt am 11. Februar auf 9,5%. Die nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine verhängten Sanktionen ließen den Rubelkurs vorübergehend einbrechen, sodass der Leitzins am 28. Februar drastisch auf 20% erhöht wurde, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Der in Rubel notierende Aktienindex der Moskauer Börse verlor die Hälfte seines Wertes, bevor der Handel ausgesetzt wurde. Nach Wiederaufnahme des Handels am 23. März betrug die Verluste immer noch gut ein Drittel; die Kurse der an ausländischen Börsen notierten russischen Aktien sind sogar noch deutlich stärker gefallen. Nicht zuletzt infolge der Sanktionen dürfte die wirtschaftliche Aktivität in den nächsten Monaten stark zurückgehen und sich im Prognosezeitraum auch nicht nennenswert erholen (vgl. Kasten 1.2). Für das laufende Jahr rechnen die Institute mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 6,5%, im kommenden Jahr dürfte es um 4% sinken. Gleichzeitig wird die Inflation durch die sanktionsbedingte Verknappung von Gütern weiter angeheizt. Bei alledem dürfte die Arbeitslosigkeit deutlich steigen, die im vergangenen Jahr bei lediglich 4,4% lag.

In **Lateinamerika** verlor die wirtschaftliche Dynamik im vergangenen Jahr insgesamt deutlich an Fahrt, nachdem sich die Erholung von dem im Jahr 2020 verzeichneten pandemiebedingten Produktionseinbruch überraschend schnell vollzogen hatte. Dies lag vor allem an den beiden größten Volkswirtschaften Brasilien und Mexiko, in denen das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal kaum höher war als im ersten Quartal. Hingegen setzte sich die kräftige Expansion in Chile, Peru, Kolumbien und Argentinien fort. Um der steigenden Inflation zu begegnen und die heimischen Währungen gegenüber dem Dollar stabil zu halten, wurden die Leitzinsen in den meisten Ländern bereits ab dem Frühsommer schrittweise angehoben, in Brasilien zuletzt auf 10,75%. Für die kommenden Monate sind weitere Zinsschritte zu erwarten, da sich die inflationären Tendenzen bis zuletzt weiter verstärkt haben und die Notenbanken versuchen werden, den Außenwert ihrer Währungen bei steigenden US-Zinsen zu stabilisieren. Das höhere Zinsniveau und die Inflation belasten den privaten Konsum und die Investitionen. Das Investitionsklima wird zudem in einigen Ländern angesichts bevorstehender Wahlen (Brasilien, Kolumbien) und Diskussionen um einen verstärkten Einfluss des Staates in wichtigen Wirtschaftsbereichen (Mexiko, Chile) von hoher politischer Unsicherheit belastet. Hingegen werden die Exporte von den Rekordpreisen an den Rohstoffmärkten profitieren, wenngleich die Steigerung der Produktionsmengen kurzfristig wohl nur in begrenztem Umfang möglich ist. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Lateinamerika nach dem Anstieg um 5,9% im Jahr 2021 in diesem Jahr nur noch um 2,2% expandieren. Für 2023 ist ein nur wenig stärkerer Zuwachs zu erwarten.

Kasten 1.2

Zur Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Russland

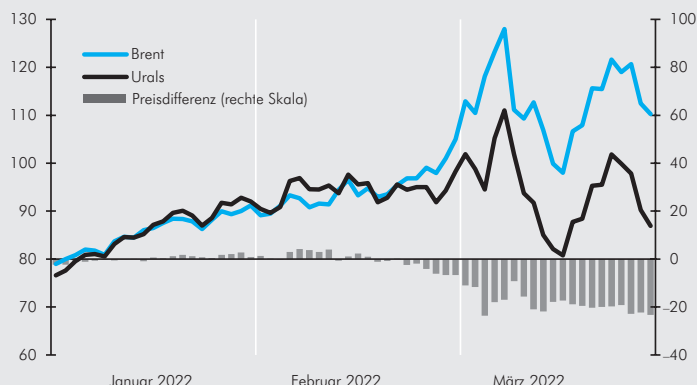
Die wirtschaftlichen Aussichten für Russland haben sich mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine in Folge der Sanktionen drastisch verschlechtert. Diese zielen zum einen auf den Finanzsektor. So wurden die Guthaben der russischen Zentralbank in den sanktionierenden Ländern stillgelegt, sodass wohl mehr als die Hälfte der umfangreichen Devisenreserven nicht nutzbar ist. Zudem wurden zwölf große Banken von der Teilnahme am internationalen Informationssystem SWIFT ausgeschlossen (ausgenommen wurden insbesondere Banken, die für die Abwicklung der Rohstoffexporte wichtig sind), was dazu führt, dass internationale Finanztransaktionen nur noch mit großem Aufwand und zusätzlichen Risiken möglich sind. Zum anderen wurden Ausfuhrverbote erlassen, so für Güter, Technologien und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie und die ölverarbeitende Industrie, für Hochtechnologieprodukte, insbesondere Mikrochips und Technik zu ihrer Herstellung, und zuletzt auch für eine große Zahl von Luxusgütern, um die Konsummöglichkeiten der Ober- und Mittelschicht der russischen Gesellschaft einzuschränken. Hinzu kommen persönliche Sanktionen gegen zahlreiche Politiker und Oligarchen, die von Einreiseverboten bis zur Konfiskation von Vermögenswerten reichen. Die Sanktionen wurden verhängt unter Führung der USA, der EU und Großbritanniens, aber zahlreiche Staaten schlossen sich an. Darunter sind einige, die für die Durchschlagskraft der Maßnahmen wichtig sind, etwa die Schweiz (Finanzsektor und Vermögensverwaltung) oder Taiwan und Südkorea (Computerchips, Informationstechnologie).

Wirtschaftliche Einbußen sind aufgrund der umfangreichen Verbote für Ausfuhren nach Russland zu erwarten, vor allem wenn sie Güter betreffen, die in der Produktion benötigt werden. Darüber hinaus dürfte das Angebot auch an vielen Konsum- und Investitionsgütern in Russland knapp werden, die nicht sanktioniert werden, da rund 400 internationale Unternehmen angekündigt haben, sich aus Russland zurückzuziehen oder ihre Aktivitäten im Land auszusetzen, mindestens aber erheblich einzuschränken. Viele der betroffenen Waren und zum Teil auch Dienstleistungen dürften nur schwer und unter erheblichen Qualitätsverlusten ersetzbar sein. Zusammen mit der starken Abwanderung ausländischer Investoren und ausländischen Humankapitals lässt dies erwarten, dass sich die russische Wirtschaft allenfalls sehr langsam von dem Wirtschaftseinbruch erholen wird, solange die Sanktionen in Kraft sind.

Die für die Wirtschaft und den Staatshaushalt in Russland essenziellen Einnahmen aus dem Verkauf von fossilen Energieträgern¹ werden auf längere Sicht stark zurückgehen, da mit den europäischen Ländern die wichtigsten Kunden ihre Importe an Öl, Gas und Kohle aus Russland zumindest stark verringern werden. Bereits kurzfristig zeigen die Bemühungen um alternative Bezugsquellen Wirkung: Nach Berichten der Internationalen Energieagentur fehlten Anfang März für rund ein Drittel des russischen Ölangebots Käufer, und obwohl die Ölproduktion in Russland bereits um 25% reduziert wurde, wird Öl der Sorte Urals an den Märkten mit einem gewaltigen Preisabschlag gegenüber Brent oder WTI gehandelt (vgl. Abbildung 1.6). Dieses Preisdifferenzial dürfte zwar andere Länder, insbesondere solche, die sich nicht an den Sanktionen

Abbildung 1.6

Preisdifferenz¹ zwischen Brent und Urals Öl In US-Dollar je Barrel



¹Tagesdaten (Brent: Spotpreis Sorte Brent; Urals: Spotpreis Sorte Urals Europe CFR).

Quellen: Refinitiv Datastream; Darstellung der Institute.

© GD Frühjahr 2022

beteiligen, dazu bringen, vermehrt russisches Öl zu ordern. Unter den großen Importeuren wäre hier insbesondere in Indien, das bisher kaum russisches Öl bezieht, und in China ein großes Potenzial. Kurzfristig dürften allerdings logistische und technische Probleme diesen Prozess behindern. So müssten etwa erhebliche Mengen, die derzeit durch Pipelines nach Europa fließen, mit Tankschiffen transportiert werden und Raffinerien auf andere Ölqualitäten umgestellt werden. Längerfristig wird wohl das Bemühen darum, eine Abhängigkeit von Russland zu vermeiden, wie sie in Europa entstanden ist, eine Rolle spielen, etwa in China, wo bereits 15% der Ölimporte aus Russland kommen.

Um die Stärke des zu erwartenden Produktionsrückgangs abzuschätzen, kann ein Blick auf die Produktionsentwicklung in zwei Wirtschaftskrisen Russlands einen Hinweis geben, die ebenfalls mit einer starken Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden waren, wenngleich diese einen anderen Ursprung hatten. So sank das russische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1998 um knapp 6% und im Jahr 2009 um fast 8%. Hintergrund war hier jeweils ein drastischer Rückgang des Ölpreises, im Jahr 2009 kam ein allgemeiner Rückgang der Auslandsnachfrage im Zuge der globalen Finanzkrise hinzu.

Ein Beispiel für ein ölexportierendes Land, das ähnlich harschen Sanktionen unterworfen wurde, ist der Iran. Zuletzt verhängte die US-Regierung im Jahr 2018 ein Ölembargo und umfassende Exportrestriktionen, um das Land zur Aufgabe seines Programms zur Herstellung kernwaffenfähigen Urans zu bewegen. In diesem Fall beteiligten sich zwar deutlich weniger andere Länder an den Sanktionen, doch führte die Androhung durch die USA von Strafen gegen Unternehmen aus anderen Ländern, die weiterhin sanktionierte Geschäfte mit dem Iran tätigten, zu einer hohen Wirksamkeit.

So mag die wirtschaftliche Entwicklung im Iran nach Verhängung der US-Sanktionen im Jahres 2018 einen Hinweis auf das mögliche Ausmaß der wirtschaftlichen Konsequenzen der Sanktionen gegen Russland geben. Das Bruttoinlandsprodukt brach in den Jahren 2018 und 2019 um

¹ Fossile Energien liefern nach offiziellen Zahlen rund 40% der Staatseinnahmen der Föderation; ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich nach Schätzungen auf bis zu 25% (vgl. Gerasimchuk, I.; Oharenko, Y.: Beyond Fossil Fuels: Fiscal Transition in BRICS, in: International Institute for Sustainable Development – Case study Russia, November 2019).

Kasten 1.2 Fortsetzung

insgesamt 12% ein. Gleichzeitig stieg die Inflationsrate stark an, von knapp 10% im Jahr 2017 auf mehr als 30% seither.

Die Vergleichbarkeit hat allerdings Grenzen: Während im Fall Russlands der Handel mit Energierohstoffen ausdrücklich von den Sanktionen ausgenommen ist – lediglich die Vereinigten Staaten haben den Import russischen Erdöls verboten, da er nur einen kleinen Teil des Verbrauchs im Land abdeckt –, war es ein zentrales Ziel der

Sanktionen gegen den Iran, die Ölexporte zu treffen und damit die Exporteinnahmen zu reduzieren. Dies gelang auch in erheblichem Umfang: Die Ausfuhr von Rohöl brach im Laufe des Jahres 2018 um zwei Drittel ein und hat sich trotz größerer Verkäufe nach China seither nicht erholt. Andererseits hat die russische Aggression in der Ukraine zur Folge, dass auch viele westliche Unternehmen ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland abbrechen, die nicht sanktioniert sind, wodurch die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen verstärkt werden dürften.

Fokus: Inflation im Euroraum und den USA

Die derzeit hohen Inflationsraten werden weltweit nicht nur von den Rohstoff- und Energiepreisen getrieben, auch wenn sich regional einige Unterschiede zeigen. So hat sich der Preisauftrieb in den USA seit dem Frühjahr 2021 stärker beschleunigt als im Euroraum (vgl. Abbildung 1.7). Hierzu trugen insbesondere die Preise von Waren ohne Energie und Lebensmittel bei, aber auch Dienstleistungen verteuerten sich in den vergangenen Monaten spürbar.² Entsprechend beschleunigte sich die Kernrate in den USA stärker als im Euroraum, wo sie zuletzt allerdings auch deutlich anzog und ein Allzeithoch seit Bestehen der Währungsunion erreichte. Außerdem stiegen im Euroraum seit dem Herbst des Vorjahres vor allem die Inflationsbeiträge von Energie, während sie in den USA weitgehend unverändert blieben. Dies liegt wohl vor allem an der starken Zunahme der europäischen

Erdgaspreise. In beiden Währungsräumen zeigt sich, dass der zunehmende Preisdruck weite Teile des Warenkorbs erfasst hat (vgl. Abbildung 1.8).

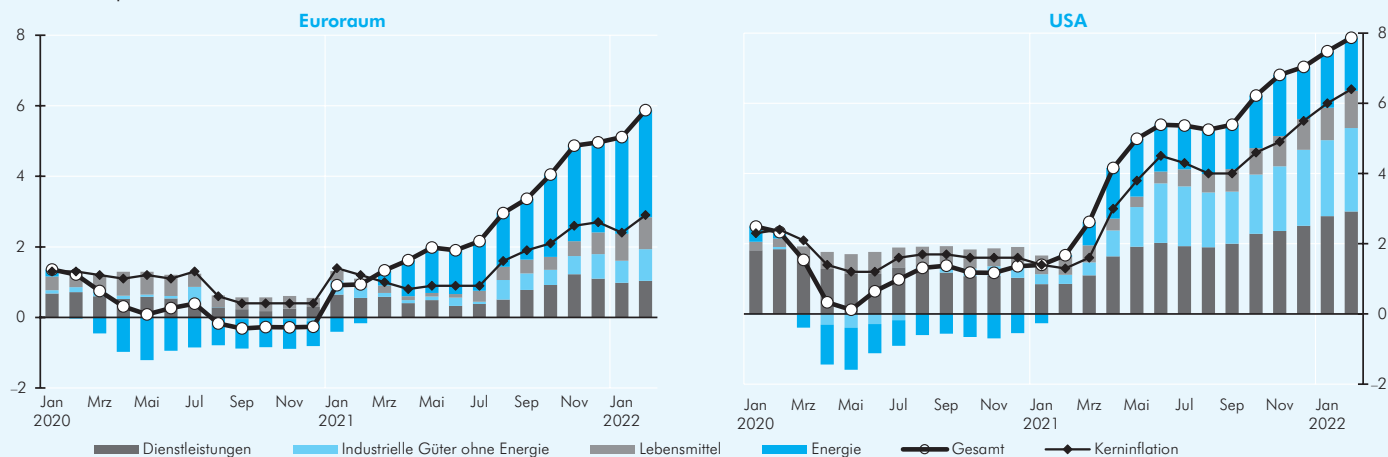
Es spricht einiges dafür, dass die Unterschiede in der Inflation zwischen den USA und dem Euroraum eine Folge der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung nach dem starken Einbruch infolge der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 sind. Zwar erholte sich die Wirtschaft in beiden Regionen im Sommer 2020 schnell; in den USA setzte sich die Erholung jedoch anschließend fort, während das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum auch danach noch durch die Pandemie gebremst wurde (vgl. Fokusthema: Erholungsprozess nach Ländern und Wirtschaftszweigen im Euroraum). Insbesondere der private Konsum war in den USA rasch wieder gestiegen. Er überschritt bereits im ersten Quartal 2021 das Vorkrisenniveau und lag Ende 2021 um knapp 5% darüber. Im Euroraum hat er hingegen bis zuletzt seinen pandemiebedingten Rückgang noch nicht wieder aufgeholt (vgl. Abbildung 1.9).

² Der durchschnittlich höhere Beitrag der Dienstleistungen zur Inflation in den USA im Vergleich zum Euroraum über den gesamten Zeitraum ist vor allem dem größeren Gewicht dieser Gruppe im Warenkorb des Verbraucherpreisindex geschuldet.

Abbildung 1.7

Beiträge ausgewählter Waren und Dienstleistungen zur Inflation

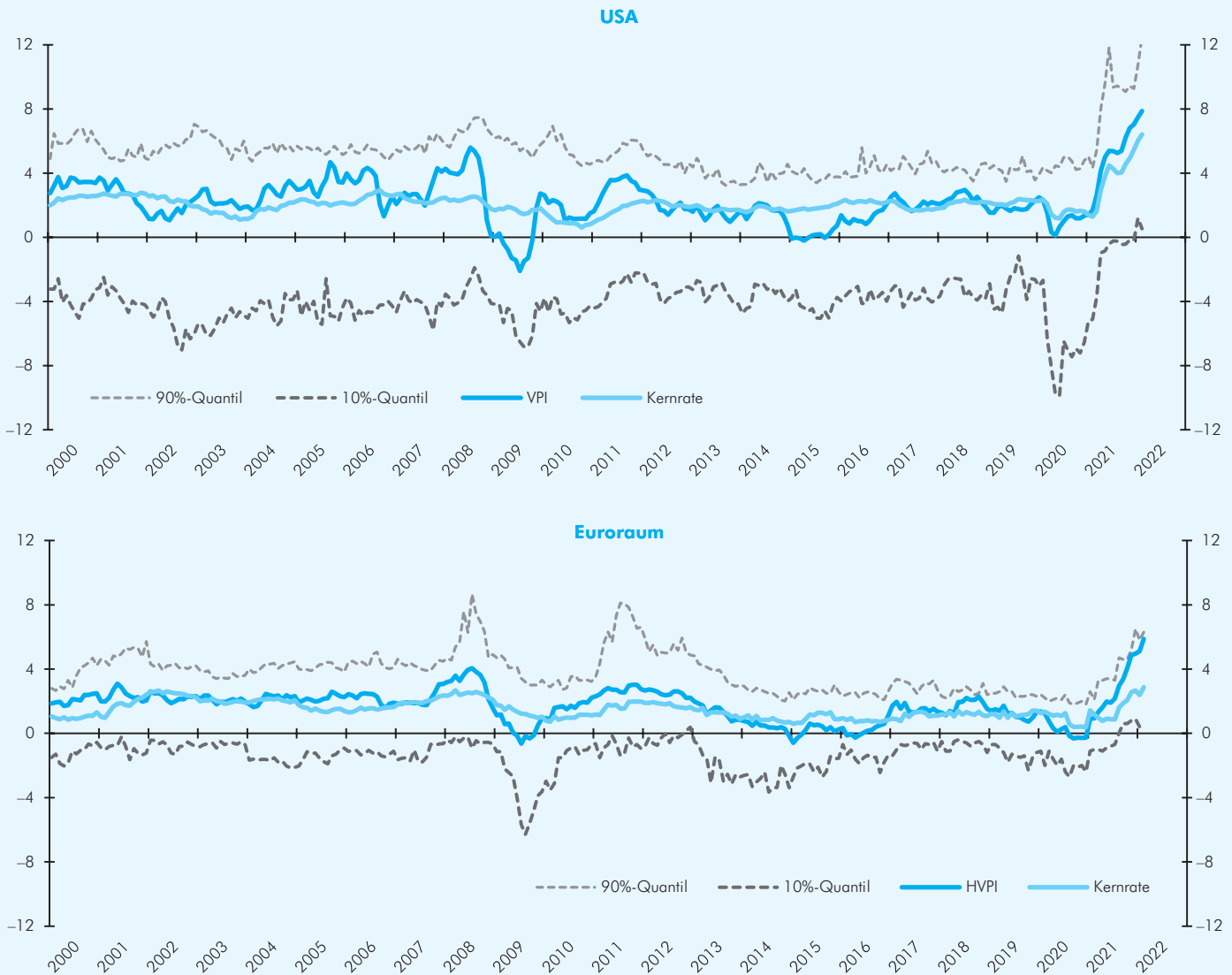
In Prozentpunkten



Quellen: Eurostat; Macrobond; Berechnungen der Institute.

Abbildung 1.8

Verteilung der Inflationsraten bei den Verbraucherpreisen
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: BLS, 66 Subkomponenten (USA); Eurostat, 101 Subkomponenten (Euroraum).

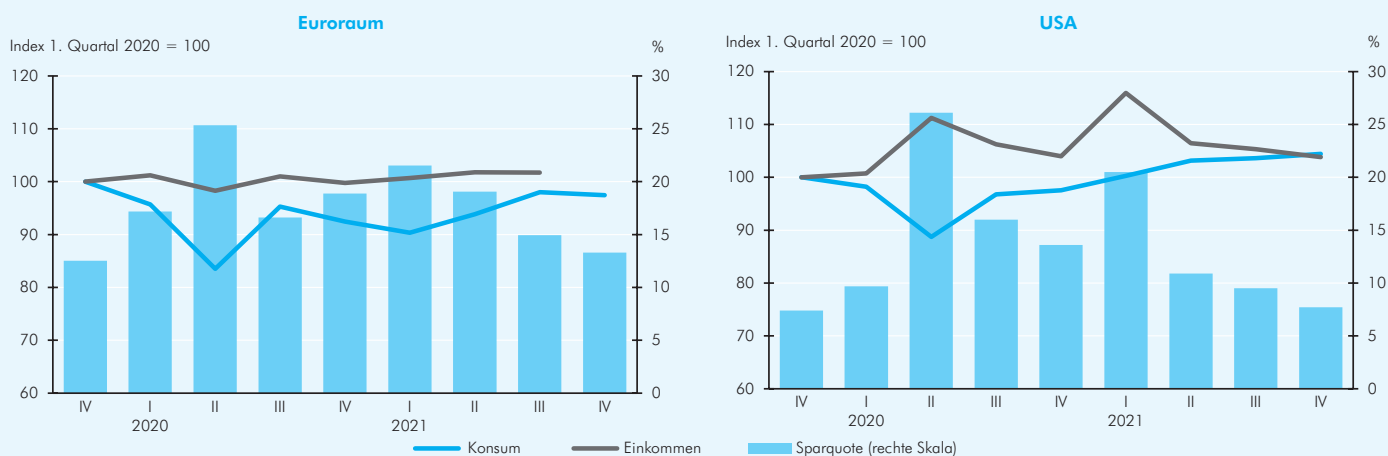
© GD Frühjahr 2022

Die kräftige Erholung des privaten Verbrauchs schlug sich in den USA in einer Verschiebung der Ausgaben weg von den – pandemiebedingt nur eingeschränkt konsumierbaren – Dienstleistungen und hin zu dauerhaften Konsumgütern nieder. Letztere stiegen im dritten Quartal 2020 sprunghaft und nahmen bis zum Sommer des Jahres 2021 weiter kräftig zu, sodass sie ihr Vorkrisenniveau um beinahe 30% überschritten. Erst in der zweiten Jahreshälfte verschoben sich die Konsumausgaben teilweise wieder zurück und der Dienstleistungskonsum erholte sich merklich. Zwar stiegen auch im Euroraum die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter im Sommerhalbjahr 2020 markant, sie gingen aber im darauffolgenden Winter wieder deutlich zurück und lagen zuletzt weiter unter ihrem Vorkrisenniveau.

Zu den Unterschieden im Konsumverhalten dürften zum einen die finanzpolitischen Unterstützungsmaßnahmen während der Pandemie beigetragen haben. Zwar stützten die öffentlichen Haushalte auch im Euroraum die Einkommen der privaten Haushalte, in den USA wurden sie aber sogar erhöht. Zum anderen entwickelte sich die Sparquote in den beiden Wirtschaftsräumen unterschiedlich. Während sie in den USA bis zum vierten Quartal 2021 wieder beinahe auf ihren Vorkrisenwert sank, lag sie im Euroraum noch ein Stück weit darüber. Hierin dürften sich sowohl strengere Eindämmungsmaßnahmen im Euroraum als auch ein vorsichtigeres Verhalten der europäischen Verbraucher während der jüngsten Corona-Wellen widerspiegeln.

Abbildung 1.9

Entwicklung von Einkommen, Konsum und Sparquote in der Pandemie



Quellen: US Bureau of Economic Analysis; Eurostat.

© GD Frühjahr 2022

Insgesamt ist der finanzpolitische Impuls in den USA trotz erheblicher Unsicherheit in der Schätzung größer ausgefallen als im Euroraum. Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Regionen wiesen auch die Ausrüstungsinvestitionen auf, die sich in den USA deutlich schneller erholten als im Euroraum. Zusammen mit der starken Konsumnachfrage führte dies dazu, dass die Warenimporte in den USA stark zulegten und im vierten Quartal 2021 um fast 15% über ihrem Vorkrisenniveau lagen. Sowohl dauerhafte

Konsumgüter als auch Investitionsgüter sind sehr handelsintensiv und werden in den USA – wie auch im Euroraum – zu einem guten Teil eingeführt.

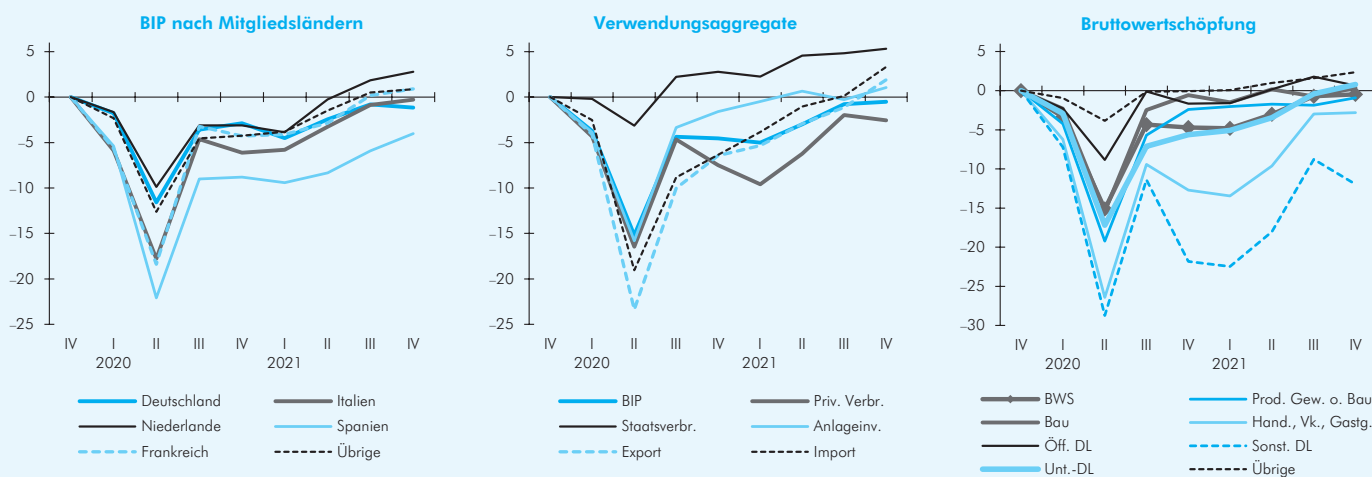
Konjunktur im Euroraum

Der Krieg in der Ukraine trifft die Wirtschaft der Währungsunion in einer Phase, in der sie sich von der Corona-Krise erholt. In dem Maße, wie die wirtschaftliche Aktivität nicht länger durch Infektionsschutzmaßnahmen beeinträchtigt

Abbildung 1.10

Erholungsprozess nach Ländern, Verwendungen und Wirtschaftsbereichen im Euroraum¹

Preis-, kalender- und saisonbereinigte Quartalsdaten; Veränderung relativ zum Niveau des vierten Quartals 2019 in %



¹ Euroraum ohne Irland.

Quellen: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

wird, war eine kräftige Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität angelegt. Diese wird nun durch den Anstieg der Öl- und Gaspreise, einbrechenden Handel mit Russland und der Ukraine sowie einen allgemeinen Anstieg der Unsicherheit gebremst.

Im vierten Quartal 2021 hatte das Bruttoinlandsprodukt zum Vorkrisenniveau (viertes Quartal 2019) aufgeschlossen. Nach kräftigen Zuwächsen der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Sommerhalbjahr 2021 um jeweils mehr als 2% je Quartal stieg es im Schlussquartal mit einer Rate von 0,3% allerdings nur noch wenig, da gegen Jahresende ein neuerlicher starker Anstieg der Infektionszahlen die wirtschaftliche Aktivität behinderte. Die Erholung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und Verwendungsaggregate von der Corona-Krise ist dabei unterschiedlich schnell vorangekommen, auch im Ländervergleich (vgl. Abbildung 1.10). Verwendungsseitig unterschritt zuletzt insbesondere der private Konsum seinen Vorkrisenstand noch deutlich. Auch bei den Ausrüstungsinvestitionen besteht noch Aufhol- und Nachholpotenzial für die bevorstehenden Quartale. Auf Gründe für die Unterschiede zwischen den Ländern im Erholungsprozess wird im Fokusthema Erholungsprozess nach Ländern und Wirtschaftszweigen im Euro-raum näher eingegangen.

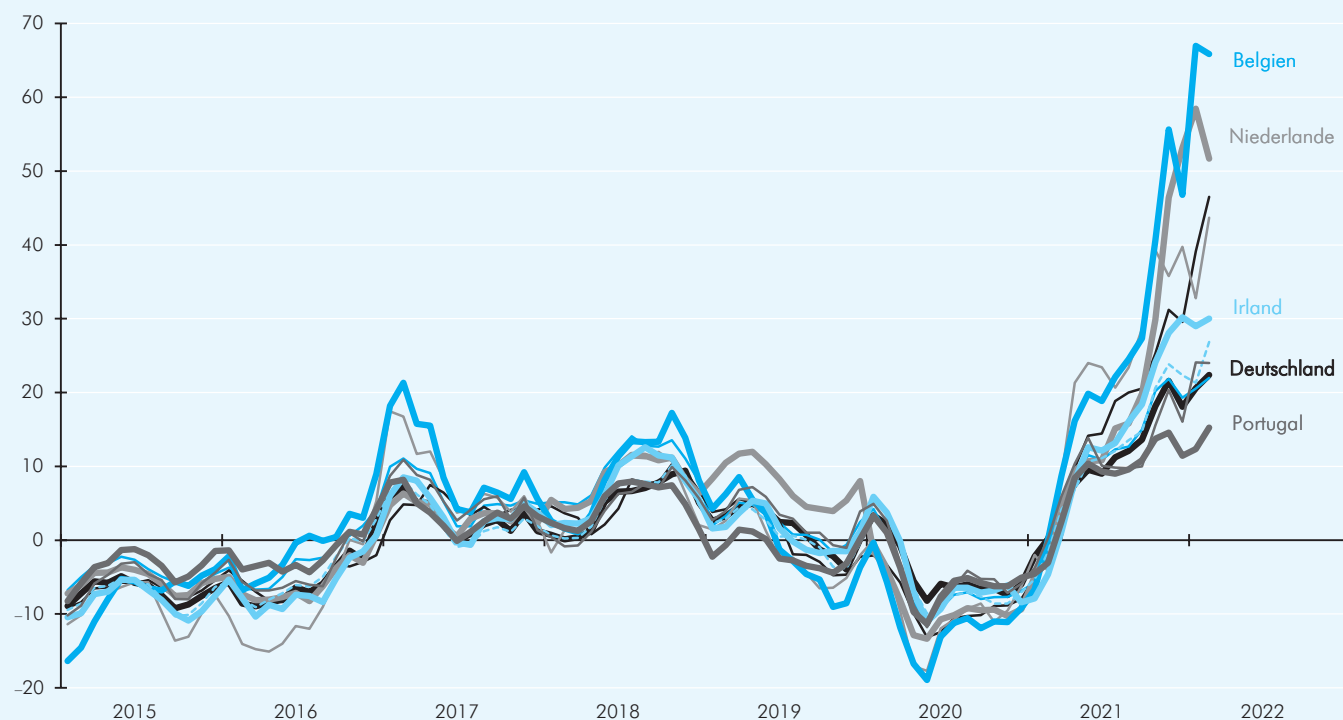
Am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung im Euroraum fort. Seit Anfang 2021 sinkt die Erwerbslosenquote und fiel im Februar 2022 auf einen neuen Tiefststand von 6,8%. Die Zahl der Beschäftigten hat sich ebenfalls wieder erholt und lag zuletzt um 0,4% über dem Niveau des vierten Quartals 2019. Im Gegensatz dazu befand sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, bei denen sich auch die Arbeitszeitreduzierung von Personen in Kurzarbeit niederschlägt, im Schlussquartal 2021 noch knapp 2% unter dem Vorkrisenniveau.

Die Verbraucherpreise zogen bis zuletzt kräftig an. Vor allem als Folge steigender Energiepreise erhöhte sich die Inflationsrate seit Jahresbeginn 2021 ununterbrochen und erreichte laut Schnellschätzung im März 2022 das Rekordniveau von 7,5%. Aber auch die Kerninflationsrate, die Preisänderungen von Energie und unverarbeiteten Lebensmitteln ausblendet, stieg kontinuierlich und verzeichnete zuletzt mit 3,2% den höchsten Stand seit Bestehen der Währungsunion. Im Ländervergleich bildeten sich bei den Inflationsraten im Laufe des Jahres 2021 deutliche Unterschiede heraus, die im Wesentlichen auf unterschiedlich starke Anstiege der Energiekomponente im harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zurückzuführen sind. Während die Kerninflationsrate in den zehn größten Euroländern im

Abbildung 1.11

Energieinflation¹ im Euroraum nach Ländern

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in %



¹ Energiekomponente im HVPI; die zehn abgetragenen Mitgliedsländer machen im HVPI zusammen 95% des Euroraums aus.

Quellen: Eurostat; Darstellung der Institute.

Februar in einer Spanne von 1,5% bis 3,7% lag, bewegten sich die Vorjahresveränderungsraten bei den Energiepreisen zwischen 15% (in Portugal) und 66% (in Belgien) (vgl. Abbildung 1.11). Maßgeblich für diese Heterogenität sind Unterschiede in der nationalen Regulierung der Energiemärkte, die sowohl auf kurzfristige wirtschaftspolitische Markteingriffe als auch auf strukturelle Merkmale zurückzuführen sind.³ Bei der Ausgestaltung der Verträge zwischen Energieversorgern und Endverbrauchern gibt es große regionale Unterschiede hinsichtlich der Länge und der Flexibilität der Preisbindung.⁴

Geldpolitik: Ende negativer Zinsen in Sicht

Die Europäische Zentralbank (EZB) beginnt mit den jüngsten Entscheidungen die geldpolitischen Zügel anzuziehen und ebnet den Weg für eine Leitzinsanhebung in der zweiten Jahreshälfte. Die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP) wurden Ende März eingestellt. Insgesamt wurden 92% des maximalen Ankaufvolumens von 1850 Mrd. Euro genutzt. Allerdings wurde der Zeitraum, in dem Tilgungsbeiträge wieder angelegt werden, bis Ende 2024 verlängert. Die Wiederanlagen im PEPP geben der EZB größere Flexibilität, da sie nicht – wie die Transaktionen im herkömmlichen Wertpapierankaufprogramm (APP) – an den Kapitalschlüssel der Länder gebunden sind. Um eine allzu abrupte Veränderung der Nettoankäufe insgesamt zu vermeiden, werden im Gegenzug die monatlichen Nettoankäufe des APP temporär erhöht. Im März wurde beschlossen, Nettoankäufe im Umfang von 40 Mrd. Euro im April, 30 Mrd. Euro im Mai und 20 Mrd. Euro im Juni zu tätigen. Für das dritte Quartal wurde ein Auslaufen der Nettoankäufe im APP für den Fall in Aussicht gestellt, dass der aktuelle Ausblick auf die mittelfristige Inflationsentwicklung auch im Juni 2022 bestätigt wird. Eine Erhöhung der Leitzinsen würde der EZB zufolge dann „einige Zeit“ nach dem Ende der Nettoankäufe erfolgen. Die Tilgungsbeiträge der im APP erworbenen Wertpapiere sollen für längere Zeit über den Zeitpunkt der Zinserhöhung hinaus wiederveranlagt werden. Für das Jahr 2022 beträgt das durchschnittliche Reinvestitionsvolumen pro Monat aus dem APP 25 Mrd. Euro, wovon rund 20 Mrd. Euro auf Staatsanleihen entfallen. Die Wiederanlage von Staatsanleihen aus dem PEPP dürfte sich auf rund 12 Mrd. Euro pro Monat belaufen.

Die letzten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III und PELTRO) wurden im Dezember 2021 durchgeführt. Die momentan äußerst günstigen Konditionen der TLTRO-Geschäfte werden im Juni 2022 auslaufen. Dies erhöht die Refinanzierungskosten der teilnehmenden Geschäftsbanken um 0,5 Prozentpunkte. Der TLTRO-Zinssatz liegt aktuell bei –0,5% und sogar bei –1,0%, wenn

der Schwellenwert für die Vergabe von Bankkrediten an den Privatsektor nicht unterschritten wird. Ende Juni 2022 werden diese Zinssätze wieder auf 0% bzw. –0,5% steigen.

Die Leitzinsen sind mit 0% für den Hauptrefinanzierungssatz, 0,25% für den Spitzenrefinanzierungssatz und –0,5% für den Einlagesatz seit Herbst 2019 unverändert (vgl. Abbildung 1.12). Die EZB macht eine Zinserhöhung davon abhängig, ob ihre Inflationsprognosen schon deutlich vor dem Ende ihres Projektionszeitraums (derzeit das Jahr 2024) bei mindestens 2% liegen und auf diesem Niveau verbleiben. Zusätzlich muss sich die höhere Inflation auch in wichtigen Komponenten widerspiegeln.

Die Institute gehen in der vorliegenden Prognose davon aus, dass die Nettokäufe im APP im Juni 2022 auslaufen. Die Wiederanlage von Tilgungsbeiträgen aus den Wertpapierankaufprogrammen dürfte jedoch noch bis zum Ende des Prognosezeitraums fortgeführt werden. Da die vom EZB-Rat definierten Bedingungen für Leitzinserhöhungen im Sommer des Jahres 2022 erfüllt sein dürften, ist mit weiteren restriktiven Schritten zu rechnen. So wird zusätzlich zu den höheren Refinanzierungskosten aufgrund des Auslaufens der besonders günstigen Refinanzierungsbedingungen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte auch ein Anstieg der Leitzinsen erwartet. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte noch in diesem Jahr, frühestens im September 2022, auf 0,25% angehoben werden. Im kommenden Jahr 2023 folgen dann weitere Zinsschritte, sodass der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte zum Ende des Jahres 2023 wohl bei 1% liegen wird. Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte gewinnen dabei als geldpolitisches Instrument wieder an Bedeutung und dürften im Prognosezeitraum wie vor dem Ausbruch der Weltfinanzkrise im Jahr 2008 zum wichtigsten geldpolitischen Instrument werden.

Zeitgleich mit der ersten Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes erwarten die Institute einen Anstieg des Zinssatzes der Spitzenrefinanzierungsfazilität um ebenfalls 0,25 Prozentpunkte auf dann 0,5%. Zudem wird angenommen, dass bei dieser Gelegenheit die Symmetrie des Zinsbandes, also ein gleicher Abstand der Zinsen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und der Einlagenfazilität vom Hauptrefinanzierungssatz, wiederhergestellt wird, die Ende des Jahres 2015 ausgesetzt wurde. Damit steigt der Zinssatz für die Einlagenfazilität mit dem ersten Zinsschritt um 0,5 Prozentpunkte auf 0%. Somit wird noch für das laufende Jahr ein Ende der negativen Notenbankzinsen erwartet.

Mit den nachfolgenden Zinsschritten dürfte das gesamte Zinsband angehoben werden. Da sich die Geldmarktsätze derzeit am unteren Ende des Zinsbandes der EZB bewegen, werden die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken zum Ende des Prognosezeitraums wohl zwischen 0,75% und 1% liegen und damit um bis zu zwei Prozentpunkte über den derzeitigen Refinanzierungskosten. Hinzu kommt die oben genannte Einstellung der Ankaufprogramme, die für sich genommen zu einem Anstieg der längerfristigen Kapitalmarktzinsen beitragen dürfte.

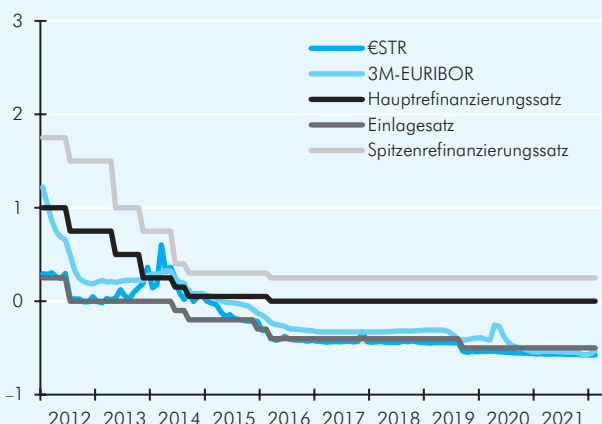
³ So war der Energiepreisanstieg in Frankreich mit 22% im Februar relativ niedrig, weil zum einen die Gaspreise von ehemals staatlichen Firmen (Engie SA) noch bis 2023 reguliert sind und zum anderen bereits im vergangenen Herbst Maßnahmen zur Eindämmung des nicht-regulierten Teils der Preise ergriffen wurden.

⁴ So reagieren die Gaspreise auf Verbraucherebene in Spanien besonders rasch auf Änderungen der Großhandelspreise mit der Folge, dass die Heizgas- und Elektrizitätskomponente mittlerweile einen Großteil der Gesamtinflation ausmacht, nachdem sie ein Jahr zuvor noch einen negativen Beitrag leistete.

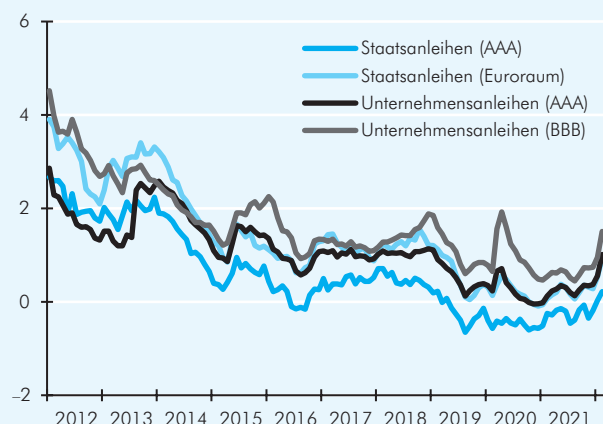
Abbildung 1.12

Zur monetären Lage im Euroraum

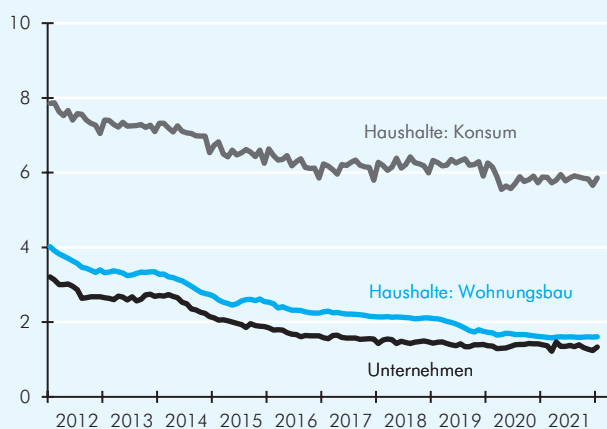
(a) Geldmarktzinsen¹



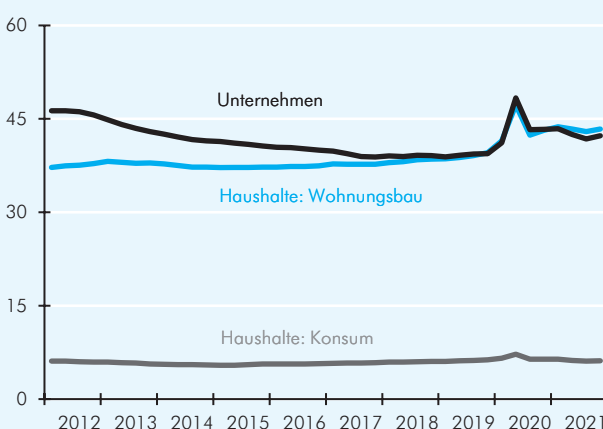
(b) Kapitalmarktzinsen²



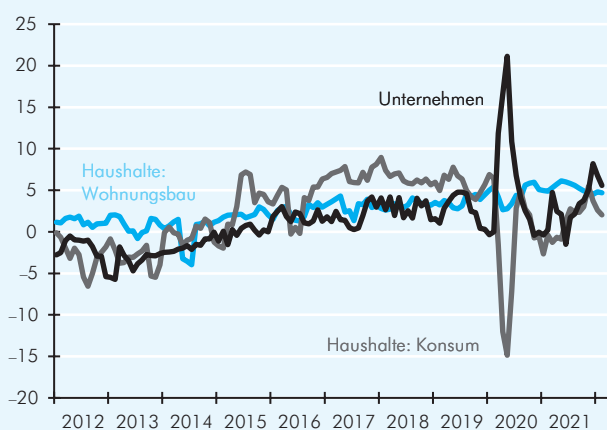
(c) Kreditzinsen³



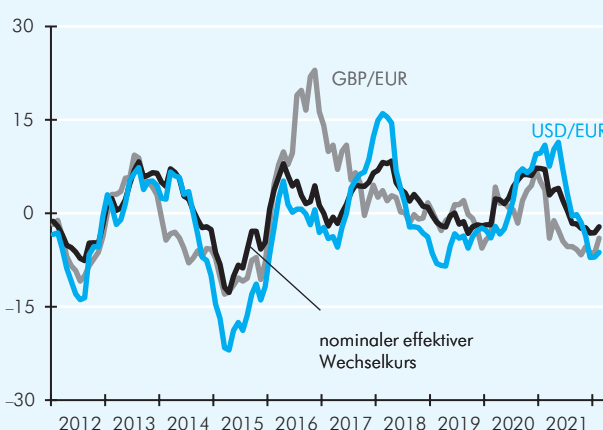
(d) Kreditbestände in Relation zum BIP⁴



(e) Veränderung der Kreditbestände⁵



(f) Veränderung der Euro-Wechselkurse⁶



¹ Die Euro Short-Term Rate CSTR ersetzt den früheren Übernacht-Referenzzinssatz EONIA, der mit Ende des Jahres 2021 eingestellt wurde. Die Euro Short-Term Rate steht seit 2. Oktober 2019 zur Verfügung, für den Zeitraum davor wird der EONIA minus 8,5 Basispunkte gezeigt.

² Unternehmensanleihen = Renditen für Anleihen von Unternehmen mit höchster (AAA) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = Renditen für Anleihen vom gesamten Euroraum und von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) und einer Restlaufzeit von zehn Jahren.

³ Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und für Kredite an Haushalte für Konsum bzw. für Wohnungsbau im Neugeschäft.

⁴ Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und von Haushalten für Konsum bzw. für Wohnungsbau (in % des Bruttoinlandsprodukts, gleitender Dreimonatsdurchschnitt, saisonbereinigt).

⁵ Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und von Haushalten für Konsum bzw. für Wohnungsbau (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungen zum Vormonat, in %, annualisiert, saisonbereinigt).

⁶ Jahreswachstumsraten in %. Nominaler effektiver Wechselkurs für 42 Partnerländer des Euroraums.

Quellen: Europäische Zentralbank; Macrobond; Refinitiv; Berechnungen der Institute.

Im Prognosezeitraum dürften daher die Renditen für Staatsanleihen nominal um 1,4 Prozentpunkte auf etwa 2,2% steigen. Die Umlaufrenditen für Unternehmensanleihen und die Kreditzinsen folgen entsprechend, sodass die Finanzierungskosten der Unternehmen nominal deutlich steigen, wenngleich diese aufgrund der gestiegenen Teuerung real noch immer recht günstig bleiben.

Expansionsgrad der Finanzpolitik wird schrittweise zurückgeführt

Die Budgetdefizite sind überall im Euroraum seit Ausbruch der Corona-Krise hoch. Im Jahr 2020 hatte die Finanzpolitik umfangreiche expansive Maßnahmen ergriffen, um die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie abzumildern. Im vergangenen Jahr ist ein Teil der Krisenmaßnahmen allmählich ausgelaufen, und die Finanzpolitik war insgesamt in etwa neutral ausgerichtet. Zudem hat die wirtschaftliche Erholung die Staatseinnahmen deutlich steigen lassen, sodass das Budgetdefizit im Euroraum von 7,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 auf schätzungsweise 5,4% im vergangenen Jahr zurückgegangen ist (vgl. Tabelle 1.4).

Im laufenden Jahr hat der russische Angriff auf die Ukraine spürbare Implikationen für die öffentlichen Haushalte im Euroraum. Neben Deutschland kündigten auch weitere Mitgliedsländer angesichts stark steigender Energiepreise gezielte Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher an. Frankreich führt ab dem 1. April eine Kraftstoffsubvention ein, die sich über vier Monate erstrecken und die privaten Haushalte um 2 Mrd. Euro entlasten soll. In Italien, wo der Energieverbrauch zu einem besonders großen Teil von Erdgas gedeckt wird, werden 8 Mrd. Euro bereitgestellt, um Verbraucher und Industrie von den hohen Energiepreisen

zu entlasten.⁵ Die spanische Regierung bereitet ein Paket wirtschaftlicher Sofortmaßnahmen (Direkthilfen und Steuererleichterungen) in Höhe von 6 Mrd. Euro vor.⁶ Dennoch dürfte die Finanzpolitik im Euroraum insgesamt restriktiv wirken, denn das Auslaufen der Corona-Krisenprogramme wird die zusätzlich anfallenden Ausgaben infolge des Ukraine-Krieges voraussichtlich überwiegen.

Im Jahr 2023 wird sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wohl kaum noch fortsetzen. Die finanzpolitische Ausrichtung dürfte in etwa neutral sein. Als Folge der weiteren konjunkturellen Erholung wird das Budgetdefizit im Euroraum insgesamt dennoch wieder klar unter den Schwellenwert von 3% fallen, die strukturellen Defizite bleiben aber erheblich. Das ist auch deshalb so, weil der Ukraine-Krieg in den kommenden Jahren erhebliche Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte nach sich ziehen wird. So ist zu erwarten, dass die Militärausgaben merklich steigen werden, denn der NATO-Zielwert für die Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des Bruttoinlandsprodukts wurde in der Vergangenheit von allen größeren Mitgliedsländern zum Teil deutlich verfehlt. Zudem wird das Vorhaben der EU, bis zum Jahr 2027 von russischem Energieimporten unabhängig zu sein, zusätzliche Investitionen in die Energieinfrastruktur erfordern, welche auch die Staatshaushalte belasten dürften. Zwar wird der fiskalische Spielraum der Mitgliedsländer durch die Gelder des EU-Aufbauprogramms (NGEU), die erst in der langen Frist zurückgezahlt werden sollen, erweitert.⁷ Dennoch dürfte es vielen Ländern angesichts der neuen Krisensituation schwerfallen, die für den Zeitraum der Corona-Krise ausgesetzten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder einzuhalten. Daher hat die europäische Kommission durchblicken lassen, dass sie wohl auch im Jahr 2023 die Haushaltsregeln aussetzen wird.⁸

Ausblick

Durch den Kriegsausbruch in der Ukraine haben sich die konjunkturellen Aussichten eingetrübt. Die ohnehin schon stark erhöhten Energiepreise sind im Zuge der Kriegshandlungen nochmals gestiegen, was die real verfügbaren Einkommen der Haushalte belastet. Außerdem wird der Warenhandel insbesondere in den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern durch die Spannungen mit Russland und die Sanktionen gedämpft. Auf Ebene des Euroraums liegt der Anteil der Länder Russland, Belarus und Ukraine an den Exporten in die übrige Welt bei rund 5%. Dem Öl- und Gaspreisschock durch den Krieg in der Ukraine stehen gleichzeitig mit dem Auslaufen der Belastungen durch die Pandemie erhebliche Auftriebskräfte gegenüber. Der private Konsum dürfte somit in den kommenden

⁵ Vgl. Kasten 1.1.

⁶ <https://www.euronews.com/2022/03/28/spain-prepares-economic-support-plan-amid-energy-price-spike>

⁷ Vgl. Projektgruppe *Gemeinschaftsdiagnose*: Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021, 34–36, Halle (Saale) 2021.

⁸ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_22_1515

Tabelle 1.4

Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts¹

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	1,4	1,8	1,5	-4,3	-3,7	-1,4	-0,7
Frankreich	-3,0	-2,3	-3,0	-9,1	-7,0	-4,4	-3,0
Italien	-2,4	-2,2	-1,6	-9,6	-7,2	-4,6	-3,5
Spanien	-3,0	-2,5	-2,9	-11,0	-6,8	-4,3	-3,3
Niederlande	1,3	1,4	1,7	-4,2	-2,7	-1,3	-0,7
Euroraum²	-1,0	-0,5	-0,7	-7,2	-5,4	-3,1	-2,1

¹ Gemäß der Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.

² Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 2021 bis 2023: Prognose der Institute.

Quartalen trotz der inflationsbedingten Kaufkraftverluste spürbar zunehmen. Dabei wirkt stützend, dass sich die Sparquote noch auf relativ hohem Niveau befindet und während der Pandemie in großem Umfang Überschussersparnis angesammelt wurde, auf die nun zurückgegriffen werden kann. Die Institute haben ihre Erwartung für den Konsumzuwachs im Jahr 2022 angesichts der Kriegsfolgen zwar gegenüber der Herbstprognose um 1,6 Prozentpunkte reduziert, rechnen aber weiterhin mit einem kräftigen Anstieg (vgl. Tabelle 1.5).

Für das erste Quartal 2022 deuten Frühindikatoren immer noch auf einen wenn auch geringen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts hin. Der Markit-Einkaufsmanagerindex (PMI) fiel im März nur leicht auf 54,5 Punkte und lag damit sogar noch deutlich oberhalb der Expansionsschwelle von 50. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Kommission sackte etwas stärker ab, blieb aber noch oberhalb des langfristigen Mittelwerts. Das Verbrauchervertrauen gab unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs und der stark steigenden Energiepreise im März demgegenüber sehr deutlich nach. Die Industrieproduktion (ohne Bau) war im Januar höher als im Durchschnitt des Vorquartals, und die Bauproduktion konnte nach einem Rückgang im Dezember wieder kräftig zulegen. Die Einzelhandelsumsätze lagen im Januar hingegen merklich unter dem Niveau des Vorquartals, wohl vor allem aufgrund stark steigender Infektionszahlen. Bremsend haben auch hohe Fehlzeiten gewirkt, insbesondere in Berufen, die in Präsenz ausgeübt werden müssen. Die hohen Infektionszahlen in Verbindung mit bestehenden Isolations- und Quarantänevorschriften dürften die Produktion zeitweise noch deutlich behindert haben. Insgesamt rechnen die Institute für das erste Quartal mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0,2% (vgl. Abbildung 1.1d).

Der Krieg in der Ukraine und die Spannungen mit Russland strahlen auf den gesamten Prognosezeitraum aus, werden die postpandemische Erholung der Wirtschaftsaktivität jedoch nicht unterbrechen, sofern weiter Gas aus Russland geliefert wird. Die Investitionstätigkeit dürfte angesichts anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen, aufgrund unterbliebener Investitionen während der Corona-Pandemie und als Folge der zunehmenden Investitionshilfen aus dem NGEU aufwärts gerichtet bleiben. Im Jahresverlauf dürfte insbesondere der Dienstleistungshandel kräftig zulegen, wenn die Restriktionen im Tourismus fast vollständig entfallen. Vom Staatskonsum sind demgegenüber nur wenig Impulse zu erwarten, da mögliche neue staatliche Ausgaben im Zuge einer Neubewertung der außen- und sicherheitspolitischen Lage allenfalls den Wegfall verbliebener Corona-Hilfsmaßnahmen kompensieren dürften. Alles in allem wird der Produktionsanstieg im Jahr 2022 wohl bei 3,3% liegen, für das Jahr 2023 ist mit einem Zuwachs von 2,7% zu rechnen (vgl. Tabelle 1.6).

Die Inflation dürfte zunächst sehr hoch bleiben. Die drastisch gestiegenen Import- und Produzentenpreise brauchen einige Zeit, bis sie über die verschiedenen

Tabelle 1.5

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2021	2022	2023
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Reales Bruttoinlandsprodukt	5,3	3,3	2,7
Inländische Verwendung	4,2	3,8	2,7
Privater Konsum	3,4	5,1	3,6
Staatskonsum	3,8	1,8	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	2,5	2,3
Vorratsveränderungen ¹	0,4	0,1	0,0
Außenbeitrag ¹	1,3	-0,4	0,0
Exporte	10,9	6,2	4,3
Importe	8,7	7,6	4,6
Verbraucherpreise ²	2,6	5,7	2,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ³	-5,4	-3,1	-2,1
Leistungsbilanzsaldo	2,5	1,6	1,6
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ⁴	7,7	6,6	6,3

¹ Wachstumsbeitrag.
² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
³ Gesamtstaatlich, berechnet für das Aggregat der fünf größten Euroraumländer.
⁴ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; ILO; Berechnungen der Institute; 2022 und 2023 (Budgetsaldo und Leistungsbilanzsaldo 2021 bis 2023); Prognose der Institute.

Produktionsstufen in die Verbraucherpreise durchwirken. Deshalb dürfte die Kernrate auch im Jahr 2023 mit 2½ deutlich über dem mittelfristigen Ziel der Notenbank für die Gesamtinflation liegen. Allerdings wird der preissteigernde Effekt der Energiekomponente in der zweiten Jahreshälfte geringer ausfallen, da die Preise von Rohöl und Erdgas annahmegemäß etwas nachgeben; zudem sind die Energiepreise im Jahresverlauf 2021 bereits gestiegen, sodass der Unterschied im Vorjahresvergleich auch von dieser Seite kleiner wird. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2022 wohl um 5,7% und im kommenden Jahr um 2,5% steigen. Die Erwerbslosenquote im Euroraum wird im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 6,6% liegen und nächstes Jahr weiter auf 6,3% zurückgehen.

Fokus: Erholungsprozess nach Ländern und Wirtschaftszweigen im Euroraum

Der Aufholprozess nach dem starken, durch den Ausbruch der Corona-Pandemie bedingten Konjunkturreinbruch stellt sich im Vergleich der Länder und Wirtschaftsbereiche des Euroraums unterschiedlich dar. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich im Verarbeitenden Gewerbe sowie in einigen Dienstleistungsbereichen.

Stark belastet blieb über lange Zeit der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (vgl. Abbildung 1.13). Die Lücke zum Vorkrisenniveau konnte erst im zweiten Halbjahr 2021 zu weiten Teilen geschlossen werden. Ganz besonders

LAGE UND PROGNOSE DER WELTWIRTSCHAFT

in Spanien, aber auch in Italien und in Frankreich, wo dieser Bereich eine große gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat, verbleibt hier noch ein erhebliches Aufholpotenzial. Noch größer ist der Rückstand zum Vorkrisenniveau bei den Sonstigen Dienstleistern, insbesondere im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung, der im Winterhalbjahr 2020/2021 weit stärker als andere Dienstleistungsbereiche betroffen war. Im vierten Quartal 2021 sind hier insbesondere in Deutschland und Spanien, aber auch in den Niederlanden noch einmal deutliche Rückgänge sichtbar.

In den Niederlanden, in Österreich und in der Slowakei wurden im Zuge von erneuten Lockdown-Maßnahmen gegen Ende des Jahres nicht-essenzielle Geschäfte, Gastronomiebetriebe sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen zunächst komplett geschlossen und durften später nur eingeschränkt öffnen. In anderen Ländern – darunter Deutschland – bestanden Zugangsbeschränkungen für ungeimpfte Personen, was auch dort in den betroffenen Bereichen wie Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie sowie Freizeiteinrichtungen die Aktivität gedämpft hat.

Tabelle 1.6

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Deutschland	25,2	2,9	2,9	3,3	3,2	6,1	2,8	3,5	3,0	2,9
Frankreich	17,2	7,0	3,3	1,8	2,1	3,7	2,0	7,9	6,8	6,6
Italien	12,3	6,6	3,2	2,1	2,0	5,7	2,3	9,6	8,7	8,5
Spanien	8,4	5,1	5,4	3,5	3,0	6,9	2,6	14,8	12,2	11,7
Niederlande	6,0	5,0	3,8	2,0	2,8	6,9	2,6	4,2	3,4	3,2
Belgien	3,4	6,1	2,9	2,1	3,2	7,6	2,5	6,3	5,5	5,2
Österreich	2,8	4,6	3,6	2,3	2,8	4,9	2,7	6,2	5,0	4,8
Irland	2,8	13,4	1,9	4,0	2,5	5,4	2,8	6,3	5,1	4,7
Finnland	1,8	3,5	1,7	1,7	2,1	4,0	2,0	7,7	6,6	6,3
Portugal	1,5	4,9	4,9	2,7	0,9	5,1	2,8	6,6	5,8	5,5
Griechenland	1,2	7,9	3,8	3,5	0,6	5,5	2,3	14,8	12,8	12,3
Slowakei	0,7	3,0	2,3	3,8	2,8	7,8	3,5	6,8	6,5	5,8
Luxemburg	0,5	6,9	1,7	2,1	3,5	5,6	2,1	5,6	4,8	4,8
Litauen	0,4	4,9	2,4	3,2	4,6	12,9	4,9	7,1	6,8	6,1
Slowenien	0,4	8,1	5,1	3,3	2,0	6,7	3,1	4,8	4,2	4,0
Lettland	0,2	4,4	2,2	3,5	3,3	8,7	3,8	7,6	7,2	6,5
Estland	0,2	8,2	3,6	3,2	4,5	11,1	4,2	6,2	5,1	4,4
Zypern	0,2	5,5	3,9	3,4	2,3	4,8	2,3	7,5	6,1	5,7
Malta	0,1	9,3	3,1	3,1	0,7	4,2	2,7	3,6	3,1	3,0
Euroraum insgesamt	85,1	5,3	3,3	2,7	2,6	5,7	2,5	7,7	6,6	6,3
ohne Deutschland	60,0	6,3	3,5	2,4	2,4	5,5	2,4	9,2	7,9	7,6
Polen	3,9	5,6	4,4	3,7	5,2	8,4	4,3	3,4	3,0	2,8
Schweden	3,5	4,6	3,1	2,2	2,7	4,2	2,2	8,8	7,4	7,1
Dänemark	2,3	4,1	2,8	2,0	2,0	4,6	2,2	5,1	4,6	4,4
Rumänien	1,6	5,8	3,5	4,1	4,1	7,1	3,6	5,6	5,2	4,8
Tschechien	1,6	3,3	2,5	3,6	3,3	9,3	3,9	2,8	2,3	2,2
Ungarn	1,0	7,1	4,2	3,4	5,2	7,9	4,2	4,1	3,7	3,4
Bulgarien	0,5	3,8	3,2	3,5	2,9	7,8	3,6	5,3	4,7	4,3
Kroatien	0,4	10,0	3,4	3,8	2,7	6,6	3,3	7,9	6,4	5,6
EU-27⁴	100,0	5,3	3,3	2,7	2,8	5,8	2,6	7,0	6,0	5,8
MOE-Länder⁵	10,8	5,4	3,6	3,5	4,2	8,3	3,8	4,5	4,1	3,0

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex. Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

³ Standardisiert. Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2020.

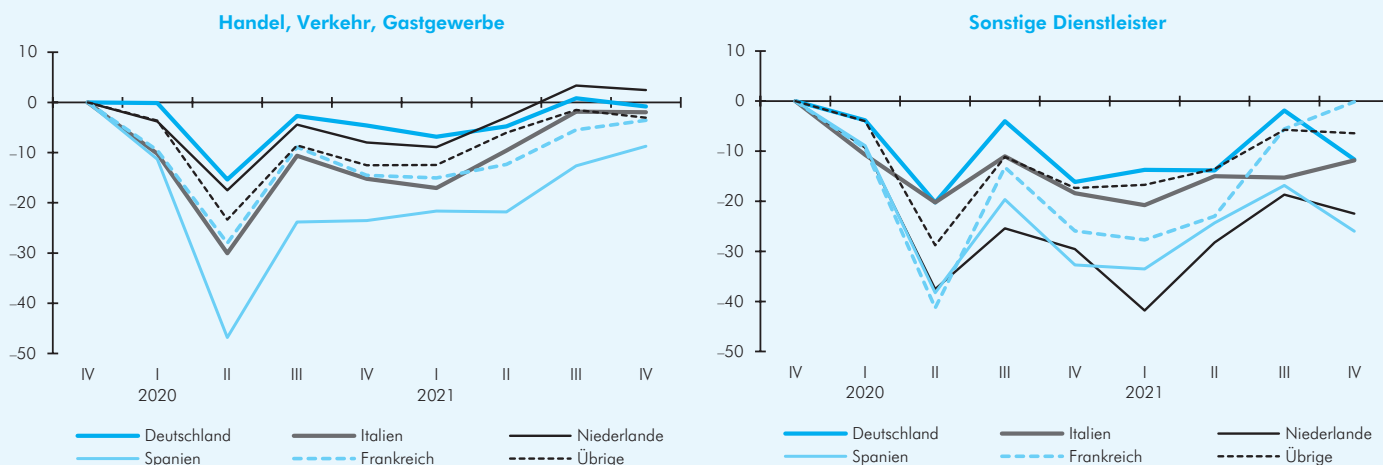
⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Abbildung 1.13

Bruttowertschöpfung in Dienstleistungsbereichen im Euroraum¹

Preis-, kalender- und saisonbereinigte Quartalsdaten; Veränderung relativ zum Niveau des vierten Quartals 2019 in %



¹ Euroraum ohne Irland.

Quellen: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Berechnungen der Institute.

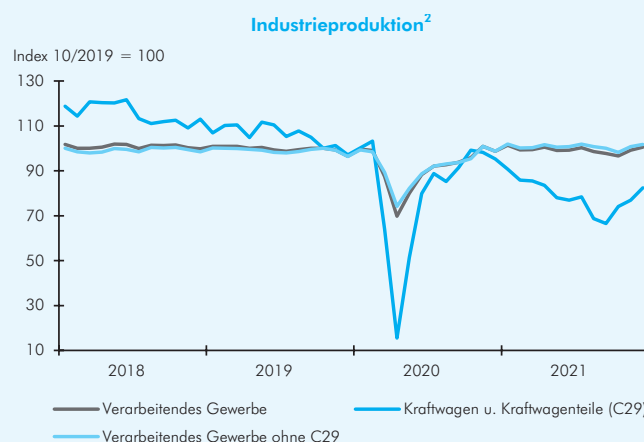
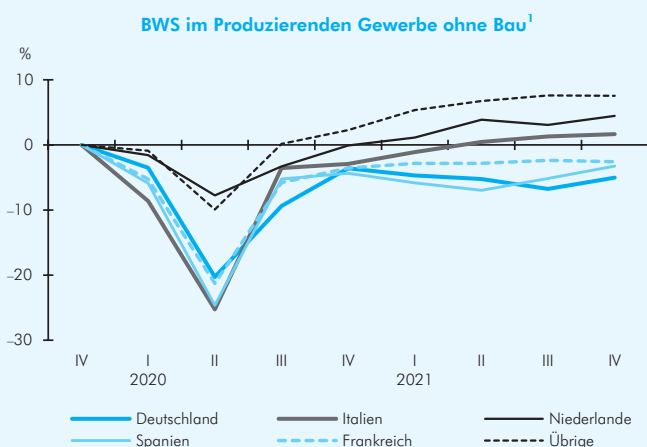
© GD Frühjahr 2022

Auch im Verarbeitenden Gewerbe zeigen sich Unterschiede im Erholungsprozess (vgl. Abbildung 1.14). Während in den Niederlanden und in einer Reihe kleinerer Länder des Euroraums das Vorkrisenniveau bereits Ende 2020 wieder erreicht wurde, liegt die Herstellung von Waren in Deutschland, Spanien und Frankreich auch derzeit noch

um 2½ bis 5% darunter. Diese Heterogenität dürfte auch auf eine unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Industriezweige zurückzuführen sein. Insbesondere waren diese nicht in gleichem Ausmaß von den Materialmängeln betroffen, über die viele Unternehmen im Jahresverlauf 2021 zunehmend berichteten. So besteht ein negativer

Abbildung 1.14

Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau und Produktionsindizes im Euroraum



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Quartalsdaten; Veränderung relativ zum Niveau im vierten Quartal 2019; Euroraum ohne Irland.

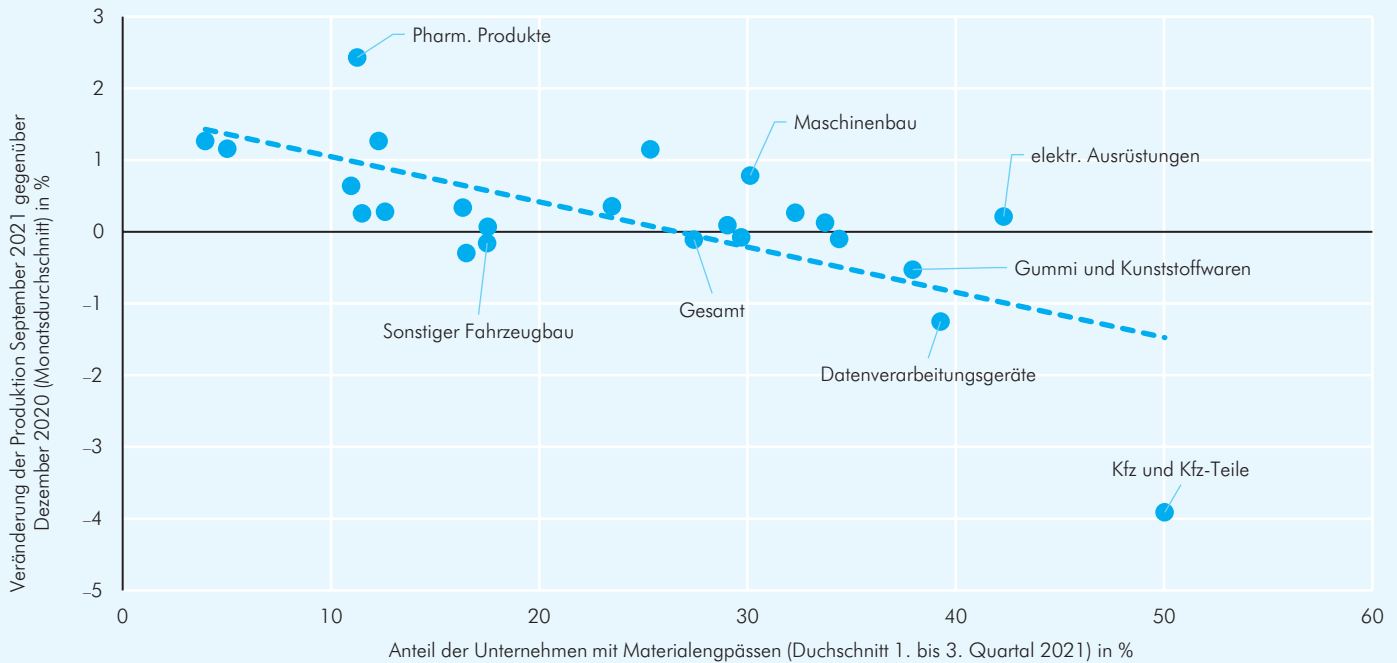
² Saisonbereinigte Monatsdaten; Gewichte basieren auf Bruttowertschöpfungsdaten der Detailgliederung der VGR-Aggregate nach Industrie (NACE A*64); Gewichte für 2020 und 2021 geschätzt.

Quellen: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konjunkturstatistik; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Abbildung 1.15

Zusammenhang von Materialmangel und Produktionsentwicklung nach Industriezweigen im Euroraum



Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Zusammenhang zwischen dem Grad des Materialmangels eines Industriezweigs und der Produktionsausweitung in den ersten drei Quartalen 2021 (vgl. Abbildung 1.15). Allerdings fällt der Automobilbereich deutlich aus der Reihe; hier ist ein noch stärkerer Einbruch zu beobachten, als der branchenübergreifende Zusammenhang zwischen dem Produktionsrückgang und den Lieferengpässen erwarten lassen würde. Möglicherweise hat sich auch der strukturelle Rückgang der Automobilproduktion fortgesetzt, der bereits im Jahr 2018

und damit schon vor Beginn der verschärften Lieferkettenprobleme des Jahres 2021 eingesetzt hatte. Im Gegensatz dazu ist die Entwicklung im übrigen Verarbeitenden Gewerbe im Trend stabil. Die unterschiedlichen Anteile der Automobilproduktion an der gesamten Warenproduktion in Deutschland, Spanien und Frankreich von 20%, 9% und 6% erklären somit einen bedeutenden Teil der heterogenen Wertschöpfungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Überblick

Die deutsche Wirtschaft steuert durch schwieriges Fahrwasser. Die Auftriebskräfte durch den Wegfall der Pandemiebeschränkungen, die Nachwehen der Corona-Krise und die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine sorgen für gegenläufige konjunkturelle Strömungen. Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung.

Mit der nun abflauenden Pandemie geht für sich genommen eine kräftige Erholung einher. Diese wird insbesondere durch die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche getragen. Dort können mit dem Wegfall der meisten Infektionsschutzmaßnahmen die Kapazitäten wieder stärker genutzt werden. Zugleich dürften sie auf rege Nachfrage stoßen, auch weil ihre Leistungen über längere Zeit entbehrt werden mussten. Zudem haben die privaten Haushalte während der Pandemiephase Überschussersparnisse von rund 200 Mrd. Euro gebildet, die maßgeblich dem Umstand geschuldet waren, dass die Konsumenten ihre gewohnten Verbrauchsmuster pandemiebedingt nicht beibehalten konnten, ein Phänomen, das für weite Teile der Weltwirtschaft gilt. Das hohe Ausmaß an weltweit aufgestaunter Kaufkraft wirkt belebend auf die Konjunktur und dürfte einen Gutteil des derzeitigen Inflationsdrucks erklären. Zu diesem Inflationsdruck hat die Finanzpolitik beigetragen, indem sie während der Pandemiephase die privaten Einkommen in erheblichem Umfang stabilisiert

hat. Flankierend wirkte eine ultralockere Geldpolitik, die nun kaum gegensteuert – aktuell senkt die in die Höhe geschleunigte Inflation die ohnehin negativen Realzinsen nochmals deutlich.

Im Zuge der Pandemie wurden die internationalen Lieferketten erheblich gestresst. In der Folge war auch die deutsche Industrie mit Materialengpässen historischen Ausmaßes konfrontiert, welche die Produktion massiv beeinträchtigten, während sich die Nachfrage ausweislich des regen Auftrags-eingangs bereits kräftig erholt hatte. Insgesamt dürfte sich der Auftragsüberhang im Verarbeitenden Gewerbe mittlerweile auf 100 Mrd. Euro belaufen. Die Industrieproduktion ist seit fünf Monaten wieder aufwärtsgerichtet, gleichwohl belasten Lieferengpässe immer noch die industrielle Aktivität. Hohe Nachfrage bei gehemmtem Angebot machen sich in stärkerem Preisdruck geltend. In dem Maße, wie Lieferengpässe nach und nach überwunden werden, lassen die Nachfrageeffekte auch in der Industrie für sich genommen einen selbsttragenden Aufschwung erwarten.

Die ab dem Frühjahr mit dem Überwinden der Pandemie und ihrer Folgen angelegte kräftige Erholung wird durch den Kriegsausbruch in der Ukraine zunächst gebremst. Der Krieg und die politischen Reaktionen wirken angebots- und nachfrageseitig über verschiedene Kanäle als negativer Schock auf die wirtschaftliche Aktivität. Spürbar, aber

Tabelle 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts¹ Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	-5,2	3,7	6,0	-1,8	-0,4	1,7	2,2	1,0	0,6	0,5	0,4	0,2
Öffentlicher Konsum	-1,1	5,1	-2,8	1,0	-0,5	0,7	0,3	-0,2	0,1	0,6	0,5	0,4
Bauten	0,2	1,7	-3,6	0,0	2,5	0,0	1,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
Ausrüstungen	-0,4	0,6	-3,9	0,9	1,0	-2,0	3,5	5,0	4,5	3,0	2,5	1,5
Sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	1,0	0,8	1,2	1,2	1,0	0,9	0,8	0,7
Vorratsinvestitionen ²	2,0	-0,6	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	2,8	1,7	-0,5	-0,1	1,0	1,7	0,9	0,8	0,7	0,5	0,4
Außenbeitrag ²	-0,8	-0,4	0,1	0,2	0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,9	1,1	0,0	4,8	-0,6	0,5	2,1	1,7	1,2	0,9	0,9	0,9
Importe	4,3	2,3	-0,1	5,1	-1,1	1,1	2,3	1,9	1,3	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,1	0,7	1,6	0,9	0,7	0,7	0,5	0,4

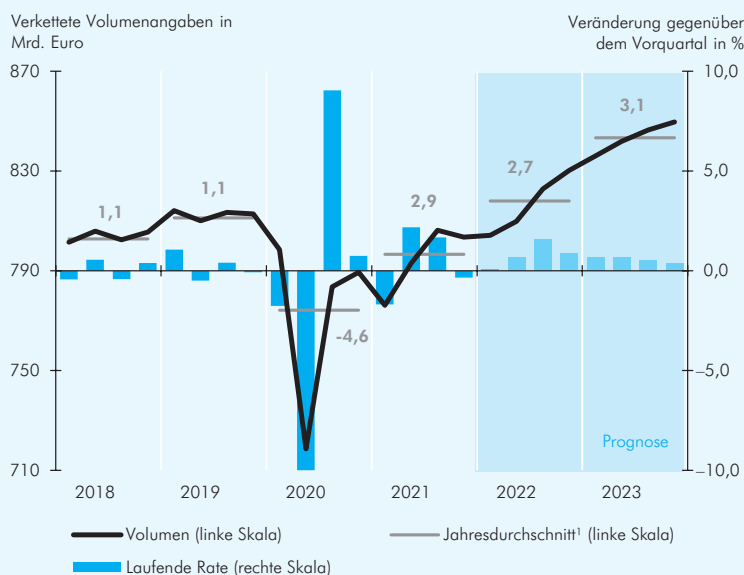
¹ Saison- und kalenderbereinigte Werte.

² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

Abbildung 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung, ist der Wegfall der Exportmärkte, der insbesondere mit dem westlichen Sanktionsregime gegenüber Russland verbunden ist. Bedeutender ist die massiv gestiegene Unsicherheit über die Rohstoffversorgung, insbesondere – aber nicht nur – bei wichtigen Energierohstoffen, die den bereits vor dem russischen Überfall auf die Ukraine in Gang gekommenen Preisauftrieb weiter angefacht hat. Damit fließt über die höhere Energieimportrechnung entsprechend mehr Kaufkraft ins Ausland

ab und schwächt hierzulande die Nachfrage. Zugleich kommt es durch die kriegsbedingten Störungen zu neuen Lieferengpässen, die kurzfristig nicht zuletzt die Automobilindustrie treffen.

Im zurückliegenden Winterhalbjahr haben vor allem die Maßnahmen zum Infektionsschutz die Wirtschaftsleistung gedämpft (vgl. Tabelle 2.1). Unter der Voraussetzung, dass das Kriegsgeschehen in der Ukraine mit Blick auf die ökonomische Aktivität nicht weiter eskaliert, dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte ab dem Frühjahr die Oberhand gewinnen (vgl. Abbildung 2.1). Nach einem schwachen Jahresauftakt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal zwar deutlich zulegen, ohne die Belastung durch den Krieg in der Ukraine würde das Plus aber kräftiger ausfallen. Insgesamt verzögert sich damit der Erholungsprozess abermals. Das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung wird demnach erst im dritten Quartal des laufenden Jahres erreicht werden und damit ein halbes Jahr später, als von den Instituten in ihrem Herbstgutachten erwartet worden war (vgl. Kasten 2.1). Maßgeblich für die Prognoserevision ist dabei nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern auch die aus heutiger Sicht zu günstigen Annahmen über den Pandemieverlauf. Alles in allem erwarten die Institute einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 2,7% für dieses Jahr und 3,1% für nächstes Jahr. Wie die Jahresverlaufsraten zeigen, ist die Expansionsdynamik aber im laufenden Jahr stärker als im kommenden (vgl. Tabelle 2.2). Im kommenden Jahr driftet die deutsche Wirtschaft in eine leichte Überauslastung (vgl. Abbildung 2.2). Maßgeblich dafür sind der hohe Auftragsüberhang in der Industrie sowie nachholende Konsumaktivität.

Weil die dämpfenden Pandemieeffekte, die vor allem die konsumnahen Wirtschaftsbereiche betreffen, früher überwunden werden als die Lieferengpässe in der Industrie, die für die Investitions- und Exporttätigkeit bedeutender ist, dominiert verwendungsseitig im laufenden Jahr die Belebung des privaten Verbrauchs, während die Bruttoanlageinvestitionen im kommenden Jahr verstärkt die Expansion tragen (vgl. Tabelle 2.3).

Tabelle 2.2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

In %

	2020	2021	2022	2023
Statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,1	1,6
Jahresverlaufsraten ²	-2,9	1,8	3,3	2,3
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-4,9	2,9	2,8	3,3
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	-4,6	2,9	2,7	3,1

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

² Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres.

³ In % des realen BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Die Verbraucherpreise ziehen im laufenden Jahr mit einer Rate von 6,1% so kräftig an wie seit 40 Jahren nicht mehr (vgl. Tabelle 2.4). Auch im kommenden Jahr bleibt die Rate mit 2,8% deutlich über dem Durchschnitt seit der Wiedervereinigung. Zwar verschärft der Krieg in der Ukraine den Preisauftrieb, der Prozess einer sich beschleunigenden Inflation hat jedoch schon vor einem Jahr eingesetzt. Dabei kommen die starken Rohstoffpreisanstiege erst nach und nach auf der Verbraucherstufe an. Allerdings treiben nicht nur höhere Energiepreise die Teuerung. So nimmt der heimische Preisdruck – gemessen am Deflator des Bruttoinlandsproduktes – in beiden Prognosejahren mit über 3% deutlich zu, und auch die Kernrate der Inflation dürfte im kommenden Jahr noch bei 3,1% liegen. Insgesamt hat sich ein breit angelegter Preisdruck aufgebaut, der auch dann noch nachwirkt, wenn annahmegemäß die Rohstoffpreise wieder

etwas nachgeben und die Lieferengpässe in der zweiten Jahreshälfte sukzessive nachlassen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich gegenüber den aus dem Krieg in der Ukraine resultierenden Belastungen für die Konjunktur robust, weil die verzögerte Erholung der Produktion im Wesentlichen über die Arbeitszeit abgefangen werden dürfte. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt im Prognosezeitraum weiter, wenngleich mit schwächer werdender Dynamik. Hierzu trägt auch die sprunghafte Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro in diesem Jahr bei. Aufgrund der Alterung ist gegen Ende des Prognosezeitraums eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus angelegt. Dem wirkt allerdings die hier unterstellte Fluchtmigration aus der Ukraine entgegen, die das Arbeitskräfteangebot etwas erhöht. Die Arbeitslosenquote sinkt nach 5,7% im Vorjahr auf jeweils 5% in den Jahren 2022 und 2023. Die Nominallöhne beschleunigen sich spürbar, werden einen Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer im Prognosezeitraum aber nicht gänzlich verhindern können.

Im laufenden Jahr dürften die öffentlichen Haushalte mit 52 Mrd. Euro ein deutlich geringeres Defizit aufweisen als im Vorjahr (132 Mrd. Euro). Maßgeblich trägt dazu ein nur geringer Anstieg der Staatsausgaben im Zuge des Auslaufens pandemiebezogener Unternehmenshilfen bei. Gleichzeitig steigen die Staatseinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung. Im Jahr 2023 dürften die Einnahmen mit dem kräftigen Lohnanstieg und dem robusten Arbeitsmarkt erheblich stärker als die Ausgaben steigen, sodass sich das Defizit auf knapp 28 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert. Hierbei ist unterstellt, dass die Mittel aus den kreditfinanzierten Sondervermögen, die hauptsächlich für den Klimaschutz und die Verteidigung vorgesehen sind, im Prognosezeitraum nur in geringem Umfang abfließen werden.

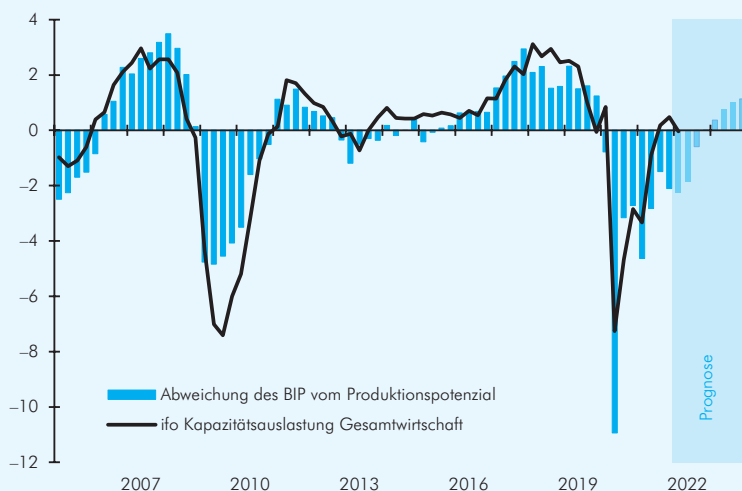
Risiken

Das mit Abstand größte Risiko für die Prognose rührt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine her, dessen weiterer Verlauf und politische Folgen ungewiss sind. Von der Frage, ob – und falls ja, wann – die Situation weiter eskaliert oder es zu einer Befriedung kommt, hängen insbesondere die Rohstoffpreisentwicklung, das Ausmaß der Lieferengpässe, das Sanktionsregime sowie die Flüchtlingsströme ab. Die Institute nehmen an, dass die bislang verhängten Sanktionen während des gesamten Prognosezeitraums in Kraft bleiben und die russischen Energielieferungen fortgesetzt werden. Weil aber eine Lieferunterbrechung drohen könnte, dürften entsprechende Risikozuschläge und höhere Kosten für das parallel vorangetriebene Ausweichen auf alternative Lieferquellen (z. B. vermehrter Einsatz von Flüssiggas) die Energiepreise deutlich über dem Niveau halten, das ohne den Konflikt gelten würde. Jede weitere Zuspitzung dürfte unmittelbar auf die Risikoeinschätzung und somit auf wichtige Rohstoffnotierungen durchschlagen. Umgekehrt würde eine Entspannung wirken. Rohstoffpreissprünge können bei Friktionen im Überwälzungsprozess kurzfristig realwirtschaftliche

Abbildung 2.2

Kapazitätsauslastung

In Prozentpunkten (Abweichung vom Mittelwert) bzw. %



Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Tabelle 2.3

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge			Importbereinigte Wachstumsbeiträge ¹		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Konsumausgaben	0,8	2,5	2,0	0,2	1,8	1,4
Private Haushalte	0,1	2,3	1,7	-0,3	1,7	1,2
Staat	0,7	0,1	0,2	0,5	0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,4	1,2	0,0	0,2	0,7
Bauten	0,1	0,2	0,2			
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,8			
Sonstige Anlagen	0,0	0,2	0,2			
Vorratsveränderungen	1,0	-0,2	0,0	0,7	-0,3	0,0
Inländische Verwendung	2,1	2,7	3,2	0,9	1,7	2,1
Außenbeitrag	0,8	0,0	-0,1			
Exporte	4,3	2,3	2,4	2,0	1,0	1,0
Importe	-3,5	-2,3	-2,5			
Bruttoinlandsprodukt²	2,9	2,7	3,1	2,9	2,7	3,1

¹ Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

² Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2021 und 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Aktivität zusätzlich behindern. Käme es zu einem abrupten Stopp der Energielieferungen, wäre mit einem erheblichen Einbruch der Wirtschaftsleistung hierzulande zu rechnen. Da ein solches Embargo zuletzt zunehmend denkbar geworden ist, haben die Institute ein Alternativszenario entwickelt und auf dieser Basis eine zweite Konjunkturprognose erstellt (vgl. Abschnitt „Ein alternatives Szenario“).

Naturgemäß hängen auch die Fluchtbewegungen stark von der weiteren militärischen und politischen Entwicklung in der Ukraine ab. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Menschen werden im Westen Schutz suchen. Sollte es hingegen zu einer Befriedung kommen, wird es vor allem von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen, wie viele Menschen in ihre Heimat zurückkehren werden. Dieser Prognose legen die Institute die Setzung zugrunde, dass in diesem Jahr 600 000 und im kommenden Jahr weitere 140 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, von denen rund ein Drittel das Arbeitskräftepotenzial erhöht, allerdings erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt Fuß fasst.

In der Basisprognose lässt die Inflationsdynamik zusammen mit den Preisen an den weltweiten Märkten für Energierohstoffe im Verlauf wieder nach. Es besteht allerdings angesichts von erheblichen Arbeitskräfteknappheiten in vielen Branchen und der während der Pandemie aufgestauten Kaufkraft ein erhöhtes Risiko, dass sich die Inflation stärker verfestigt und die Inflationserwartungen weiter nach oben treibt. So könnten Unternehmen ihre Preissetzungsspielräume in stärkerem Maße nutzen und darüber hinaus versucht sein, Mitarbeiter durch höhere Löhne an das Unternehmen zu binden und die Kosten an die Verbraucher weiterzureichen.

Schließlich bergen mögliche neue Virusvarianten und damit verbundene Pandemiewellen weiterhin Abwärtsrisiken. In einem solchen Fall wäre mit Aktivitätseinbußen in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen und – bei Arbeitsausfällen infolge von Krankheit und Quarantäne – auch darüber hinaus zu rechnen. Ferner besteht ein erhöhtes Risiko für die internationalen Lieferketten dadurch, dass in anderen Weltregionen (insbesondere in China) die Pandemiepolitik stärker auf die Produktion durchschlägt, weil es dort weiterhin zu größeren Lockdown-Maßnahmen kommt.

Talsole bei Zinsen durchschritten

Die Kreditvergabe an den Privatsektor expandierte Ende 2021 kräftig. Hierzu trug insbesondere bei, dass die Unternehmen im Zuge einer verbesserten Geschäftslage vermehrt Kredite für Investitionszwecke nachfragten und sich günstige Zinsbedingungen sichern wollten. Darüber hinaus stieg das Kreditangebot durch das Auslaufen des Referenzzeitraums für das dritte Programm gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III), bei dem sich teilnehmende Banken durch Erreichen von bestimmten Kreditschwellen bis Dezember besonders günstige Refinanzierungsbedingungen bei der EZB sichern konnten (Verzinsung bis –1%). Auch die Bestände von Immobilienkrediten expandierten weiter kräftig. Entsprechend liegt das Volumen der Unternehmenskredite und der privaten Wohnungsbaukredite im Februar 2022 um 11% bzw. 15% über dem Niveau vor der Corona-Krise (Januar 2020). Lediglich die Kredite für Konsumzwecke stagnierten bis zuletzt auf Vorkrisenniveau. In der Befragung zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) gaben die Banken an, die Kreditvergabebedingungen zuletzt etwas gelockert zu haben. Für das erste Quartal 2022 rechnen die Banken mit weiter anziehender Kreditnachfrage

Tabelle 2.4

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹	1,1	–4,6	2,9	2,7	3,1
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 268	44 898	44 920	45 454	45 733
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 267	2 695	2 613	2 293	2 293
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,0	5,9	5,7	5,0	5,0
Verbraucherpreise ⁴	1,4	0,5	3,1	6,1	2,8
Lohnstückkosten ⁵	3,2	3,6	0,5	2,2	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁶					
In Mrd. Euro	51,1	–145,2	–132,5	–52,2	–27,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	1,5	–4,3	–3,7	–1,4	–0,7
Leistungsbilanzsaldo					
In Mrd. Euro	262,9	238,7	265,3	214,2	245,8
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	7,6	7,1	7,4	5,6	6,1

¹Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

²Inlandskonzept.

³Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴Verbraucherpreisindex (2015 = 100).

⁵Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Kasten 2.1

Überprüfung der Prognose für 2021 und Anpassung der Prognose für 2022

Das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland stand auch im Jahr 2021 maßgeblich unter dem Einfluss der Pandemie. So haben die Maßnahmen zum Infektionsschutz zu deutlichen Rückgängen der privaten Konsumausgaben zu Jahresanfang und zum Jahresende geführt. Zudem haben Lieferengpässe, die maßgeblich durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurden, die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zunehmend belastet – erst im vierten Quartal setzte eine leichte Erholung ein. Da der Verlauf der Pandemie und damit verbunden auch das Ausmaß der Lieferengpässe kaum vorhersehbar waren, sind Prognosen auch vor dem Hintergrund der jeweils zugrundeliegenden Annahmen zu bewerten.

In ihrem Frühjahrsgutachten des Jahres 2021 waren die Institute davon ausgegangen, dass die Belastungen durch die Pandemie ab dem zweiten Quartal spürbar nachlassen und ab dem dritten Quartal die gesamtwirtschaftliche Aktivität nicht mehr belasten würden. Länger anhaltende Störungen durch die Lieferengpässe wurden nicht unterstellt. In ihrem Herbstgutachten hatten die Institute angenommen, dass die Pandemie die Erholung im Winterhalbjahr 2021/2022 nochmals bremsen und die Lieferengpässe die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Jahreshälfte drücken und erst im Verlauf des Jahres 2022 allmählich nachlassen würden.

Insgesamt war die Frühjahrsprognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts mit 3,7% um 0,8 Prozentpunkte zu optimistisch, die Herbstprognose fiel mit 2,4% um 0,5 Prozentpunkte zu niedrig aus (vgl. Tabelle 2.5). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Wertschöpfung des Impfstoffentwicklers BioNTech in den vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, auf denen die Prognosen der Institute aufsetzen, im Herbst noch nicht enthalten waren. Grund dafür war, dass die Lizenzzahlungen des Kooperationspartners Pfizer erst gegen Jahresende fällig wurden. Mit den geleisteten Lizenzzahlungen wurde diese Wertschöpfung in die Gesamtrechnungen eingearbeitet – als Dienstleistungsexporte im Bereich „Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum“ – und rückwirkend auf die Quartale aufgeteilt. Insgesamt dürfte BioNTech im Jahr 2021 rund 0,5 Prozentpunkte zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts beigetragen haben. Abgesehen von diesem Effekt war der Prognosefehler der Herbstprognose recht gering. Der Prognosefehler der Frühjahrsprognose wäre, wenn der BioNTech-Effekt berücksichtigt worden wäre, dagegen wohl größer ausgefallen. Insgesamt fiel die Abweichung im Frühjahr höher aus als im historischen Durchschnitt – zwischen den Jahren 1995 und 2020 lag der mittlere absolute Prognosefehler der Frühjahrsprognosen für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 0,5 Prozentpunkten. Allerdings fallen die Prognosefehler in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen für gewöhnlich deutlich größer aus.

Tabelle 2.5

Prognose für das Jahr 2021 und tatsächliche Entwicklung

Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Frühjahrsgutachten		Herbstgutachten		Statistisches Bundesamt		Prognosefehler für 2021	
	Prognosewerte für 2021		Prognosewerte für 2021		Istwerte für 2021		„Differenz der Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten“	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	zur Frühjahrsdiagnose	zur Herbstdiagnose
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(6) – (2)	(6) – (4)
Inländische Verwendung	1,6	1,5	2,2	2,0	2,2	2,1	0,6	0,1
Privater Konsum	0,2	0,1	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1
Staatlicher Konsum	2,0	0,5	2,5	0,6	3,1	0,7	0,2	0,1
Bauten	-0,4	-0,1	1,3	0,1	0,7	0,1	0,2	0,0
Ausrüstungen	8,7	0,6	4,9	0,3	3,4	0,2	-0,4	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,2	0,1	0,7	0,0	0,7	0,0	-0,1	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,3	-	1,0	1,0	1,0	0,7	0,0
Außenbeitrag	-	2,2	-	0,3	0,8	0,8	-1,4	0,5
Ausfuhr	11,7	5,1	8,0	3,5	9,9	4,3	-0,8	0,8
Einfuhr	7,7	-2,9	8,3	-3,1	9,3	-3,5	-0,6	-0,4
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,7	2,4	2,4	2,9	2,9	-0,8	0,5
<i>Nachrichtlich:</i>								
Bruttoinlandsprodukt USA	6,9	-	5,6	-	5,7	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	4,3	-	5,0	-	5,3	-	-	-
Welthandel	8,2	-	10,9	-	10,3	-	-	-
Verbraucherpreise	2,4	-	3,0	-	3,1	-	-	-

¹ Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Verwendungskomponente ergibt sich aus der ihrer Veränderungsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Kasten 2.1 Fortsetzung

In der Frühjahrsprognose waren die Annahmen bezüglich der Beeinträchtigungen des privaten Konsums durch die Pandemie zwar zu optimistisch. Insgesamt lag die Konsumprognose für das Jahresergebnis jedoch sehr nah am tatsächlichen Ergebnis. Dahinter verbergen sich jedoch größere Prognosefehler im Quartalsverlauf. So fiel der Rückgang der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal geringer und entsprechend die Erholung im Sommerhalbjahr schwächer aus als erwartet. Annahmebedingt wurde für das vierte Quartal mit einem Fortgang der Erholung gerechnet, während das wieder zunehmende Infektionsgeschehen für einen Rücksetzer sorgte. Die Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wurde aufgrund der Annahme, dass Lieferengpässe nicht zu deutlichen Belastungen führen würden, deutlich überschätzt. Statt des erwarteten Anstiegs von mehr als 10% legte sie im Jahresdurchschnitt nur um 4,7% zu. In der Verwendungsrechnung zeigt sich der größere Einfluss der Lieferengpässe in den zu optimistischen Prognosen für die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen. Der Anstieg der öffentlichen Konsumausgaben wurde unterschätzt; hierzu hat beigetragen, dass die pandemiebedingten Ausgaben höher als erwartet ausfielen und es zu Nachholeffekten im Gesundheitsbereich kam. Die Importe legten trotz der gesamtwirtschaftlich schwächeren Entwicklung stärker zu als erwartet.

Im Herbstgutachten 2021 wurde die Zuwachsrate für die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal zwar deutlich überschätzt, da die Belastungen seitens der Pandemie größer waren als angenommen. Das Jahresergebnis fiel aber insgesamt etwas besser aus als erwartet, weil die Erholung im dritten Quartal stärker ausfiel als erwartet und die Konsumausgaben für die erste Jahreshälfte durch das Statistische Bundesamt nach oben revidiert wurden (vgl. Tabelle 2.6). Die Auswirkungen der Lieferengpässe wurden zu negativ eingeschätzt: So fiel das Jahresergebnis für die Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 4,7% höher aus als erwartet (3,4%), nicht zuletzt, weil im vierten Quartal bereits wieder eine Erholung einsetzte. Dies machte sich auch bei der Prognose für die Exporte bemerkbar, die im Herbst zu niedrig angesetzt war. Hier spielen freilich auch Revisionen aufgrund des BioNTech-Effekts eine Rolle. Die Zuwachsrate bei den Ausrüstungsinvestitionen fiel dagegen niedriger aus als erwartet, vor allem weil der kräftige Rückgang im dritten Quartal deutlich unterschätzt wurde. Die öffentlichen Konsumausgaben legten stärker zu als prognostiziert, da der Wert für das zweite Quartal 2021 durch das Statistische Bundesamt deutlich nach oben revidiert wurde, was im Zusammenhang mit unerwartet hohen Nachholeffekten bei regulären medizinischen Behandlungen stehen dürfte. Da diese im dritten Quartal wieder entfielen, haben die Institute die Vorquartalsveränderung für dieses Quartal deutlich überschätzt.

Tabelle 2.6

Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2021

In Prozentpunkten

	Prognosefehler (insgesamt)	Revision ¹ der VGR 1. Halbjahr 2021	Prognosefehler ²	
			3. Quartal 2021	4. Quartal 2021
	Summe (I) bis (III)	(I)	(II)	(III)
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,7	0,0	-0,2
Inländische Verwendung	0,1	0,5	-0,1	-0,3
Privater Konsum	0,3	0,4	0,7	-0,7
Staatlicher Konsum	0,7	2,0	-1,6	0,2
Bauten	-0,6	1,5	-2,0	-0,1
Ausrüstungen	-1,5	0,2	-1,8	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	0,0	0,0	0,0	0,1
Ausfuhr	1,9	0,9	0,2	0,8
Einfuhr	1,1	0,3	0,0	0,9

¹ Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt.

² Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte und vierte Quartal 2021 aus der Herbstdiagnose und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Für das Jahr 2022 waren die Institute in ihrer Herbstprognose 2021 von einem kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 4,8% ausgegangen. Grundlage dafür waren die Annahmen, dass die Pandemie die wirtschaftliche Aktivität ab dem zweiten Quartal nicht mehr belastet, sich die Lieferengpässe im Verlauf des Jahres spürbar verringern und die Rohstoffpreise kaum ändern. In diesem Gutachten rechnen die Institute mit einer deutlich geringeren Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2,7%. Maßgeblich dafür ist, dass die Verbraucherpreise deutlich stärker als erwartet steigen. Dies belastet die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen und dämpft den privaten Konsum. Während die Institute in der Herbstprognose von einem Anstieg der Inflation von 2,5% ausgegangen waren, rechnen sie nun mit einem Anstieg von 6,1%. Die Rohstoffpreise waren schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich gestiegen und haben sich seitdem weiter erhöht. Durch den Krieg kommt es zudem zu neuen Lieferengpässen, die den Preisauftrieb zusätzlich verstärken und die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe verzögern.

von Unternehmen und Haushalten. Dagegen dürften makroprudenzielle Maßnahmen die Kreditvergabe dämpfen. Da laut Schätzungen der Bundesbank die Immobilienpreise in den Städten derzeit zwischen 15 und 40% überbewertet sind,¹ hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) den antizyklischen Kapitalpuffer ab Februar 2022 von 0 auf

0,75% erhöht. Zusätzlich wird ab April 2022 beabsichtigt, den sektoralen Systemrisikopuffer zu aktivieren, um speziell die Risiken aus dem Immobiliensektor zu adressieren.

Die Finanzierungskosten für den Staat und den Privatsektor sind immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau, jedoch sind zuletzt die Kapitalmarktzinsen weiter gestiegen. So notierte die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen im ersten Quartal zum ersten Mal seit knapp drei Jahren im positiven Bereich. Anfang April lag sie bei 0,5%.

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Februar 2022, 74. Jahrgang Nr. 2, Frankfurt 2022.

Noch stärker erhöhte sich die Rendite von deutschen Unternehmensanleihen, die mit 2,1% im März bereits über einen Prozentpunkt über ihrem historischen Tiefpunkt im vergangenen Jahr lag. Hierzu dürften die höheren Inflationserwartungen, die Erwartungen einer restriktiveren Geldpolitik sowie gestiegene Risikoprämien beigetragen haben. Die steigenden Kapitalmarktzinsen dürften sich bald auch in den Kreditzinsen widerspiegeln, auch wenn diese bisher nur leicht gestiegen sind. Die durchschnittlichen Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (Zinsbindung 1 bis 5 Jahre) zogen seit Jahresbeginn auf zuletzt 2,6% für kleine (bis 1 Million Euro) und 1,7% für große (über 1 Million Euro) Kredite sichtbar an. Auch die Zinsen für Immobilienkredite (1,5% im Februar) und Konsumentenkredite (5,5% im Februar) nahmen leicht zu. Im Zuge der erwarteten moderaten Straffung der Geldpolitik rechnen die Institute mit einem weiteren Anstieg der Zinsen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen dürfte sich bis Ende 2023 auf rund 1,5% erhöhen. Die Zinsen im Privatsektor dürften diesem Trend folgen. Angesichts höherer Inflationsraten, insbesondere auch in den heimischen Preiskomponenten, bleiben die realen Finanzierungskosten noch immer günstig.

Finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im laufenden Jahr leicht restriktiv ausgerichtet. Einerseits hat die Bundesregierung zahlreiche expansiv wirkende finanzpolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählen insbesondere die Maßnahmen zur Abfederung des Anstiegs der Energie- und sonstigen Verbraucherpreise, wie die höheren Werbungskosten- und Pendlerpauschalen. Zudem werden ein einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und einmalige Zuschüsse für Empfänger von Arbeitslosengeld II und für von Armut bedrohte Kinder gewährt. Der größte Effekt wird von der Energiepreispauschale als zusätzlichem Transfer ausgehen. Auch soll die Energiesteuer auf Benzin- und Dieselmotoren für drei Monate reduziert werden. Schließlich werden die privaten Haushalte durch die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages und des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer rückwirkend zum 1. Januar 2022 entlastet. Die Unternehmen profitieren von der Verlängerung der degressiven Abschreibung und der temporär niedrigeren Umsatzsteuer in der Gastronomie sowie veränderten Abschreibungsfristen für Computer und Software. Bei den Sozialversicherungen resultieren Mehrausgaben aus der Einführung der Grundrente und der Pflege-reform. Schließlich laufen diverse investive Maßnahmen an, die noch von der vorherigen Bundesregierung beschlossen wurden. Auch sollen die Ausgaben für die Landesverteidigung deutlich erhöht werden. Allerdings dürfte der Abfluss der hierfür vom Bund in ein Sondervermögen überführten 100 Mrd. Euro eher schleppend anlaufen.

Dieser Vielzahl expansiv wirkender finanzpolitischer Maßnahmen stehen andererseits deutliche Minderausgaben durch das schrittweise Zurückfahren von Corona-Maßnahmen gegenüber. So dürften etwa die Überbrückungshilfen und

weitere Hilfen an den Unternehmenssektor nach und nach auslaufen, weil die Pandemie annahmegemäß abflaut und keine größeren Einschränkungen mehr verhängt werden. Zudem gehen dann auch die staatlichen Zuwendungen an den Gesundheitssektor, etwa die Freihaltepauschalen an Krankenhäuser, zurück. Die damit verbundenen und vom Volumen her sehr umfangreichen Minderausgaben und Mehreinnahmen liegen in der Summe etwas höher als die expansiv wirkenden diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2022. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der restriktive finanzpolitische Impuls auf 0,3% (vgl. Tabelle 2.7).

Im Jahr 2023 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand erneut leicht restriktiv ausgerichtet sein. Zwar sorgen bei der Einkommensteuer die volle steuerliche Abzugsfähigkeit der Rentenversicherungsbeiträge und die Anhebung des Sparerfreibetrags für Entlastung. Zudem gehen die Institute davon aus, dass der Abbau der kalten Progression vollständig erfolgt und die Tarifeckwerte spürbar angepasst werden. Darüber hinaus plant die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Superabschreibungen zum Jahr 2023 einzuführen, die allerdings erst mit der Veranlagung im Folgejahr voll wirksam werden dürften. Auf der Ausgabeseite schlagen weitere investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie zusätzliche Verteidigungsausgaben zu Buche. Außerdem wirkt dann mit den in dieser Prognose unterstellten rückläufigen Energiepreisen die Abschaffung der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten EEG-Umlage entlastend.² Dem stehen jedoch eine Reihe nachfragedämpfender Maßnahmen gegenüber. So dürften die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen mit dem in dieser Prognose unterstellten Auslaufen der Pandemie im Jahr 2023 entfallen. Auch die entlastenden Maßnahmen zur Abfederung des derzeitigen Energiepreisanstiegs kommen im Jahr 2023 nicht nochmals zum Zuge, und in der Gastronomie gilt wieder der reguläre Mehrwertsteuersatz. Zudem steigt die Beitragsbelastung bei den Sozialversicherungen: Zwar führt die Anhebung der Entgeltgrenze für Minijobs zum 1. Oktober 2022 im Folgejahr zu Mindereinnahmen der Sozialversicherungen. Demgegenüber steigt jedoch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,2 Prozentpunkte. Alles in allem beläuft sich der nachfragedämpfende Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2023 erneut auf 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

² Produzenten erneuerbarer Energie erhalten einen festgelegten Vergütungssatz. Liegt der Strompreis am Markt unter diesem Satz, wird die Differenz durch die EEG-Umlage ausgeglichen. Die EEG-Umlage wird durch Stromverbraucher finanziert, was zu höheren Strompreisen führt. Um die Strompreise zu senken, wurde die EEG-Umlage in den vergangenen Jahren und auch in der ersten Hälfte 2022 subventioniert. Die aktuell hohen Strompreise erfordern allerdings nur eine geringe Umlage, um den festgelegten Vergütungssatz zu gewährleisten. Somit fließt die Subvention größtenteils in eine Rücklage. Mit Abschaffung der EEG-Umlage geht die Rücklage voraussichtlich an den Staat. Dieser Transfer wird nicht als Maßnahme aufgeführt, da er die verfügbaren Einkommen nicht betrifft. Mit Abschaffung der EEG-Umlage wird der festgelegte Vergütungssatz unmittelbar durch staatliche Subventionen gewährleistet. Diese werden annahmegemäß aber erst ab dem Jahr 2023 notwendig sein, wenn der Strompreis wieder merklich unter dem festgelegten Vergütungssatz liegt.

Tabelle 2.7

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung und vollständige Abzugsfähigkeit von RV-Beiträgen ab 2023	0,4	–2,8
Abbau kalte Progression		–8,0
Anhebung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2022		–0,3
Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags und des Grundfreibetrags zum 1. Januar 2022	–4,5	0,0
Erhöhung des Sparerfreibetrags zum 1. Januar 2023	0,0	–0,4
Zeitweise Absenkung der Energiesteuer	–3,1	3,1
Zweites Familienentlastungsgesetz	–4,4	–0,7
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	–1,1	2,9
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	–1,0	–1,0
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6
Superabschreibungen (Koalitionsvertrag)	0,0	–0,5
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	–3,8	0,8
Degressive AfA	–3,6	–1,9
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in Verkehr und Wärme	1,6	1,7
Klimapaket: Umsetzung im Steuerrecht	–0,5	–0,2
Klimapaket: Anhebung Luftverkehrsabgabe	0,1	0,4
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	–1,2	–3,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022	1,0	0,0
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2022	0,4	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023		2,6
Erhöhung der Minijobgrenze zum 1. Oktober 2022	–0,2	–0,6
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022	–0,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Zusätzliche investive Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ⁴	–5,0	1,2
Energiepreispauschale (netto)	–8,8	8,8
Familienzuschuss	–1,8	1,8
Einmalzahlungen an Transferempfänger	–1,8	1,8
Temporäre Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	–2,5	2,5
Anhebung Kinderzuschlag	–0,2	–0,2
Zusätzliche EKF-Ausgaben	–2,5	–6,0
Strukturstärkungsgesetz: Kohleregionen	–0,5	–1,3
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,2	0,0
zusätzliche Verteidigungsausgaben	–4,0	–9,0
Aufstockung Gasreserve	–1,5	1,5
Abschaffung EEG-Umlage	0,0	–3,3
Mehrpersonal innere Sicherheit	–0,5	–0,1
Kostenrechtsänderungsgesetz	0,0	–0,2
Teilhabechancengesetz	0,2	0,0
Beschaffung von Schutzausrüstung, Corona-Tests und Impfstoffen	6,0	7,0
Corona-Subventionen an Gesundheitssektor	3,0	4,0
Corona-Boni (Pflegeboni, Kinderboni, ALG-II-Zuschuss)	2,1	1,0
Corona-Hilfen	40,0	11,0
Bereitschaftsentgelt bei Impfstoffverträgen	–0,4	0,0
Erhöhung Eigenkapital Deutsche Bahn und Senkung Trassenpreise im Personenfernverkehr	4,1	0,0
Aufbauhilfe 2021 (Bund und Länder)	–2,0	–0,5
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,2	0,0
Grundrente, Erwerbsminderungsrente und Anpassung der Renten-Ost	–2,3	0,4
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–1,3	–0,8
Leistungsausweitung Kurzarbeit	7,1	2,1
Wiedereinführung des Nachholfaktors in der gesetzlichen Rentenversicherung	1,2	0,0
Insgesamt	9,8	14,1
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	0,3	0,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ² Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. – ³ Abzugssteuerentlastungsmodernisierungsgesetz, ATAD-Umsetzungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, Gesundheitsversorgungsentwicklungsgesetz, Amtshilferichtlinienumsetzungsgesetz, Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, BMF-Schreiben zur Steuerbefreiung von Arbeitgeberbeiträgen, Siebtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, Fondsstandortgesetz, Änderungen am Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Familienentlastungsgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, Teilabschaffung Solidaritätszuschlag. – ⁴ Digitalpakt, Gute-Kita-Gesetz, Ausbau Ganztagschulen, Breitbandausbau, Investitionspaket vom März 2020.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Die Entwicklung im Einzelnen

Produktion: Krieg in der Ukraine dämpft Erholung

Nachdem die Wertschöpfung im dritten Quartal 2021 mit 2,2% kräftig gestiegen war, bremste die Pandemie die Erholung im vierten Quartal abermals aus (vgl. Tabelle 2.8). Dies machte sich wie in früheren Pandemiewellen vor allem bei den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen bemerkbar. Im Verarbeitenden Gewerbe setzte dagegen im vierten Quartal eine Erholung ein, nachdem zunehmende Lieferengpässe zu Rückgängen der Produktion in den ersten drei Quartalen 2021 geführt hatten. Insgesamt gab die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal um 0,9% nach. Zum Jahresauftakt dürfte die Pandemie letztmalig noch belastend gewirkt haben, sodass von dieser Seite im weiteren Jahresverlauf eine Erholung angelegt ist. Nun führt jedoch der Krieg in der Ukraine – gemeinsam mit den bereits zuvor kräftig gestiegenen Preisen – zu spürbaren Gegenwind. So verringern die höheren Rohstoffnotierungen über höhere Verbraucherpreise die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen und dämpfen damit die Aktivität in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen; zudem belasten sie die Produktionsbedingungen im Verarbeitenden Gewerbe. Seit Oktober 2021 hatte im Verarbeitenden Gewerbe eine Erholung eingesetzt, da die weltweiten Lieferengpässe, etwa bei Halbleitern oder aufgrund von fehlenden Transportkapazitäten, offenbar etwas nachgelassen hatten. Bis zum Februar 2022 stieg die Industrieproduktion fünf Monate in Folge. Für den März zeichnet sich jedoch ein

deutlicher Rücksetzer ab, der vor allem auf den Krieg in der Ukraine zurückzuführen ist. So wurde die Produktion in vielen Automobilwerken aufgrund ausbleibender Lieferungen von Kabelbäumen aus der Ukraine ausgesetzt. Auch in anderen Bereichen drohen zusätzliche Lieferengpässe die Produktion in den kommenden Monaten zu dämpfen, da sich die Verfügbarkeit von Vorleistungen durch den Krieg verringert, Transportrouten nicht mehr verfügbar sind oder Arbeitskräfte aus der Ukraine fehlen. Zudem dürften auch erneute Lockdowns in China, die mit Produktionsstilllegungen in der dortigen Industrie einhergehen dürften, zu Knappheiten beitragen. Für diese Prognose nehmen die Institute an, dass erneute Engpässe die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal merklich beeinträchtigen und danach allmählich wieder nachlassen. Dafür spricht auch, dass die bis Februar stark aufwärtsgerichteten Erwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im März eingebrochen sind.

Eine weitere Belastung stellen die in Folge des Krieges in der Ukraine gestiegenen Preise für Erdgas, Erdöl und Steinkohle dar, die bereits zuvor stark angezogen hatten, was insbesondere Hersteller von chemischen Erzeugnissen, das Metallgewerbe und die Textilindustrie trifft. Zudem verteuerten sich Aluminium, Nickel, Palladium und Platin, die zu großen Teilen aus Russland importiert werden. Derzeit dürfte allerdings eine Preisüberwälzung angesichts der guten Auftragslage gut durchsetzbar sein. Zudem werden viele Abnehmer angesichts der langen Lieferzeiten bereit sein, bereits vereinbarte Verträge anzupassen.

Tabelle 2.8

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

In %

	2021				2022				2023				2021	2022	2023
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
	Veränderung gegenüber dem Vorquartal ¹												Veränderung gg. dem Vorjahr ²		
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,1	0,7	1,6	0,9	0,7	0,7	0,5	0,4	2,9	2,7	3,1
darunter:															
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,9	1,6	2,2	-0,9	0,1	0,7	1,6	0,9	0,7	0,7	0,5	0,4	2,9	2,4	3,1
darunter:															
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,1	-0,6	-1,6	1,8	1,1	-1,4	2,3	1,8	1,6	1,4	0,7	0,5	4,1	1,9	5,1
darunter:															
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-0,9	-1,7	1,9	0,8	-1,8	2,5	2,0	1,8	1,5	0,8	0,5	4,7	1,4	5,4
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	-2,7	1,1	-0,7	1,2	3,0	0,5	1,5	1,0	0,8	0,6	0,5	0,5	0,6	5,2	3,2
Baugewerbe	-4,6	2,3	-3,0	1,6	2,5	0,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	-0,5	3,2	1,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,2	5,9	-1,6	-1,2	2,3	2,0	0,8	0,5	0,5	0,4	0,3	3,0	3,8	3,1
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,6	1,9	0,1	0,9	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	3,4	3,5	2,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,0	0,4	-0,2	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,3	1,0	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,3	0,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,9	0,7	0,8
Unternehmensdienstleister	0,6	3,5	4,2	-0,9	0,0	0,5	1,5	1,0	0,8	0,5	0,5	0,5	5,6	3,5	3,1
Öffentliche Dienstleister	-0,2	4,1	3,3	-3,9	0,0	1,8	1,3	0,7	0,5	0,5	0,4	0,4	3,2	1,7	2,6
Sonstige Dienstleister	2,9	-0,1	13,9	-10,0	-2,5	6,0	6,0	1,0	0,8	0,8	0,5	0,5	0,9	3,5	6,8

¹ Verkettete Absolutwerte, Quartalswerte saison- und kalenderbereinigt.² Ursprungswerte; Jahresdurchschnitte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

Trotz der jüngsten Erholung lag die Industrieproduktion im Februar wohl noch immer deutlich unterhalb des Niveaus, das angesichts des historischen Zusammenhangs mit den Auftragseingängen zu erwarten gewesen wäre.³ Die infolge der Lieferengpässe von Rohstoffen und Vorprodukten nicht abgearbeiteten Aufträge haben sich in erheblichem Maße aufgestaut. Die Auftragsreichweite – also der Zeitraum, den es braucht, um den Auftragsbestand ohne Neuaufträge abzuarbeiten – hat sich im Vergleich zum Jahr 2020 um zwei Monate erhöht. Auch ein vorübergehender Rückgang der Auftragseingänge bzw. Stornierungen bereits erteilter Aufträge infolge höherer Unsicherheit oder der kräftigen Preisanstiege dürfte dadurch weitgehend aufgefangen werden. Freilich wird die Produktion in einzelnen Unternehmen, die diesen Belastungen gegenüber besonders exponiert sind, beeinträchtigt werden.

Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal nur um 0,8% zugelegt haben, weil die Produktion im März eingebrochen sein dürfte. Für das zweite Quartal ist mit einem deutlichen Rücksetzer zu rechnen, da die Belastungen durch den Krieg in der Ukraine einer Erholung zunächst entgegenstehen. Die Institute nehmen an, dass die Lieferengpässe ab der zweiten Jahreshälfte allmählich nachlassen und bis zum Frühjahr des kommenden Jahres weitgehend überwunden sind. Angesichts der guten Auftragslage werden die Unternehmen dann bis zum Ende des Prognosezeitraums mit sehr hoher Auslastung produzieren. Der laut Unternehmensbefragungen starke Fachkräftemangel spricht dafür, dass sich die Kapazitäten kurzfristig nicht spürbar ausweiten lassen. Das Produktionsniveau dürfte sich in etwa wieder dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2017 annähern, als die Kapazitätsauslastung zuletzt ausgesprochen hoch war.

Die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen wurde bis zuletzt durch das Pandemiegeschehen geprägt. Trotz der derzeit hohen Inzidenzen sind die Maßnahmen zum Infektionsschutz bereits im ersten Quartal teilweise gelockert und Anfang April bundesweit weitestgehend aufgehoben worden. Auch wenn seit Januar eine verhaltene Erholung eingesetzt hat, die sich in einer zunehmenden Mobilität und steigenden Restaurantreservierungen widerspiegelte, dürfte die Aktivität in den konsumnahen Dienstleistungen im ersten Quartal etwas hinter dem Niveau des Vorquartals zurückbleiben. Dafür sprechen nicht zuletzt die Einzelhandelsumsätze, die im Januar und Februar noch unterhalb des Niveaus vom vierten Quartal lagen. Jüngsten Umfragen zufolge belasten die starken Preissteigerungen und die mit dem Krieg in der Ukraine verbundene Unsicherheit die Ausgabebereitschaft der Konsumenten.

Die Unternehmensdienstleister leiden unter der schwachen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, während das Grundstücks- und Wohnungswesen wie auch in der Vergangenheit nur unwesentlich durch das Infektionsgeschehen

eingeschränkt worden sein dürfte. Die öffentlichen Dienstleister stagnierten wohl, da aufgrund der Infektionslage vermehrt medizinische Behandlungen erneut unterblieben sein dürften und die Kapazitäten der Kitaeinrichtungen ähnlich ausgelastet waren wie im Vorquartal.

Ab dem zweiten Quartal wirken zwei entgegengesetzte Effekte auf die Aktivität in den Dienstleistungsbranchen. Zum einen werden die hohen Preise das verfügbare Einkommen belasten und damit dämpfend wirken. Zum anderen werden die wirtschaftlichen Belastungen seitens der Pandemie nachlassen. Im Ergebnis dürfte sich aber die Erholung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen fortsetzen. Die übrigen Dienstleistungsbranchen dürften sich rasch wieder ihrem Wachstumspfad annähern, auch wenn die unternehmensnahen Dienstleistungen zunächst noch durch die gedämpfte Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe belastet werden.

Pandemiebedingte Arbeitsausfälle dürften im Winterhalbjahr aufgrund des deutlich höheren Infektionsgeschehens zu einem Belastungsfaktor geworden sein. Die Wertschöpfung dürfte relativ zum Arbeitsvolumen nur unterproportional sinken, da die Arbeitsausfälle zum Teil betriebsintern aufgefangen werden können oder die entfallene Wertschöpfung nachgeholt wird.⁴ Zudem dürften Arbeitsausfälle in Branchen, die derzeit aus anderen Gründen produktionsgehemmt sind, wie beispielsweise das Verarbeitende Gewerbe, weniger stark ins Gewicht fallen. Insgesamt dürften pandemiebedingte Arbeitsausfälle die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal etwas beeinträchtigt haben.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal um 0,1% zugenommen haben und danach recht kräftig anziehen. Im Gesamtjahr wird sie voraussichtlich um 2,4% zulegen. Für das Jahr 2023 rechnen die Institute mit einem Anstieg von 3,1%.

Neue Belastungen für den Außenhandel

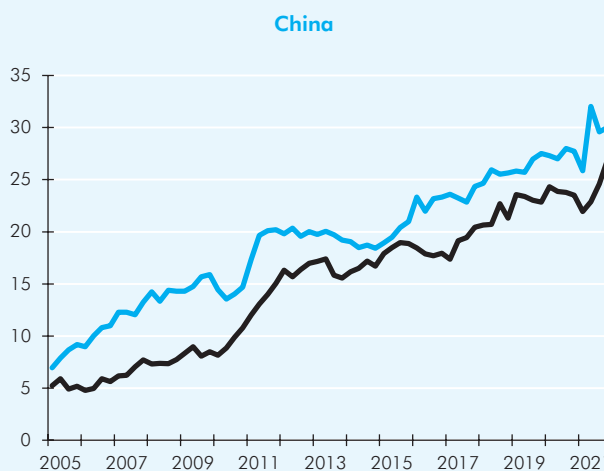
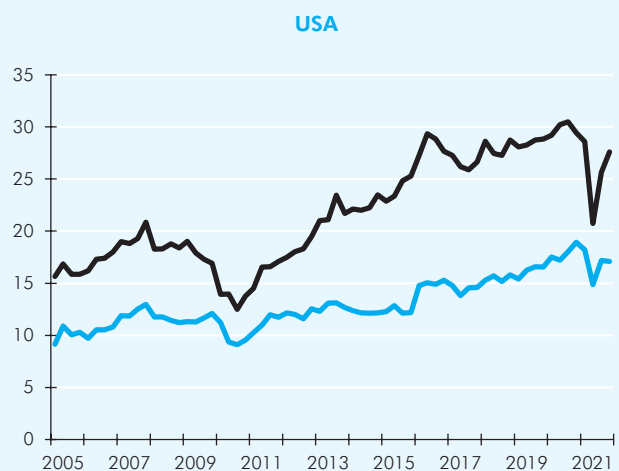
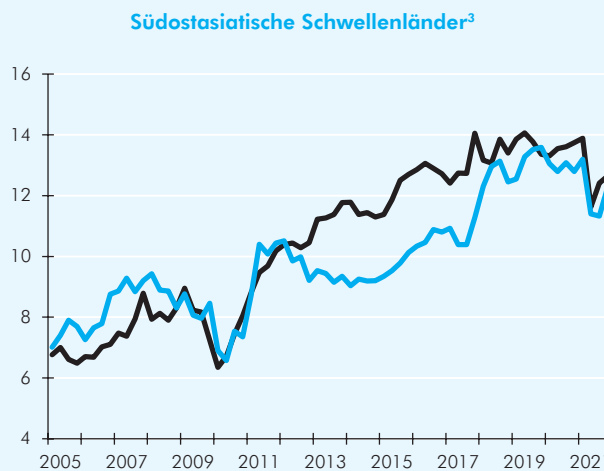
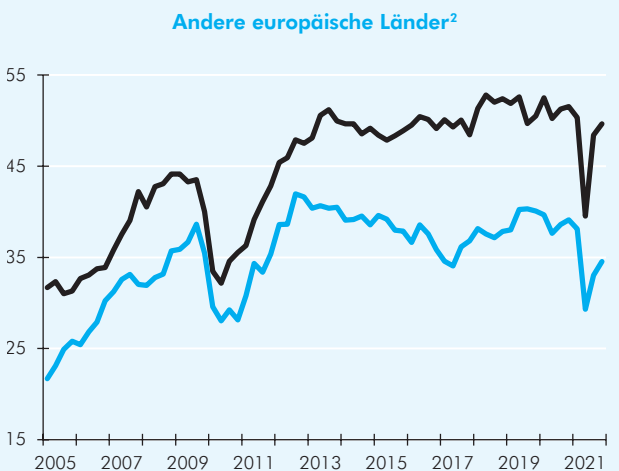
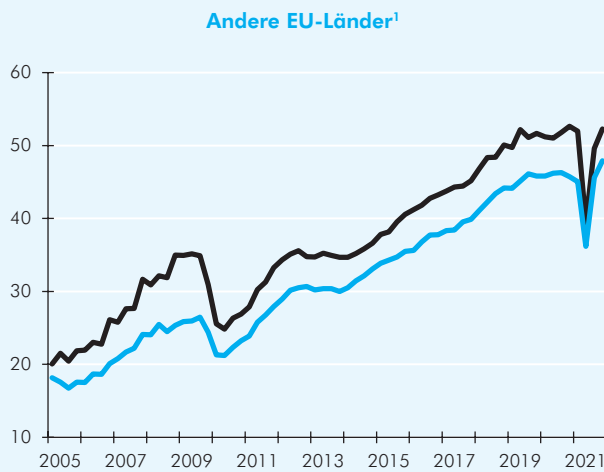
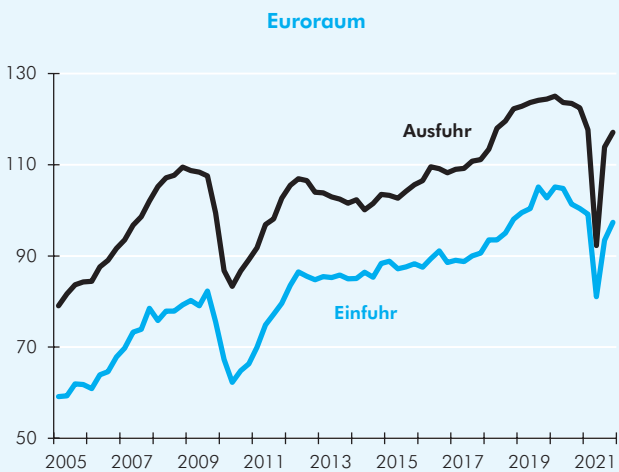
Der Warenhandel expandierte im Schlussquartal 2021 äußerst kräftig. Die Lieferengpässe bei Vorleistungsgütern, welche im dritten Quartal den Erholungskurs des Außenhandels unterbrochen hatten, haben sich offensichtlich nicht weiter verschärft. Dabei nahm der Austausch von Investitionsgütern wie auch Konsumgütern mit einer Vielzahl von Ländern kräftig zu (vgl. Abbildung 2.3). Allerdings verlor unter den wichtigen Handelspartnern Großbritannien weiter an Bedeutung. Insgesamt hat der Warenhandel im vergangenen Jahr das Niveau aus dem Vorkrisenjahr 2019 bereits überschritten. Der Handel mit Dienstleistungen belebte sich auch aufgrund einer kräftigen Erholung des internationalen Reiseverkehrs in der zweiten Jahreshälfte spürbar, blieb aber insbesondere bei den Importen bis zuletzt deutlich unter seinem Vorkrisenstand.

³ Vgl. Beckmann, J.; Gern, K.-J.; Jannsen, N.: Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 101 (11), 915–916, Hamburg 2021.

⁴ Jannsen, N.: Pandemiebedingte Arbeitsausfälle und Wirtschaftsleistung, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 102 (3), 239–240, Hamburg 2022.

Abbildung 2.3

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



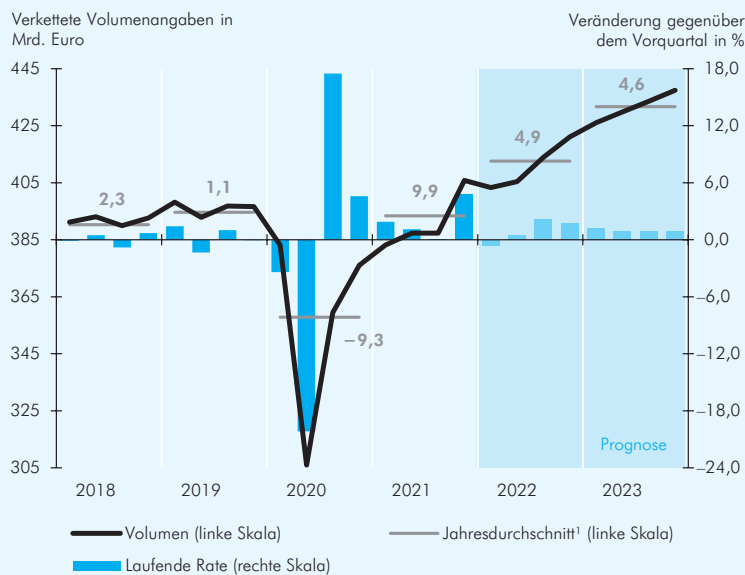
¹ Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Schweden, Großbritannien, Kroatien.
² Alle europäischen Länder außerhalb der EU.
³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan, Thailand.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abbildung 2.4

Reale Exporte

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Durch den Krieg in der Ukraine entstehen neue Belastungen für den Außenhandel. Auch wenn der Handel mit Russland seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und den darauffolgenden Sanktionen bei fast allen Gütern deutlich abnahm, ist Deutschland vor allem im Energiesektor weiterhin auf Russland angewiesen. Auf der Exportseite beträgt der russische Anteil seit dem Jahr 2015 rund 2%, wobei vor allem Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische und pharmazeutische Erzeugnisse geliefert werden. Auf der Importseite betrug der russische Anteil im Jahr 2021 2,8%. Drei Viertel davon waren Energiegüter; damit kamen rund 25% der gesamten deutschen Energieimporte dorthin. Der Anteil der Ukraine am deutschen Außenhandel beträgt auf der Export- und der Importseite jeweils weniger als 0,5%. Die direkten Effekte des Kriegs durch wegfallende Absatzmöglichkeiten dürften angesichts der geringen Handelsvolumina überschaubar sein. Falls, wie hier unterstellt, die Energieimporte fortgesetzt werden, werden die Exporte stärker belastet als die Importe. Allerdings kommt es kurzfristig zu neuen Lieferengpässen bei einigen kritischen Vorleistungsgütern.

Die Exporte dürften im ersten Quartal um 0,6% zurückgegangen sein. So deuten die Zahlen zum Spezialhandel auf einen verhaltenen Jahresstart hin. Zudem dämpft nun der Krieg in der Ukraine. Gleichzeitig werden die Dienstleistungsexporte aufgrund der Rücknahme von Pandemiebeschränkungen im Frühjahr wohl deutlich zunehmen, sodass sich ein Anstieg der Gesamtexporte von 0,5% im zweiten Quartal ergibt. Für das zweite Halbjahr gehen die Institute von einer deutlich verstärkten Dynamik bei den Ausfuhrungen aus, da bei nachlassenden Lieferengpässen die vollen Auftragsbücher der deutschen Industrie vermehrt abgearbeitet werden können. In Summe dürften die Exporte um 4,9% im Jahr 2022 und um 4,6% im Jahr 2023 zunehmen (vgl. Abbildung 2.4).

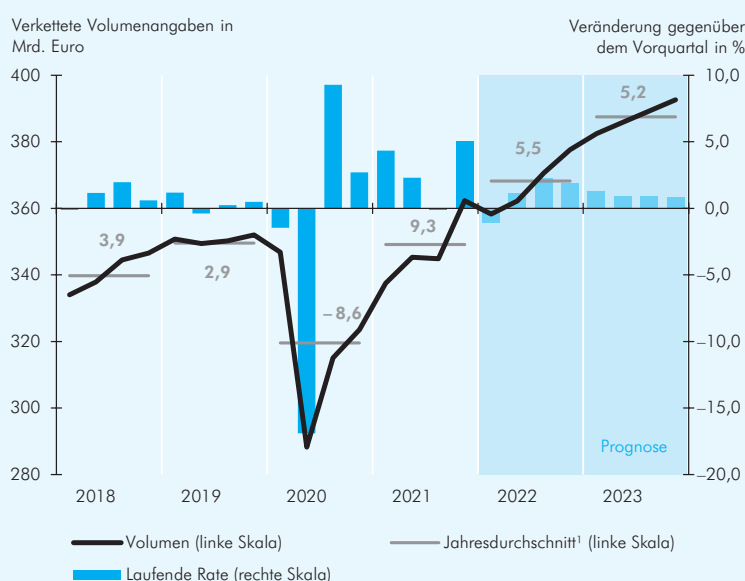
Die Importe dürften im Auftaktquartal um 1,1% gesunken sein. Darauf deuten die Daten der Außenhandelsstatistik für die Monate Januar und Februar hin. Im Frühjahr wird der Wegfall der Infektionsschutzmaßnahmen auch die Dienstleistungseinfuhren merklich beleben, und die Importe dürften im zweiten Quartal um 1,1% zulegen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Einfuhren davon profitieren, dass die Lieferengpässe allmählich überwunden und die Ausrüstungsinvestitionen deutlich ausgeweitet werden. Insgesamt dürften die Importe in diesem Jahr um 5,5% und im kommenden Jahr um 5,2% expandieren (vgl. Abbildung 2.5).

Der Krieg in der Ukraine verstärkt den ohnehin hohen Preisauftrieb im Außenhandel. Die Importpreise hatten sich bereits zuvor im Zuge der Erholung von der Coronapandemie vor allem über steigende Preise für Rohstoffe und Vorleistungsgüter deutlich erhöht. Auch die Exporte verteuerten sich merklich, wenn auch weniger stark als die Importe. In der zweiten Jahreshälfte 2021 nahm die Preisdynamik weiter zu, und die Terms of Trade verschlechterten sich erneut stark. Im ersten Quartal 2022 hat sich diese Entwicklung ausweislich der monatlichen Preisindizes im

Abbildung 2.5

Reale Importe

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Außenhandel fortgesetzt, sodass sich die Terms of Trade abermals deutlich verschlechtert haben. Auch im zweiten Quartal ist unter den getroffenen Rohstoffpreisannahmen mit einer Verschlechterung zu rechnen. Im weiteren Prognosezeitraum wird der Preisdruck allmählich abnehmen, wenn, wie hier unterstellt, die Rohstoffpreise nicht noch weiter steigen (vgl. Tabelle 2.9). Da die Unternehmen die höheren Kosten erst nach und nach weitergeben dürften, werden die Exportpreise dann stärker zulegen als die Importpreise. Insgesamt rechnen die Institute mit einer Verschlechterung der Terms of Trade um 4,2% im laufenden Jahr (vgl. Tabelle 2.10). Im kommenden Jahr ergibt sich eine Verbesserung um 1,3%. Der Leistungsbilanzsaldo sinkt hauptsächlich aufgrund der deutlich verschlechterten Terms of Trade im Jahr 2022 auf 5,6%. Im Jahr 2023 steigt er auf 6,1%.

Starker Anstieg der öffentlichen Ausrüstungs-investitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen gingen im zweiten Halbjahr 2021 deutlich zurück. Trotz eines moderaten Anstiegs im vierten Quartal, für den die öffentlichen Investitionen maßgeblich waren, sank ihr Volumen gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres um über 3%. Ursächlich hierfür waren vor allem Lieferengpässe, denen die Hersteller von Investitionsgütern in besonderem Maße ausgesetzt waren. So fehlten den Kfz-Herstellern und Maschinenbauern vor allem Stahl und Elektronikkomponenten wie Halbleiter.

Auch im laufenden Jahr dürften Lieferengpässe die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen merklich erschweren. Die gestressten globalen Lieferketten stellen

Tabelle 2.9

Annahmen der Prognose Jahresdurchschnitte

	2021	2022	2023
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	70,8	106,8	92,8
Welthandel ¹	10,3	3,3	3,1
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,18	1,10	1,10
Hauptrefinanzierungssatz der EZB (Jahresende)	0,00	0,25	1,00

¹ Preisbereinigt, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quellen: Eurostat; Europäische Zentralbank; CPB; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

weiterhin ein gravierendes Problem dar: In der ifo-Umfrage berichteten zu Beginn des Jahres 85% der Investitionsgüterhersteller über fehlende Vor- und Zwischenprodukte. Zwar zogen sowie die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller im Januar deutlich an. Allerdings haben sich seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine die Knappheiten wieder verschärft. So mussten beispielsweise einige Automobilhersteller wegen fehlender Vorprodukte aus der Ukraine (Kabelbäume) ihre Produktion unterbrechen. Insgesamt ist daher trotz der positiven Indikatoren zu Jahresbeginn nur mit einer moderaten Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal zu rechnen.

Die kriegsbedingten Lieferengpässe dürften die Investitionstätigkeit auch im zweiten Quartal belasten und zu einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen führen. Darauf

Tabelle 2.10

Indikatoren zur Außenwirtschaft¹

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Exporte, real	-9,3	9,9	4,9	4,6
Waren	-8,1	10,1	3,2	4,2
Dienstleistungen	-14,2	9,2	11,8	6,3
Importe, real	-8,6	9,3	5,5	5,2
Waren	-4,7	8,6	2,0	4,6
Dienstleistungen	-21,2	11,6	18,7	7,7
Terms of Trade	2,1	-2,3	-4,2	1,3
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²	0,3	0,6	-1,1	-0,3
	in Mrd. Euro			
Außenbeitrag, nominal	192,8	197,5	141,2	166,6
Leistungsbilanzsaldo ³	238,7	265,3	214,2	245,8

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Gegenüber 37 Handelspartnern, auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Anstieg bedeutet eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

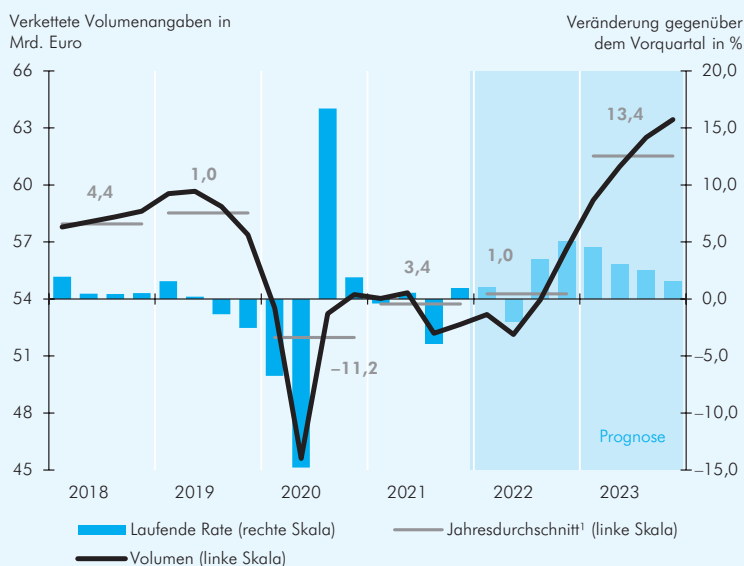
³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnung der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Abbildung 2.6

Reale Investitionen in Ausrüstungen Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

deuten die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller hin, die sich am aktuellen Rand massiv verschlechtert haben. Ab der zweiten Jahreshälfte ist angesichts der guten Auftragslage und einer wieder anziehenden Konjunktur von einer deutlichen Expansion der Ausrüstungsinvestitionen auszugehen. Dabei dürften insbesondere die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen, die in den Vorjahren knapp ein Zehntel der gesamten Ausrüstungsinvestitionen ausmachten, aufgrund der zusätzlichen Ausgaben für die Bundeswehr in hohem Tempo ausgeweitet werden; die Institute rechnen bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen mit Zuwachsraten von rund 8% im laufenden Jahr und rund 22% im

Tabelle 2.11

Reale Bauinvestitionen

	2021	2020	2021	2022	2023
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Wohnungsbau	62,2	3,4	1,3	2,0	2,2
Nichtwohnungsbau	37,8	1,1	-0,3	0,7	1,8
Gewerblicher Bau	26,2	-0,7	1,2	0,1	1,3
Öffentlicher Bau	11,6	4,9	-3,5	1,8	2,9
Bauinvestitionen	100,0	2,5	0,6	1,5	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Jahr 2023. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen dürften dagegen im Jahresdurchschnitt 2022 in etwa stagnieren, bevor sie im kommenden Jahr ebenfalls stark ausgeweitet werden (+12%). Ihr Vorkrisenniveau werden sie damit voraussichtlich Anfang 2023 überschreiten.

Alles in allem erwarten die Institute für das laufende Jahr einen Anstieg der gesamten Ausrüstungsinvestitionen um lediglich 1,0%. Im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate mit 13,4% dann sehr kräftig ausfallen (vgl. Abbildung 2.6).

Die Investitionen in Sonstige Anlagen, zu denen vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken zählen, dürften im Prognosezeitraum mit stabilen Raten expandieren. Die Institute rechnen mit einem Zuwachs von 4,3% in diesem und 4,0% im kommenden Jahr.

Materialengpässe dämpfen Baukonjunktur

Die Baukonjunktur war im zweiten Halbjahr 2021 von Materialengpässen geprägt. Diese führten zu stärkeren und länger andauernden Beeinträchtigungen der Bauinvestitionen, als sich noch im Herbst abgezeichnet hatte. Trotz voller Auftragsbücher brachen die Bauinvestitionen im dritten Quartal über alle Sparten hinweg ein (-3,7%) und stagnierten zum Jahresende lediglich. Zwar stiegen die nominalen Umsätze im vierten Quartal deutlich, allerdings sorgten stark steigende Preise dafür, dass die realen Bauinvestitionen nicht ausgeweitet wurden. Im Jahr 2021 betrug der Preisanstieg für Bauinvestitionen insgesamt über 8%.

Zu Jahresbeginn 2022 hat sich zunächst eine spürbare Erholung angedeutet. Das milde Wetter begünstigte die Bauproduktion, die im Januar um gut 10% gegenüber dem Vormonat zunahm. Außerdem signalisierten die Bauunternehmen allmählich nachlassende Materialengpässe. Somit dürfte der Auftragsüberhang im Januar und Februar zum Teil abgearbeitet worden sein. Die einsetzende Entspannung bei den Lieferengpässen wurde dann jedoch durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs unterbrochen. Viele Bauunternehmen klagten erneut über Engpässe und starke Preissteigerungen bei Baumaterialien, insbesondere Stahl und Bitumen, welche die Bauproduktion behindern und teilweise Baustopps nach sich ziehen. Verteuerter Dieselmotorkraftstoff sorgt darüber hinaus für höhere Transportkosten.⁵ Die unsichere Preisentwicklung dürfte die Planung von Bauprojekten erschweren und die Dynamik im Prognosezeitraum bremsen. Dies zeichnet sich bereits in einem Rückgang der Lageeinschätzung durch die vom ifo Institut befragten Bauunternehmen ab.

Der Wohnungsbau ist in der ersten Jahreshälfte voraussichtlich noch am wenigsten vom Krieg in der Ukraine betroffen. So dürften die Materialengpässe im Ausbaugewerbe, das für den Wohnungsbau eine gewichtige Rolle spielt, etwas

⁵ Vgl. Hauptverband der Deutschen Bauindustrie: BAUINDUSTRIE-Umfrage zu den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Bautätigkeit in Deutschland, <https://www.bauindustrie.de/zahlen-fakten/auf-den-punkt-gebracht/auswirkungen-des-krieges-in-der-ukraine-auf-die-bautaetigkeit-in-deutschland>, Abruf am 05.04.2022.

weniger zu Buche schlagen als im Hoch- und Tiefbau. Die Produktion im Ausbaugewerbe legte im Januar am stärksten unter allen Baubereichen zu (+14% gegenüber dem Vormonat). Hinzu kommt, dass es mit der Aussicht auf zukünftig etwas schlechtere Finanzierungsbedingungen einen triftigen Grund gibt, Wohnungsbauprojekte rasch zu verwirklichen. Diese Dynamik spiegelt sich auch in den Auftragseingängen wider, die im Januar um 9% zunahmen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Nachfrage nach Wohnraum hoch bleiben. Insgesamt rechnen die Institute mit einem Anstieg der Wohnungsbauminvestitionen von 2,0% im laufenden Jahr und 2,2% im kommenden Jahr (vgl. Tabelle 2.11).

Die Produktion im Nichtwohnungsbau verlief zu Beginn dieses Jahres etwas verhaltener. Darüber hinaus ist hier von größeren Belastungen durch die anhaltenden Störungen der Lieferketten auszugehen. So dürfte der Mangel an Stahl und Bitumen den Tiefbau besonders stark beeinträchtigen. Daher rechnen die Institute für das zweite Quartal mit einem leichten Rückgang der Nichtwohnungsbauinvestitionen, der jedoch im weiteren Jahresverlauf aufgeholt werden dürfte. Vor allem der öffentliche Bau dürfte ab der zweiten Jahreshälfte wieder Dynamik entfalten, was auf die bereits im Jahr 2020 angelegten Investitionen aus dem damaligen Konjunktur- und Zukunftspaket, die unter anderem den Ausbau von Kindertagesstätten und Breitbandversorgung vorsehen, und auf zusätzliche Investitionen für den Klimaschutz zurückgehen dürfte. Stützend wirkt zudem die insgesamt gute Finanzlage der Kommunen, die durch die Corona-Krise kaum geschwächt wurde. Für das kommende Jahr ist daher mit kräftigen Impulsen zu rechnen. Bedingt durch das starke Schlussquartal 2021 ergibt sich für dieses Jahr eine Expansion der öffentlichen Nichtwohnungsbauinvestitionen um 1,8%. Für das kommende Jahr erwarten die Institute eine Ausweitung um 2,9%. Für den Nichtwohnungsbau insgesamt bedeutet das Zuwächse von 0,6% bzw. 1,8%.

Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der gesamten Bauinvestitionen um 1,5% in diesem und 2,0% im kommenden Jahr (vgl. Abbildung 2.7). Die Baupreise dürften im Jahr 2022 außerordentlich stark zulegen. Mit einer Steigerung um über 10% erwarten die Institute die höchste Veränderung des Deflators der Bauinvestitionen seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2023 werden die Baupreise wegen wohl wieder etwas niedrigerer Rohstoffpreise deutlich weniger steigen. Mit 3,6% liegt der prognostizierte Preisanstieg aber weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt.

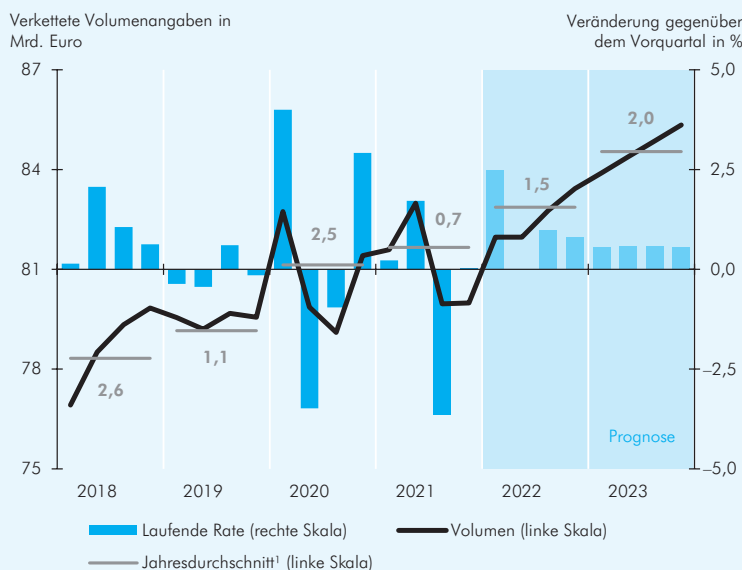
Erholung des privaten Konsums verschiebt sich ins Sommerhalbjahr

Gegen Ende des Jahres 2021 bremsten das wieder zunehmende Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden behördlichen Restriktionen und freiwilligen Verhaltensanpassungen die Erholung des privaten Konsums aus. Hatte der Konsum im dritten Quartal noch um 6% zugelegt, ging er

Abbildung 2.7

Reale Bauinvestitionen

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

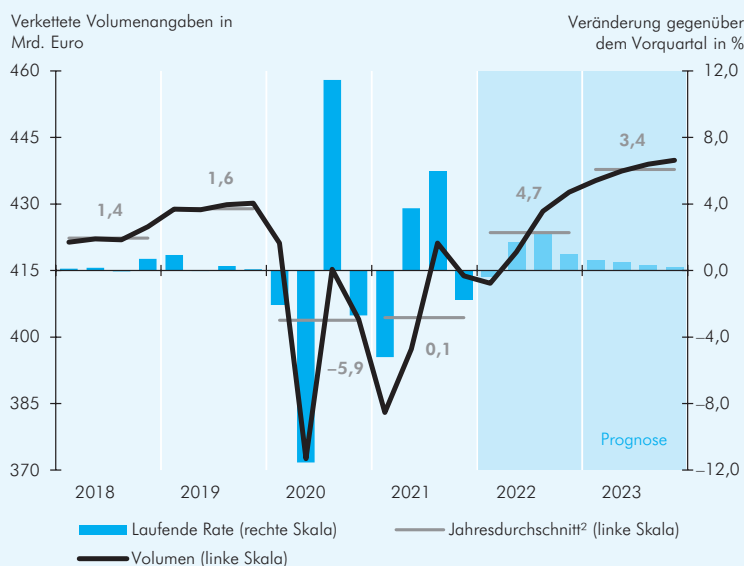
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

im Schlussquartal des vergangenen Jahres um 1,8% zurück (vgl. Abbildung 2.8). Dieser Rückgang fiel jedoch deutlich geringer aus als in früheren Pandemiewellen, da die dämpfenden Effekte der vorgeschriebenen und freiwilligen Einschränkungen offenbar von Welle zu Welle nachlassen. Für den Prognosezeitraum dürfte nicht nur der Fortgang der Pandemie, sondern auch die hohe Inflation eine wichtige Rolle spielen.

Maßgeblich für die Entwicklung der privaten Konsumausgaben im zweiten Halbjahr 2021 war das Infektionsgeschehen. So legten im dritten Quartal wegen der geringen Zahl an Neuinfektionen insbesondere die privaten Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur deutlich zu. Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren waren dagegen rückläufig, wohl auch wegen der stärkeren Inanspruchnahme von Gastronomieleistungen. Mit dem Anstieg der Infektionszahlen im Winter kehrte sich dieses Muster wie in früheren Pandemiewellen um. Dementsprechend musste auch der Einzelhandel wieder Einbußen hinnehmen, wobei zwischen den einzelnen Sparten deutliche Unterschiede in der Umsatzdynamik zu beobachten waren. So standen geringeren Umsätzen im Lebensmitteleinzelhandel steigende Umsätze mit sonstigen Waren gegenüber. Im dritten Quartal nahmen die Umsätze im Online-Handel deutlich ab, im vierten Quartal verzeichneten sie wieder eine leichte Zunahme.

Abbildung 2.8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Zu Beginn des Jahres wurden einige Infektionsschutzmaßnahmen in den meisten Bundesländern deutlich gelockert. Insbesondere erfolgten Erleichterungen für den Einzelhandel, die Gastronomie, Diskotheken und Clubs. Die zulässige Kapazitätsauslastung für Großveranstaltungen wurde deutlich angehoben. In der Folge konnte das Gastgewerbe seinen Umsatz zu Jahresbeginn wieder steigern. Beherbergungsunternehmen verbuchten im Januar eine Umsatzzunahme von 5,4% gegenüber dem Vormonat, in der Gastronomie stieg der Umsatz um 11,6%. Insgesamt lagen die Umsätze aber jeweils noch deutlich unterhalb des Niveaus im Vorquartal. In anderen kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen dürfte eine ähnliche Entwicklung eingesetzt haben. Frühindikatoren für die privaten Konsumausgaben, etwa Mobilitätsdaten, deuten darauf hin, dass sich die Erholung dort bis zuletzt fortgesetzt hat. Der Einzelhandelsumsatz verharrte im Januar auf seinem Dezember-Niveau und ist nach dem leichten Anstieg um 0,3% im Februar noch deutlich niedriger als im vierten Quartal. Vor diesem Hintergrund rechnen die Institute für das erste Quartal mit einem leichten Rückgang der privaten Konsumausgaben von 0,4%, zumal die bereits seit Ende des vergangenen Jahres ausgesprochen hohen Verbraucherpreisanstiege dämpfend wirken. Mit dem Abflauen des Infektionsgeschehens bis zum Sommer dürfte der private Konsum aber wieder auf seinen Erholungspfad zurückkommen. Davon sollten vor allem die kontaktintensiven Dienstleister profitieren, welche mit die größten Umsatzaufschläge während der Pandemie zu verzeichnen hatten.

Die Erholung von der Pandemie wird durch die hohe Inflation gebremst. Nicht zuletzt der kräftige Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise mindert die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen und hemmt somit die Nachfrage. Insgesamt dürften die real verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum nur moderat zulegen. Zwar steigen die nominalen Einkommen mit 5,0% (2022) und 5,5% (2023) recht kräftig. Dazu trägt vor allem die Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter um 5,4% im laufenden und 5,2% im kommenden Jahr bei. Auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dürften angesichts der wirtschaftlichen Erholung deutlich zulegen. Die monetären Sozialleistungen werden voraussichtlich mit 3,0% im laufenden Jahr etwas stärker ausgeweitet werden als im Vorjahr und im kommenden Jahr um 2,3% steigen. Insbesondere im laufenden Jahr werden die kräftigen Preisanstiege – die Institute rechnen mit einem Anstieg des Deflators der privaten Konsumausgaben um 5,6% – die Kaufkraft merklich belasten und sogar zu einem leichten Rückgang der real verfügbaren Einkommen führen. Im kommenden Jahr dürften diese um knapp 3% zulegen.

Die Erholung der privaten Konsumausgaben geht mit einer Normalisierung der Sparquote und einen Rückgriff der privaten Haushalte auf ihre zwischenzeitlich zusätzlich angehäufte Ersparnis einher. Zu Beginn der Pandemie war die Sparquote der privaten Haushalte sprunghaft gestiegen, und seitdem verweilt sie bis zuletzt auf einem recht hohen Niveau. Damit haben die Haushalte in den vergangenen zwei Jahren eine hohe Überschussersparnis von rund 200 Mrd. Euro aufgebaut, denn während die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt waren, wurden die Einkommen durch umfangreiche staatliche Transfers stabilisiert. Mit dem Abflauen des Infektionsgeschehens dürfte eine Normalisierung des Konsum- und Sparverhaltens einhergehen. Allerdings wird ein Teil der Mehrausgaben dafür verwendet werden müssen. Für die Prognose nehmen die Institute an, dass die Sparquote im laufenden Jahr um 4,7 Prozentpunkte auf 10,3% zurückgeht, was dem Vorkrisenniveau entspricht. Für das folgende Jahr wird mit einem weiteren Rückgang der Sparquote auf 9,7% gerechnet, womit etwa 15% der in den Pandemie Jahren zusätzlich aufgebauten Ersparnisse wieder in den Konsum zurückfließen würden.

Alles in allem dürften sich die privaten Konsumausgaben nach dem Rückgang im ersten Quartal vor allem im Sommerhalbjahr kräftig erholen. Für das laufende Jahr rechnen die Institute mit einer Zunahme um 4,7%. Im Jahr 2023 dürften sie um 3,4% steigen.

Staatskonsum nach Corona-Boom mit langsamerer Gangart

Umfangreiche Ausgaben zur Abfederung der ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben in den Jahren 2020 und 2021 der Staatskonsum deutlich erhöht. Der sukzessive Wegfall dieser Ausgaben dürfte eine schwache Grundtendenz des Staatskonsums im Prognosezeitraum zur Folge haben. Allerdings wirken dem steigende soziale

Sachleistungen und Vorleistungskäufe im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine insbesondere im zweiten Quartal 2022 entgegen. Im weiteren Prognoseverlauf dürften sich diese Ausgaben auf erhöhtem Niveau stabilisieren, und der Staatskonsum geht zeitweise zurück. Im Jahr 2023 findet er wohl auf seinen langfristigen Trend zurück, der unter anderem aufgrund zunehmender Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege steigt. Alles in allem dürfte der Staatskonsum in diesem Jahr um 0,6% und im Folgejahr um 1% expandieren.

Sehr hohe Inflation geht zurück

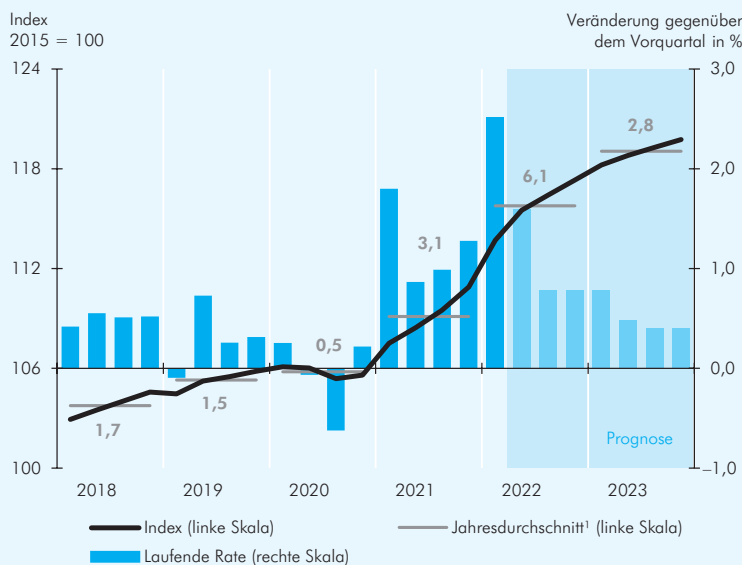
Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten stark beschleunigt, im März bis auf 7,3%. In der hohen Rate schlagen sich die breit angelegten Energiepreisschübe nieder, die sich zuletzt in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine noch einmal akzentuiert haben, aber auch die Teuerung bei Nahrungsmitteln. Zudem sind die Kosten aufgrund der Verteuerung vieler Vorprodukte gestiegen, und die Unternehmen reichen diese Kosten angesichts der kräftigen Nachfrage nun an die Verbraucher weiter. Die hohe Inflationsdynamik konnte sich aufbauen, weil einerseits die Pandemie Produktions- und Konsummöglichkeit stark eingeschränkt hat, andererseits die Einkommen der privaten Einkommen in der Krise aber stabil geblieben sind, weil sie durch die Finanzpolitik in der Krise massiv gestützt wurden. So haben sich zusätzliche Ersparnisse aufgestaut, welche die Haushalte mit Abflauen der Pandemie zumindest teilweise verausgaben dürften, auch weil Renditen und Finanzierungskosten aufgrund der seit längerem expansiven Geldpolitik niedrig sind. Deshalb ist auch nicht damit zu rechnen, dass sich die Inflation wieder rasch zurückbildet. Auch werden die starken Anstiege bei den Preisen für Rohstoffe und die hohen Teuerungsraten bei Vorleistungen erfahrungsgemäß erst nach und nach an die Verbraucher weitergegeben.

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres sind die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorquartal um 2,5% gestiegen (vgl. Abbildung 2.9). Die Energiekomponente im Verbraucherpreisindex hat in diesem Zeitraum um rund 15% zugelegt und damit rund 1,5 Prozentpunkte zum Anstieg beigetragen. Neben den Ölpreisen haben insbesondere die Gaspreise mit ausgesprochen hohen Raten zugelegt. Die Institute gehen davon aus, dass sich die derzeit sehr hohen Öl- und Gaspreise wieder ein wenig zurückbilden werden. Zudem ergreift der Staat Maßnahmen, die die Energiepreise dämpfen sollen. So senkt ein Entlastungspaket im zweiten Quartal die Treibstoffpreise. Die EEG-Umlage wird zur Mitte dieses Jahres abgeschafft, was den weiterhin hohen Preisauftrieb etwas dämpft. Allerdings werden die hohen Öl- und Gaspreise zum Teil erst mit Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben, da geltende Lieferverträge zunächst weiterlaufen.

Auch die Kerninflationsrate, die den Verbraucherpreisanstieg ohne Energiepreise misst, ist kräftig gestiegen. Im März lag sie deutlich über 3%. Hier macht sich neben der dank hoher Kaufkraft kräftigen Nachfrage der privaten Haushalte

Abbildung 2.9

Verbraucherpreise in Deutschland Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

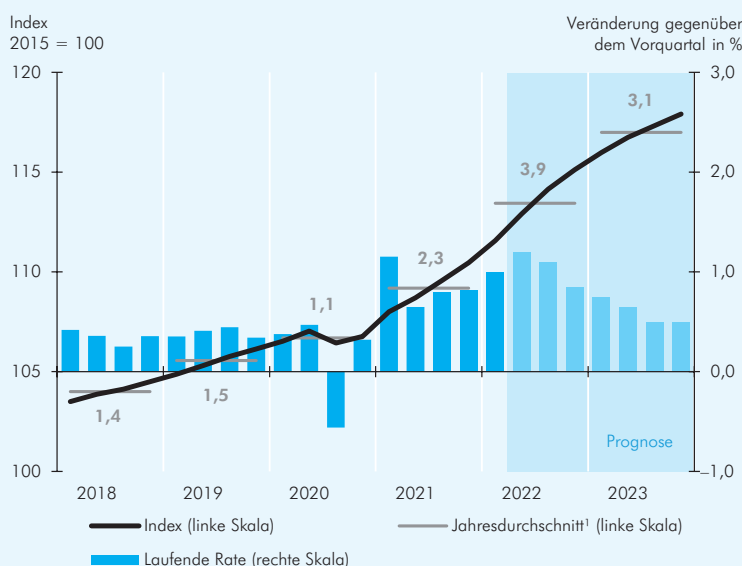


¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem zweiten Quartal 2022: Prognose der Institute.

Abbildung 2.10

Verbraucherpreise ohne Energie in Deutschland Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem zweiten Quartal 2022: Prognose der Institute.

ein durch Lieferengpässe verknapptes Angebot bemerkbar. Diese Faktoren dürften noch für einige Zeit die Kerninflation hochhalten. Im kommenden Jahr wird der Preisauftrieb voraussichtlich nachlassen, da sich die Teuerung bei vielen Vorleistungen angesichts der wohl nachlassenden Lieferengpässe moderiert. Dies wird sich vor allem bei den Preisen für Waren bemerkbar machen. Lohnsteigerungen sind im Prognosezeitraum kein wesentlicher Faktor für die hohe Inflation. So dürfte die Erhöhung des Mindestlohns nur zu vergleichsweise geringen Preisanstiegen führen (vgl. Kasten 2.2). In diesem Jahr dürfte die Kernrate bei 3,9% liegen und im kommenden Jahr auf 3,1% zurückgehen (vgl. Abbildung 2.10). Alles in allem ist die Inflation in diesem Jahr mit einer Rate von 6,1% so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Im kommenden Jahr bleibt die Teuerung mit 2,8% im Jahresdurchschnitt im historischen Vergleich hoch.

Spürbare Beschleunigung der Nominallöhne

Im Jahr 2021 sind die Tarifverdienste um 1,3% gestiegen; der Tariflohnzuwachs lag damit auch im zweiten Pandemiejahr deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von etwa 2½%. Für das laufende Jahr stehen die Tarifverdienste bereits in vielen Tarifbereichen fest. Angesichts der deutlich steigenden Lebenshaltungskosten dürften die neuen Tarifabschlüsse im Prognosezeitraum deutlich kräftiger ausfallen. So wurde in der chemischen Industrie kürzlich eine „Brückenzahlung“ von 1 400 Euro (5,3% im Durchschnitt über alle Lohngruppen)⁶ und eine Fortsetzung der Verhandlungen im Oktober vereinbart; diese Vereinbarung übt auf die Tarifverdienste insgesamt in diesem Jahr aufgrund des überschaubaren Gewichts der Branche freilich keinen großen Einfluss aus. Die anstehenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie können das Jahresergebnis ebenfalls nur begrenzt beeinflussen, da sie erst im Herbst stattfinden. Allerdings muss in einer Reihe von bestehenden Tarifverträgen der geplante Mindestlohn in Höhe von 12 Euro je Stunde ab Oktober 2022 eingearbeitet werden.⁷

⁶ Vgl. Pressemitteilung der IGBCE: Tarifparteien finden Brückenlösung für Chemie-Beschäftigte, <https://igbce.de/igbce/tarifparteien-finden-brueckenloesung-fuer-chemie-beschaeftigte-205868>, Abruf am 05.04.2022.

⁷ So gibt es im Gegensatz zur Mindestlohneinführung im Jahr 2015 für die Mindestlohnerrhöhung auf 12 Euro keine Übergangsfristen, vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung vom 22. Februar 2022, <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Regierungsentwerfe/reg-mindestloehnerhoehungsgesetz-aenderung-geringfuegige-beschaeftigung>.

Insgesamt dürften die Tarifverdienste im Jahr 2022 um 2,4% zulegen (vgl. Tabelle 2.12). Damit bleibt die Zunahme der Tariflöhne weit hinter der Inflation zurück. Im kommenden Jahr wird der Tariflohnanstieg deutlich höher ausfallen; die Institute erwarten einen Zuwachs von 3,6%. Höheren Zuwächsen steht entgegen, dass ein Teil des Inflationsschubs durch den Krieg in der Ukraine und somit durch einen negativen Angebotschock verursacht ist, der für sich genommen die ökonomische Aktivität und mit ihr die Arbeitsnachfrage dämpft. Darüber hinaus sind in einigen Branchen wie beispielsweise im öffentlichen Dienst der Länder bereits bis fast zum Ende des Prognosezeitraums vergleichsweise moderate Tariflohnanstiege festgelegt.

Die monatlichen Effektivverdienste je Arbeitnehmer legen im Prognosezeitraum deutlich schneller als die Tarifverdienste zu. Die Effektivverdienste stiegen bereits im vergangenen Jahr mit 3,5% im Wesentlichen durch den Abbau der Kurzarbeit viel kräftiger als die Tarifverdienste. Die Lohndrift dürfte auch im laufenden und kommenden Jahr deutlich positiv ausfallen. Während im Jahr 2022 der weitere Abbau der Kurzarbeit maßgeblich ist, spielt das stark gestiegene Preisniveau im Prognoseverlauf eine zunehmend wichtigere Rolle. Für eine hohe Lohndynamik spricht zudem, dass Arbeitskräfteknappheiten ein außerordentlich hohes Niveau erreicht haben; so lag der Anteil der Unternehmen, die laut ifo Konjunkturumfragen Arbeitskräftemangel als Produktionshindernis beklagen, bei rund einem Drittel. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10,45 Euro je Stunde zum Juli 2022 sowie die weitere Erhöhung auf 12 Euro ab Oktober 2022 erhöhen die effektiven Stundenverdienste rechnerisch (unter Annahme konstanter Beschäftigung) um 0,9% (vgl. Kasten 2.2). Die Institute rechnen allerdings damit, dass es zu einem gewissen Stellenverlust sowie zu einer Arbeitszeitreduzierung bei den von der Mindestlohnerrhöhung Betroffenen kommt, was dazu führt, dass die durchschnittlichen Verdienste zusätzlich durch einen Kompositionseffekt angehoben werden (knapp 0,4%). Zudem dürfte wie bei der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 die Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer sinken, sodass der Monatsverdienst je Arbeitnehmer weniger stark steigt

pdf;jsessionid=03872783F5222EFBCADF9761670D79A.delivery1-master?__blob=publicationFile&v=4, Abruf am 06.04.2022.

Tabelle 2.12

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2019	-0,1	3,0	3,1	-0,2	3,2
2020	-3,3	-0,1	3,3	-2,1	2,0
2021	1,7	3,5	1,8	2,2	1,3
2022	1,1	4,0	2,9	1,6	2,4
2023	0,6	4,5	3,9	0,9	3,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Kasten 2.2

Zu den Mindestloohnerhöhungen auf 12 Euro

Seit der Einführung im Jahr 2015 ist der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde in mehreren Schritten auf derzeit 9,82 Euro angehoben worden. Eine weitere Erhöhung auf 10,45 Euro (+6,4%) ist für Juli 2022 vorgesehen. Die Bundesregierung plant nun, den Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro (+15%) anzuheben. Selbst unter Berücksichtigung der stark gestiegenen Inflationsrate wären dies die mit Abstand größten Anhebungsschritte seit Einführung des Mindestlohns.

Durch die bisherigen Erhöhungen des Mindestlohns wurde dessen Niveau relativ zum Medianlohn (Kaitz-Index) in den vergangenen Jahren in etwa konstant gehalten; das Verhältnis lag im Jahr 2019 mit 50% im europäischen Mittelfeld.¹ Mit der Anhebung auf 12 Euro je Stunde wird es auf rund 60% des Medianlohns steigen. Damit wird das deutsche Mindestlohnniveau zu den höchsten in Europa gehören. Von der Erhöhung auf 12 Euro werden nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts 6,2 Millionen bzw. 15,7% der Jobs betroffen sein, während bei der Einführung des Mindestlohns knapp 4 Millionen bzw. 10,7% der Beschäftigungsverhältnisse in den Geltungsbereich des Mindestlohns fielen (vgl. Tabelle 2.13).

Um die Folgen für den durchschnittlichen Stundenverdienst in der Gesamtwirtschaft abzuschätzen, muss berücksichtigt werden, dass die betroffenen Arbeitnehmer deutlich weniger Wochenstunden arbeiten als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Der Anteil der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft (Arbeitsvolumen), der von der Mindestlohneinführung

¹ Vgl. OECD Earnings Statistics.

betroffen war, lag mit 6,7% deutlich niedriger als der Anteil der betroffenen Jobs. Das von der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro betroffene Arbeitsvolumen wird Schätzungen der Institute zufolge bei 11,7% liegen. Vor Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro lag der Stundenverdienst der betroffenen Arbeitnehmer bei durchschnittlich 7,20 Euro; die Einführung des Mindestlohns entsprach somit einem Anstieg von 18,1%. Die Mindestloohnerhöhung in zwei Schritten auf 12 Euro wird schätzungsweise einem Anstieg der betroffenen Stundenverdienste um durchschnittlich 16,2% entsprechen, und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie die Mindestlohneinführung liegen.² Für sich genommen (d. h. insbesondere ohne Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen und Mindestlohnverstößen) führte die Mindestlohneinführung somit zu einem Anstieg der durchschnittlichen Stundenverdienste in der Gesamtwirtschaft um 0,5%. Der Impuls durch die Erhöhung auf 12 Euro fällt mit einem Plus von 0,9% aufgrund der höheren Eingriffsintensität deutlich größer aus.³ Zusätzlich sind Ausstrahleffekte auf höhere Lohngruppen denkbar. Allerdings bleiben solche Effekte hier unberücksichtigt, weil die Studienlage hierzu uneindeutig ist.⁴

Die Institute orientieren sich in ihrer Abschätzung der Beschäftigungseffekte der Mindestloohnerhöhung an der Mindestlohneinführung im Jahr 2015. Vergleicht man die Rahmenbedingungen zur Mindestlohneinführung mit

² Eine gesonderte Betrachtung für die Anhebung von 10,45 Euro auf 12 Euro war aufgrund der Datenlage nicht möglich.

³ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dürfte sich die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auch deshalb stärker in den durchschnittlichen Stundenverdiensten niederschlagen als die Einführung des Mindestlohns, weil die Verdienstinformationen seit kurzem aus der neu konzipierten Verdiensterhebung stammen, während sie zur Zeit der Mindestlohneinführung noch aus der Arbeitskostenerhebung stammten. Im Gegensatz zur neuen Verdiensterhebung klammert die Arbeitskostenerhebung Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten aus. Da Niedriglohnbezieher überproportional häufig in kleinen Betrieben arbeiten, dürfte der Effekt der Mindestlohneinführung auf die durchschnittlichen Stundenverdienste in den VGR untererfasst worden sein.

⁴ Vgl. *Mindestlohnkommission: Dritter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns*, Berlin, 10 und 54, Berlin 2020.

Tabelle 2.13

Vergleich zwischen Mindestlohneinführung und -erhöhung auf 12 Euro

	Mindestlohn von	8,50 Euro		12 Euro	
		Arbeitnehmer			
		Betroffene	Alle	Betroffene	Alle
(1)	Zahl der Jobs (in 1 000)	3 974	37 153	6 200	39 580
(2)	Anteil an allen Jobs/Arbeitnehmern (%)	10,7		15,7	
(3)	Bezahlte Arbeitsstunden je Woche (ohne Überstunden)	19,2	30,6	22,3	29,9
(4)	Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	3 423	51 034	6 254	53 531
(5)	Anteil am gesamten Arbeitsvolumen (%)	6,7		11,7	
(6)	Stundenverdienst vor Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns (Euro)	7,2	17,0	10,3	21,5
(7)	Stundenverdienst nach Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns (Euro)	8,5	17,1	12,0	21,7
(8)	Stundenverdienst (Veränderung in %) [(7) relativ zu (6)]	18,1	0,5	16,2	0,9
(9)	Beschäftigungseffekt (Stellenäquivalent, Veränderung in 1 000)	-297		-430	
(10)	davon: Jobs (Veränderung in 1 000)	-60		-143	
(11)	davon: Arbeitszeit (Stellenäquivalent, Veränderung in 1 000)	-237		-287	
(12)	Beschäftigungseffekt (Veränderung in %) [(9) relativ zu (1)]	-7,5		-6,7	
(13)	Lohnelastizität der Beschäftigung (inkl. Arbeitszeit) [(12) relativ zu (8)]	-0,4		-0,4	

Annahme: Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Jobs entspricht dem Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer. Stundenverdienst nach Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns: Ohne Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen und Mindestlohnverstößen. Effekte der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro beinhalten auch die der Erhöhung auf 10,45 Euro zum 1. Juli 2022. Beschäftigungseffekt: Kurzfristiger Effekt nach 1 bis 2 Jahren.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Verdienstrukturserhebung April 2014 sowie Verdiensterhebung April 2021 (Sonderabfrage); Knabe, Schöb und Thum (2020); Berechnungen der Institute.

Kasten 2.2 Fortsetzung

denen zur Erhöhung auf 12 Euro ergeben sich aber relevante Unterschiede, die für sich genommen sowohl für schwächere als auch für stärkere Beschäftigungseffekte der Erhöhung auf 12 Euro sprechen. Für schwächere Effekte spricht, dass derzeit ein noch höherer Arbeitskräftemangel herrscht als zur Zeit der Mindestlohneinführung. Zudem soll mit der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro zeitgleich die Minijob-Entgeltgrenze angehoben werden. Dies dürfte dazu führen, dass Minijobber einen geringeren Anreiz haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, da ein Überspringen der Entgeltgrenze unwahrscheinlicher wird. Für stärkere Beschäftigungseffekte der Erhöhung auf 12 Euro im Vergleich zur Mindestlohneinführung spricht, dass die Einführung in eine lange Aufschwungphase fiel, während die Erhöhung auf 12 Euro in einer Phase erfolgt, in der die Unternehmen durch Pandemie und höhere Energie- und Rohstoffpreise bereits unter Kostendruck stehen. Unabhängig davon steigt mit der Höhe des Mindestlohns das Risiko, dass es zu Beschäftigungsverlusten kommt. So führt selbst in Arbeitsmärkten, in denen Arbeitgeber relativ großen Lohnsetzungsspielraum und damit Marktmacht gegenüber den Arbeitnehmern besitzen, ein Mindestlohn jenseits eines bestimmten Niveaus zu Jobverlusten. Je höher der Mindestlohn gesetzt wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass dieses Niveau überschritten wird.

Empirische Studien, die sich mit der Mindestlohneinführung befassen haben, finden überwiegend moderate negative Beschäftigungseffekte sowie Hinweise auf eine Abnahme der Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer.⁵ Auf Basis dieser Studien gehen die Institute davon aus, dass die Einführung des Mindestlohns in den ersten beiden Jahren zu einem Verlust von 60 000 Stellen und einem zusätzlichen Rückgang um 237 000 Stellenäquivalente durch die Reduktion der Arbeitszeit geführt hat (vgl. Tabelle 2.13 untere Hälfte).⁶ Bezogen auf die damals knapp 4 Millionen betroffenen Jobs entspricht dies einem Effekt auf das Arbeitsvolumen von $-7,5\%$. In Relation zu der durch die Mindestlohneinführung induzierten Erhöhung der Stundenverdienste der betroffenen Jobs von $18,1\%$ ergibt sich somit eine Lohnelastizität des Arbeitsvolumens von $-0,4$.⁷ Angesichts der Tatsache,

dass aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen sowohl stärkere als auch schwächere Beschäftigungseffekte denkbar sind, übertragen die Institute diese Elastizität auf die Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro. Damit ergibt sich ein Rückgang des Arbeitsvolumens der betroffenen Beschäftigten von $6,7\%$ ($=0,4 \times 16,2\%$). Bezogen auf 6,2 Millionen von der Erhöhung betroffene Arbeitsstellen entspricht dies einem Rückgang des Arbeitsvolumens von insgesamt 430 000 Stellenäquivalenten. Aufgrund der gleichzeitigen Anhebung der Minijob-Entgeltgrenze gehen die Institute davon aus, dass die Verluste des Arbeitszeitvolumens diesmal eher bei der Beschäftigung und weniger bei der Arbeitszeit anfallen werden. Die Institute unterstellen eine Aufteilung von $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ (im Vergleich zu $\frac{1}{5}$ zu $\frac{4}{5}$ bei der Mindestlohneinführung). Somit ergibt sich ein Verlust von 143 000 Jobs relativ zu einer Situation ohne Mindestlohnerhöhung. Hierbei handelt es sich um einen kurzfristigen Effekt (1 bis 2 Jahre), da er auf Basis der Studien zur Mindestlohneinführung abgeleitet wurde, die in der Regel nur Daten aus den Jahren 2015 und 2016 auswerten.

Zusätzlich kann es arbeitsnachfrageseitig zu Substitutionseffekten von niedrig qualifizierter Arbeit – unter anderem in Teilzeit – hin zu höher qualifizierter Vollzeitarbeit kommen.⁸ Sollte dies der Fall sein, könnten die Bruttolöhne und -gehälter etwas stärker steigen und die Arbeitszeit je Arbeitnehmer etwas weniger sinken.

Schließlich ist zu erwarten, dass der Mindestlohnanstieg sich in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen wird. Vorliegende empirische Studien legen nahe, dass Unternehmen einen Großteil der zusätzlich entstandenen Kosten auf die Konsumenten in Form von höheren Preisen überwälzen.⁹ Legt man den gleichen Grad und die gleiche Geschwindigkeit der Preisüberwälzung zugrunde, dürfte die Inflationsrate in den Jahren 2022 und 2023 für sich genommen um 0,03 bzw. 0,25 Prozentpunkte höher ausfallen.

⁵ Vgl. die Übersichtsartikel von *Calendo, M.; Wittbrodt, L.; Schröder, C.*: The Causal Effects of the Minimum Wage Introduction in Germany – an Overview, in: *German Economic Review*, Vol. 20 (3), 257–292, Berlin 2019, und *Knabe, A.; Schöb, R.; Thum, M.*: Bilanz nach fünf Jahren: Was hat der gesetzliche Mindestlohn gebracht?, in: *ifo Schnelldienst* 4/2020, 3–6, München 2020 sowie die Studie von *Dustmann, C.; Lindner, A.; Schönberg, U.; Umkehrer, M.; vom Berge, P.*: Reallocation Effects of the Minimum Wage, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 137 (1), 267–328, 2022.

⁶ Im Frühjahr 2014 rechneten die Institute mit einem mindestlohnbedingten Verlust von 200 000 Stellen bis Ende des Jahres 2015, vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014, Kapitel 3, Kasten 3.1, Halle (Saale) 2014.

⁷ Die in der internationalen Mindestlohnliteratur geschätzten Elastizitäten sind im Durchschnitt niedriger, beinhalten in der Regel allerdings nur den Stellenverlust, nicht die Reduzierung der Arbeitszeit. So liegt die Elastizität in Mindestlohnstudien für die USA bei durchschnittlich $-0,15$, vgl. *Neumark, D.; Shirley, P.*: Myth or Measurement: What Does the New Minimum Wage Research Say About Minimum Wages and Job Loss in the United States?, NBER Working Paper 28388, Cambridge 2021 (Revised 2022).

⁸ Vgl. Mikrosimulationsergebnisse in *Schmidt, T.; Barabas, G.; Benner, N.; Dirks, M.; Isaak, N.; Jessen, R.; Schacht, P.; Steuermagel, A.*: Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gestiegene Energiepreise belasten die Erholung, in: *RWI Konjunkturberichte* 73 (1), Kasten 2, 39–63, Essen 2022.

⁹ Vgl. *Link, S.*: The Price and Employment Response of Firms to the Introduction of Minimum Wages, in: *CEifo Working Paper No. 7575*, München 2019, und *Harasztosi, P.; Lindner, A.*: Who Pays for the Minimum Wage?, in: *American Economic Review*, Vol. 109 (8), 2693–2727, Pittsburgh 2019.

als der Stundenverdienst. Im Jahr 2022 dürfte der Effekt der Mindestlohnerhöhung auf die Verdienste je Arbeitnehmer knapp zwei Zehntel, im Jahr darauf rund vier Zehntel betragen. Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von $4,0\%$ (2022) bzw. $4,5\%$ (2023).

Im Jahr 2020 legten die Lohnstückkosten mit $4,3\%$ sehr kräftig zu, da die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen deutlich sank, während die Lohnkosten je Arbeitnehmer sogar leicht stiegen, und damit deutlich schneller als die heimischen

Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts). Im vergangenen Jahr sanken die realen Lohnstückkosten aber wieder deutlich, weil sich die Arbeitsproduktivität zum Teil erholte. Im Prognosezeitraum werden die realen Lohnstückkosten in der Tendenz weiter sinken. Zum einen können die Löhne, die durch Tarif- und Arbeitsverträge typischerweise für einen längeren Zeitraum festgeschrieben sind, erst mit zeitlicher Verzögerung auf die stark gestiegenen Preise reagieren. Zum anderen wird sich die Arbeitsproduktivität von der Corona-Krise weiter erholen.

Arbeitsmarkt bleibt stabil

Die Erwerbstätigkeit hat sich im vergangenen Jahr nach dem pandemiebedingten Einbruch spürbar erholt. Die Zahl der Erwerbstätigen legte zwischen Juli und Dezember 2021 saisonbereinigt um rund 60 000 Personen pro Monat zu. Im Januar 2022 stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Plus von 80 000 gegenüber Dezember sogar etwas schneller, während der Anstieg im Februar mit 34 000 deutlich geringer ausfiel. Dabei setzte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ihren Anstieg fort, während die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung erneut pandemiebedingt nachgab, nachdem sie sich insbesondere im Sommer vergangenen Jahres ein Stück weit erholt hatte. Die Zahl der Selbstständigen war im vierten Quartal 2021 weiter abwärtsgerichtet, der Rückgang ist aber mittlerweile schwächer als vor und zu Beginn der Corona-Pandemie.

Die Kurzarbeit reagierte kaum auf den erneuten konjunkturellen Dämpfer durch die Pandemie im zurückliegenden Winterhalbjahr. Die Zahl der Kurzarbeiter ist bis zuletzt weiter gesunken, wenngleich seit Herbst langsamer als noch im Sommerhalbjahr 2021. Im Januar 2022 waren 654 000 Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit. Da der durchschnittliche Arbeitsausfall von Dezember 2021 auf Januar 2022 von 41% auf 47% stieg, erhöhte sich die Kurzarbeit in Beschäftigten-äquivalenten geringfügig. Die Schätzung des ifo Instituts deutet für Februar und März 2022 auf einen leichten Rückgang der Zahl der Kurzarbeiter hin. Dabei dürfte sie im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund von Lieferengpässen gestiegen, im Dienstleistungsbereich und im Handel hingegen aufgrund der Lockerungen von Pandemierestriktionen wohl etwas stärker gesunken sein.

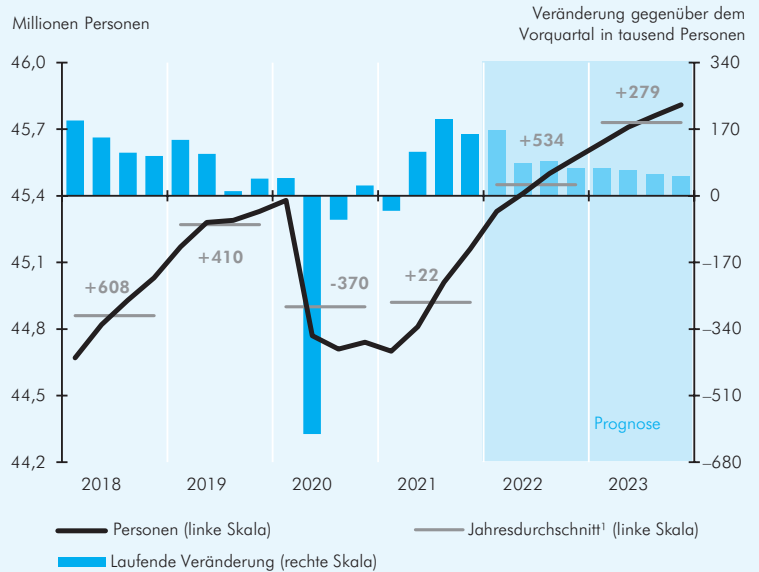
Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist im vierten Quartal 2021 trotz des Abbaus der Kurzarbeit mit 1,1% recht deutlich gesunken. Dies ist maßgeblich auf den Anstieg pandemiebedingter Arbeitsausfälle (Krankenstand, Quarantäne) zurückzuführen.⁸ Im ersten Quartal 2022 dürften die pandemiebedingten Arbeitsausfälle angesichts des deutlich höheren Infektionsgeschehens nochmals zugenommen haben. Dadurch ist die Zahl der infizierten Erwerbstätigen gegenüber dem vierten Quartal deutlich gestiegen. Auch die Arbeitsausfälle von Kontaktpersonen dürften trotz der gelockerten Quarantänemaßnahmen zugenommen haben. Deutlich abgemildert werden die Ausfälle jedoch durch die aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen geringere Zahl an Grippefällen. So deuten Zahlen der gesetzlichen Krankenversicherung bis März darauf hin, dass der Krankenstand im ersten Quartal trotz des deutlich höheren Infektionsgeschehens gegenüber dem vierten Quartal in etwa unverändert war (saisonbereinigt).⁹ Alles in allem dürfte die

⁸ Vgl. dazu Wanger, S.; Weber, E.: Krankheits- und quarantänebedingte Arbeitsausfälle legen in der vierten und fünften Welle der Pandemie deutlich zu, in: IAB-Forum 21. März 2022, <https://www.iab-forum.de/krankheits-und-quarantänebedingte-arbeitsausfälle-legen-in-der-vierten-und-fünften-welle-der-pandemie-deutlich-zu/>, Abruf am 28.03.2022 sowie Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Arbeitszeitrechnung, Viertes Quartal 2021, <https://www.iab.de/de/daten/iab-arbeitszeitrechnung.aspx>, Abruf am 31.03.2022.

⁹ Vgl. Bundesgesundheitsministerium: Ergebnisse der GKV-Statistik KM1, https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Statistiken/GKV/Mitglieder_Versicherte/Januar_bis_Maerz_2022_bf.pdf, Abruf am 06.04.2022.

Abbildung 2.11

Erwerbstätige Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



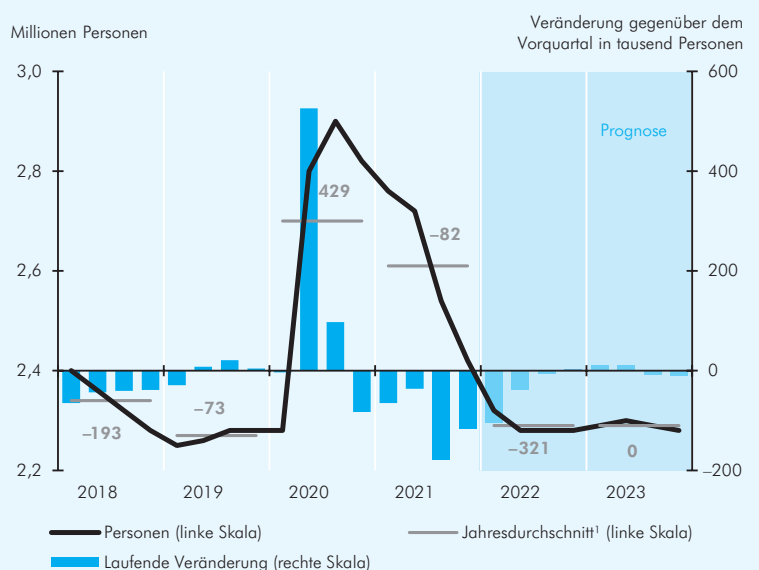
¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Abbildung 2.12

Arbeitslose Saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Arbeitszeit je Erwerbstätigen im ersten Quartal 2022 nochmals etwas gesunken sein. Mit Rückgang der pandemiebedingten Arbeitsausfälle und dem Abbau der Kurzarbeit wird die Arbeitszeit im Sommerhalbjahr 2022 deutlich steigen.

Die Arbeitslosigkeit sank bis zuletzt weiter und erreichte bereits wieder ihr Vorkrisenniveau. Im März 2022 waren saisonbereinigt 2,3 Millionen Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Quote: 5,0%). Während die Zahl der Arbeitslosen im deutlich konjunkturereagibleren Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) ihr Vorkrisenniveau sogar bereits unterschritten hat, hat die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung) erst die Hälfte ihres krisenbedingten Anstiegs wettgemacht. Auch ist bei der Langzeitarbeitslosigkeit bisher nur ein geringer Teil des pandemiebedingten Anstiegs abgebaut worden. Dass die Arbeitslosigkeit insgesamt bereits wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht hat, liegt auch daran, dass die Zahl der Personen, die am Arbeitsmarkt aktiv ihre Arbeit anbieten, krisenbedingt nachgab.

Die Erwerbstätigkeit dürfte ihre Erholung von der Corona-Krise trotz des Kriegs in der Ukraine fortsetzen, wenngleich das Tempo deutlich nachlassen dürfte. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist ausweislich des ifo Beschäftigungsbarometers im März 2022 zwar spürbar gesunken, deutet jedoch per Saldo auf einen weiteren Beschäftigungsaufbau hin. Die Einschätzungen der lokalen Arbeitsagenturen zur künftigen Entwicklung der Beschäftigung in der kurzen Frist (IAB-Arbeitsmarktbarometer) haben sich sogar weiter leicht verbessert. Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund des kräftigen

Beschäftigungsanstiegs im Januar und des hohen statistischen Überhangs vom Schlussquartal des vergangenen Jahres erwarten die Institute für das erste Quartal einen kräftigen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 170 000 (vgl. Abbildung 2.11). Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums gehen die Institute davon aus, dass die Zuwächse geringer ausfallen dürften. Einerseits ist die Erholung von der Corona-Krise schon relativ weit fortgeschritten, andererseits dämpfen mehrere Faktoren den weiteren Beschäftigungsaufbau. Erstens dürften die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine die Arbeitsnachfrage der Unternehmen etwas bremsen. Die Folgen schlagen sich nach Einschätzung der Institute allerdings in erster Linie in der Arbeitszeit sowie der Arbeitsproduktivität nieder, und weniger in der Zahl der Arbeitsstellen. Hierfür spricht vor allem das außerordentlich hohe Maß an Arbeitskräfteknappheit. Zweitens dürfte die kräftige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro je Stunde zu Beschäftigungsverlusten führen (vgl. Kasten 2.2). Drittens wird sich zunehmend bemerkbar machen, dass das Arbeitskräfteangebot alterungsbedingt mittelfristig sinken wird. Dem wirkt in geringem Maße die Fluchtmigration aufgrund des Kriegs in der Ukraine entgegen, die das Arbeitskräfteangebot im Prognosezeitraum erhöhen dürfte. Annahmegemäß liegt durch diese Fluchtmigration die Erwerbstätigkeit Ende kommenden Jahres um 80 000 Personen höher.

Nachdem die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten bereits stark zurückgegangen ist, wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit spürbar verlangsamen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im abgelaufenen ersten Quartal erneut kräftig um saisonbereinigt 104 000 Personen gesunken (vgl. Abbildung 2.12). Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Zahl der Arbeitslosen nur noch wenig verringern, da mit sinkender Arbeitslosigkeit die Anteile von Arbeitslosen mit schwerer wiegenden Vermittlungshemmnissen und von Sucharbeitslosigkeit steigen. Die Mindestlohnerhöhung dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit kaum erhöhen, da viele Betroffene ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt sind und somit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung besitzen und mangels Bedürftigkeit meist auch nicht in die Grundsicherung fallen dürften.¹⁰ Die Fluchtmigration aus der Ukraine erhöht die registrierte Arbeitslosigkeit in der vorliegenden Prognose für sich genommen bis Ende kommenden Jahres um 35 000 Personen. Alles in allem sinkt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich auf jahresdurchschnittlich 5,0% in beiden Prognosejahren, nach 5,7% im vergangenen Jahr (vgl. Tabelle 2.14).

Tabelle 2.14

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in tausend Personen

	2020	2021	2022	2023
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	59 454	60 611	62 049	62 900
Erwerbstätige Inland	44 898	44 920	45 454	45 733
Arbeitnehmer	40 860	40 991	41 546	41 826
darunter:				
SV Beschäftigte	33 577	33 926	34 418	34 616
Geringfügig Beschäftigte	4 273	4 104	4 141	4 234
Selbstständige	4 038	3 929	3 908	3 907
Pendlersaldo	95	116	136	142
Erwerbstätige Inländer	44 803	44 804	45 318	45 591
Arbeitslose	2 695	2 613	2 293	2 293
Arbeitslosenquote BA ¹	5,9	5,7	5,0	5,0
Erwerbslose ²	1 664	1 506	1 302	1 266
Erwerbslosenquote ³	3,6	3,3	2,8	2,7

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

² Definition der ILO.

³ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

¹⁰ Vor Einführung des Mindestlohns waren nur ein Fünftel der Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro arbeitslos, vgl. Heumer, M.; Lesch, H.; Schröder, C.: Einkommensverteilung und Armutsrisiko, in: IW-Trends Nr. 1, 2013. Grund ist, dass Arbeitnehmer mit niedrigen Stundenverdiensten oft in Haushalten mit mittleren und hohen Einkommen leben, vgl. Müller, K.-U.; Steiner, V.: Distributional Effects of a Minimum Wage in a Welfare State – The Case of Germany, in: SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research 617, DIW Berlin, 2013 sowie Schmidt, T.; Barabas, G.; Benner, N.; Diels, M.; Isack, N.; Jessen, R.; Schacht, P.; Steuermagel, A.: Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gestiegene Energiepreise belasten die Erholung, in: RWI Konjunkturberichte, Vol. 73 (1), Kasten 2, 39–63, Essen 2022.

Öffentliche Haushalte erholen sich von der Corona-Krise

Im Jahr 2022 dürften die öffentlichen Haushalte mit 52 Mrd. Euro erneut ein Defizit aufweisen. Dieses liegt zwar deutlich niedriger als im Vorjahr (132 Mrd. Euro), spiegelt aber wider, dass die Staatsausgaben weiter auf einem erheblich höheren Niveau verbleiben und lediglich die Staatseinnahmen im Zuge der wirtschaftlichen Erholung nach dem Corona-bedingten Einbruch wieder kräftig steigen werden. Im Jahr 2023 dürften die Ausgaben langsamer zulegen als die Einnahmen, vor allem weil pandemiebedingte Unternehmenshilfen auslaufen. Dadurch dürfte sich das Defizit auf knapp 28 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringern (vgl. Tabelle 2.15).

Nach einem sehr starken Anstieg im Vorjahr werden die Staatseinnahmen auch 2022 deutlich zulegen. Die Einkommen- und Vermögensteuern steigen im Zuge des starken Zuwachses bei den Bruttolöhnen und -gehältern trotz Anhebung des Grundfreibetrags merklich. Dies geschieht allerdings in geringerem Maße als noch im Vorjahr. Ein größeres Plus wird im Zuge der Expansion des privaten Konsums bei den Produktions- und Importabgaben zu verzeichnen sein. Zudem werden der Preis pro Tonne bei der CO₂-Abgabe sowie die Sätze in der Tabaksteuer erhöht. Im Jahr 2023 dürfte unter anderem eine Verschiebung des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der kalten Progression den Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern dämpfen. Die indirekten Steuern werden weiter kräftig steigen.

Die höheren Bruttolöhne und -gehälter führen im Jahr 2022 zu einem deutlichen Anstieg der Sozialbeiträge. Gleichzeitig geht die Summe des Kurzarbeitergelds zurück. Da dieses beitragspflichtig ist, führt dies für sich genommen zu einem Rückgang der Sozialbeiträge. Im Jahr 2023 spielt dieser Effekt eine geringere Rolle. Zudem wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung angehoben, sodass in jenem Jahr mit einem stärkeren Zuwachs der Sozialbeiträge zu rechnen ist. Gegenwärtig wird diskutiert, den Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung zu erhöhen. Die Institute gehen jedoch davon aus, dass die Einnahmen der Krankenversicherungen im Zuge des kräftigen Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter derart deutlich steigen, dass eine Beitragssatzanhebung zur Kostendeckung nicht notwendig sein wird und daher der Beitragssatz konstant bleiben wird.

Die Verkäufe sind im Zuge der Lockerung der pandemiebezogenen Einschränkungen im Vorjahr deutlich gestiegen und dürften im Prognosezeitraum weiter, wenn auch mit geringerer Geschwindigkeit, zulegen. Die Vermögenseinkommen sind 2021 zurückgegangen, weil die Bundesbank keinen Gewinn ausgeschüttet hat. Dies wird wohl auch im Prognosezeitraum der Fall sein, sodass nur mit geringen Zuwächsen der Vermögenseinkommen zu rechnen ist. Die empfangenen laufenden Transfers stiegen im vergangenen Jahr aufgrund von Zahlungen im Zuge des Aufbau- und Resilienzplans der EU kräftig. Im Jahr 2022 ist mit einer geringeren und 2023 wieder mit einer höheren Zahlung zu rechnen, sodass die empfangenen laufenden Transfers 2022 zurückgehen und 2023 wieder kräftig steigen. Die empfangenen

Tabelle 2.15

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Bruttoschulden-stand	Nachrichtlich: Zinssteuer-quote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Nettosozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen			
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	75,3	7,1
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	72,0	6,0
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	69,0	5,1
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	2,2	1,3	64,7	4,4
2018	46,2	23,8	17,0	44,3	0,9	2,3	1,9	61,3	3,9
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	2,4	1,5	58,9	3,3
2020	46,5	23,0	18,1	50,8	0,6	2,7	-4,3	68,7	2,7
2021	47,8	24,4	17,7	51,5	0,6	2,6	-3,7	69,3	2,4
2022	47,4	24,2	17,4	48,7	0,6	2,7	-1,4	66,7	2,3
2023	46,3	23,6	17,3	47,0	0,5	2,8	-0,7	63,3	2,2

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

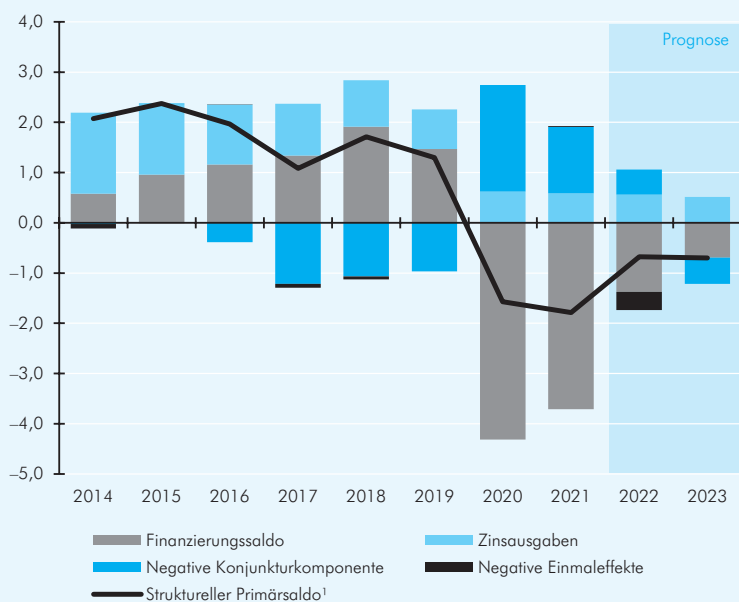
² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Abbildung 2.13

Struktureller Primärsaldo 2014 bis 2023

In % in Relation zum nominalen Produktionspotenzial

¹ Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Vermögenstransfers steigen 2022 einmalig um 13 Mrd. Euro und werden im kommenden Jahr entsprechend stark zurückgehen. Der Grund ist die Abschaffung der EEG-Umlage zum Juli dieses Jahres. Die Institute gehen davon aus, dass mit Abschaffung der Umlage die Rücklage auf dem EEG-Konto dem Staat zufließen wird.

Die Einnahmen des Staates dürften im Jahr 2022 insgesamt um 5,5% auf 1 800 Mrd. Euro (47,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und 2023 um 4,0% auf 1 871 Mrd. Euro (46,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) steigen.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2022 kaum mehr als stagnieren. Zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration aus der Ukraine und zur Entlastung der privaten Haushalte angesichts starker Energiepreisanstiege stehen Minderausgaben angesichts des Auslaufens von Corona-bezogenen Maßnahmen gegenüber. Im nächsten Jahr legen die Ausgaben trotz Mehrausgaben im Bereich der Verteidigung nur moderat zu, da die verbliebenen Corona-bezogenen Maßnahmen sowie Energiepreientlastungen entfallen.

Die Arbeitnehmerentgelte erhalten in der ersten Hälfte des laufenden Jahres durch die Corona-Einmalzahlung für die Beschäftigten der Länder zunächst einen Schub, werden aber nicht mehr ganz so stark zulegen wie zuletzt. Die

Tariflohnsteigerungen im öffentlichen Dienst dürften im gesamten Prognosezeitraum deutlich hinter der Preisentwicklung zurückbleiben. Obwohl die Ausgaben für die Beschaffung von Schutzprodukten, Hilfszahlungen für Krankenhäuser und für den Betrieb der Impfzentren im Verlauf des Jahres abnehmen und dem hier unterstellten Pandemieverlauf komplett entfallen, nehmen die Vorleistungskäufe um knapp 4,3% zu. Dazu tragen insbesondere die hohe Inflation sowie ein Teil der durch das Sondervermögen Bundeswehr ermöglichten Steigerung der Verteidigungsausgaben bei. Ebenso führt die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine zu Mehrausgaben bei den Vorleistungen. Dies lässt auch die sozialen Sachleistungen deutlich zunehmen. Dem wirken Minderausgaben für Corona-Impfungen entgegen, die im weiteren Verlauf des Jahres eine immer geringere Rolle spielen dürften. Insgesamt steigen die sozialen Sachleistungen in diesem Jahr um 5,5% und im Jahr 2023 um 4,1%.

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr trotz sinkender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiterhin zulegen. Grund dafür sind das kräftige Plus bei den Rentenzahlungen zur Jahresmitte sowie diverse Maßnahmen der von der aktuellen Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete, wie die Energiepreispauschale¹¹. Leistungen für Geflüchtete aus der Ukraine werden zudem zu Mehrausgaben führen. Im Jahr 2023 dürfte das Plus bei den monetären Sozialleistungen trotz hoher Rentenanpassung moderat ausfallen, da arbeitsmarktbezogene Ausgaben zurückgehen werden und die Energiepreispauschale entfällt.

Die Entwicklung der sonstigen laufenden Transfers wird vor allem durch die Beiträge an die EU bestimmt. In diesem Jahr werden sie um 5,6% zunehmen, im kommenden Jahr legen sie um 3,1% zu. Die Ausgaben für Vermögenstransfers sind im Jahr 2021 sehr stark gestiegen. Das lag an mehreren staatlichen Maßnahmen, wie der Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn, Ausgleichszahlungen für Kernkraftwerkbetreiber oder Klimaschutzmaßnahmen aus Mitteln des Energie- und Klimafonds. In diesem Jahr werden durch das Wegfallen dieser Einmaleffekte die Vermögenstransfers zurückgehen, verbleiben allerdings weiterhin auf hohem Niveau. Durch das Auslaufen der im Zuge der Corona-Pandemie eingeführten Unternehmenshilfen und sinkenden Zahlungen für die Produzenten von erneuerbaren Energien halbieren sich die Ausgaben für Subventionen in diesem Jahr.

Nachdem im vergangenen Jahr die Bruttoinvestitionen des Staates stagniert haben, werden sie dieses Jahr wieder deutlich anziehen. Zum einen werden während der Corona-Krise aufgelegte Investitionsprogramme anlaufen, zum anderen werden erste Ausrüstungsinvestitionen mit Mitteln aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“ getätigt. Letztere werden allerdings vor allem in den Folgejahren die Ausrüstungs-

¹¹ Die Energiepreispauschale wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich der darauf entrichteten Einkommensteuer als Nettobetrag bei den monetären Sozialleistungen gebucht.

investitionen erhöhen. Zudem wird der Staat im Prognosezeitraum zusätzliche Lagerkäufe für Erdgas und militärische Güter durchführen.

Insgesamt rechnen die Institute für das Jahr 2022 mit einem Anstieg der Staatsausgaben um 0,7 % auf 1 852 Mrd. Euro (48,7 % in Relation zum BIP). Im folgenden Jahr dürften die Ausgaben wieder etwas stärker um 2,5% auf 1 899 Mrd. Euro (47,0% in Relation zum BIP) steigen.

Nach einer Zunahme im vergangenen Jahr wird das strukturelle Primärdefizit in den beiden Prognosejahren jeweils im Zuge der restriktiven Finanzpolitik zurückgehen (vgl. Abbildung 2.13). Das strukturelle Defizit wird 2023 noch 1,1% des Produktionspotenzials betragen (vgl. Tabelle 2.16). Der strukturelle Primärsaldo wird damit noch 2,0 Prozentpunkte unter dem des Vorkrisenjahrs 2019 liegen. In Maastricht-Abgrenzung wird der Bruttoschuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach 69,3% im Jahr 2021 auf 63,3% im Jahr 2023 zurückgehen (vgl. Tabelle 2.14). Maßgeblich hierfür ist der Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland

Nach dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine hat der Westen – darunter alle EU-Mitgliedsländer – ein umfangreiches Sanktionsregime gegen die Russische Föderation in Kraft gesetzt, von dem bislang der Rohstoffhandel weitgehend ausgenommen ist. Diese Ausnahme gilt für Erdöl und insbesondere für Erdgas. Im Zuge der Zuspitzung des Konflikts steht

zunehmend die Möglichkeit in Raum, dass die Lieferungen für Erdöl und Erdgas von einer der beiden Seiten gestoppt werden. Für ein solches Szenario, bei dem ein Lieferstopp ab Mitte April 2022 unterstellt wird, leiten die Institute im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung die kurzfristigen wirtschaftlichen Folgen ab. Die deutsche Wirtschaft dürfte dabei kommendes Jahr in eine scharfe Rezession geraten.

Weltwirtschaftliche Auswirkungen

Bei einem Stopp der Gas- und Öllieferungen aus Russland nach Europa verschlechtern sich insgesamt die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft. Zum einen ziehen die Weltmarktpreise für Öl und Gas nochmals deutlich an, was weltweit die Konjunktur bremst. Zum anderen ist in der EU zeitweise nicht mehr ausreichend Gas vorhanden, um die Produktion in dem Umfang umzusetzen, wie sie im Basisszenario erwartet wird. Die dadurch verringerte ökonomische Aktivität in Europa wird angesichts der Größe des Wirtschaftsraums insbesondere über die Handelsverflechtung auch in der übrigen Welt spürbar.

Bei einem Lieferstopp von Rohöl müssen schätzungsweise täglich 4 Millionen Barrel Öl und 1,5 Millionen Barrel Ölprodukte, die bislang aus Russland kamen, aus anderen Quellen gedeckt werden.¹² In den vergangenen Wochen haben zwar viele Länder ihre Einfuhren aus Russland bereits reduziert, darunter auch Deutschland, doch ein Anstieg der Nachfrage nach nicht-russischem Öl in diesen Dimensionen wird dessen Preis voraussichtlich nochmals erheblich in die Höhe treiben.

¹² Vgl. *McWilliams, B.; Sgaravatti, G.; Tagliapietra, S.; Zachmann, G.: Can Europe Manage if Russian Oil and Coal are Cut Off?*, Bruegel Blog, 17. März 2022.

Tabelle 2.16

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zum Produktionspotenzial in %

	EU-Methode ¹			Modifizierte EU-Methode (MODEM) ¹		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-3,7	-1,4	-0,7	-3,7	-1,4	-0,7
– Konjunkturkomponente ²	-1,3	-0,6	0,2	-1,4	-0,6	0,4
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-2,4	-0,8	-0,9	-2,3	-0,8	-1,1
– Einmaleffekte ³	0,0	0,4	0,0	0,0	0,4	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	-2,4	-1,1	-0,9	-2,3	-1,1	-1,1
+ Zinsausgaben	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5
= struktureller Primärsaldo	-1,8	-0,6	-0,4	-1,7	-0,6	-0,6
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,2	1,2	0,2	-0,2	1,1	0,0
<i>Nachrichtlich:</i> struktureller Finanzierungssaldo in Mrd. Euro	-86,4	-42,9	-37,1	-83,4	-43,7	-44,7

¹ Für eine Erläuterung der EU-Methode und der modifizierten EU-Methode vergleiche Kapitel 3.

² Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

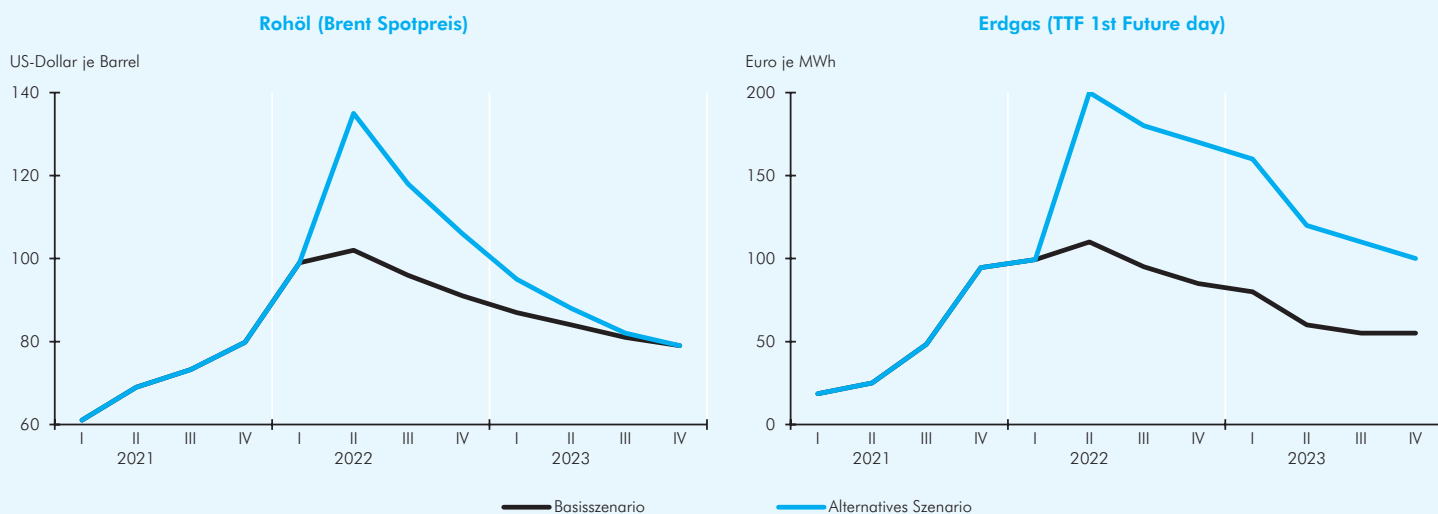
³ Übernahme von Portfolios der HSH-Nordbank, Zahlungen an die Nord LB, Strafzahlungen von Automobilkonzernen, Zahlungen von TollCollect an den Bund, Gerichtsurteile.

Anmerkung: Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Einmaleffekte, Zinsausgaben, Konjunkturkomponente, konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo in Relation zum Produktionspotenzial.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Abbildung 2.14

Energiepreisannahmen



Quellen: Refinitiv; Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Wie weit die Preise steigen und wie lange sie erhöht bleiben, hängt zum einen davon ab, in welchem Umfang und wie rasch außerhalb Russlands zusätzliches Angebot bereitgestellt werden kann. Dies kann durch eine erhöhte Förderung, insbesondere in Ländern mit substanziellen freien Förderkapazitäten wie Saudi-Arabien, das Aufheben von gegenwärtig gültigen Handelsbeschränkungen gegenüber dem Iran und Venezuela oder durch das Hochfahren der Produktion nicht-konventioneller Ölquellen (Schieferöl und Ölsande) geschehen. Zum anderen spielt eine Rolle, wie schnell das russische Öl Abnehmer in nichtsanktionierenden Ländern, wie China oder Indien, findet. Die Institute rechnen in diesem Szenario damit, dass der Preis für Öl der Sorte Brent zunächst kräftig steigt, auf 135 US-Dollar je Barrel im Durchschnitt des zweiten Quartals 2022, sich im Verlauf des Prognosezeitraums dann aber sukzessive verringert und im zweiten Halbjahr wieder auf den Preispfad des Basisszenarios einschwenkt (vgl. Abbildung 2.14). Grund dafür ist neben der angeregten Mehrproduktion auch die Eintrübung der weltwirtschaftlichen Aktivität.

Im Fall von Erdgas ist mit einem stärkeren und nachhaltigeren Anstieg der Weltmarktpreise zu rechnen. Neben dem Rückgriff auf die sehr begrenzten zusätzlichen Kapazitäten aus anderen leitungsverbundenen Lieferländern wie Norwegen oder Algerien wird die europäische Nachfrage nach Flüssiggas drastisch zunehmen. Dieses wird weltweit gehandelt und steigende Preise treffen damit auch die großen Importländer in Asien, aber auch Länder in Lateinamerika. Zusätzliche Flüssiggaskapazitäten werden nur langsam auf den Markt kommen, und die Umleitung des russischen Pipeline-Gases zu anderen Nachfragern ist kurzfristig kaum möglich. Für das Alternativeszenario rechnen die Institute mit einem europäischen Erdgaspreis, der ausgehend von

200 Euro je MWh im zweiten Quartal nur allmählich sinkt und auch am Ende des Prognosezeitraums noch doppelt so hoch ist wie im Basisszenario.

Die höheren Energiepreise bremsen weltweit die Konjunktur. In Europa kommt hinzu, dass in einer Reihe von Ländern russisches Gas als Rohstoff so wichtig ist, dass es kurzfristig nicht vollständig ersetzt werden kann und – wie in Deutschland – mit Rationierungen zu rechnen ist, welche die Industrieproduktion zeitweise deutlich sinken lassen werden. Die wirtschaftlichen Einbußen sind zwar umso stärker, je höher die Abhängigkeit von russischem Erdgas ist, sie betreffen aber alle Branchen und Länder indirekt. Denn über die Lieferketten dürfte auch die Produktion in nicht direkt betroffenen Betrieben behindert werden, da fehlende Vorprodukte kaum in ausreichendem Umfang kurzfristig durch Importe aus anderen Ländern zu ersetzen sein werden.

Alles in allem rechnen die Institute damit, dass das Bruttoinlandsprodukt in der EU im Jahr 2022 mit einer Rate von 2,8% um 0,5 Prozentpunkte schwächer steigt als im Basisszenario (vgl. Tabelle 2.17). Da sich die negativen Wirkungen des Importstopps erst nach und nach entfalten und die Effekte der Rationierung sich im Winter konzentrieren, ist der Abschlag gegenüber dem Basisszenario im kommenden Jahr mit 2,4 Prozentpunkten erheblich größer und der verbleibende Produktionszuwachs mit 0,3 Prozentpunkten nur noch gering. Die Weltproduktion insgesamt fällt in diesem Jahr um 0,3% niedriger aus als im Basisszenario. Im kommenden Jahr reduziert sich die Expansionsrate der Weltwirtschaft um 0,8 Prozentpunkte, gewichtet mit deutschen Exportanteilen sogar um 1,6 Prozentpunkte. Bei alledem wird die Inflation nochmals spürbar höher sein als im Basisszenario.

Tabelle 2.17

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt – Alternativszenario

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹		Verbraucherpreise ¹		Bruttoinlandsprodukt ¹		Verbraucherpreise ¹	
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten			
		2022	2023	2022	2023	2022	2023	2022	2023
Europa	28,3	1,9	0,0	8,4	4,6	-0,7	-2,1	0,4	0,4
EU-27	20,3	2,8	0,3	6,6	3,7	-0,5	-2,5	1,0	1,1
Großbritannien	3,6	3,3	0,0	6,5	3,2	-0,4	-1,7	0,6	0,5
Schweiz	1,0	3,6	1,0	2,3	1,4	-0,4	-1,5	0,4	0,5
Norwegen	0,5	3,6	2,0	4,0	3,0	-0,2	-1,0	0,4	0,8
Russland	2,0	-12,0	-8,0	20,0	12,0	-5,5	-4,0	0,0	0,0
Türkei	1,0	3,4	3,0	55,0	40,0	-0,4	2,0	5,0	10,0
Amerika	34,8	3,2	2,0			-0,2	-0,1		
USA	27,8	3,4	2,0	7,9	3,2	-0,2	-0,1	0,6	0,3
Kanada	2,2	3,6	2,4	5,8	2,8	-0,2	-0,3	0,7	0,3
Lateinamerika ²	4,8	2,0	2,0			-0,2	-0,5		
Asien	37,0	4,0	4,1			-0,2	-0,3		
Japan	6,7	1,2	1,0	2,0	1,4	-0,5	-1,0	0,5	0,6
China ohne Hongkong	19,7	4,8	5,5			0,0	-0,1		
Südkorea	2,2	2,7	2,2	3,5	2,4	-0,4	-0,6	0,3	0,5
Indien	3,5	8,5	6,0			-0,5	-0,6		
Ostasien ohne China ³	4,8	3,1	4,0			-0,4	-0,5		
Insgesamt⁴	100,0	3,2	2,2			-0,3	-0,8		
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁵	66,0	3,0	1,4	6,1	2,7	-0,3	-1,0	0,4	0,3
Schwellenländer ⁶	34,0	3,5	3,9			-0,4	-0,4		
Nachrichtlich:									
Exportgewichtet ⁷		2,9	1,1			-0,5	-1,6		
Kaufkraftgewichtet ⁸		3,5	2,9			-0,1	-0,5		
Welthandel ⁹		2,5	1,5			-0,8	-1,6		

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

² Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

³ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁴ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2020 in US-Dollar.

⁵ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁶ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁷ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2020.

⁸ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020.

⁹ Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; Eurostat; OECD; CPB; Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Wie in anderen Ländern wirkt die Unterbrechung der Gasversorgung aus Russland auch in Deutschland als negativer Angebotschock. Die Institute leiten die Stärke des Schocks und seine Folgen in fünf Schritten ab:¹³

- Bestimmung des zeitlichen Profils der Gasverfügbarkeit
- unmittelbare Produktionsausfälle im Verarbeitenden Gewerbe
- Verstärkungs- und Ausstrahleffekte auf andere Wirtschaftsbereiche
- Kaufkraftentzug infolge höherer Energiepreise
- gesamtwirtschaftliche Kreislaufanalyse

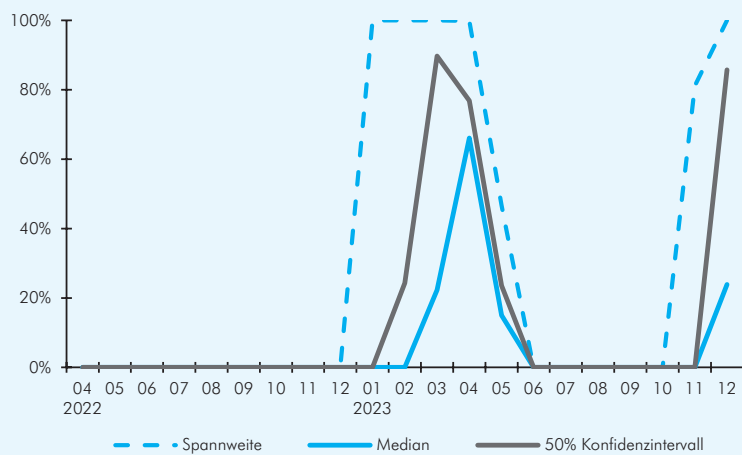
Das zeitliche Profil der Gasverfügbarkeit ergibt sich aus dem Zusammenspiel von laufendem Angebot, Verbrauch und den Speicherfüllständen. Dabei ist auf der Basis unterschiedlicher angebots- und nachfrageseitiger Substitutionspotenziale¹⁴ eine Vielzahl plausibler Kombination vorstellbar. Anstatt eine einzige Konfiguration auszuwählen, haben die Institute im Rahmen einer stochastischen Simulation einen Medianverlauf für die Gasverfügbarkeit bestimmt, der somit auf halbem Weg zwischen ungünstigster und günstigster Konstellation liegt. Die privaten Haushalte werden in allen betrachteten Konstellationen dem „Notfallplan Gas“ folgend nicht rationiert. Die Institute unterstellen allerdings, dass die Gasspeicher nicht wie bislang vorgesehen gefüllt

¹³ Für eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Ein alternatives Szenario: EU ohne Energierohstoffe aus Russland – Methodenbeschreibung, Materialien, Nr. 1, 2022.

¹⁴ Vgl. Holz, F.; Sogalla, R.; von Hirschhausen, C.; Kernfert, C.: Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert, in: DIW aktuell 83, Berlin 2022. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.: Kurzfristige Substitutions- und Einsparpotenziale Erdgas in Deutschland, https://www.bdeuw.de/media/documents/Kurzfristige_Gassubstitution_Deutschland_final_17.03.2022_korr1.pdf, Abruf am 07.04.2022.

Abbildung 2.15

Umfang der Gasrationierung im Verarbeitenden Gewerbe im Falle eines Importstopps russischer Brennstoffe



Quellen: AG Energiebilanzen e.V.; OECD; Simulation der Institute.

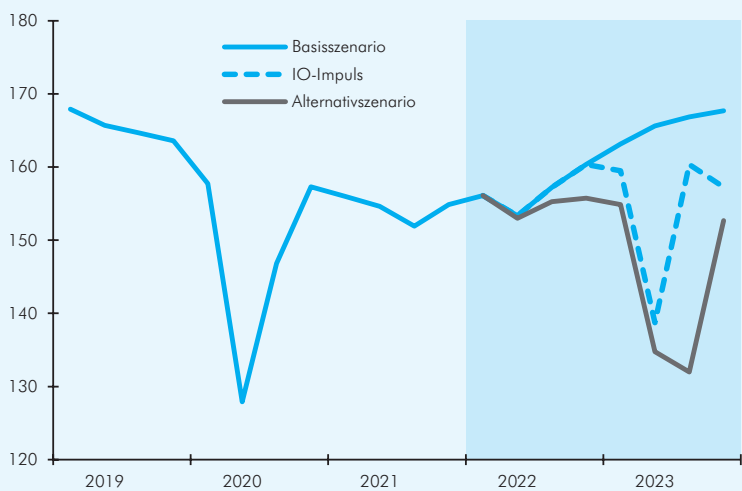
© GD Frühjahr 2022

werden, sondern dass versucht wird, Produktionsausfälle in der Industrie zu reduzieren. Zur Abschätzung der Unsicherheit bzgl. des Gasmarktangebots und der -nachfrage wurden 1 000 Simulationsläufe für unterschiedliche Angebots- und Nachfragemengen Kombinationen durchgeführt. Die Angebots-/Nachfragemengen werden in jedem Simulationslauf als gewichtetes Mittel zwischen maximal und minimal Angebot/Nachfrage ermittelt. Das Gewicht stammt für jeden Anbieter und Nachfrager aus einer Gleichverteilung zwischen Null und Eins. Unter günstigen Bedingungen kann eine Mangellage vermieden werden; mit großer Wahrscheinlichkeit reichen die in den Gasspeichern vorgehaltenen Mengen jedoch nicht für eine unterbrechungsfreie Versorgung der Industrie aus (vgl. Abbildung 2.15). So werden ab dem Jahreswechsel 2022/23, wenn in der Heizperiode die Speicher aufgezehrt sind, für einen Zeitraum von 4 Monaten (Januar bis April 2023) nicht mehr alle industriellen Verbraucher wie gewohnt beliefert werden können. Den Simulationen zufolge würden ab Ende 2023 unter unveränderten Parametern abermals Engpässe auftreten. Die Institute nehmen an, dass die längere Vorbereitungszeit Substitutionsmöglichkeiten erschließt, die die Versorgungsengpässe im Vergleich zum Winter 2022/23 deutlich mildern dürften. Freilich ist eine solche Einschätzung mit erheblicher Unsicherheit verbunden.

Abbildung 2.16

Szenarienvergleich – Verarbeitendes Gewerbe

Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro; saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Im Verarbeitenden Gewerbe wird der größte Gasanteil für Prozesswärme benötigt oder fließt direkt in die Verarbeitung ein, so dass dort der Verzicht auf Erdgas zu Produktionsausfällen führt. Die Gasmengen werden in dem hier simulierten Rationierungsregime den einzelnen Industriezweigen proportional gekürzt.¹⁵ Dies führt zu Produktions- und Wertschöpfungsverlusten, die der prozentualen Reduktion der Gasversorgung entsprechen, gewichtet mit den branchenspezifischen Erdgasanteilen an ihrem jeweiligen Endenergieverbrauch. Diese Produktionsausfälle strahlen als Zweitrundeneffekt über die Vorleistungsverflechtung auf die nachgelagerte Produktionsstufe aus, die anhand einer Input-Output-Tabelle bestimmt werden. Dabei wird angenommen, dass ein Wirtschaftsbereich nur dann die Produktion zusätzlich drosseln muss, wenn die Einschränkung durch fehlende Vorleistungen die aufgrund der Gasknappheit bestehende Einschränkung aus dem Erstrundeneffekt übersteigt.¹⁶ Die Institute gehen davon aus, dass sich die resultierenden Zweitrundeneffekte kurzfristig nicht durch ausländische Lieferungen kompensieren lassen. Insgesamt ergibt sich für den Verlauf der Gasrationierung ein Rückgang der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von knapp 13,5% im zweiten Quartal 2023 gegenüber dem vierten Quartal 2022 (vgl. Abbildung 2.16, Kurve IO-Impuls). Etwa zur Jahresmitte 2023 ist in diesem Szenario wieder Erdgas in ausreichendem Umfang verfügbar, so dass die Produktion wieder hochgefahren wird.

¹⁵ Verknappt sich beispielsweise die Gasmenge in einem Industriezweig, der ein Zehntel seines Energieverbrauchs mit Erdgas deckt, um die Hälfte, muss dessen Wertschöpfung um 5% gedrosselt werden.

¹⁶ Diese Annahme bedeutet freilich, dass die von beiden Effekten betroffenen Unternehmen übereinstimmen: Führen beispielsweise die Gasknappheit zu einem Wertschöpfungsausfall von 10% und die fehlenden Vorleistungen zu einem Ausfall von 5% (oder umgekehrt), wird davon ausgegangen, dass insgesamt 10% ausfallen. Im anderen Extrem betreffen die Gas- und die Vorleistungsknappheit unterschiedliche Unternehmen; dann würden sich beide Effekte voll (additiv) entfalten.

Tabelle 2.18

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen – Alternativszenario

	2022				2023				2022	2023
	I	II	III	IV	I	II	III	IV		
	Veränderung gegenüber dem Vorquartal ¹ in %								Veränderung gg. dem Vorjahr ² in %	
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,4	0,8	0,3	-0,5	-4,5	-0,3	5,3	1,9	-2,2
darunter:										
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,1	0,4	0,8	0,3	-0,5	-4,5	-0,3	5,3	1,6	-2,2
darunter:										
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,1	-1,8	1,4	0,3	-0,6	-13,2	-2,1	15,9	0,8	-7,7
darunter:										
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	-2,0	1,5	0,3	-0,5	-13,0	-2,0	15,7	0,3	-7,7
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	3,0	-0,3	0,5	0,2	-0,6	-14,2	-2,3	17,4	3,9	-7,8
Baugewerbe	2,5	0,2	0,7	0,3	-0,1	-3,5	-0,5	4,2	3,0	-1,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,2	1,1	0,5	0,2	-1,2	-3,0	0,2	4,4	2,0	-2,0
Information und Kommunikation	0,1	0,8	0,3	0,2	-0,7	-1,6	0,6	1,8	3,1	-0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,2	0,1	0,4	0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	1,1	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	-0,6	0,3	0,8	0,6	0,2
Unternehmensdienstleister	0,0	0,5	0,5	0,2	-0,4	-4,2	-0,2	5,6	2,8	-1,9
Öffentliche Dienstleister	0,0	1,8	1,1	0,4	0,0	0,0	0,4	0,4	1,5	1,5
Sonstige Dienstleister	-2,5	5,5	2,0	0,5	-1,8	-3,9	0,3	3,5	1,0	-1,2
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten									
Bruttoinlandsprodukt	0,0	-0,3	-0,8	-0,7	-1,2	-5,2	-0,8	4,9	-0,8	-5,3
darunter:										
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,0	-0,3	-0,8	-0,7	-1,2	-5,2	-0,8	4,9	-0,8	-5,3
darunter:										
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	0,0	-0,3	-1,0	-1,6	-2,2	-14,5	-2,8	15,4	-1,1	-12,8
darunter:										
Verarbeitendes Gewerbe	0,0	-0,3	-1,0	-1,7	-2,3	-14,5	-2,8	15,2	-1,1	-13,1
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	0,0	-0,8	-1,0	-0,8	-1,4	-14,8	-2,8	16,9	-1,3	-11,0
Baugewerbe	0,0	0,0	-0,3	-0,2	-0,5	-3,9	-0,9	3,8	-0,2	-3,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,0	-1,2	-1,5	-0,7	-1,8	-3,5	-0,1	4,1	-1,9	-5,0
Information und Kommunikation	0,0	-0,1	-0,5	-0,3	-1,2	-2,1	0,1	1,3	-0,4	-2,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,8	0,1	0,6	-0,1	-0,6
Unternehmensdienstleister	0,0	0,0	-1,0	-0,8	-1,2	-4,7	-0,7	5,1	-0,7	-4,9
Öffentliche Dienstleister	0,0	0,0	-0,2	-0,3	-0,5	-0,5	0,0	0,0	-0,2	-1,1
Sonstige Dienstleister	0,0	-0,5	-4,0	-0,5	-2,6	-4,7	-0,2	3,0	-2,6	-8,0

¹ Verkettete Absolutwerte, Quartalswerte saison- und kalenderbereinigt.

² Ursprungswerte; Jahresdurchschnitte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

Solche Produktionseinbrüche wirken typischerweise im Verarbeitenden Gewerbe nach, weil dadurch Lieferketten erheblich gestresst werden. Zudem strahlen sie auch auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Diese Effekte, wie auch die anschließende Erholung, quantifizieren die Institute anhand einer Mittelung verschiedener Modellergebnisse. Verwendet wurden u. A. ein ARMA-Modell für die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und ein Zeitreihenmodell für die Effekte eines Ölangebotsschocks, die beide ähnliche Ergebnisse zeigen. Die Unterauslastung im Verarbeitenden Gewerbe wird sich demnach über mehrere Quartale hinziehen (vgl. Abbildung 2.16, Kurve Alternativszenario und Tabelle 2.18)

Nach einem Dämpfer im Auftaktquartal 2023, bricht das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um über 4% ein

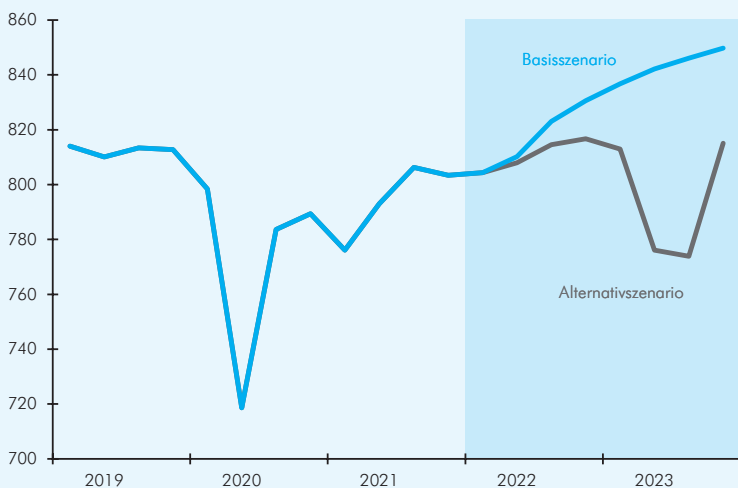
(vgl. Abbildung 2.17). Eine Erholung im Schlussquartal fängt dies zwar teilweise auf, alles in allem sinkt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 aber um rund 2% – gegenüber einem gut dreiprozentigen Anstieg im Basisszenario (vgl. Tabelle 2.19). Der kumulierte Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion dürfte sich bereits in beiden Jahren auf rund 220 Mrd. Euro belaufen, was mehr als 6,5% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht.

Das hier gezeigte Produktionsmuster hängt entscheidend vom Rationierungsregime ab. Die Institute gehen davon aus, dass zeitgleich mit dem Lieferstopp die Notfallstufe des „Notfallplans Gas“ in Kraft tritt. Annahmegemäß werden die Mindestfüllstände außer Kraft gesetzt, ein Mehrbezug von Gas gegenüber dem Vorjahresniveau dürfte jedoch unterbunden

Abbildung 2.17

Szenarienvergleich – Reales Bruttoinlandsprodukt

Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro; saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

werden. Damit ist ein Vorziehen der Produktion nicht möglich. Allerdings fehlt bislang auch ein Mechanismus, der es einem industriellen Verbraucher ermöglichen würde, durch eine vorgezogene Reduktion des Gasverbrauchs Reserven für die Engpassphase zu bilden. In der Folge wird die Produktion der gasverbrauchenden Industrie im Vorfeld des Engpasses noch nicht angepasst.

Die Verbraucherpreise werden weitaus stärker steigen als im Basisszenario (vgl. Abbildung 2.18). Maßgeblich sind die spürbar höheren Rohstoffpreise. Vor allem die Preise für Gas, das zuletzt 2,5% des Warenkorbs der Verbraucher ausmachte, steigen kräftig. Höhere Marktpreise für Gas machen sich in der Verbraucherpreis-inflation aufgrund bestehender Lieferverträge für gewöhnlich erst nach und nach bemerkbar. Daher werden die höheren Gaspreise in weiten Teilen des Prognosezeitraums die Verbraucherpreis-inflation anfachen. Neben den damit verbundenen unmittelbar höheren Energiepreisen werden die Verbraucherpreise zusätzlich durch die angesichts der höheren Rohstoffpreise deutlich anziehenden Erzeugerpreise steigen. Insgesamt dürfte die Inflation im laufenden Jahr bei 7,3% liegen (Basisszenario: 6,1%) und in 2023 mit 5% (2,8%) weiter ausgesprochen hoch bleiben.

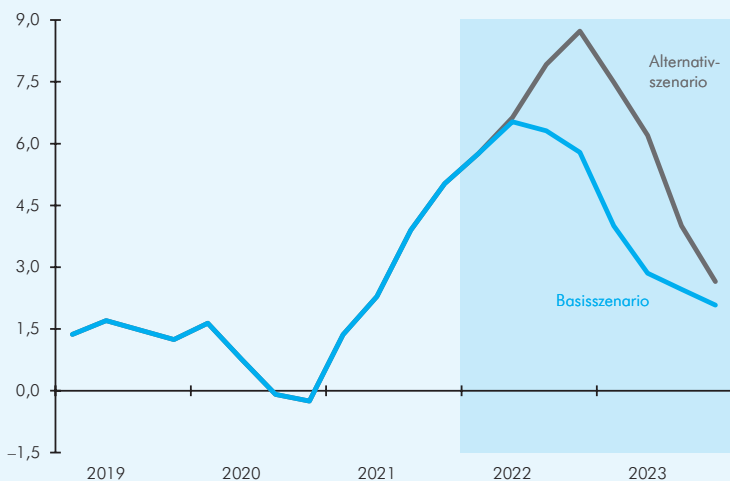
Der Außenhandel wird durch ein Gas-Embargo spürbar belastet. Bereits im laufenden Jahr dämpft die schwächere wirtschaftliche Entwicklung in den deutschen Absatzmärkten die Exporte gegenüber dem Basisszenario. Im kommenden Jahr brechen die Exporte vorübergehend ein, da die Produktion durch den Mangel an Erdgas massiv gestört wird. Die Erholung der Produktion, die sich mit dem Nachlassen der Engpässe gegen Ende des Jahres 2023 einstellt, übersetzt sich auch in die Exporte. Insgesamt rechnen die Institute damit, dass die Exporte im Jahr 2022 um 4,2% steigen und im kommenden Jahr um 3,5% zurückgehen. Das sind 0,7 (2022) bzw. 8,1 Prozentpunkte (2023) weniger als im Basisszenario. Auch die Importe leiden im laufenden Jahr gegenüber dem Basisszenario. So fallen die Einfuhren von Erdgas aus Russland im zweiten Quartal weg und werden zunächst nicht ersetzt. Zugleich wirken sich die noch deutlich höheren Energiepreise im gesamten Prognosezeitraum negativ auf die Binnenwirtschaft aus. Hinzu kommt der Effekt der Produktionsausfälle im ersten Halbjahr 2023. Alles in allem ergibt sich ein Anstieg der Importe um 4,6% im Jahr 2022 (-0,9 Prozentpunkte) und ein Rückgang um 0,3% im Jahr 2023 (-5,5 Prozentpunkte). Die Terms of Trade verschlechtern sich im Prognosezeitraum aufgrund der höheren Energiepreise deutlich stärker als im Basisszenario.

Der starke Produktionsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe dürfte auch dazu führen, dass die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 2023 um 7% gegenüber dem Vorquartal einbrechen (vgl. Tabelle 2.20). In Erwartung der Produktionsdrosselung werden sie aber bereits in diesem Jahr mit 0,7% etwas schwächer laufen (-0,3 Prozentpunkte). Im folgenden Jahr dürften die Ausrüstungen nur um 3,1% (-10,3 Prozentpunkte) zulegen. Auch die Investitionen in Bauten dürften durch ein Gas-Embargo bereits im laufenden Jahr etwas schwächer zulegen. Fehlende Vorleistungen betreffen alle

Abbildung 2.18

Szenarienvergleich – Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Bausparten. Zusätzlich wird der Wirtschaftsbau durch die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe belastet. Im Folgejahr dürften die Bauinvestitionen leicht rückläufig sein (–1% bzw. –3 Prozentpunkte).

Der private Verbrauch wird in beiden Jahren eingeschränkt, weniger aufgrund physischer Knappheiten, sondern in Folge von Kaufkraftverlusten. Die verfügbaren Realeinkommen fallen gegenüber dem Basisszenario im Jahr 2022 um 1,4% niedriger aus, im nächsten Jahr um 7,0%. In diesem Jahr belastet vor allem die höhere Inflation (+1,2 Prozentpunkte), die bei kaum geringerem Nominaleinkommen bereits deutlich auf den realen Konsum durchschlägt (–1,4%). Die im kommenden Jahr deutlich geringeren verfügbaren Einkommen (–4,0%) – die geringere Lohnsumme (–4,9%) wird nur teilweise durch höhere Sozialleistungen aufgefangen, zudem brechen Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen weg (–11,5 %) – und eine höhere Teuerung (+2,2 Prozentpunkte) schlagen sich in einem spürbar geringeren Konsum (–6,4%) nieder.

Am Arbeitsmarkt hinterlässt der Lieferstopp ebenfalls deutliche Spuren. Die im Vergleich zum Basisszenario gedämpfte wirtschaftliche Aktivität im laufenden Jahr führt zu einer verringerten Arbeitsnachfrage der Unternehmen (vgl. Abbildung 2.19). Da es im laufenden Jahr zu einer graduellen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage kommt, sowie im Zuge der höheren Unsicherheit und in Erwartung des Produktionseinbruchs im Jahr 2023, dürfte sich die verringerte Arbeitsnachfrage weniger in der Arbeitszeit je Erwerbstätigen, sondern eher über weniger Neueinstellungen niederschlagen. Da die Unternehmen annahmegemäß wissen, dass der Produktionseinbruch im kommenden Jahr nur vorübergehend ist, wird der Arbeitsausfall überwiegend über eine reduzierte Arbeitszeit je Beschäftigten – und eine damit verbundene massive Ausweitung der Kurzarbeit – bewerkstelligt. Dadurch können die Unternehmen ihre Aktivität nach Ende der Versorgungsknappheit rasch wieder hochfahren. Die Institute rechnen im Durchschnitt des Jahres 2023 mit einem Kurzarbeiter-Beschäftigtenäquivalent von 725 000.¹⁷ Die Erwerbstätigkeit fällt Ende des Jahres 2023 um 750 000 Personen niedriger aus als im Basisszenario. Die Arbeitslosenquote steigt von durchschnittlich 5,2% im laufenden Jahr auf 6,0% im kommenden Jahr – im Basisszenario liegt sie in beiden Jahren bei 5,0%. Die Lohnentwicklung wird deutlich schwächer ausfallen. Trotz der höheren Preisdynamik fällt der Verteilungsspielraum aufgrund der Rezession deutlich kleiner aus. Darüber hinaus werden die Pro-Kopf-Verdienste durch die massive Ausweitung der Kurzarbeit vorübergehend gedrückt.

Die konjunkturelle Krise belastet die öffentlichen Haushalte merklich. Verglichen mit dem Basisszenario fallen höhere monetäre Sozialleistungen in Form von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld an. Die Einnahmen aus Steuern und Beiträgen fallen deutlich geringer aus. Umfangreiche Konjunkturmaßnahmen, wie finanzielle Hilfen an besonders betroffene

Tabelle 2.19

Eckdaten der Prognose für Deutschland – Alternativszenario

	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹	1,9	–2,2
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 370	45 185
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 369	2 787
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,2	6,0
Verbraucherpreise ⁴	7,3	5,0
Lohnstückkosten ⁵	2,0	3,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶		
In Mrd. Euro	–76,2	–157,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	–2,0	–4,1
Leistungsbilanzsaldo		
In Mrd. Euro	187,6	117,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	5,0	3,1
	Abweichung vom Basisszenario	
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (in Prozentpunkten)	–0,8	–5,3
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	–84,7	–548,8
Arbeitslose (1 000 Personen)	76,3	493,9
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozentpunkten)	0,2	1,1
Verbraucherpreise ⁴ (in Prozentpunkten)	1,2	2,2
Lohnstückkosten ⁵ (in Prozentpunkten)	–0,1	1,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁶		
In Mrd. Euro	–24,0	–129,6
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozentpunkten)	–0,6	–3,4
Leistungsbilanzsaldo		
In Mrd. Euro	–26,6	–128,8
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozentpunkten)	–0,7	–3,0

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
² Inlandskonzept.
³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).
⁴ Verbraucherpreisindex (2015=100).
⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

Branchen oder Unternehmen, sind in dieser Prognose nicht berücksichtigt. Analog zur Corona-Krise gehen die Institute allerdings davon aus, dass die bestehenden Sonderregeln zur Kurzarbeit in Kraft bleiben und die Sozialversicherungen im Krisenjahr 2023 Zuschüsse vom Bund erhalten, um einen deutlichen Anstieg der Beitragssätze zu vermeiden. In der Summe dürfte das Defizit im Jahr 2022 etwas schwächer sinken als im Basisszenario und im Jahr 2023 in etwa auf das Niveau der Corona-Krise zurückschnellen.

Ausblick

Der durch den Lieferstopp ausgelöste Wirtschaftseinbruch wird bis zum Ende des Prognosezeitraums noch nicht wieder aufgeholt. Im Schlussquartal verbleibt gegenüber dem Basisszenario eine Lücke von rund 4%. Auch ein abermaliger Rückschlag im Winter 2023/2024 ist möglich. In der mittleren Frist dürfte sich die Wirtschaftsleistung jedoch allmählich

¹⁷ Zum Vergleich: Im Jahr 2020 lag das Kurzarbeiter-Beschäftigtenäquivalent bei knapp 1,2 Millionen Personen.

Tabelle 2.20

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts¹ – Alternativszenario

	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %							
Private Konsumausgaben	-0,4	1,0	1,0	0,0	-0,5	-4,0	-0,3	4,5
Öffentlicher Konsum	-0,5	0,7	0,3	-0,2	0,1	0,6	0,5	0,4
Bauten	2,5	-0,1	0,9	0,7	-0,1	-2,7	-0,4	3,9
Ausrüstungen	1,0	-2,2	3,3	4,8	1,5	-7,0	1,0	10,0
Sonstige Anlagen	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	0,6	0,8
Vorratsinvestitionen ²	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,6	0,9	0,4	-0,1	-2,8	0,0	3,6
Außenbeitrag ²	0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,4	-1,7	-0,3	1,7
Exporte	-0,6	0,0	1,7	1,3	-0,5	-8,5	-1,0	11,0
Importe	-1,1	0,3	2,1	1,7	0,2	-5,4	-0,5	7,6
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,4	0,8	0,3	-0,5	-4,5	-0,3	5,3
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten							
Private Konsumausgaben	0,0	-0,7	-1,2	-1,0	-1,1	-4,5	-0,7	4,3
Öffentlicher Konsum	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauten	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,7	-3,3	-1,0	3,3
Ausrüstungen	0,0	-0,2	-0,2	-0,2	-3,0	-10,0	-1,5	8,5
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	-0,4	-0,4	-0,2	-0,3	-0,2	0,1
Vorratsinvestitionen ²	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,0	-0,4	-0,7	-0,5	-0,8	-3,5	-0,6	3,2
Außenbeitrag ²	0,0	0,1	-0,1	-0,1	-0,4	-1,8	-0,3	1,7
Exporte	0,0	-0,5	-0,5	-0,5	-1,7	-9,4	-1,9	10,1
Importe	0,0	-0,8	-0,2	-0,2	-1,1	-6,3	-1,4	6,7
Bruttoinlandsprodukt	0,0	-0,3	-0,8	-0,6	-1,2	-5,2	-0,8	4,9

¹ Saison- und kalenderbereinigte Werte.

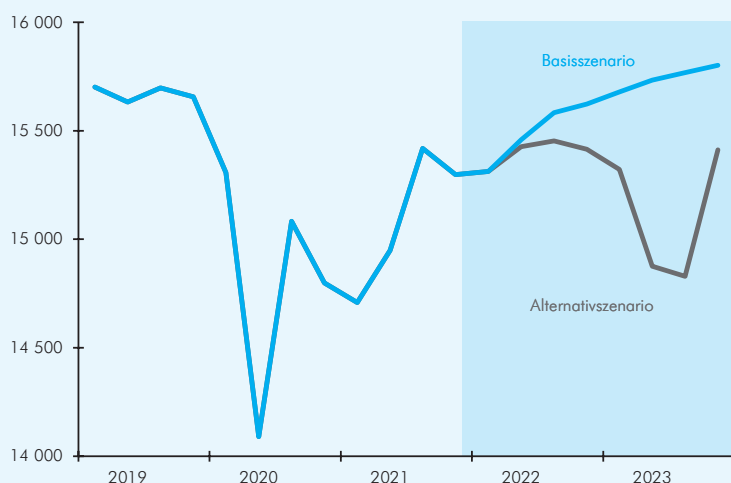
² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

Abbildung 2.19

Szenarienvergleich - Arbeitsvolumen

Millionen Stunden; saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2022: Prognose der Institute.

dem Pfad annähern, der auch für das Basisszenario gilt. Maßgeblich hierfür ist Produktionspotenzial (vgl. Kapitel 3), das weniger durch die temporäre Gaskrise als vielmehr dadurch beeinträchtigt wird, dass Energie auf absehbare Zeit am Standort Deutschland merklich teurer sein wird, als es sich vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine darstellte. Denn die Entscheidung, unabhängig von russischen Rohstofflieferungen zu werden, dürfte auch dann noch Bestand haben, wenn sich die militärische und politische Lage wieder eruhigt. Damit muss sich ein Teil der Energieversorgung und der energieintensiven Industrie neu ausrichten.

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Schätzung des Produktionspotenzials

Die Institute schätzen das Produktionspotenzial mit einem Verfahren, das sich an dem der Europäischen Kommission orientiert (EU-Methode). Grundlage ist eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen.¹ Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der trendmäßigen Partizipationsquote, der strukturellen Erwerbslosenquote und dem Trend der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Zusätzlich berechnen die Institute das Produktionspotenzial auch mit einer modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der Fortschreibungsmodelle an empirische Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden, zum Beispiel für die Arbeitszeit und die Erwerbsbeteiligung. Diese Modelle werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Die Institute stützen ihre Konjunkturschätzung (vgl. Kapitel 2) auf die Ergebnisse der modifizierten EU-Methode. Die mittelfristige Projektion und die Konjunkturbereinigung öffentlicher Finanzkennziffern erfolgen mit der EU-Methode, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten.

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung lehnen sich die Institute an die im September 2021 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte aktualisierte mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung für die Jahre 2021 bis 2035 an.² Diese geht von zwei Szenarien für die Zuwanderung aus. In ihrem Herbstgutachten 2021 hatten die Institute ein mittleres Szenario zwischen „moderater Wanderungssaldo“ und „hoher Wanderungssaldo“ unterstellt. Dieses geht von einem Anstieg der Nettozuwanderung auf 335 000 Personen im Jahr 2023 aus, bevor diese bis Ende 2026 wieder langsam zurückgeht. Diese Annahme muss infolge des großen Flüchtlingsstroms aus der Ukraine angepasst werden.

Bis Anfang April sind rund 4,3 Millionen Menschen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflohen, davon die meisten nach Polen.³ Viele ziehen in andere europäische Länder weiter. Schätzungen der Europäischen Kommission gehen davon aus, dass sich diese Zahl auf etwa 7 Millionen Flüchtlinge

erhöhen könnte.⁴ Für die Potenzialschätzung ist relevant, wie viele davon im Laufe der Zeit nach Deutschland kommen. Bis Anfang April wurden hierzulande über 310 000 Geflüchtete aus der Ukraine gezählt.⁵ Die Auswahl der Zielländer hängt nicht zuletzt davon ab, ob zu Menschen in möglichen Aufnahmeländern bereits soziale Beziehungen bestehen. Misst man diese u. A. über Social-Media-Kontakte, so sind in Deutschland rund 12% der Flüchtlinge zu erwarten,⁶ was bei einer Gesamtzahl von 7 Millionen rund 840 000 Flüchtlingen entsprechen würde. Diese Personenzahl legen die Institute für die Potenzialschätzung zugrunde. Für das Jahr 2022 wird ein Nettozuzug von 600 000 Flüchtlingen angenommen.⁷ Für 2023 und 2024 werden unter Berücksichtigung möglicher Rückkehrer weitere 140 000 bzw. 100 000 Personen als Nachzug aus der Ukraine unterstellt. Diese dürften in großer Mehrheit Familienangehörige sein. Hinsichtlich der Altersstruktur wird angenommen, dass 45% der Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) sind.⁸

Unter dieser Annahme wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland insgesamt zunächst bis zum Jahr 2024 zunehmen, danach aber im Zuge der Alterung allmählich sinken. Damit verschiebt sich der Zenit der Erwerbsbevölkerung um ein Jahr. Allerdings sind die Annahmen zur Fluchtmigration mit hoher Unsicherheit behaftet.

Die Partizipationsquoten werden seit der überdurchschnittlichen Zuwanderung im Jahr 2015 für Geflüchtete und die übrige Erwerbsbevölkerung separat bestimmt. Für die Ukrainer wird bis Ende 2022 von 20% ausgegangen. Diese Quote steigt bis zum Jahr 2026 auf 70%. Dies impliziert für das laufende Jahr eine Partizipationsquote aller Flüchtlinge von rund 60% und somit einen Rückgang um 4 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2021. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist nach MODEM auf Basis eines Alterskohortenmodells fortgeschrieben, um der Verschiebung der Bevölkerungsstruktur von Alterskohorten mit hoher Erwerbsbeteiligung hin zu Kohorten mit deutlich niedrigerer Erwerbsbeteiligung Rechnung zu tragen. Die gesamtwirtschaftliche

¹ Vgl. Havik, K.; McMorrow, K.; Orlandi, F.; Planas, C.; Raciborski, R.; Roeger, W.; Rossi, A.; Thum-Thysen, A.; Vandermeulen, V.: The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Brüssel 2014.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden 2021.

³ Vgl. <https://data2.unhcr.org/en/situations/ukraine>, Abruf am 06.04. 2022.

⁴ Vgl. <https://www.france24.com/en/europe/20220227-europe-must-prepare-for-millions-of-ukrainian-refugees-eu-commissioner-says>, Abruf am 06.04. 2022.

⁵ Vgl. https://twitter.com/BMI_Bund/status/151161525477765890, Abruf am 06.04. 2022.

⁶ Vgl. Best, L.; Menkhoff, M.: Flüchtlingsströme in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: Ihre Verteilung unter Berücksichtigung sozialer Kontakte, in: ifo Schnelldienst, 75. Jg. (Sonderausgabe), 23–28, München April 2022.

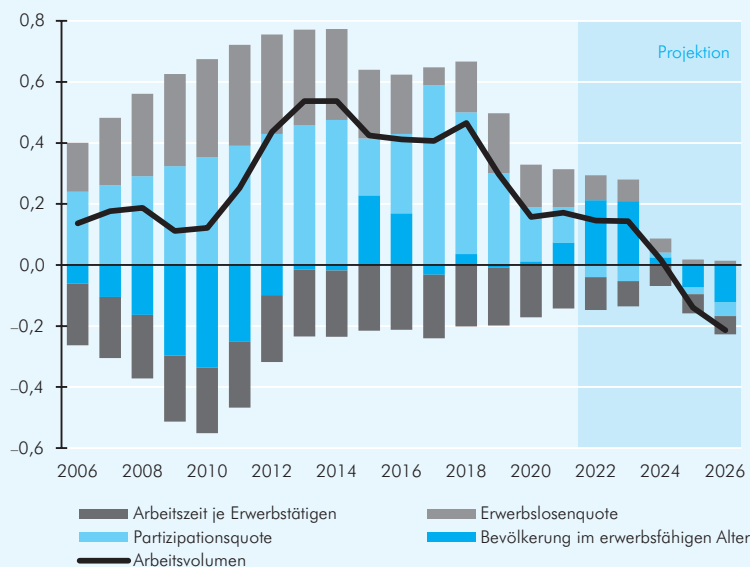
⁷ Dies entspricht der Annahme in Gartner, H.; Hellwagner, T.; Hummel, M.; Hutter, C.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.: AB-Prognose 2022: Konjunkturaufschwung ausgebremst, in: IAB Kurzbericht 07/2022, Nürnberg 2022.

⁸ Dies entspricht der Annahme in Gartner et al. (2022), a. a. O.

Abbildung 3.1

Komponenten der Veränderung des Arbeitsvolumens nach modifizierter EU-Methode

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Arbeitsvolumen) bzw. in Prozentpunkten (Komponenten)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Partizipationsquote ergibt sich schließlich als gewichteter Durchschnitt der als strukturell interpretierten Partizipationsquote der Geflüchteten und des Trends der Erwerbsbeteiligung der übrigen Bevölkerung. Im Projektionszeitraum sinkt sie geringfügig.

Mit Blick auf die Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt wird für das Jahr 2022 angenommen, dass zunächst 10 000 Personen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.⁹ Bis zum Jahr 2026 erhöht sich die Zahl auf gut 210 000 Personen. Ihre Erwerbslosenquote sinkt entsprechend von rund 60% in diesem Jahr auf gut 12% im Jahr 2026.¹⁰

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten. Im Wesentlichen ergibt sie sich jedoch aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen, die mit einem Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche strukturelle Erwerbslosenquote dürfte demnach im Jahr 2022 bei etwa 2,9% liegen und geringfügig auf 2,7% im Jahr 2026 zurückgehen.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen weist in Folge zunehmender Teilzeitbeschäftigung seit langem einen fallenden Trend auf, der sich in den vergangenen Jahren leicht abflachte. Die

⁹ Vgl. Gartner et al. (2022), a. a. O.

¹⁰ Dies entspricht in etwa der Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Ausländer vor Beginn der Corona-Pandemie.

Entwicklung der Arbeitszeit im mittelfristigen Projektionszeitraum wird mit einem Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Der merkliche Einbruch der Arbeitszeit aufgrund der Corona-Pandemie im Jahr 2020 von gut 4% wird dabei als Sonder-effekt im Fortschreibungsmodell berücksichtigt. Die trendmäßige Arbeitszeit dürfte im Projektionszeitraum weiterhin, wenngleich in etwas geringerem Maße, abnehmen.

Insgesamt ergibt sich für das potenzielle Arbeitsvolumen bis zum Jahr 2026 durchschnittlich eine Stagnation. Nach Anstiegen in den Jahren 2022 bis 2024 setzt allerdings ab dem Jahr 2025 demografisch bedingt der Schrumpfungsprozess ein (vgl. Abbildung 3.1). Demzufolge dämpft es das Wachstum des Produktionspotenzials gegen Ende des Projektionszeitraums.

Der Kapitalstock wird auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und des Abschreibungssatzes aus dem Jahr 2020 fortgeschrieben. Zur Bestimmung der Anlageinvestitionen in den Jahren 2024 bis 2026 wird die potenzielle Investitionsquote mit einem Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Dementsprechend nimmt der Kapitalstock bis zum Ende der mittleren Frist um jahresdurchschnittlich 1,3% zu.

Die TFP ergibt sich residual als der Teil des Bruttoinlandsprodukts, der nicht durch die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit erklärt werden kann. Der Trend der TFP wird anhand eines strukturellen Zeitreihenmodells ab dem Jahr 1996 berechnet, welches die zyklische und die trendmäßige Komponente der TFP mit Hilfe von Umfragedaten zur gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung trennt. Dem Modell zufolge wird die TFP im Projektionszeitraum mit einer Trendrate von durchschnittlich 0,6% zulegen.

Alles in allem wächst das Produktionspotenzial nach MODEM bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich 1,0% pro Jahr (vgl. Tabelle 3.1). Die Wachstumsrate liegt damit gut 0,3 Prozentpunkte unter dem Mittel seit dem Jahr 1996. Während das Arbeitsvolumen im Durchschnitt nicht mehr zum Wachstum des Produktionspotenzials beiträgt, belaufen sich die Wachstumsbeiträge des Kapitalstocks und der TFP auf 0,5 und 0,6 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 3.2).

Die Methode der Europäischen Kommission unterscheidet sich vom MODEM-Verfahren hinsichtlich der Berechnung der strukturellen Erwerbslosenquote, der Fortschreibung der Partizipationsquote in der mittleren Frist sowie der Spezifikation der Zeitreihenmodelle.¹¹ So wird die strukturelle Erwerbslosenquote von der Europäischen Kommission anhand eines Phillips-Kurven-Modells berechnet, jedoch ohne explizite Berücksichtigung der Fluchtmigration. Die Partizipationsquote wird in der mittleren Frist nicht auf Basis eines Alterskohortenmodells, sondern anhand eines

¹¹ Für einen Vergleich von EU-Methode und MODEM vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017, Kapitel 3, Tabelle 3.2., Kiel 2017 und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Kapitel 3, Kasten 3.1, Berlin 2019.

Tabelle 3.1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2021 ²	EU-Methode				Modifizierte EU-Methode (MODEM)			
		1996-2021		2021-2026		1996-2021		2021-2026	
Produktionspotenzial	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,0			
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	1,4 (0,5)		1,5 (0,5)	1,3 (0,5)			
TFP	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)	0,7 (0,7)		0,6 (0,6)	0,6 (0,6)			
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)		0,3 (0,2)	0,0 (0,0)			
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	0,1		0,0	0,1			
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,4		0,5	0,0			
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1		0,2	0,1			
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,4	-0,1		-0,4	-0,1			
<i>Nachrichtlich:</i>									
Arbeitsproduktivität	1,0	1,1	1,1		1,0	1,0			

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge.

² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

einfachen Zeitreihenmodells prognostiziert. Bei der Schätzung der trendmäßigen TFP beginnt im Unterschied zum MODEM-Verfahren der Stützzeitraum im Jahr 1980. Außerdem werden in dem EU-Verfahren im Unterschied zum MODEM-Verfahren Ursprungswerte anstelle kalenderbereinigter Werte verwendet.

Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 1,3% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials im Vergleich zum MODEM-Verfahren. Am Ende des Projektionszeitraums beträgt das Potenzialwachstum noch knapp 1,2%, während es nach MODEM auf 0,8% zurückgeht. Mit Blick auf die Produktionslücke in der kurzen Frist zeigen sich jedoch nur leichte Unterschiede zwischen den Methoden (vgl. Abbildung 3.3). Im laufenden Jahr dürfte die Produktionslücke nach beiden Ansätzen bei -1,2% liegen.

Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion

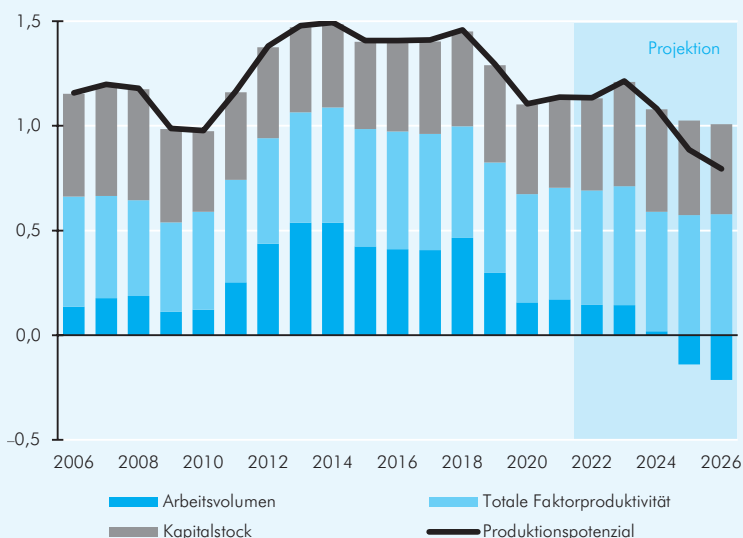
Die Erholung der Weltwirtschaft vom Corona-Schock wird im Jahr 2023 – dem letzten Jahr der Kurzfristprognose – wohl weitgehend abgeschlossen sein. Auch die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auftretenden konjunkturellen Turbulenzen dürften dann abgeklungen sein. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Russland wird unter unveränderten Rahmenbedingungen allerdings nachhaltig reduziert bleiben. In den Jahren 2024 bis 2026 expandiert die globale Produktion in der Projektion dann im Einklang mit dem erwarteten Wachstum der Produktionskapazitäten. Im Durchschnitt der Jahre 2024 bis 2026 wird sie mit einer Rate von 2,8% zunehmen. Die Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt unter der Setzung unveränderter nominaler Wechselkurse. Außerdem wird angenommen, dass sich die realen Rohstoffpreise im

weiteren Projektionszeitraum nicht ändern. Damit erhöht sich der nominale Ölpreis ab 2024 allmählich wieder, nachdem er bis Ende 2023 annahmegemäß ausgehend von dem derzeit sehr hohen Niveau allmählich sinkt. Am Ende des Projektionszeitraums liegt er bei rund 95 US-Dollar.

Abbildung 3.2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Produktionspotenzial) bzw. in Prozentpunkten (Komponenten)

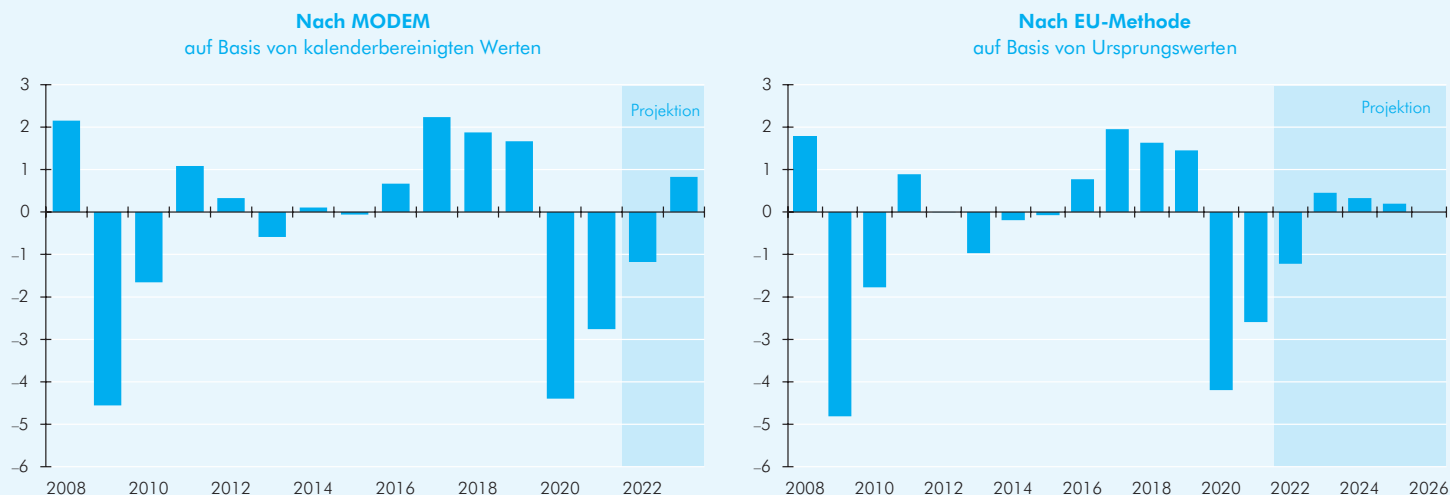


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

Abbildung 3.3

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Das Wachstumstempo wird in der mittleren Frist voraussichtlich etwas geringer ausfallen als im Trend der Jahre vor der Corona-Krise. Die allmähliche Wachstumsverlangsamung in längerfristiger Perspektive ergibt sich einmal aus demographischen Faktoren, zu denen in China hinzukommt, dass das Potenzial für Produktivitätsfortschritte durch Technologieadaptation geringer geworden ist. Gleichzeitig werden Impulse, die lange Zeit von der Globalisierung ausgingen, wohl ausbleiben. Vielmehr haben die Erfahrungen in der Pandemie, der vermehrte Einsatz von Handelssanktionen und zunehmende geopolitische Risiken das Bedürfnis verstärkt, Produktionsketten robuster zu machen und zentrale Inputs innerhalb der großen Wirtschaftsblöcke herstellen zu können. Die verstärkte Ausrichtung auf Versorgungssicherheit und der damit verbundene Verzicht auf Spezialisierungsvorteile geht aber auf Kosten der Produktivität und verringert das Wachstum.

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2026

Die Institute stützen ihre Mittelfristprojektion auf das nach der EU-Methode abgeleitete Produktionspotenzial, das auch der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zugrunde liegt. Dabei wird angenommen, dass sich die Produktionslücke bis zum Jahr 2026 schließt (vgl. Abbildung 3.3). Die positive Produktionslücke am Ende des Kurzfristprognosezeitraums im Jahr 2023 impliziert daher einen jährlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2024 bis 2026, der etwas unter dem Wachstum des Produktionspotenzials liegt, also um durchschnittlich 1,1%.

Die Beschäftigung wird nach dem starken Rückgang im Zuge der Corona-Krise im Verlauf des Projektionszeitraums bei steigender Erwerbsbeteiligung wieder ausgeweitet (vgl. Tabelle 3.2). Aufgrund der schwachen demografischen Entwicklung bleibt dieser Beschäftigungsaufbau jedoch hinter dem der vergangenen Jahre zurück und flacht ab 2024 merklich ab.

Die Projektion basiert auf der Annahme, dass sich die Verwendungsstruktur in der mittleren Frist nicht wesentlich ändert. Die Exporte werden nach der deutlichen Expansion in den Jahren 2021 bis 2023 bei einem nur noch moderat zunehmenden Welthandel im mittelfristigen Projektionszeitraum weniger stark steigen. Die Zuwachsraten der Importe verlangsamen sich im Zuge der schwächeren heimischen Absorption, und verläuft ab 2024 in etwa mit den gleichen Raten wie die Exporte. Daraus resultiert ein konstanter Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts nimmt bis zum Jahr 2026 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 2,5% zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt steigt dementsprechend um durchschnittlich 4,3% (vgl. Tabelle 3.3).

Neben den außenwirtschaftlichen Risiken bestehen auch inländische Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Aufgrund des absehbaren demografischen Wandels dürfte die Partizipationsquote weniger stark steigen als auf Basis der EU-Methode projiziert. Berechnungen der Institute anhand eines Alterskohortenmodells zeigen, dass die Partizipationsquote zum Ende des Projektionszeitraums sogar leicht sinken könnte, da ältere Alterskohorten mit einer

MITTELFRISTIGE PROJEKTION

Tabelle 3.2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigen- stunde		
				Tausend Personen	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2016	43 661	39 320	1 396	3 094	70 856	50,8	3 135	101,3
2021	44 920	40 991	1 349	3 186	70 935	52,6	3 571	112,1
2026	45 989	42 060	1 362	3 484	75 767	55,6	4 413	126,6
Veränderung insgesamt in %								
2021/2016	2,9	4,2	-3,3	3,0	0,1	3,6	13,9	10,6
2026/2021	2,4	2,6	1,0	9,4	6,8	5,8	23,6	13,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2021/2016	0,6	0,8	-0,7	0,6	0,0	0,7	2,6	2,0
2026/2021	0,5	0,5	0,2	1,8	1,3	1,1	4,3	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; Zeitraum 2026/2021: Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

zwar steigenden, aber unterdurchschnittlichen Erwerbsbeteiligung einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachen. In diesem Fall würde sich das Arbeitskräfteangebot spürbar schwächer entwickeln. Zudem könnte die zunehmende Alterung einen spürbar dämpfenden Effekt auf die Spar- und Investitionsquote und damit auf das Wachstum des Kapitalstocks ausüben.¹² Auch die sich aus der EU-Methode

ergebende Entwicklung der TFP ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Da sich die EU-Methode auf dem Zeitraum ab 1980 stützt, dürfte in Anbetracht der seit Jahren schwachen TFP-Entwicklung das Wachstum überschätzt werden.¹³ Zudem ergeben sich Risiken durch die Umstrukturierung des Kapitalstocks in Hinblick auf Digitalisierung und Dekarbonisierung (vgl. Kapitel 5).

¹² Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremsst Wachstum, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021, Kapitel 5, Essen 2021.

¹³ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, 61, Berlin 2019.

Tabelle 3.3

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorratsveränderung	
In Mrd. Euro							
2016	3 134,7	1 653,7	623,9	625,9	636,3	-10,4	231,2
2021	3 570,6	1 763,0	801,3	808,8	783,9	24,9	197,5
2026	4 412,6	2 250,1	937,2	1 048,2	1 025,5	22,7	177,1
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in %¹							
2016	100,0	52,8	19,9	20,0	20,3	-0,3	7,4
2021	100,0	49,4	22,4	22,7	22,0	0,7	5,5
2026	100,0	51,0	21,2	23,8	23,2	0,5	4,0
Veränderung insgesamt in %							
2021/2016	13,9	6,6	28,5	29,2	23,2	-	-
2026/2021	23,6	27,6	17,0	29,6	30,8	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2021/2016	2,6	1,3	5,1	5,3	4,3	-	-
2026/2021	4,3	5,0	3,2	5,3	5,5	-	-

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; Zeitraum 2026/2021: Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

4. Zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik befindet sich weiter im Krisenmodus. Zwar laufen die Corona-Maßnahmen aus, aber durch den Krieg in der Ukraine sind neue Herausforderungen hinzugekommen. Unmittelbar zeigen sich die Folgen in weiter zulegenden Energie- und sonstigen Rohstoffpreisen, möglichen kurzfristigen Versorgungsengpässen sowie steigenden Zahlen Geflüchteter.

Die Energiepreise sind bereits im vergangenen Jahr massiv gestiegen. In diesem Jahr hat sich die Energiepreisinflation mit dem Krieg in der Ukraine nochmals verschärft. Zudem steht ein Abbruch der Energielieferungen aus Russland im Raum. Eine zentrale Antwort auf die neuen Herausforderungen muss die Entwicklung resilienter Strukturen der Energieversorgung in Deutschland und der Europäischen Union sein. Die Kernaufgabe ist es dabei, die Energieversorgung zu diversifizieren. Begleitet werden muss diese Strategie durch eine noch weitergehende Vernetzung der Energieversorgung, um Spitzen des Verbrauchs und Schwankungen der Produktionsmengen auszugleichen. Dies wird umso besser gelingen, je mehr man hier im europäischen Wirtschaftsraum handelt. Einen relevanten Beitrag zur Energieversorgung wird auch künftig Erdgas leisten müssen. Eine europaweite Infrastruktur zur Versorgung mit Flüssiggas leistet einen wesentlichen Beitrag. Selbst wenn es irgendwann wieder zu geregelten Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und damit einer stabilen Versorgung mit Erdgas kommen sollte, müssten die Flüssiggasinfrastrukturen im Interesse der Versorgungssicherheit erhalten bleiben.

In der vorliegenden Prognose gehen die Institute davon aus, dass bis Ende 2023 gut 740 000 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland verbleiben. Eine beschleunigte Integration in den Arbeitsmarkt sollte durch staatliche Maßnahmen und einen beschäftigungsfreundlichen Regulierungsrahmen befördert werden. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind zudem infrastrukturelle Integrationsmaßnahmen, wie die Bereitstellung von Schul- und Kitaplätzen, erforderlich. Informationen über mögliche regionale Verbleibestrukturen aus Studien über Standorte bisher schon in Deutschland lebender Ukrainer sollten bei den Planungen genutzt werden.¹ Eine Verteilung nach bürokratischem Schlüssel würde die Arbeitsmarktintegration hingegen eher beeinträchtigen.² Der Bund hat für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen.

Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die weiteren Energielieferungen aus Russland haben die Institute neben dem Basisszenario ein Alternativszenario mit einem Stopp

russischer Energielieferungen berechnet. Während das Basisszenario im Wesentlichen eine gedämpfte konjunkturelle Entwicklung aufzeigt, kommt es im Alternativszenario zu einem vorübergehenden wirtschaftlichen Einbruch. Je nach Szenario wird die Wirtschaftspolitik unterschiedlich stark gefordert.

Basisszenario

Höhere Energiepreise wirken lassen

Im Basisszenario verteuern sich im Jahr 2022 Rohöl um 51% und Erdgas um 109% gegenüber dem Vorjahr. Aus wirtschaftspolitischer Sicht spricht vieles dafür, die Preissignale wirken zu lassen. Die höheren Preise motivieren die Unternehmen und Haushalte, sparsamer mit der knapper gewordenen Energie umzugehen. Indirekt setzen sie Anreize, energieintensive Produkte weniger im Produktionsprozess sowie für den Konsum zu verwenden und stärker auf energiesparende Technologien zu setzen. In der Folge geht die Energienachfrage zurück und der Preisdruck nimmt ab.

Preiseingriffe sind daher gerade in Phasen stark steigender Notierungen kontraproduktiv. Die jetzt beschlossene temporäre Absenkung der Kraftstoffsteuer sollte daher so kurz wie möglich Bestand haben. Besonders problematisch werden solche Eingriffe in das Preisgefüge, wenn dadurch ein Entlastungswettbewerb beispielsweise zwischen den EU-Ländern einsetzt. Entsprechend wäre hier ein abgestimmtes Verhalten auf Ebene der EU dringend geboten, um insbesondere bei energieintensiven Industrien Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt entgegenzuwirken.³

Kurzfristige Folgen bei betroffenen Unternehmen abfedern...

Ungeachtet dessen, wird es zu kurzfristigen Preisspitzen und Verwerfungen kommen, die einzelne Unternehmen in existenzbedrohende Schwierigkeiten bringen könnten, ohne dass ihre mittelfristige Rentabilität gefährdet wäre. Bei gegebenen Transaktionskosten und anderen Friktionen am Kredit- und Arbeitsmarkt ist es angebracht, den betroffenen Unternehmen Liquiditätshilfen zu gewähren. Die Verlängerung der Bezugsdauer der Kurzarbeit sollte wie geplant auslaufen, denn tendenziell dürfte der Kreis der betroffenen Unternehmen ein anderer sein als in der Corona-Krise. Verwerfungen dürften unter den Bedingungen des Basisszenarios eher im Verarbeitenden Gewerbe und dem Transportsektor als bei kontaktintensiven Dienstleistungen zu finden sein. Die Gefahren, die mit dem strukturerhaltenden

¹ Hierfür könnten beispielsweise bestehende Kontakte in sozialen Netzwerken ausgewertet werden, vgl. Best, L.; Menckhoff, M.: Flüchtlingsströme in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: Ihre Verteilung unter Berücksichtigung sozialer Kontakte, in: ifo Schnelldienst, 75. Jg. (Sonderausgabe), 23–28, München April 2022.

² Vgl. Altemeyer-Bartscher, M.; Holtemüller, O.; Wieschemeyer, M.: Zur räumlichen Verteilung von Flüchtlingen im Föderalstaat, in: ifo Schnelldienst 4/2016, 69 Jg., 43–49, München 2016.

³ Vgl. Ademmer, M.; Boysen-Hogrefe, J.; Groll, D.; Janssen, N.; Kooths, S.; Meuchelböck, S.; Sonnenberg, N.: Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2022, in: Kieler Konjunkturberichte, Nr. 89, 32, Kiel 2022.

Charakter dieser Maßnahme angesichts einer permanenten Verteuerung von fossiler Energie verbunden sind, könnten so begrenzt bleiben.

... und nur einkommensschwache Haushalte unterstützen

Der Energiepreisschock und die mit dem Krieg in der Ukraine verbundenen Verwerfungen auf anderen Rohstoffmärkten führen zu deutlich höheren Lebenshaltungskosten. Die Institute erwarten unter den Bedingungen des Basis-szenarios für 2022 eine Steigerung der Verbraucherpreise um 6,1%. Überdurchschnittlich legen dabei die Preise für Energie und Lebensmittel zu. Die krisenbedingten Belastungen treffen damit vor allem einkommensschwache Haushalte. Die Politik hat den Handlungsbedarf zur finanziellen Unterstützung der Haushalte durch den Preisschock erkannt. Sie befindet sich allerdings bei der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen in einem Zielkonflikt zwischen Zielgenauigkeit auf der einen und administrativem Aufwand sowie schneller Umsetzbarkeit auf der anderen Seite. Sowohl die im Umsetzungsprozess befindlichen als auch die im Koalitions-ausschuss beschlossenen Maßnahmen zu den zusätzlichen Transfers an die Haushalte folgen weitgehend dem Primat des raschen Vollzugs.

Nur die beschlossenen Einmalzahlungen an Empfänger von Sozialleistungen und der Heizkostenzuschuss für Wohngeld- und Bafög-Bezieher begünstigen unmittelbar einkommensschwache Haushalte. Die Energiepreispauschale und der Einmalbonus pro Kind fließen einer breiten Schicht von Haushalten zu. Die Auszahlung als Fixbetrag führt allerdings dazu, dass relativ zum Einkommen die Entlastungswirkung bei geringen Einkommen höher ausfällt. Zudem ist die Pauschale einkommensteuerverpflichtig, sodass sie mit dem individuellen Grenzsteuersatz abschmilzt. Durch die Verrechnung des Kinderbonus mit dem Kinderfreibetrag entfällt die Entlastungswirkung bei höheren Einkommen sogar. Die Anhebung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmer-Pauschetrags sowie die Erhöhung der Fernpendlerpauschale sind aus steuersystematischer Sicht eine richtige Antwort auf die Veränderung der Lebenshaltungskosten zur Erwerbs- und Existenzsicherung.

Nimmt man alle Maßnahmen im Gesamtvolumen von rund 24 Mrd. Euro zusammen, ergibt sich dennoch eine besonders hohe relative Entlastungswirkung bei unteren Einkommensgruppen. So beträgt die Entlastung im untersten Einkommensdezil gut 3,8% des Haushaltseinkommens, im Durchschnitt sind es rund 1,3%. Sie wirkt also vor allem dort, wo auch der Energiepreisschock stark zugeschlagen hat. In den obersten Einkommensdezilen sind die Entlastungen zwar weniger bedeutend, aber auch die Belastungen durch den Preisschock weit unterdurchschnittlich.⁴ Dass überhaupt über die einkommensschwachen Haushalte hinaus Transfers gewährt werden, ist aus stabilitätspolitischen Gründen

problematisch. Eine Entlastung aller Haushalte von den realwirtschaftlichen Einbußen durch die höheren Einfuhrkosten für Energie ist nicht möglich. Sollte die Finanzpolitik Maßnahmen mit dieser Intention ergreifen, würde dies vor allem die Inflation weiter anheizen und die notwendige Lastenverteilung zwischen starken und schwachen Schultern tendenziell konterkarieren. Insgesamt erscheint hier ein Nachsteuern dringend geboten, um die Zielgenauigkeit zu erhöhen.

Die aktuelle Situation macht deutlich, wie wichtig das Transfer-system zur Abfederung von Krisen und Schocks im unterem Einkommensbereich ist. In der derzeitigen Diskussion beispielsweise zum Übergang zu einem Bürgergeld könnten auch Überlegungen eingehen, wie das Transfersystem schneller auf krisenhafte Veränderungen reagieren könnte. Ein systematischer Ansatz wäre es, steigende Lebenshaltungskosten möglichst unmittelbar in den Nominalwerten der Transferzahlungen zu berücksichtigen.⁵ Merkmal eines zielgenauen und anreizkompatiblen Transfer-systems ist zudem die Vermeidung scharfer Schwellenwerte zwischen Leistungsbezug und Leistungswegfall.⁶

Alternativszenario

Gasinfrastrukturen schnell ertüchtigen

Der Ausgangspunkt des Alternativszenarios ist der Stopp russischer Energielieferungen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es hier, mit höchster Priorität eine Steigerung der Energieimporte aus anderen Bezugsländern zu unterstützen. Bei Steinkohle und Erdöl scheint eine Substitution russischer Importe angesichts der global verfügbaren Mengen und der hohen Zahlungsbereitschaft grundsätzlich möglich.⁷ Zu lösen sind allerdings beim Erdöl mögliche Probleme im regionalen Verteilersystem.⁸

Anders sieht dies bei Erdgas aus. Hier ist der Marktanteil Russlands mit zuletzt 40% nicht nur in Deutschland so groß, dass wegfallende Lieferungen aus Russland kurzfristig nicht vollständig ersetzt werden können.⁹ Um den physischen Engpass in der Erdgasversorgung zu mildern, wäre eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EU anzustreben. Die EU-Kommission hat hier einen Handlungskatalog vorgelegt, mit dem bereits bis Ende 2022 zwei Drittel der Gasimporte aus Russland ersetzt werden könnten.¹⁰ Dies würde insgesamt mehr Lösungsoptionen für alle betroffenen

⁵ Vgl. Ademmer, M.; Boysen-Hogrefe, J.; Groll, D.; Janssen, N.; Koaths, S.; Meuchelböck, S.; Sonnenberg, N.: Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2022, a. a. O., 33.

⁶ Vgl. Blömer, M.; Fuest, C.; Peichl, A.: Raus aus der Niedrigeinkommensfalle(!) – Der ifo-Vorschlag zur Reform des Grundsicherungssystems, in: ifo Schnelldienst 4, Jg. 72, 34–43, München 2019.

⁷ Vgl. McWilliams, B.; Sgaravatti, G.; Tagliapietra, S.; Zachmann, G.: Can Europe Manage if Russian Oil and Coal are cut off?, Bruegel Blog, 17 March, 2022.

⁸ Vgl. Brady, A.; Grati, H.; Lindstrom, K.: Impact of the Russia-Ukraine Crisis on „Full Shutdown“ of the Druzhba Pipeline Network to Europe, in: IHS Markt, 16.03.2022.

⁹ Vgl. Egging-Bratseth, R.; Holz, F.; Czerniński, V.: Freedom Gas to Europe? Scenario Analyses with the Global Gas Model, in: Research in International Business and Finance 58 (2021), 101460.

¹⁰ Vgl. Europäische Kommission: REPowerEU: Joint European Action for more Affordable, Secure and Sustainable Energy, in: COM (2022) 108 final.

⁴ Vgl. Bach, S.; Knautz, J.: Entlastungspakete kompensieren die hohen Energiepreise nur teilweise – Arme und Härtefälle gezielter fördern, in: DIW Wochenbericht 17 (erscheint am 26.4.2022).

Länder eröffnen. Ein erster Ansatzpunkt ist die Ausweitung der Transportleistung bestehender Erdgaspipelines aus Norwegen, Algerien und Aserbaidschan. Gleichzeitig sollten die bei gestiegenen Preisen global verfügbaren Flüssiggaskapazitäten für Europa verstärkt genutzt werden. Dazu müsste allerdings auch kurzfristig das Gasverteilnetz innerhalb der EU ertüchtigt werden. Damit könnten auch Länder wie Deutschland – ohne eigene Flüssiggasanlandungsmöglichkeiten – von der erweiterten Nutzung von Terminals im Mittelmeer sowie in der Nord- und Ostsee profitieren.¹¹

Die Möglichkeiten der kurzfristigen Diversifizierung der Importstrukturen dürften allerdings bei Erdgas nicht ausreichen, die russischen Lieferungen vollständig zu ersetzen, auch wenn Einsparungen bei den Erdgaskunden durch die stark gestiegenen Preise zu erwarten sind. Industrie und Haushalte besitzen kurzfristig nur geringe Substitutionsmöglichkeiten. Die Institute haben für Deutschland die verfügbaren Informationen zu den möglichen Angebotsausweitungen und Einsparpotentialen zusammengetragen und durch eigene Setzungen ergänzt (vgl. Alternativszenario in Kapitel 2). Danach käme es bei einem sofortigen Stopp russischer Energielieferungen zu deutlichen Verknappungen, die dazu führen, dass nicht mehr alle nicht-privilegierten Kunden mit Erdgas versorgt werden können. Dazu gehören als größte Erdgaskunden die Grundstoff- und die Lebensmittelindustrie.

Effizientes Regulierungssystem vorbereiten

Im Fall eines Lieferstopps aus Russland wird es im bestehenden Regulierungssystem zu einer Rationierung von Erdgas über die Bundesnetzagentur kommen. Prioritär werden dann als privilegierte Gruppen private Haushalte und Einrichtungen der öffentlichen Grundversorgung beliefert. In den Modellrechnungen der Institute wird der Gasbedarf dieser Kundengruppen durchgängig abgedeckt. In die Rationierung kommen dagegen die Gasmengen für die Industrie. Deren Gasverbrauch sollte dort eingeschränkt werden, wo dies die geringsten volkswirtschaftlichen Kosten verursacht. Dazu muss berücksichtigt werden, dass über die betroffenen Unternehmen hinaus auch Wertschöpfungsverluste durch den Wegfall dieser Produkte auf den nachgelagerten Produktionsstufen entstehen. Ebenso sind auch jene Wertschöpfungsausfälle in Rechnung zu stellen, die dadurch anfallen, dass nach einer Abschaltung der Produktion wegen Gasmangels die Anlagen nicht wieder in Betrieb genommen werden können (z. B. Schmelzwannen in der Glasproduktion).

Die bereits laufende Warnstufe schreibt vor, dass die zuständigen Regulierungsbehörden solche Informationen bei den aktuellen Gaskunden einzuholen haben. Allerdings ist kaum zu erwarten, dass der Regulierer tatsächlich alle Informationen erhält, die eine Zuteilung der Abschaltung nach den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten ermöglicht.

Es wäre daher zu überlegen, die zu rationierende Menge in einer Auktion unter Berücksichtigung der technischen Nebenbedingungen, die durch die Verteilnetze entstehen, zu handeln. Die Unternehmen mit den potenziell höchsten Wertschöpfungsverlusten würden dann die höchsten Preise für die Gaszuteilungsmengen bieten. Allerdings wäre zu bedenken, dass in einem Auktionsverfahren manche Unternehmen dadurch höher bieten können, weil sie aufgrund von Marktmacht auf ihren Absatzmärkten Überrenditen erzielen.

Unternehmenssektor vor temporären Verwerfungen schützen

Die Berechnungen der Institute im Alternativszenario machen deutlich, dass es im Fall von Produktionsausfällen in der gasverwendenden Industrie über Verwerfungen in den Lieferketten auch in anderen Industriebereichen zu Rückgängen der Produktion kommt. Um die Unterbrechung von Lieferketten möglichst kurz zu halten, müssten Produktionskapazitäten gestützt werden, um ein rasches Wiederanlaufen der Produktion zu ermöglichen, wenn entweder Produktionsanpassungen erfolgen oder Vorprodukte wieder zur Verfügung stehen.

Eine durch den Stopp der russischen Energielieferungen ausgelöste Krise würde wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Vermeidung von dauerhaften wirtschaftlichen Schäden erfordern. Das wichtigste Instrument sind die bestehenden Sonderregeln zum Kurzarbeitergeld. Dieses sollte allerdings zeitlich degressiv ausgestaltet sein, um den notwendigen Strukturwandel nicht aufzuhalten. Dies gilt umso mehr, da sich Energie in Deutschland nicht nur vorübergehend, sondern strukturell verteuern dürfte, sodass idealerweise nur das voraussichtliche Überschießen abgefangen wird. Gleichzeitig sind den betroffenen Unternehmen ausreichende Liquiditätshilfen in Aussicht zu stellen. Im Einzelnen kann dies über KfW-Kreditprogramme, die Ausweitung von Verlustrückträgen in der Gewinnbesteuerung oder die Stundung von Steuerzahlungen bis hin zu Subventionen erfolgen.

Einkommensschwache Haushalte schnell unterstützen

Mit Blick auf die Unterstützung einkommensschwacher Haushalte unterscheidet sich die wirtschaftspolitische Antwort im Wesentlichen nicht in den Instrumenten, sondern in ihrer Dosierung.

Prioritäten im staatlichen Handeln setzen

Im Zuge der veränderten geopolitischen Lage will die Bundesregierung der gegenüber den NATO-Partnern eingegangenen Verpflichtung, Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des Bruttoinlandsprodukts zu tätigen, künftig nachkommen. Zudem sollen Ausrüstungsmängel ausgeglichen und die Bundeswehr modernisiert werden. Dazu ist die Einrichtung

¹¹ Vgl. Holz, F.; Kemfert, C.; Engerer, H.; Sogalla, R.: Europa kann die Abhängigkeit von Russlands Gaslieferungen durch Diversifikation und Energiesparen senken, in: DIW aktuell, 81, Berlin 2022.

eines „Sondervermögens Bundeswehr“ in Höhe von bis zu 100 Mrd. Euro auf den Weg gebracht worden. Daneben will die Regierungskoalition zur Erreichung der Klimaschutzziele die Transformation der Wirtschaft mit Mitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds unterstützen. Angekündigt sind hierfür in der Summe bis zu 200 Mrd. Euro.

Die zusätzlichen Militärausgaben erhöhen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht, sondern schichten Ressourcen zur Bereitstellung äußerer Sicherheit um. Auch die Mittel für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft dürften das Produktionspotenzial auf absehbare Zeit nicht erhöhen. Darauf weisen die Ergebnisse von Simulationen der Institute hin (vgl. Kapitel 5). Die Transformation der Wirtschaft in Richtung auf Klimaneutralität erfordert zwar massive Investitionen in den Kapitalstock. Diese Investitionen wirken aber nicht kapazitätsausweitend, da gleichzeitig ein höherer Teil des bestehenden Kapitalstocks als bisher ausgesondert werden muss.

Der bisher angelegte Wachstumspfad des Produktionspotenzials ist mit den bisherigen Technologien nicht zu realisieren. Notwendig wäre dazu eine enorme Steigerung der Energieeffizienz durch technischen Fortschritt. In den vergangenen Jahrzehnten ist eine solch große Steigerung

lediglich nach der Ölkrise zu beobachten gewesen. Für die Aufrechterhaltung des mittelfristigen Produktionspfades sind also erhebliche Innovationsleistungen erforderlich. Auf der Seite der Wirtschaftspolitik ist daher eine wirksame Technologie- und Innovationspolitik erforderlich.¹²

Stabilisierung der Wirtschaft bei exogenen Schocks, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Reduktion der Treibhausgasemissionen und erhöhte militärische Sicherheitsanforderungen durch die veränderte geopolitische Lage erfordern zusätzliches staatliches Handeln. Es ist eine Illusion, dass mehr Verteidigungsausgaben und mehr Emissionsreduktion ohne Einschränkungen an anderer Stelle erfolgen könnten. Sowohl die höheren Militärausgaben als auch die Dekarbonisierung werden die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte in Deutschland zukünftig dämpfen. Entsprechend müssen Prioritäten gesetzt werden, wo und wie auf ein Mehr an privatem oder staatlichem Konsum verzichtet werden soll.

¹² Vgl. *Expertenkommission Forschung und Innovation: Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands, Berlin 2022*, und *Bardt, H.; Schmidt, C.M.; Bofinger, P.; Belitz, H.; Gornig, M.; Aiginger, K.: Industriepolitik — ineffizienter staatlicher Eingriff oder zukunftsweisende Option?*, in: *Wirtschaftsdienst*, 99. Jg. 2019, Heft 2, 87–105.

5. Effekte der Dekarbonisierung auf das Produktionspotenzial

Deutschland hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen¹ in den kommenden Jahren deutlich zu reduzieren. Dazu sind strukturelle Veränderungen der Wirtschaft notwendig. Der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern und die Einsparung von Energie erfordern erhebliche Investitionen. Diese werden teilweise aktuelle Bauten und Ausrüstungen nur ersetzen und somit den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock nicht erhöhen. Insgesamt stellt sich die Frage, ob die Treibhausgasemissionen sich ausschließlich durch den klimafreundlichen Ersatz des bestehenden Kapitalstocks und durch technologischen Fortschritt auf dem Gebiet der Treibhausgasintensität des Wirtschaftens auf das angestrebte Zielniveau bringen lassen oder ob ergänzend die wirtschaftliche Aktivität eingeschränkt werden müsste.

Dekarbonisierung: Bestandsaufnahme und Ziele

Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) sieht sektorspezifische Emissionszielpfade und Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 vor. Die Einhaltung der Zielpfade soll jährlich

überprüft werden, und bei Überschreitung soll die Bundesregierung durch ein Sofortprogramm mit Maßnahmen kurzfristig nachsteuern.

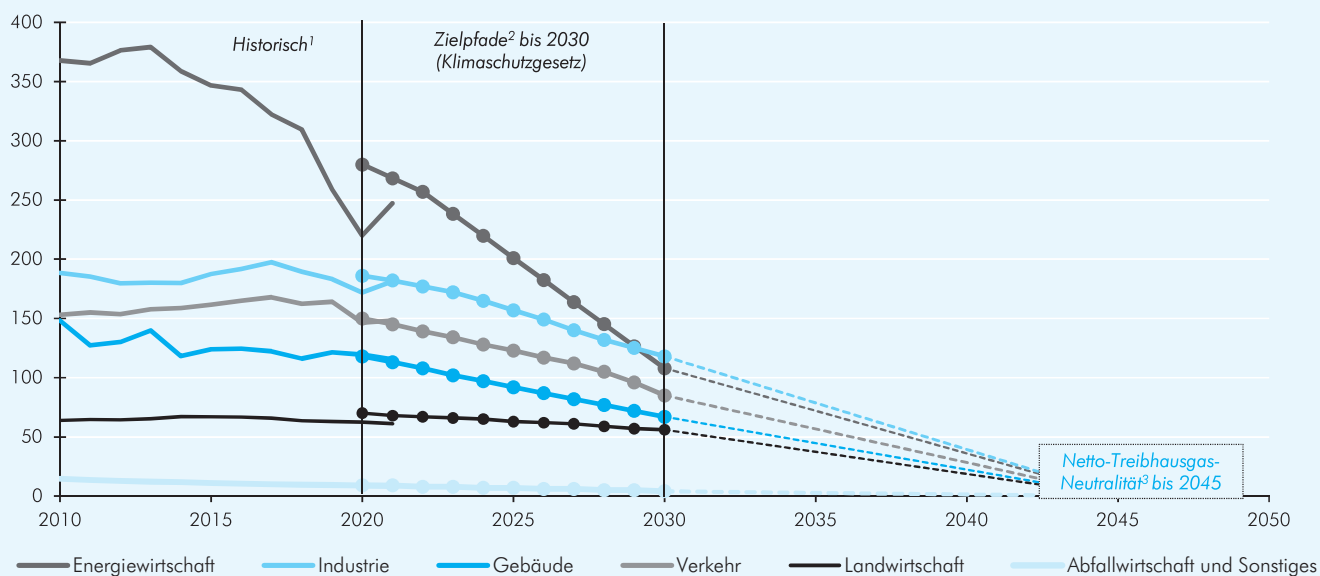
Im vergangenen Jahrzehnt verzeichneten nur die Sektoren Energiewirtschaft und Gebäude im Trend rückläufige Emissionen (vgl. Abbildung 5.1). Für die kommenden Jahre ist bei normaler Konjunktur ohne zusätzliche Maßnahmen mit Zielverfehlungen zu rechnen.² Über das Jahr 2030 hinaus sind noch keine Zielpfade vorgegeben, jedoch ist eine weitere stetige Reduktion in allen Sektoren erforderlich, um bis zum Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. In der Praxis werden manche Sektoren weiterhin Treibhausgase emittieren, während z. B. die Landwirtschaft per Saldo Emissionen absorbieren soll. Für die im Rahmen des KSG angestrebten negativen Gesamtnettoemissionen ab dem Jahr 2050 muss zudem die Ausnutzung natürlicher CO₂-Senken – z. B. Moore und Wälder – ausgeweitet und die Entwicklung von Negativemissionstechnologien vorangetrieben werden.

¹ Treibhausgasemissionen werden üblicherweise in CO₂-Äquivalenten angegeben.

² Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, Kosten 4, 14.

Abbildung 5.1

Jährliche Treibhausgasemissionen nach Sektoren im historischen Verlauf und mit zukünftigen Zielpfaden In Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent



¹ Historie mit außerordentlichem Corona-Schock in 2020.

² Zielpfade nach KSG mit jährlich festgelegten Sektoremissionszielen.

³ Ausblick auf Netto-Treibhausgasneutralität laut KSG – konkrete Zielpfade ausstehend.

Quellen: Umweltbundesamt (2022a, 2022b), KSG-Novelle vom 24.06.2021; Prognos AG, Fraunhofer ISI, GWS und iinas im Auftrag des BMWI (2020); Darstellung der Institute.

Als grundlegende marktbasierende Instrumente zur Treibhausgasvermeidung dienen das Europäische Emissionshandelssystem für Energieerzeugung, große Industrieanlagen und Luftverkehr sowie das nationale Emissionshandelssystem für die Sektoren Straßenverkehr und Wärme. Daneben bestehen weitere Maßnahmen wie die Ausbauförderung erneuerbarer Energien, das Kohleausstiegsgesetz, Innovationsförderung und steuerliche Instrumente.

Die Herausforderungen des KSG bestehen in einer weiteren Entkoppelung des Treibhausgasausstoßes von der Wirtschaftsaktivität. Zwar sind in den vergangenen Jahren die Emissionen trotz im Trend steigender Produktion zurückgegangen. So war im Jahr 2019 der CO₂-Ausstoß bereits 32% niedriger als 1990. Bis zum Jahr 2030 ist allerdings ein weiterer Rückgang um 48% gegenüber dem Jahr 2019 vorgesehen. Dies entspricht einer jährlichen Reduktion um rund 6% – dagegen lag diese Rate im Zeitraum von 1990 bis 2019 lediglich bei durchschnittlich 1,4%. Mit der bisherigen Geschwindigkeit der Dekarbonisierung können die Ziele also nicht erreicht werden.

Um bei wachsender Wirtschaft die Gesamtemissionen weiter zu senken, stehen zwei Stellschrauben zur Verfügung:

- (1) Niedrigere Energieintensität (höhere Energieeffizienz)
- (2) Niedrigere CO₂-Intensität des Energieverbrauchs

Die Bedeutung dieser beiden Ansatzpunkte illustriert eine Zerlegung auf Basis der Kaya-Identität.³ Diese zeigt die CO₂-Emissionen als Produkt aus Bruttoinlandsprodukt (BIP), Energieintensität (Energie/BIP) und CO₂-Intensität des Energiesystems (CO₂/Energie):⁴

$$CO_2 = BIP \times \frac{Energie}{BIP} \times \frac{CO_2}{Energie}$$

Die Veränderungsrate der CO₂-Emissionen entspricht demnach näherungsweise der Summe der Veränderungsrate von Bruttoinlandsprodukt, Energieintensität und CO₂-Intensität. So lässt sich identifizieren, durch welche der beiden Stellschrauben in der Vergangenheit CO₂-Einsparungen erreicht wurden.

In Deutschland setzte die Entkopplung nach den Ölkrisen der 1970er Jahre ein, als Energie schlagartig teurer wurde (vgl. Abbildung 5.2a). Eine sinkende Energieintensität hat in den vergangenen Jahrzehnten einen durchschnittlichen

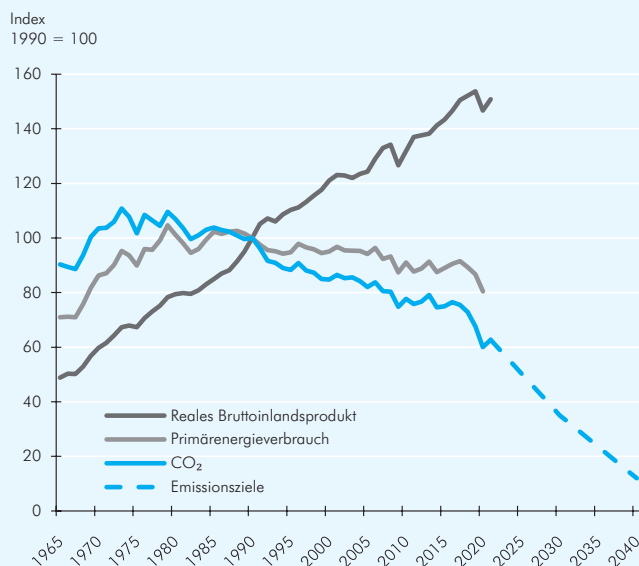
³ Vgl. Kaya, Y.; Yokobuni, K.: Environment, Energy, and Economy: Strategies for Sustainability, in: United Nations University Press, 1997.

⁴ Auf die Zerlegung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Bevölkerungszuwachs und den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner wird hier verzichtet.

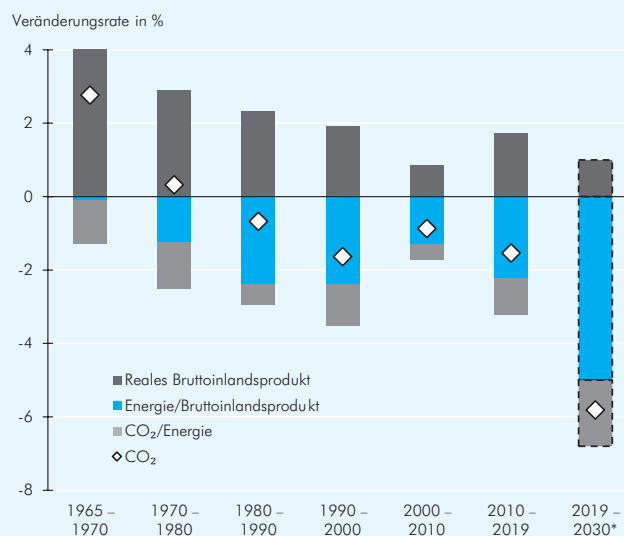
Abbildung 5.2

Bruttoinlandsprodukt, Energieverbrauch und CO₂-Emissionen 1965 bis 2040 sowie Kaya-Zerlegung der CO₂-Emissionen nach Jahrzehnten in Deutschland

(a) Wirtschaftsleistung, Energieverbrauch und Emissionen



(b) Kaya-Zerlegung der CO₂-Emissionen



Quellen: OECD Main Economic Indicators; BP Statistical Review of World Energy; Berechnung und Darstellung der Institute.

Beitrag von ca. zwei Prozentpunkten pro Jahr zur Emissionsreduktion geleistet (vgl. Abbildung 5.2b), während der Beitrag der CO₂-Intensität merklich kleiner ausfiel.⁵

Somit scheinen die Emissionsziele sehr ambitioniert zu sein, da der angestrebte Emissionsrückgang je Einheit Bruttoinlandsprodukt deutlich höher ist als der bisher beobachtete. Es stellt sich daher die Frage, in welchem Maße die hohe angestrebte Geschwindigkeit der Dekarbonisierung das Wirtschaftswachstum beeinflussen oder gar bremsen wird.

Erneuerung des Kapitalstocks

Die Dekarbonisierung wirkt sich auf das Produktionspotenzial aus. Dieses wird innerhalb der Europäischen Union mithilfe eines Ansatzes ermittelt, der auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion basiert. In diese gehen das potenzielle Arbeitsvolumen, das Sachkapital und der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) ein (vgl. Kapitel 3). Maßnahmen zur Dekarbonisierung beeinflussen das Produktionspotenzial über alle drei Determinanten der Produktionsfunktion. Da Energie in diesem Ansatz nicht explizit als Produktionsfaktor enthalten ist, wird sie über die Residualgröße TFP erfasst. Die jeweiligen Wirkungskanäle werden im Folgenden diskutiert. Da die Bedeutung des Arbeitsvolumens gering sein dürfte,⁶ werden hier nur die Wirkungskanäle über den Kapitalstock und die TFP diskutiert.

Der in der Potenzialschätzung verwendete gesamtwirtschaftliche Kapitalstock beruht auf Daten zum Bruttoanlagevermögen des Statistischen Bundesamts.⁷ Dabei wird die Entwicklung der preisbereinigten Reihe für das gesamte Bruttoanlagevermögen zugrunde gelegt und nicht weiter nach Vermögensarten unterschieden. Das Bruttoanlagevermögen wird durch die Bruttoanlageinvestitionen ausgeweitet, während Abgänge aus dem Vermögen den Kapitalstock schmälern. Der jährliche Zuwachs des preisbereinigten Bruttoanlagevermögens hat sich gegenüber den 1990er Jahren verlangsamt und lag in den Jahren vor der Corona-Pandemie bei durchschnittlich 1,3%. Zum Jahresende 2019 betrug der Bestand des Bruttoanlagevermögens rund das sechsfache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts.

In die Fortschreibung des Kapitalstocks für die Potenzialschätzung geht die Prognose der Bruttoanlageinvestitionen für die kommenden Jahre ein. Sollten hierbei zusätzliche Investitionen zur Dekarbonisierung angenommen werden, würden diese, wie alle anderen Investitionen, für sich

genommen das geschätzte Produktionspotenzial steigern. Allerdings dürfte zumindest ein Teil dieser Investitionen lediglich einen Ersatz bestehenden Anlagevermögens darstellen, das ohne Dekarbonisierung noch nicht das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht hätte. In Hinblick auf den zur Produktion verfügbaren Kapitalstock stünden diesem Teil der Investitionen also entsprechend höhere Abgänge gegenüber. Um diese zusätzlichen Abgänge in der Potenzialschätzung abzubilden, müssen sie bei der zukünftigen Abgangsquote berücksichtigt werden, für die bislang im Projektionszeitraum der zuletzt beobachtete Wert fortgeschrieben wird.

Das Statistische Bundesamt ermittelt die Abgänge anhand von Schätzungen für die übliche Nutzungsdauer der Anlagegüter und, soweit vorhanden, anhand von Informationen für besondere Ereignisse, etwa Flutkatastrophen oder die Abschaltung der Kernkraftwerke.⁸ Die durchschnittliche Nutzungsdauer, und damit das Verhältnis der jährlichen Abgänge zum Bestand, unterscheidet sich zwischen den Vermögensarten beträchtlich (vgl. Abbildung 5.3a). So ist die durchschnittliche Abgangsquote bei Ausrüstungen etwa sechsmal so hoch wie bei Bauten.

Ohne eine detaillierte Analyse des zur Dekarbonisierung nötigen Austauschs in den verschiedenen Bereichen des Kapitalstocks ist eine Quantifizierung der zusätzlichen Abgänge kaum möglich. So dürfen weder eventuelle Erweiterungen des Kapitalstocks, die sich aus den Investitionen zur Dekarbonisierung ergeben, vernachlässigt werden, noch dürfen diejenigen Abgänge doppelt berücksichtigt werden, die ohnehin durch das Erreichen des Endes der üblichen Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes erfolgt wären und in der üblichen Fortschreibung bereits berücksichtigt sind.

Für gegebene Annahmen über den Umfang der zusätzlichen Abgänge lassen sich jedoch Szenarien berechnen, um die Auswirkungen auf den Kapitalstock und damit das Produktionspotenzial zu illustrieren, die sich bei einem ansonsten unveränderten Schätzverfahren zur Potenzialschätzung ergeben, wenn den zusätzlichen Abgängen keine entsprechend erhöhten Investitionen entgegenwirken. Hierfür ist es sinnvoll, nach den Vermögensarten zu unterscheiden. So dürfte etwa der Tiefbau eher weniger von der Dekarbonisierung betroffen sein. Bei Fahrzeugen gibt es zwar einerseits größere Änderungen aufgrund veränderter Antriebstechniken, andererseits ist die durchschnittliche Lebensdauer kürzer, sodass der laufende Austausch, der ohnehin erfolgt, größer ist. Bei Wohnbauten und Nichtwohngebäuden dürfte hingegen ein größerer zusätzlicher Bedarf bestehen, der sich aufgrund des hohen Anteils am Gesamtvermögen auch stark auf die durchschnittliche Abgangsrate auswirkt. Der Anteil der Wohnbauten und Nichtwohngebäude am Bruttoanlagevermögen hat über die Jahre zugenommen und machte zuletzt gut 70% des Bestandes aus (vgl. Abbildung 5.3b).

⁵ Für den Zeitraum bis 2030 wurden die gesetzlich festgelegten Ziele zugrunde gelegt (gem. KSG-Novelle vom 24.06.2021) und unterstellt, dass weiterhin rund drei Viertel der Dekarbonisierung durch gesteigerte Energieeffizienz zustande kommen, vgl. Semieniuk, G.; Taylor, L.; Rezaei, A.: The Inconvenient Truth About Climate Change and the Economy, Institute for New Economic Thinking, 2018, Table 1, <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/the-inconvenient-truth-about-climate-change-and-the-economy>, Abruf am 01.04.2022. Für das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 wurden jährliche Zuwachsraten von 1% angenommen.

⁶ Hier ergeben sich beispielsweise negative Effekte auf das Produktionspotenzial, wenn bestimmte Fähigkeiten aufgrund der Dekarbonisierung nicht mehr benötigt werden und die betroffenen Personen erst nach einer Übergangsphase, in der sie ihre Kompetenzen dem Strukturwandel entsprechend anpassen, wieder produktiv tätig werden können.

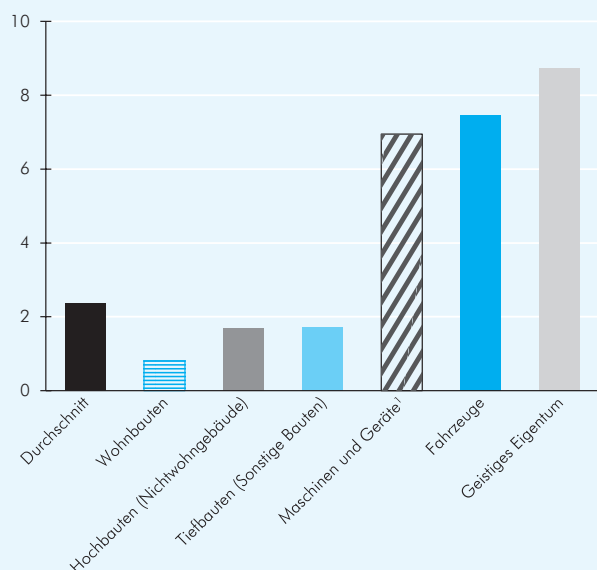
⁷ Da der Kapitalstock im Modell der Jahresdurchschnitt ist, die Daten aber den Jahresendwert ausweisen, wird bei den Berechnungen der Durchschnitt der Werte des Vorjahres und des laufenden Jahres verwendet.

⁸ Vgl. Gühler, N.; Schmalwasser, O.: Anlagevermögen, Abschreibungen und Abgänge in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistisches Bundesamt WISTA 3, 2020.

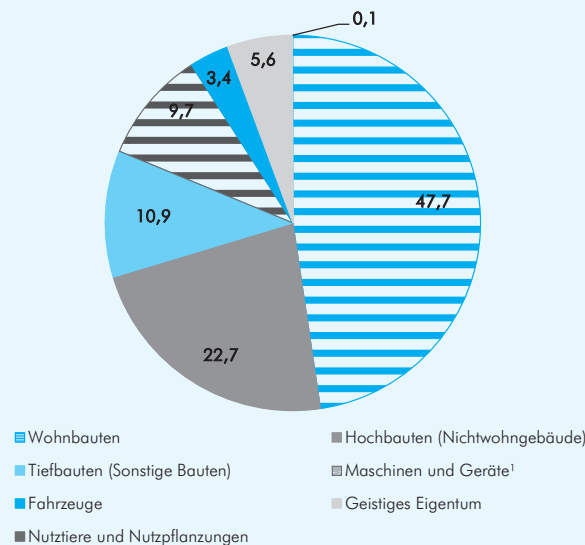
Abbildung 5.3

Bruttoanlagevermögen: Anteile der Vermögensarten und Abgänge

(a) Abgänge vom Anlagevermögen im Jahr 2020 in Relation zum Bestand am Jahresende 2019 in %



(b) Anteile der Vermögensarten am Bruttoanlagevermögen im Jahr 2020 in %



¹ Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.4, 2020 (endgültige Ergebnisse), Berechnungen der Institute.

Um die Größenordnungen der Effekte zu veranschaulichen, werden beispielhaft zwei Szenarien betrachtet. Dabei wird angenommen, dass die Abgangsquoten für Wohnbauten und Nichtwohngebäude jeweils um 20% gegenüber ihrem im Jahr 2020 erreichten Niveau ansteigen und im Projektionszeitraum konstant bei 1,0% beziehungsweise 2,0% liegen werden. Während im ersten Szenario bei den übrigen Vermögensarten keine Änderungen angenommen werden, wird im zweiten Szenario für die Tiefbauten, die Ausrüstungen und das geistige Eigentum ein Anstieg der Quoten um jeweils 10% unterstellt. Zusammengenommen würde die Abgangsquote demnach, anstatt knapp 2,4%, in den Szenarien gut 2,5% bzw. knapp 2,7% betragen. In diesen illustrativen Szenarien wäre der Kapitalstock bei unveränderter Investitionsquote nach zehn Jahren um 1,5% bzw. 3,0% kleiner als im Basisszenario und das Produktionspotenzial entsprechend um 0,5% bzw. 1,1% geringer. Da konstante Abgangsquoten angenommen werden, vergrößert sich der Rückstand gegenüber dem Basisszenario über die Zeit. Im Durchschnitt des zehnjährigen Projektionszeitraums wäre das Produktionspotenzial rund 0,3% bzw. 0,6% geringer.

Energie als Produktionsfaktor

Für die Analyse der Wirkungen der Dekarbonisierung auf die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung wird Energie explizit als Produktionsfaktor berücksichtigt:⁹

$$Y_t = F(A_t, K_t^\alpha L_t^{1-\alpha}, A_{Et} E_t) =$$

$$\left[(1 - \gamma) (A_t K_t^\alpha L_t^{1-\alpha})^{\frac{\varepsilon-1}{\varepsilon}} + \gamma (A_{Et} E_t)^{\frac{\varepsilon-1}{\varepsilon}} \right]^{\frac{\varepsilon}{\varepsilon-1}}$$

A_t Arbeits- und kapitalsparender technischer Fortschritt

K_t Kapitalstock

L_t Arbeitsvolumen

A_{Et} Energiesparender technischer Fortschritt

E_t Energie

$\varepsilon=0,02$ Substitutionselastizität zwischen dem Einsatz von K_t und L_t gegenüber E_t

$\gamma=0,023$ Anteilsparameter

$\alpha=0,35$ Produktionselastizität für K_t ($1-\alpha$ für L_t)

ε kalibriert basierend auf der Schätzung von Hassler et al. (2021). γ wird dem Anteil des Produktionsfaktors Energie am gesamtwirtschaftlichen Einkommen entsprechend kalibriert. α entspricht der Kalibrierung in der Potenzialschätzung der Gemeinschaftsdiagnose.

Kurzfristig kann Energie kaum durch Anpassungen des Kapitalstocks oder des Arbeitsvolumens in der Produktion substituiert werden. Bei steigenden Energiepreisen muss ein höherer Teil des gesamtwirtschaftlichen Einkommens für Energie aufgewendet werden, so wie dies während der Ölpreiskrisen der 1970er Jahre der Fall war (vgl. Abbildung 5.4. links).¹⁰ Der enge Zusammenhang

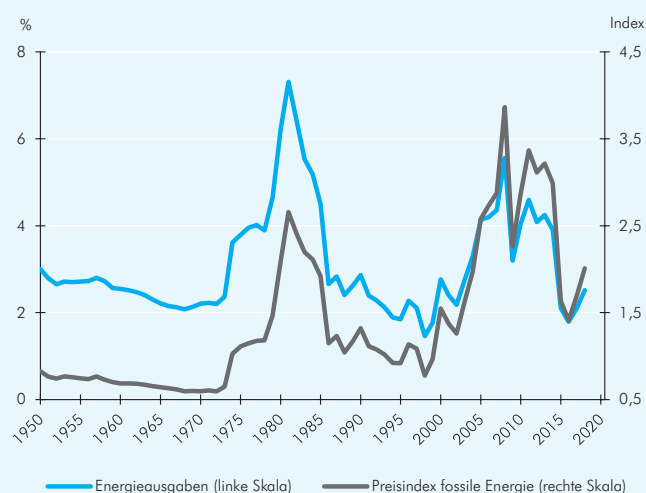
⁹ Vgl. Hassler, J.; Krusell, P.; Olovsson, C.: Directed Technical Change as a Response to Natural-resource Scarcity, in: Journal of Political Economy, Vol. 129 (11), 2021, 3039 – 3072.

¹⁰ Details zu den verwendeten Daten und den Berechnungen sind in einer als Working Paper verfügbaren ausführlichen Analyse der Berücksichtigung des Produktionsfaktors Energie in der Produktionsfunktion beschrieben.

Abbildung 5.4

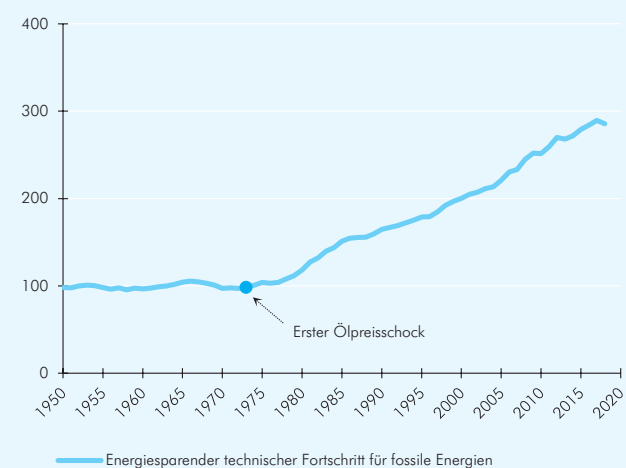
Energiepreise, Energieausgaben und energiesparender technologischer Fortschritt

(a) Energieausgaben in Relation zum Einkommen, USA

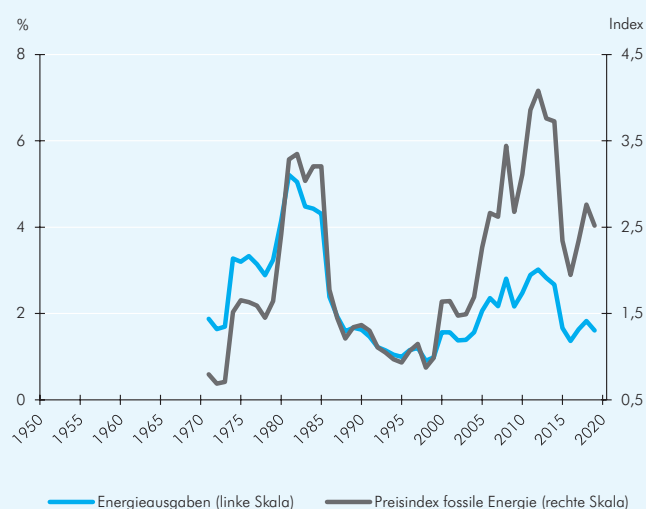


(b) Energiesparender technischer Fortschritt, USA

Index 1973 = 100

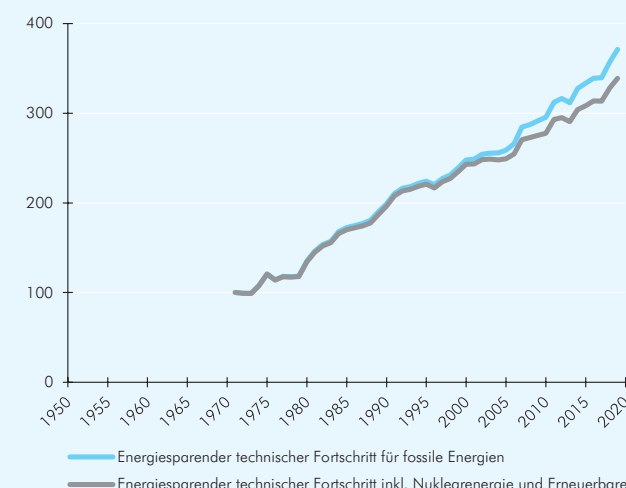


(c) Energieausgaben in Relation zum Einkommen, Deutschland



(d) Energiesparender technischer Fortschritt, Deutschland

Index 1973 = 100



Quellen: Internationale Energieagentur: World Energy Balances; Statistisches Bundesamt; IRENA; Hassler et al. (2021); Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

zwischen Energiepreisen und dem Energieeinkommensanteil hat über die Zeit abgenommen, was insbesondere während der Energiepreisanstiege um das Jahr 2010 herum im Vergleich zu den 1970er Jahren sichtbar ist. Schätzungen zeigen, dass der energiesparende technische Fortschritt als Reaktion auf die Ölpreiskrise in Gang gekommen ist (vgl. Abbildung 5.4 rechts). Dieser Zusammenhang ist aufgrund der längeren Historie der Daten insbesondere für die USA klar ersichtlich. In Deutschland ist die Rate des energiesparenden technischen Fortschritts höher als in den USA, sodass die Energieabhängigkeit noch stärker abgenommen hat. Berücksichtigt man zusätzlich zu fossilen Energieträgern Nuklearenergie und erneuerbare Energie, so fällt der energiesparende technische Fortschritt etwas

geringer aus. Die Nutzung zusätzlicher Energieträger hilft, den Verbrauchsrückgang fossiler Energie etwas auszugleichen, insbesondere da im Zeitraum ab dem Jahr 2010 der Anteil erneuerbarer Energie stark gestiegen ist und gleichzeitig die Preise gefallen sind. Die historische Analyse zeigt insgesamt, dass selbst ein zukünftig starker Anstieg der Preise für fossile Energie aufgrund der CO₂-Emissionsbepreisung nicht unbedingt mit einem starken Anstieg des Einkommensanteils, der für Energie aufgewendet wird, oder einem Rückgang der Produktion einhergehen muss, wenn Energie effizienter eingesetzt wird. Ein Ausbau erneuerbarer Energien könnte darüber hinaus den Rückgang des Einsatzes fossiler Energieträger partiell ersetzen.

Zur quantitativen Analyse zukünftiger Entwicklungen für Deutschland werden Projektionen des Energieverbrauchs aus einer gemeinsamen Studie von Prognos, Öko-Institut und Wuppertal-Institut genutzt. Diese zeigen, wie in Deutschland entsprechend des KSG die Emissionen bis zum Jahr 2030 um 65% im Vergleich zum Jahr 1990 sinken müssten.¹¹ Insgesamt sinkt der Primärenergieverbrauch insbesondere aufgrund des Kohleausstiegs und einer Verringerung des Ölverbrauchs deutlich, während die erneuerbaren Energien ausgebaut werden (vgl. Abbildung 5.5). Bezüglich der Energiepreise wird angenommen, dass sie abgesehen von der CO₂-Bepreisung real konstant auf dem Niveau des Jahres 2019 bleiben.¹² Für die fossilen Energieträger wird berücksichtigt,

dass der CO₂-Preis zukünftig steigen wird. CO₂-Preis-Projektionen des ifo Institutes, die aus den Emissionszielen abgeleitet sind, werden dazu mit den Emissionsfaktoren der fossilen Energieträger verknüpft, und es wird berücksichtigt, welche CO₂-Emissionen unter den EU-Emissionshandel und ab dem Jahr 2021 zusätzlich unter den nationalen Emissionshandel fallen.¹³

Soll bis zum Jahr 2030 das gleiche Produktionspotenzial erreicht werden, wie ohne explizite Berücksichtigung des Produktionsfaktors Energie zu erwarten wäre, und dennoch der Energieverbrauch so sinken, dass die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 65% zurückgehen, ist eine stärkere Zunahme des energiesparenden technischen Fortschritts notwendig. Bei dem im Basisszenario unterstellten Ausbaupfad der erneuerbaren Energien (vgl. Abbildung 5.5b) müsste die Rate des energiesparenden technischen Fortschritts von 2,7%

11 Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut: Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann, Zusammenfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, Berlin 2021.

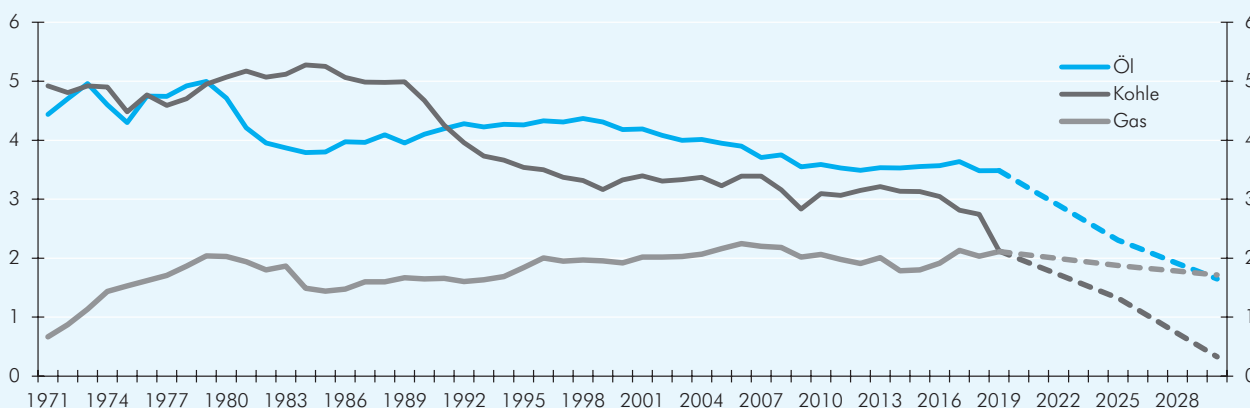
12 Die Energiepreise haben geringe Auswirkungen auf die Modellrechnung. Sie spielen für die Produktionsfunktion keine Rolle, fließen aber bei der Berechnung des energiesparenden technischen Fortschritts ein, da hierfür unter der Annahme vollständigen Wettbewerbes die Grenzprodukte der Produktionsfaktoren den realen Faktorpreisen entsprechen. Ausschlaggebend für die Ergebnisse ist der Rückgang des Energieeinsatzes, der zwar durch den CO₂-Preisanstieg induziert werden soll, aber dieser Zusammenhang wird hier nicht explizit modelliert, sondern Energieverbrauchsszenarien fließen exogen in die Analyse ein.

13 Kalibrierung der CO₂-Preise basierend auf PACE CGE-Modell in Mier, M.; Siala, K.; Gavorukha, K.; Mayer, P.: Costs and Benefits of Political and Physical Collaboration in the European Power Market, in: ifo Working Papers No. 343, November 2020 (Revised May 2021).

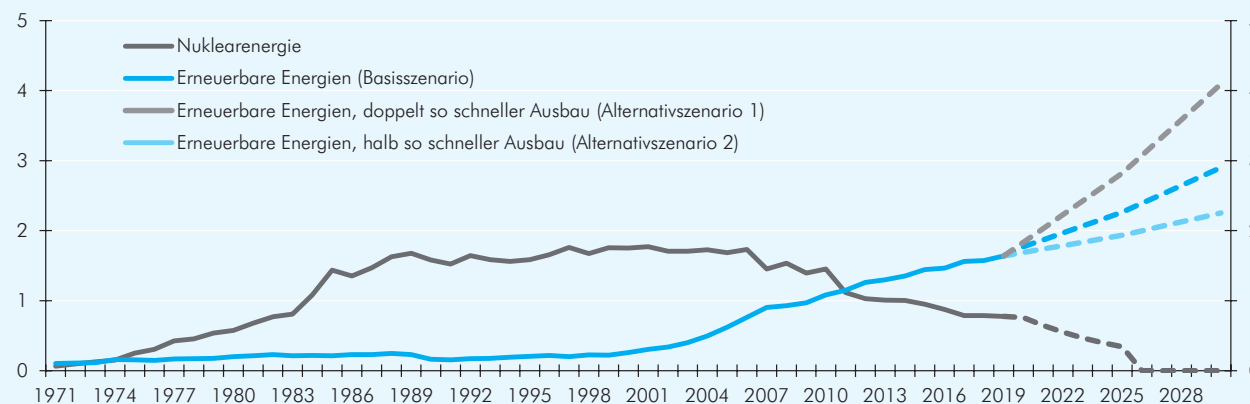
Abbildung 5.5

Szenarien für den Primärenergieverbrauch bis 2030

(a) Primärverbrauch fossiler Energieträger in Billionen British thermal unit mit Projektionen



(b) Primärverbrauch nicht fossiler Energieträger in Billionen British thermal unit mit Projektionen



Quellen: Internationale Energieagentur; Prognos; Öko-Institut; Wuppertal Institut; Berechnungen und Projektionen der Institute.

im Zeitraum von 1973 bis 2019 auf 5,6% steigen. Unter der Annahme, dass es in Deutschland ähnlich wie in den USA vor 1973 keinen energiesparenden technischen Fortschritt gab, entspricht der erforderliche Anstieg etwa dem, der ab der Ölpreiskrise zu beobachten war. Somit ist ein solcher zukünftiger Anstieg als Reaktion auf den Anstieg des CO₂-Preises und weiterer Klimaschutzmaßnahmen denkbar.

Selbst bei einem doppelt so starken Ausbau der erneuerbaren Energie bis zum Jahr 2030 wie im Basisszenario (Alternativszenario 1 in Abbildung 5.5b) würde die notwendige Rate des energiesparenden technischen Fortschritts mit 4,7% nur um knapp einen Prozentpunkt niedriger ausfallen. Sollte die Menge erneuerbarer Energie bis zum Jahr 2030 nur um die Hälfte steigen (Alternativszenario 2), so müsste die durchschnittliche Rate des energiesparenden technischen Fortschritts mit 6,1% hingegen um einen halben Prozentpunkt höher ausfallen. Gelingt dies nicht, müsste mehr fossile Energie eingesetzt werden, womit das Emissionsreduktionsziel für das Jahr 2030 verfehlt würde.

Bisher wurde berechnet, wie stark die Rate des energiesparenden technischen Fortschritts steigen muss, um die Emissionsziele ohne Einbußen beim Produktionspotenzial zu erreichen. Demnach würde das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2030 um gut 10% zulegen. Im Folgenden werden zur Illustration zwei davon abweichende Pfade für die Rate des energiesparenden technischen Fortschritts betrachtet. Würde der Primärenergieverbrauch wie oben beschrieben verringert, aber die Rate des energiesparenden technischen Fortschritts nicht steigen, so würde die Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2030

im Vergleich zum Jahr 2021 um gut 15% schrumpfen und damit im Jahr 2030 um 27,5% unter dem Basisszenario liegen (vgl. Abbildung 5.6, hellgraue Linie). In diesem Fall wird dem Wirtschaftsprozess ein wichtiger benötigter Produktionsfaktor – Energie – in drastischer Weise entzogen, der aufgrund der geringen Substitutionselastizität zwischen Energie und den anderen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit zu starken Produktionseinbußen führt.

Würde man die fossilen Energieträger wie bisher nutzen (Energieverbrauch auf dem Niveau des Jahres 2019, keine CO₂-Bepreisung und konstante Rate des energiesparenden technischen Fortschritts) würde das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2030 um gut 25% zunehmen und damit gut 15% über dem Basisszenario liegen (vgl. Abbildung 5.6, dunkelgraue Linie). Ausschlaggebend für dieses hohe Wachstum wäre der höhere Energieeinsatz als in den anderen Szenarien. All diese Berechnungen berücksichtigen allerdings keine aus dem Klimawandel resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen.

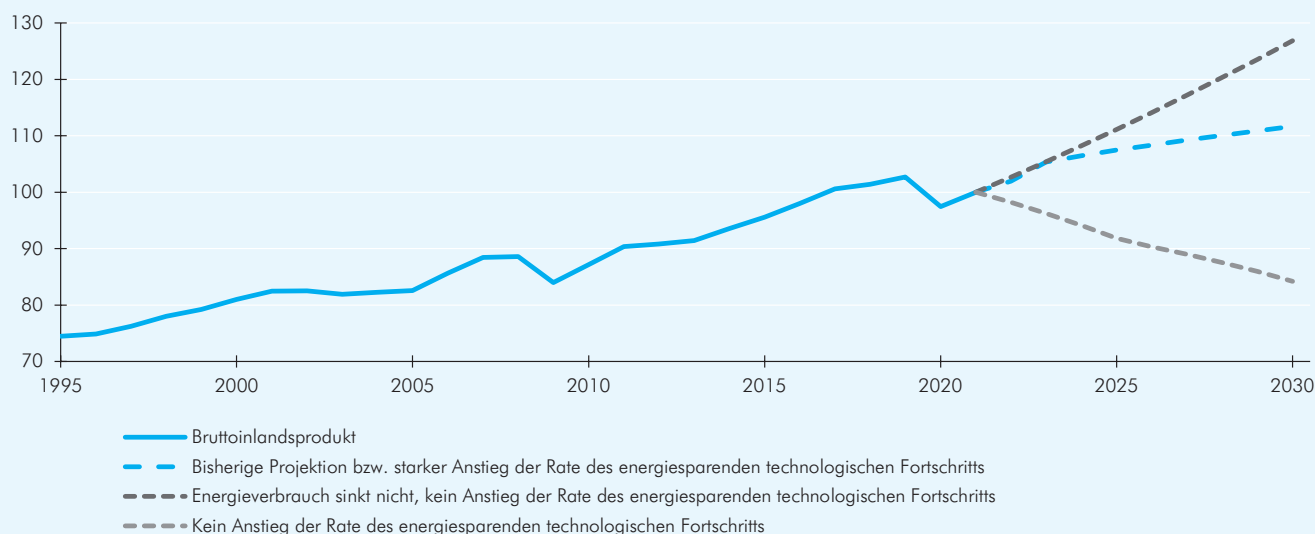
Schlussfolgerungen

Gemessen an historischen Trends sind die Emissionsziele aus dem KSG für Deutschland sehr ehrgeizig. Dazu kommen der Wegfall einer emissionsarmen Grundlasttechnologie durch den Atomausstieg und neue Unsicherheiten in Bezug auf das relativ emissionsarme Erdgas aufgrund der Spannungen mit dem Hauptlieferanten Russland. Erdgas war für einen vorgezogenen Kohleausstieg als Brückenenergieträger fest eingeplant, um während des Ausbaus erneuerbarer

Abbildung 5.6

Bruttoinlandsprodukt und Projektionen des Produktionspotenzials bis 2030

Index 2021 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Energien Versorgungssicherheit garantieren zu können. Zweifellos stellt es daher eine Herausforderung dar, das deutsche Energiesystem rechtzeitig für die Erreichung der Emissionsziele zu transformieren.

Da die Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2030 um 65% im Vergleich zum Jahr 1990 eine drastische Reduktion des Primärenergieverbrauchs fossiler Energieträger notwendig macht, der nur zu einem relativ geringen Teil durch den Ausbau erneuerbarer Energien ausgeglichen werden kann, ist eine Energiewende ohne Produktionseinbußen nur mit deutlichen Technologiesteigerungen, die einen effizienteren Einsatz von Energie ermöglichen, durchführbar. Die historische Analyse zeigt, dass ein solches Szenario denkbar ist. Ausgelöst durch die starken Preissteigerungen fossiler Energieträger kam es ab den 1970er Jahren zu einem starken Anstieg der Rate des energiesparenden technischen Fortschritts. Ein erneuter etwa ebenso starker Anstieg würde laut der Modellrechnung Produktionseinbußen verhindern. Dies ließe sich etwa durch erhöhte Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Energieeffizienz und Investitionen, die den bestehenden Kapitalstock durch klimafreundliche Alternativen substituieren, erreichen. Forschung, Substitution des Kapitalstocks und der Ausbau erneuerbarer Energien binden Ressourcen, die nicht für anderweitige Zwecke genutzt werden können. Einschränkungen beim Konsum sind somit nicht zu vermeiden, wenn nicht der volkswirtschaftliche Kapitalstock durch ausbleibende Ersatzinvestitionen an anderer Stelle geschwächt werden soll.

Das Zusammenwirken von technischem Fortschritt und Erneuerung des Kapitalstocks zeigt sich auch im Aufbau negativer Emissionstechnologien. Um bis zum Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen, gibt das KSG als Ziel vor, bis dahin 40 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente durch Negativemissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft in natürlichen Senken zu binden, um nicht vermeidbare Restemissionen aus anderen Sektoren auszugleichen. Weitere Negativemissionen können durch technische Lösungen, wie die Entnahme von CO₂ aus der Luft und dessen Speicherung in geologischen Formationen oder die Umwandlung in festen Kohlenstoff, erreicht werden. Hier bestehen derzeit allerdings noch „substanzielle Innovationslücken“.¹⁴ Insofern sind über das Jahr 2030 hinaus weitere hohe Aufwendungen für Forschung und Investitionen notwendig, die nicht der Produktion, sondern ausschließlich der Emissionssenkung dienen. Dafür sollten bereits heute Forschungskapazitäten aufgebaut werden und zukünftig Investitionen zur weiteren technischen Verbesserung des Kapitalstocks getätigt werden.

¹⁴ Wissenschaftsplattform Klimaschutz: Auf dem Weg zur Klimaneutralität: Umsetzung des European Green Deal und Reform der Klimapolitik in Deutschland, Jahresgutachten 2021 der Wissenschaftsplattform Klimaschutz, Berlin 2022.

ANHANG: HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2021
Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 228,9	2 185,9	374,7	668,3	–
2 – Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 534,9	1 782,7	287,4	464,8	–197,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 916,9	1 380,8	294,1	242,0	16,1
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,6	25,3	0,5	9,8	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	87,8	62,3	0,1	25,4	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	670,3	438,8	–7,0	238,5	–213,7
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 920,4	–	–	1 920,4	12,6
9 – Geleistete Subventionen	105,0	–	105,0	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	391,7	–	391,7	–	7,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	569,1	530,5	21,0	17,6	190,4
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	676,2	352,5	15,8	307,9	83,3
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 984,5	260,8	274,5	2 449,2	–305,4
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	469,7	105,7	–	364,0	12,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	481,2	–	481,2	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge ²	773,4	–	–	773,4	4,2
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	774,3	140,6	632,8	0,9	3,3
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	681,7	71,8	609,0	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	674,0	–	–	674,0	8,4
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	382,0	203,2	90,1	88,7	63,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	329,6	179,9	33,5	116,2	115,4
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	–257,7
23 – Konsumausgaben	2 564,3	–	801,3	1 763,0	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
25 = Sparen	372,4	139,8	–78,4	311,1	–257,7
26 – Geleistete Vermögenstransfers	107,3	23,3	68,1	15,9	4,9
27 + Empfangene Vermögenstransfers	95,3	48,9	17,2	29,2	16,9
28 – Bruttoinvestitionen	808,8	467,9	91,7	249,1	–
29 + Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	–1,3	0,8	–0,2
31 = Finanzierungssaldo	245,5	100,0	–132,5	277,9	–245,5
<i>Nachrichtlich:</i>					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	–257,7
33 – Geleistete soziale Sachleistungen	516,3	–	516,3	–	–
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	516,3	–	–	516,3	–
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 936,7	200,6	206,6	2 529,5	–257,7
36 – Konsum ³	2 564,3	–	285,1	2 279,3	–
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,8	–	60,8	–
38 = Sparen	372,4	139,8	–78,4	311,1	–257,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© GD Frühjahr 2022

ANHANG: HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2022
Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 422,1	2 318,7	389,2	714,2	–
2 – Abschreibungen	740,9	430,2	93,4	217,2	–
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 681,2	1 888,5	295,8	496,9	–141,2
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 012,8	1 456,4	302,9	253,5	16,8
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,5	26,8	0,5	10,3	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	42,3	30,7	0,1	11,5	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	673,2	436,1	–7,5	244,6	–158,0
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 016,3	–	–	2 016,3	13,3
9 – Geleistete Subventionen	51,8	–	51,8	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	417,9	–	417,9	–	7,7
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	608,6	570,3	21,3	17,0	205,6
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	722,5	373,9	16,1	332,5	91,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 169,5	239,7	353,4	2 576,4	–255,6
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	489,2	109,8	–	379,4	12,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	501,1	–	501,1	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge ²	806,0	–	–	806,0	4,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	806,9	143,7	662,3	0,9	3,5
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	702,8	73,4	628,5	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	693,9	–	–	693,9	9,6
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	394,4	207,3	95,2	91,9	65,4
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	341,5	189,8	31,5	120,2	118,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 120,5	182,7	824,6	2 113,1	–206,6
23 – Konsumausgaben	2 787,5	–	837,4	1 950,1	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
25 = Sparen	333,0	121,0	–12,8	224,7	–206,6
26 – Geleistete Vermögenstransfers	105,0	25,6	62,2	17,1	5,2
27 + Empfangene Vermögenstransfers	93,1	31,1	30,6	31,4	17,0
28 – Bruttoinvestitionen	867,3	486,5	102,6	278,2	–
29 + Abschreibungen	740,9	430,2	93,4	217,2	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	–1,3	0,8	–0,2
31 = Finanzierungssaldo	194,5	69,5	–52,2	177,2	–194,5
<i>Nachrichtlich:</i>					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 120,5	182,7	824,6	2 113,1	–206,6
33 – Geleistete soziale Sachleistungen	547,3	–	547,3	–	–
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	547,3	–	–	547,3	–
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 120,5	182,7	277,4	2 660,4	–206,6
36 – Konsum ³	2 787,5	–	290,1	2 497,4	–
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
38 = Sparen	333,0	121,0	–12,8	224,7	–206,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

ANHANG: HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2023
Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 640,3	2 480,7	402,5	757,0	–
2 – Abschreibungen	777,5	451,1	98,5	228,0	–
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 862,7	2 029,7	304,1	529,0	–166,6
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 116,5	1 538,6	311,4	266,5	17,5
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,4	28,1	0,5	10,8	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	30,3	22,4	0,1	7,8	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	737,1	485,3	–7,7	259,5	–184,1
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 120,1	–	–	2 120,1	14,0
9 – Geleistete Subventionen	37,3	–	37,3	–	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	442,8	–	442,8	–	7,9
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	664,8	627,3	20,7	16,8	222,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	786,2	404,2	16,2	365,8	100,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 384,1	262,3	393,3	2 728,5	–288,4
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	500,2	109,0	–	391,2	13,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	512,6	–	512,6	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge ²	848,5	–	–	848,5	4,5
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	849,6	147,2	701,6	0,9	3,4
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	720,3	75,2	644,2	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	710,1	–	–	710,1	10,8
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	404,9	211,4	98,1	95,3	67,8
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	351,4	191,5	34,7	125,2	121,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 334,0	205,4	899,8	2 228,8	–238,3
23 – Konsumausgaben	2 932,8	–	864,8	2 068,1	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
25 = Sparen	401,1	142,8	35,0	223,3	–238,3
26 – Geleistete Vermögenstransfers	114,6	28,2	68,4	18,0	5,3
27 + Empfangene Vermögenstransfers	99,5	49,5	18,3	31,7	20,4
28 – Bruttoinvestitionen	940,4	534,5	112,6	293,3	–
29 + Abschreibungen	777,5	451,1	98,5	228,0	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	–1,3	0,8	–0,2
31 = Finanzierungssaldo	222,9	79,9	–27,9	170,9	–222,9
<i>Nachrichtlich:</i>					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 334,0	205,4	899,8	2 228,8	–238,3
33 – Geleistete soziale Sachleistungen	569,6	–	569,6	–	–
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	569,6	–	–	569,6	–
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 334,0	205,4	330,2	2 798,4	–238,3
36 – Konsum ³	2 932,8	–	295,1	2 637,7	–
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
38 = Sparen	401,1	142,8	35,0	223,3	–238,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

ANHANG: VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	1,2	0,6	1,4	1,0	0,7	0,6
Arbeitsvolumen	1,9	2,4	1,4	4,0	0,9	2,1	0,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,9	1,2	0,8	2,5	-0,1	1,4	0,1
Produktivität ¹	0,9	0,3	1,7	-0,9	1,4	1,8	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	2,7	3,1	3,0	2,3	4,0	2,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 564,3	2 787,5	2 932,8	1 342,2	1 445,3	1 432,3	1 500,5
Private Haushalte ²	1 763,0	1 950,1	2 068,1	934,4	1 015,8	1 012,5	1 055,6
Staat	801,3	837,4	864,8	407,8	429,6	419,8	445,0
Anlageinvestitionen	783,9	849,7	921,2	403,2	446,5	441,5	479,7
Bauten	414,3	464,1	490,3	223,1	241,0	238,8	251,4
Ausrüstungen	228,2	236,1	273,2	109,4	126,7	127,9	145,3
Sonstige Anlageinvestitionen	141,5	149,6	157,7	70,7	78,8	74,8	82,9
Vorratsveränderung ³	24,9	17,6	19,2	9,7	7,9	10,4	8,8
Inländische Verwendung	3 373,1	3 654,8	3 873,2	1 755,1	1 899,7	1 884,3	1 989,0
Außenbeitrag	197,5	141,2	166,6	83,6	57,6	93,8	72,8
<i>Nachrichtlich: in Relation zum BIP in %</i>	5,5	3,7	4,1	4,5	2,9	4,7	3,5
Exporte	1 694,6	1 940,1	2 091,1	941,4	998,7	1 038,8	1 052,4
Importe	1 497,0	1 798,9	1 924,5	857,8	941,1	944,9	979,5
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 796,0	4 039,9	1 838,7	1 957,3	1 978,1	2 061,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	4,1	8,7	5,2	10,2	7,3	6,7	3,8
Private Haushalte ²	3,2	10,6	6,0	12,5	8,9	8,4	3,9
Staat	6,2	4,5	3,3	5,4	3,7	2,9	3,6
Anlageinvestitionen	6,5	8,4	8,4	7,9	8,9	9,5	7,4
Bauten	9,0	12,0	5,6	13,2	10,9	7,1	4,3
Ausrüstungen	5,2	3,5	15,7	-0,4	7,1	16,9	14,7
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	5,7	5,5	5,6	5,8	5,8	5,2
Inländische Verwendung	6,2	8,4	6,0	9,7	7,1	7,4	4,7
Exporte	15,9	14,5	7,8	16,1	13,0	10,3	5,4
Importe	17,9	20,2	7,0	23,2	17,6	10,2	4,1
Bruttoinlandsprodukt	6,0	6,3	6,4	7,2	5,5	7,6	5,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 318,9	2 398,9	2 462,7	1 169,3	1 229,6	1 212,7	1 250,0
Private Haushalte ²	1 617,4	1 694,2	1 751,1	820,7	873,4	861,9	889,2
Staat	699,6	703,7	710,9	347,8	356,0	350,5	360,4
Anlageinvestitionen	674,1	686,5	724,4	328,4	358,2	348,6	375,9
Bauten	326,7	331,5	338,2	161,3	170,2	165,5	172,6
Ausrüstungen	214,9	217,1	246,1	101,0	116,1	115,4	130,7
Sonstige Anlageinvestitionen	131,2	136,8	142,3	65,0	71,8	67,8	74,5
Inländische Verwendung	3 006,1	3 090,6	3 193,9	1 503,0	1 587,6	1 567,5	1 626,3
Exporte	1 573,5	1 650,4	1 726,8	813,0	837,3	860,9	865,9
Importe	1 396,5	1 472,9	1 550,0	712,1	760,8	761,0	789,0
Bruttoinlandsprodukt	3 186,3	3 271,9	3 373,3	1 605,2	1 666,7	1 668,9	1 704,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	3,4	2,7	4,7	2,3	3,7	1,7
Private Haushalte ²	0,1	4,7	3,4	6,7	2,9	5,0	1,8
Staat	3,1	0,6	1,0	0,3	0,8	0,8	1,3
Anlageinvestitionen	1,5	1,8	5,5	-0,1	3,7	6,1	4,9
Bauten	0,7	1,5	2,0	-0,2	3,1	2,6	1,4
Ausrüstungen	3,4	1,0	13,4	-2,8	4,5	14,3	12,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,7	4,3	4,0	4,2	4,4	4,3	3,7
Inländische Verwendung	2,2	2,8	3,3	3,1	2,6	4,3	2,4
Exporte	9,9	4,9	4,6	5,1	4,7	5,9	3,4
Importe	9,3	5,5	5,2	5,5	5,4	6,9	3,7
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,7	3,1	3,0	2,3	4,0	2,3

ANHANG: VGR-TABELLEN

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	3,1	5,6	2,6	5,4	5,8	3,2	2,1
Konsumausgaben des Staates	3,0	3,9	2,2	5,0	2,8	2,1	2,3
Anlageinvestitionen	5,0	6,4	2,7	8,0	5,0	3,2	2,4
Bauten	8,3	10,4	3,6	13,4	7,6	4,3	2,8
Ausrüstungen	1,7	2,5	2,1	2,4	2,4	2,3	1,9
Exporte	5,4	9,2	3,0	10,5	8,0	4,2	1,9
Importe	8,0	13,9	1,7	16,7	11,5	3,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt	3,0	3,5	3,2	4,1	3,0	3,5	3,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 449,2	2 576,4	2 728,5	1 246,0	1 330,5	1 335,4	1 393,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,2	360,4	378,3	174,9	185,6	183,5	194,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 571,2	1 655,9	1 741,8	790,2	865,7	828,0	913,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	560,1	608,4	280,9	279,2	323,9	284,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	535,3	593,1	655,6	272,0	321,1	306,5	349,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 984,5	3 169,5	3 384,1	1 518,0	1 651,5	1 641,9	1 742,2
Abschreibungen	694,0	740,9	777,5	366,0	374,9	385,0	392,5
Bruttonationaleinkommen	3 678,5	3 910,4	4 161,6	1 884,0	2 026,4	2 027,0	2 134,6
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 697,8	2 803,4	2 978,6	1 345,6	1 457,8	1 443,3	1 535,3
Arbeitnehmerentgelt	1 920,4	2 016,3	2 120,1	965,1	1 051,3	1 011,5	1 108,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	777,4	787,1	858,5	380,6	406,5	431,8	426,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	5,2	5,9	4,9	5,5	7,2	4,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	3,2	4,9	3,3	3,1	5,0	4,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	5,4	5,2	6,9	4,1	4,8	5,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,5	4,0	4,5	5,2	2,9	4,0	4,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,9	8,6	0,6	11,8	15,3	1,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	26,4	10,8	10,5	18,4	5,1	12,7	8,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,5	6,2	6,8	7,1	5,4	8,2	5,5
Abschreibungen	5,4	6,8	4,9	7,7	5,8	5,2	4,7
Bruttonationaleinkommen	6,3	6,3	6,4	7,2	5,5	7,6	5,3
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	6,7	3,9	6,2	4,8	3,1	7,3	5,3
Arbeitnehmerentgelt	3,7	5,0	5,1	6,2	3,9	4,8	5,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	1,3	9,1	1,4	1,1	13,5	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 595,7	1 667,7	1 736,3	805,3	862,4	829,8	906,5
Nettolöhne- und -gehälter	1 064,2	1 122,6	1 181,9	531,2	591,4	556,5	625,4
Monetäre Sozialleistungen	674,0	693,9	710,1	348,2	345,7	350,2	359,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	142,5	148,8	155,8	74,1	74,7	76,9	78,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	560,1	608,4	280,9	279,2	323,9	284,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-111,2	-114,6	-115,9	-51,5	-63,2	-52,7	-63,2
Verfügbares Einkommen	2 013,3	2 113,1	2 228,8	1 034,7	1 078,4	1 101,0	1 127,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,7	62,6	30,0	31,7	30,4	32,2
Konsumausgaben	1 763,0	1 950,1	2 068,1	934,4	1 015,8	1 012,5	1 055,6
Sparen	311,1	224,7	223,3	130,3	94,3	118,9	104,4
Sparquote in %	15,0	10,3	9,7	12,2	8,5	10,5	9,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	4,5	4,1	5,0	4,1	3,0	5,1
Nettolöhne- und -gehälter	4,2	5,5	5,3	7,1	4,1	4,8	5,8
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,0	2,3	1,7	4,2	0,6	4,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,5	4,5	4,7	3,9	5,1	3,9	5,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,9	8,6	0,6	11,8	15,3	1,9
Verfügbares Einkommen	1,9	5,0	5,5	3,7	6,2	6,4	4,6
Konsumausgaben	3,2	10,6	6,0	12,5	8,9	8,4	3,9
Sparen	-4,9	-27,8	-0,6	-33,7	-17,5	-8,8	10,7

ANHANG: VGR-TABELLEN

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	872,9	919,0	955,4	445,9	473,1	467,6	487,7
Nettosozialbeiträge	632,8	662,3	701,6	321,4	340,9	340,4	361,2
Vermögenseinkommen	15,8	16,1	16,2	8,5	7,6	8,6	7,6
Sonstige Transfers	33,5	31,5	34,7	14,7	16,8	16,3	18,4
Vermögenstransfers	17,2	30,6	18,3	8,2	22,5	8,5	9,8
Verkäufe	133,4	139,9	144,9	64,5	75,4	66,8	78,1
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 705,8	1 799,6	1 871,1	863,2	936,5	908,2	962,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	560,5	588,6	607,6	282,9	305,7	291,9	315,6
Arbeitnehmerentgelt	294,1	302,9	311,4	147,0	155,9	149,8	161,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	21,3	20,7	11,2	10,1	10,8	9,9
Subventionen	105,0	51,8	37,3	29,1	22,7	18,5	18,8
Monetäre Sozialleistungen	609,0	628,5	644,2	315,7	312,8	317,5	326,7
Sonstige laufende Transfers	90,1	95,2	98,1	45,6	49,6	46,9	51,3
Vermögenstransfers	68,1	62,2	68,4	23,7	38,5	26,8	41,6
Bruttoinvestitionen	91,7	102,6	112,6	44,7	57,9	48,6	64,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 838,2	1 851,8	1 899,1	899,4	952,5	910,2	988,9
Finanzierungssaldo	-132,5	-52,2	-27,9	-36,2	-16,0	-2,0	-25,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	12,9	5,3	4,0	7,1	3,6	4,9	3,1
Nettosozialbeiträge	4,1	4,7	5,9	5,1	4,3	5,9	6,0
Vermögenseinkommen	-19,9	1,8	0,7	1,4	2,2	1,8	-0,5
Sonstige Transfers	38,2	-6,0	10,1	-7,0	-5,1	11,3	9,1
Vermögenstransfers	11,1	77,8	-40,3	8,0	132,3	3,5	-56,2
Verkäufe	6,0	4,9	3,5	5,8	4,1	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	7,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	8,9	5,5	4,0	5,9	5,1	5,2	2,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,7	5,0	3,2	5,8	4,3	3,2	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,0	2,8	4,0	2,1	1,9	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,2	1,5	-2,8	1,3	1,7	-3,6	-2,0
Subventionen	47,3	-50,6	-28,1	-46,9	-54,7	-36,5	-17,3
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,2	2,5	1,9	4,6	0,6	4,4
Sonstige laufende Transfers	9,2	5,6	3,1	5,6	5,7	2,8	3,5
Vermögenstransfers	42,0	-8,6	10,0	17,3	-19,6	13,1	8,2
Bruttoinvestitionen	0,9	11,8	9,7	13,2	10,8	8,7	10,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	7,4	0,7	2,5	1,4	0,1	1,2	3,8

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

ANHANG: VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland – Alternativszenario
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	1,0	-0,4	1,4	0,6	-0,2	-0,6
Arbeitsvolumen	1,9	1,8	-2,1	3,8	-0,2	-1,7	-2,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,9	0,8	-1,7	2,4	-0,8	-1,5	-1,9
Produktivität ¹	0,9	0,1	-0,1	-0,9	1,1	0,3	-0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	1,9	-2,2	2,9	1,0	-1,5	-2,9
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 564,3	2 782,4	2 863,1	1 339,1	1 443,3	1 402,6	1 460,4
Private Haushalte ²	1 763,0	1 945,0	1 998,3	931,3	1 013,7	982,9	1 015,4
Staat	801,3	837,4	864,8	407,8	429,6	419,8	445,0
Anlageinvestitionen	783,9	848,7	881,9	403,1	445,6	425,0	456,9
Bauten	414,3	464,0	477,8	223,0	241,0	233,6	244,2
Ausrüstungen	228,2	235,6	248,4	109,4	126,2	117,5	130,9
Sonstige Anlageinvestitionen	141,5	149,1	155,7	70,7	78,4	74,0	81,8
Vorratsveränderung ³	24,9	16,6	19,1	9,5	7,1	11,5	7,5
Inländische Verwendung	3 373,1	3 647,7	3 764,1	1 751,8	1 895,9	1 839,2	1 924,9
Außenbeitrag	197,5	115,5	44,5	79,2	36,3	38,0	6,6
<i>Nachrichtlich:</i> in Relation zum BIP in %	5,5	3,1	1,2	4,3	1,9	2,0	0,3
Exporte	1 694,6	1 943,4	1 972,9	942,3	1 001,0	985,0	987,8
Importe	1 497,0	1 827,8	1 928,4	863,1	964,7	947,1	981,3
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 763,3	3 808,6	1 831,0	1 932,3	1 877,1	1 931,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	4,1	8,5	2,9	10,0	7,2	4,7	1,2
Private Haushalte ²	3,2	10,3	2,7	12,2	8,7	5,5	0,2
Staat	6,2	4,5	3,3	5,4	3,7	2,9	3,6
Anlageinvestitionen	6,5	8,3	3,9	7,8	8,7	5,4	2,5
Bauten	9,0	12,0	3,0	13,2	10,9	4,7	1,3
Ausrüstungen	5,2	3,2	5,4	-0,5	6,7	7,4	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	5,4	4,4	5,6	5,2	4,6	4,3
Inländische Verwendung	6,2	8,1	3,2	9,5	6,9	5,0	1,5
Exporte	15,9	14,7	1,5	16,2	13,3	4,5	-1,3
Importe	17,9	22,1	5,5	23,9	20,5	9,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	6,0	5,4	1,2	6,8	4,1	2,5	-0,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 318,9	2 376,1	2 351,0	1 166,5	1 209,6	1 161,0	1 189,9
Private Haushalte ²	1 617,4	1 671,1	1 638,4	818,0	853,1	809,8	828,6
Staat	699,6	703,7	710,9	347,8	356,0	350,5	360,4
Anlageinvestitionen	674,1	685,0	690,8	328,2	356,8	334,5	356,4
Bauten	326,7	331,0	327,7	161,2	169,8	161,2	166,5
Ausrüstungen	214,9	216,4	223,2	100,9	115,5	105,8	117,4
Sonstige Anlageinvestitionen	131,2	136,4	140,5	65,0	71,4	67,1	73,4
Inländische Verwendung	3 006,1	3 066,0	3 048,5	1 500,1	1 565,9	1 502,5	1 546,0
Exporte	1 573,5	1 639,1	1 581,9	811,2	827,9	796,3	785,6
Importe	1 396,5	1 461,4	1 457,2	709,2	752,2	720,3	736,9
Bruttoinlandsprodukt	3 186,3	3 247,4	3 175,4	1 603,2	1 644,1	1 579,7	1 595,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	2,5	-1,1	4,4	0,6	-0,5	-1,6
Private Haushalte ²	0,1	3,3	-2,0	6,4	0,5	-1,0	-2,9
Staat	3,1	0,6	1,0	0,3	0,8	0,8	1,3
Anlageinvestitionen	1,5	1,6	0,8	-0,1	3,3	1,9	-0,1
Bauten	0,7	1,3	-1,0	-0,2	2,8	-0,0	-1,9
Ausrüstungen	3,4	0,7	3,1	-2,9	4,0	4,8	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,7	4,0	3,0	4,3	3,7	3,1	2,8
Inländische Verwendung	2,2	2,0	-0,6	2,9	1,1	0,2	-1,3
Exporte	9,9	4,2	-3,5	4,8	3,5	-1,8	-5,1
Importe	9,3	4,6	-0,3	5,1	4,2	1,6	-2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,9	1,9	-2,2	2,9	1,0	-1,5	-2,9

ANHANG: VGR-TABELLEN

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland – Alternativszenario
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	3,1	6,8	4,8	5,4	8,1	6,6	3,1
Konsumausgaben des Staates	3,0	3,9	2,2	5,0	2,8	2,1	2,3
Anlageinvestitionen	5,0	6,5	3,0	8,0	5,2	3,5	2,7
Bauten	8,3	10,6	4,0	13,5	7,9	4,7	3,3
Ausrüstungen	1,7	2,5	2,3	2,5	2,6	2,5	2,1
Exporte	5,4	10,1	5,2	10,8	9,4	6,5	4,0
Importe	8,0	16,7	5,8	17,9	15,6	8,0	3,8
Bruttoinlandsprodukt	3,0	3,4	3,5	3,8	3,1	4,0	3,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 449,2	2 558,0	2 563,2	1 242,1	1 315,9	1 268,7	1 294,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,2	358,3	368,4	174,7	183,6	179,5	188,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 571,2	1 644,2	1 656,2	789,4	854,8	792,5	863,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	555,5	538,6	278,0	277,5	296,7	241,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	535,3	578,0	584,7	268,3	309,8	271,0	313,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 984,5	3 136,0	3 147,9	1 510,3	1 625,7	1 539,7	1 608,1
Abschreibungen	694,0	740,9	776,1	366,0	374,9	384,3	391,7
Bruttonationaleinkommen	3 678,5	3 876,9	3 923,9	1 876,4	2 000,6	1 924,0	1 999,9
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 697,8	2 771,3	2 760,7	1 338,5	1 432,8	1 348,9	1 411,8
Arbeitnehmerentgelt	1 920,4	2 002,5	2 024,6	964,1	1 038,4	972,0	1 052,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	777,4	768,8	736,1	374,4	394,4	376,9	359,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	4,4	0,2	4,6	4,3	2,1	-1,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	2,6	2,8	3,2	2,0	2,8	2,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	4,6	0,7	6,8	2,7	0,4	1,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,5	3,5	1,2	5,1	2,0	0,6	1,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,1	-3,0	-0,4	11,2	6,8	-12,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	26,4	8,0	1,1	16,8	1,4	1,0	1,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,5	5,1	0,4	6,6	3,7	1,9	-1,1
Abschreibungen	5,4	6,8	4,7	7,7	5,8	5,0	4,5
Bruttonationaleinkommen	6,3	5,4	1,2	6,8	4,1	2,5	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	6,7	2,7	-0,4	4,3	1,3	0,8	-1,5
Arbeitnehmerentgelt	3,7	4,3	1,1	6,1	2,6	0,8	1,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	-1,1	-4,2	-0,2	-1,9	0,7	-8,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1 595,7	1 661,5	1 705,3	804,9	856,7	816,0	889,2
Nettolöhne- und -gehälter	1 064,2	1 115,4	1 134,5	530,7	584,7	536,2	598,3
Monetäre Sozialleistungen	674,0	695,2	727,2	348,2	347,0	357,3	369,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	142,5	149,1	156,4	74,1	75,0	77,4	79,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	555,5	538,6	278,0	277,5	296,7	241,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-111,2	-109,5	-103,7	-51,5	-58,0	-47,3	-56,3
Verfügbares Einkommen	2 013,3	2 107,5	2 140,2	1 031,4	1 076,2	1 065,4	1 074,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,7	62,6	30,0	31,7	30,4	32,2
Konsumausgaben	1 763,0	1 945,0	1 998,3	931,3	1 013,7	982,9	1 015,4
Sparen	311,1	224,2	204,5	130,0	94,2	113,0	91,6
Sparquote in %	15,0	10,3	9,3	12,2	8,5	10,3	8,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,6	4,1	2,6	4,9	3,4	1,4	3,8
Nettolöhne- und -gehälter	4,2	4,8	1,7	7,0	2,9	1,0	2,3
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,2	4,6	1,7	4,6	2,6	6,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,5	4,7	4,9	3,9	5,5	4,6	5,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,1	-3,0	-0,4	11,2	6,8	-12,8
Verfügbares Einkommen	1,9	4,7	1,6	3,4	6,0	3,3	-0,1
Konsumausgaben	3,2	10,3	2,7	12,2	8,7	5,5	0,2
Sparen	-4,9	-27,9	-8,8	-33,9	-17,6	-13,1	-2,7

ANHANG: VGR-TABELLEN

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland– Alternativszenario
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2022		2023	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	872,9	900,6	877,2	442,5	458,0	433,0	444,2
Nettosozialbeiträge	632,8	658,1	674,2	321,1	337,0	329,2	345,0
Vermögenseinkommen	15,8	16,1	16,2	8,5	7,6	8,6	7,6
Sonstige Transfers	33,5	31,5	34,7	14,7	16,8	16,3	18,4
Vermögenstransfers	17,2	30,6	18,3	8,2	22,5	8,5	9,8
Verkäufe	133,4	139,9	144,9	64,5	75,4	66,8	78,1
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 705,8	1 777,0	1 765,6	859,5	917,5	862,4	903,2
Ausgaben							
Vorleistungen ²	560,5	588,6	607,6	282,9	305,7	291,9	315,6
Arbeitnehmerentgelt	294,1	302,9	311,4	147,0	155,9	149,8	161,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	21,3	20,7	11,2	10,1	10,8	9,9
Subventionen	105,0	51,8	44,3	29,1	22,7	21,5	22,8
Monetäre Sozialleistungen	609,0	629,9	661,3	315,7	314,2	324,5	336,8
Sonstige laufende Transfers	90,1	95,2	98,1	45,6	49,6	46,9	51,3
Vermögenstransfers	68,1	62,2	68,4	23,7	38,5	26,8	41,6
Bruttoinvestitionen	91,7	102,6	112,6	44,7	57,9	48,6	64,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 838,2	1 853,2	1 923,2	899,4	953,8	920,2	1 002,9
Finanzierungssaldo	-132,5	-76,2	-157,5	-39,9	-36,3	-57,8	-99,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	12,9	3,2	-2,6	6,3	0,3	-2,2	-3,0
Nettosozialbeiträge	4,1	4,0	2,5	5,0	3,1	2,5	2,4
Vermögenseinkommen	-19,9	1,8	0,7	1,4	2,2	1,8	-0,5
Sonstige Transfers	38,2	-6,0	10,1	-7,0	-5,1	11,3	9,1
Vermögenstransfers	11,1	77,8	-40,3	8,0	132,3	3,5	-56,2
Verkäufe	6,0	4,9	3,5	5,8	4,1	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	7,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	8,9	4,2	-0,6	5,5	3,0	0,3	-1,6
Ausgaben							
Vorleistungen ²	7,7	5,0	3,2	5,8	4,3	3,2	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,0	2,8	4,0	2,1	1,9	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,2	1,5	-2,8	1,3	1,7	-3,6	-2,0
Subventionen	47,3	-50,6	-14,6	-46,9	-54,7	-26,2	0,4
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,4	5,0	1,9	5,0	2,8	7,2
Sonstige laufende Transfers	9,2	5,6	3,1	5,6	5,7	2,8	3,5
Vermögenstransfers	42,0	-8,6	10,0	17,3	-19,6	13,1	8,2
Bruttoinvestitionen	0,9	11,8	9,7	13,2	10,8	8,7	10,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	7,4	0,8	3,8	1,4	0,3	2,3	5,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2022 und 2023: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2022

Dienstleistungsauftrag des

Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)

www.diw.de

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

www.ifo.de

in Kooperation mit:

KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich

www.kof.ethz.ch

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

www.ifw-kiel.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

www.iwh-halle.de

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

www.rwi-essen.de

in Kooperation mit:

Institut für Höhere Studien Wien

www.ihs.ac.at